

EU-Finanzrahmen 2014-2020 ...

... und dessen Auswirkungen auf Österreich – Reaktionen
auf das von Bundeskanzler Werner Faymann erzielte
Verhandlungsergebnis beim EU-Rat in Brüssel.



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 7. und 8. Februar 2013 fand in Belgiens Hauptstadt Brüssel der Europäische Rat der EU-Staats- und Regierungschefs statt.

In den letzten Jahren haben die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten wichtige Schritte unternommen, um auf die mit der Wirtschafts- und Finanzkrise verbundenen Herausforderungen zu reagieren. Mit Blick auf die Zukunft muß mit dem nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sichergestellt werden, daß der Haushaltsplan der EU darauf ausgerichtet wird, Europa aus der

Krise zu führen. Der Haushalt der EU muß ein Katalysator für Wachstum und Beschäftigung in ganz Europa sein, insbesondere indem er eine Hebelwirkung für Investitionen in Produktiv- und Humankapital entfaltet. Innerhalb des künftigen mehrjährigen Finanzrahmens sollten im Einklang mit der Strategie Europa 2020 für die Förderung von Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbs-

fähigkeit und Konvergenz Ausgaben mobilisiert werden. Parallel zur Stärkung der Finanzdisziplin in Europa ist es von entscheidender Bedeutung, daß der nächste MFR die Konsolidierungsbemühungen widerspiegelt, die die Mitgliedsstaaten unternehmen, um Defizite und Schulden auf einen nachhaltigeren Pfad zu führen...

Lesen Sie weiter auf der Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,
wir stehen vor innenpolitisch spannenden Wochen und Monaten, werden doch am 3. März in Kärnten und Niederösterreich neue Landtage gewählt, Salzburg und Tirol folgen. Auch der Termin für die Nationalratswahl ist mit dem 29. September fixiert. Durch das Antreten des Team Stronach (geformt und finanziert vom »Austro-Kanadier« und Magna-Gründer Frank Stronach) bei allen anstehenden Wahlgängen werden sich dort und da sicherlich Mehrheitsverhältnisse verschieben. Denn dessen Einzug in die Landtage und in den Nationalrat ist sehr wahrscheinlich. Es wird sich dann zeigen, ob auf Bundesebene dann noch zwei Parteien eine Regierung bilden können, oder ob eine dritte für eine Koalition notwendig sein wird...

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 116

Staatsbürgerschaft neu	10	Händler werden für Konsumenten immer unwichtiger	50
Antrittsrede von Bundesratspräsident Edgar Mayer	12	Bier-Bilanz 2012	
Bures: Österreich gut unterwegs im öffentlichen Verkehr	14	Bierdurst der Österreicher hält an	51
Stöger: Patienten-Entschädigungsfonds sind Erfolgsgeschichte	14	Einbürgerungen stiegen 2012	53
Außenminister in Kabul	15	Vertrauen in die Polizei ist besonders hoch	54
Mit vereinten Kräften das Leid von Zivilisten stoppen	16	Einsatzübung der Stadt Wien	55
Eurobarometer	17	Einzigartiges Brauchtum in Bad Eisenkappel	56
Österreicher bauen Plus-Energie-Haus in Kalifornien	21	1. Österreichischer Biersommelier-Staatsmeister gekürt	57
WirtschaftsOskar für österr. Spitzenleistungen in den USA	24	Eat & Meet in Salzburg	58
Austrian Design Details in Mailand	26	Gold für Kolonovits	59
Der »Kaiserball« in München	28	Gold für Hellsberg	60
Wiener Ball in Brüssel	31	Universität Wien startet ihren ersten Satelliten	61
-----		Neueste Teilchendetektoren im Blick	62
»Burgenland Journal«		Neues Material verspricht bessere Solarzellen	63
Weltweit erstes windstromautarkes Bundesland	33	Neues Verständnis zur Entstehung von Diabetes Typ 2	64
Bildung und Energie im Fokus	35	Christian Doppler Labor in Krems	65
Vom Pionierprojekt zur Vorreiterregion	37	BOKU: Science meets Business	66
»Grenzbahn« auf Schiene	38	Maskierte Schimmelpilzgifte	67
Tourismus auch 2012 weiter auf Erfolgskurs	39	Warum es schlechte Lerner gibt	68
KreativReisenBurgenland – neue Broschüre informiert	40	Kunstkammer Wien nach zehnjähriger Schließung wieder für alle zugänglich.	69
Verantwortung für Eisenstadt 2030	41	Bosch Bruegel Rubens Rembrandt in der Albertina	74
Kassasturz in Oberwart	42	Franz West – Wo ist mein Achter?	78
-----		Natürlich Blond	
EU: Sicherere Produkte und gleiche Ausgangsbedingungen	44	Das Musical mit frechem Humor	81
Wie viele EU-Abgeordnete 2014?	45	Vienna Blues Spring 2013	83
Es geht aufwärts, aber vorerst nur langsam	46	Serie »Österreicher in Hollywood« von Rudold Ulrich. Diesmal: Autor Edgar G. Ulmer	85
Leitl erwartet für 2013 Exportvolumen von rund 128 Mrd. €	47	Kärnten: Genuß am Wegesrand	89
Verbesserung für Kleinstunternehmen	49		



Österreich-Zahlen im Eurobarometer S 17



2013: 128 Mrd. € Export erwartet S 47



Erste österr. Satelliten gestartet S 61



KHM: Kunstkammer wiedereröffnet S 69



Kärnten: Genuß am Wegesrand S 89

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos S. 1: BKA / Andy Wenzel; S. 2: Vertretung der EU-Kommission in Österreich/APA-Fotoservice/Preis; Universität Wien; Kunsthistorisches Museum Wien; GerdL - Kärnten Werbung

Innenpolitik

➤ Der Gegenwert für jeden ausgegebenen Euro muß sorgfältig geprüft werden und es ist dafür zu sorgen, daß der europäische Mehrwert und die Qualität der Ausgaben im Rahmen des nächsten MFR nicht zuletzt durch Ressourcenbündelung, Katalysatorwirkungen, Größenvorteile, positive grenzübergreifende Effekte und Ausstrahlungseffekte verstärkt werden und damit ein Beitrag dazu geleistet wird, daß die vereinbarten gemeinsamen politischen Ziele wirksamer oder schneller erreicht und die einzelstaatlichen Ausgaben reduziert werden. Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung werden nur dann wieder anziehen, wenn ein kohärenter und breit angelegter Ansatz verfolgt wird, bei dem intelligente Haushaltskonsolidierung, die Investitionen in künftiges Wachstum mit einschließt, eine solide makroökonomische Politik und eine aktive Beschäftigungsstrategie, die den sozialen Zusammenhalt sichert, miteinander verbunden werden. Die Politik der EU muß den Grundsätzen der Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Solidarität entsprechen und einen wirklichen Zusatznutzen bieten.

Mit dem künftigen Finanzrahmen muß nicht nur die angemessene Höhe der Ausgaben, sondern auch die Qualität der Ausgaben gewährleistet werden. Durch die Qualität der Ausgaben wird eine bessere Entwicklung der politischen Maßnahmen ermöglicht, bei denen insbesondere in Zeiten starker nationaler Haushaltszwänge die Chancen, die sie hinsichtlich eines europäischen Mehrwerts bieten, in vollem Umfang genutzt werden. Alle Finanzierungsinstrumente sollten daher so wirksam wie möglich eingesetzt werden. Die Bemühungen im Hinblick auf eine Verbesserung der Ausgabenqualität bei Unionsmitteln müssen unter anderem folgendes umfassen: eine bessere Steuerung der Politikmaßnahmen einschließlich bestimmter Konditionalitäten sowie die Konzentration und Ausrichtung der Finanzierung – wo immer möglich in allen Finanzierungsinstrumenten und Programmen in allen Rubriken – auf die Bereiche, die am meisten zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Es sollte für eine regelmäßige Berichterstattung Sorge getragen werden, damit die Ergebnisse bezüglich aller Maßnahmen und Finanzierungsinstrumente auf politischer Ebene bewertet werden können. Ferner muß zu den Elementen, die eine angemessene Ausgabenqualität gewährleisten, folgendes gehören: Flexibilität, positive Anreize, Konzentration von Mitteln auf wachstumsfördernde Maßnahmen, Evaluie-



Foto: consilium.europa.eu

Schluß-Presskonferenz in Brüssel: EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso (l.) und EU-Ratspräsident Herman van Rompuy

rung und Überprüfung, Betonung von Ergebnissen, Vereinfachung der Durchführung, geeignete technisch-fachliche Unterstützung, Anwendung des Wettbewerbsprinzips bei der Auswahl der Projekte und eine geeignete Nutzung von Finanzinstrumenten. Die Schlußfolgerungen enthalten eine Reihe von Elementen, die die Anwendung der vorstehend genannten Grundsätze gewährleisten. Darüber hinaus sollten sämtliche Organe der Union sich nach Kräften darum bemühen, daß die sektorbezogenen Rechtsvorschriften zu den einschlägigen Finanzierungsinstrumenten Bestimmungen beinhalten, die auf eine Steigerung der Ausgabenqualität abstellen.

Im Hinblick auf eine detaillierte Bewertung der Ausgabenqualität und im Einklang mit dem Evaluierungsbericht zu den Finanzen der Union, den die Kommission gemäß Artikel 318 Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) jährlich vorlegt, wird die Kommission dem Rat und dem Europäischen Parlament jedes Jahr einen zusammenfassenden Bericht für die GSR-Programme (auf der Grundlage der jährlichen Durchführungsberichte der Mitgliedsstaaten) sowie einen Synthesebericht aller verfügbaren Evaluierungen von Programmen übermitteln. Zusätzlich werden im Programmplanungszeitraum zwei Strategieberichte für die GSR-Programme vorgelegt werden.

Der neue MFR wird die sieben Jahre zwischen 2014 und 2020 umfassen und für eine Europäische Union mit 28 Mitgliedsstaaten ausgelegt sein (wobei als Arbeitshypothese vom Beitritt Kroatiens zur Union im Jahr 2013 ausgegangen wird).

Die Ausgaben werden in sechs Rubriken

eingeteilt, die die politischen Prioritäten der Union widerspiegeln und für die notwendige Flexibilität im Interesse einer effizienten Zuweisung der Mittel sorgen sollen.

Der mehrjährige Finanzrahmen für den Zeitraum 2014-2020 wird folgende Struktur haben:

- Wettbewerbsfähigkeit für Wachstum und Beschäftigung, die die Fazilität „Connecting Europe“ beinhalten wird,
- Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt,
- Nachhaltiges Wachstum: natürliche Ressourcen, die eine Teilobergrenze für marktbezogene Ausgaben und Direktzahlungen beinhalten wird,
- Sicherheit und Unionsbürgerschaft,
- „Europa in der Welt“,
- Verwaltung, die eine Teilobergrenze für Verwaltungsausgaben beinhalten wird und
- Ausgleichszahlungen.

Der Europäische Rat hat eine politische Einigung darüber erzielt, daß die Ausgabenobergrenze für die EU-28 für den Zeitraum 2014–2020 959 988 Mio. Euro an Mitteln für Verpflichtungen, die 1,00 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU entsprechen, und 908 400 Mio. Euro an Mitteln für Zahlungen, die 0,95 Prozent des BNE der EU entsprechen. Vorgesehen sind automatische jährliche technische Inflationsanpassungen. Auf dieser Grundlage wird der Rat nun das Europäische Parlament im Einklang mit Artikel 312 Absatz 2 des AEUV, nach dem der Rat die Verordnung zur Festlegung des MFR nach Zustimmung des Europäischen Parlaments erläßt, um Zustimmung ersuchen.

Innenpolitik

Um sicherzustellen, daß die Union im Zeitraum 2014–2020 alle ihre finanziellen Verpflichtungen nach Artikel 323 AEUV erfüllen kann, die sich aus bestehenden und künftigen Mittelbindungen ergeben, werden spezifische Regeln für die Verwaltung der jährlichen Zahlungsobergrenzen erlassen.

Für die Festlegung der Förderfähigkeit und der Mittelausstattungen für die GSR-Fonds sowie für die Berechnung des Gesamt-BNE wurden die statistischen Daten und Prognosen herangezogen, die im Juli 2012 für die Aktualisierung des Vorschlags der Kommission für die MFR-Verordnung verwendet wurden.

Der Europäische Rat fordert die Mitgesetzgeber auf, rasch die Finanzierungsprogramme zur Umsetzung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014–2020 anzunehmen, damit ihr fristgerechter Einsatz ab dem 1. Jänner 2014 sichergestellt ist. Er erinnert daran, daß die Organe und die Mitgliedsstaaten das gemeinsame Ziel einer Vereinfachung der Finanzierungsregeln und -verfahren verfolgen und hierfür gemeinsame Verantwortung tragen. Der Europäische Rat begrüßt die Fortschritte bei den laufenden Verhandlungen und fordert die Mitgesetzgeber nachdrücklich auf, Programme zu vereinbaren, die unkomplizierter sind und die für die öffentlichen Stellen und die Begünstigten eine eindeutige Verringerung der Verwaltungslasten bedeuten. Die Programme wären dann leichter zugänglich, flexibler und in Einklang mit unserer Strategie Europa 2020 konsequent darauf ausgerichtet, Ergebnisse im Sinne von Wachstum und Beschäftigung hervorzubringen.

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz

Im Vorfeld des Europäischen Rates hielt Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, eine Rede, in der er sagte, er habe durchaus Verständnis für den EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy, der sich in einer schwierigen Lage befinde, „denn er muß einen Kompromiß zwischen verschiedenen Staaten finden, die zunächst nur ihr nationales Interesse im Auge haben. Da wären

Im Bild oben: EU-Parlamentspräsident Martin Schulz bei seiner Rede im Vorfeld des EU-Rates in Brüssel. Bild Mitte (v.l.): Verfaßten eine Gemeinsame Erklärung: Hannes Swoboda (S&D-Fraktion), Joseph Daul (EVP-Fraktion) und Guy Verhofstadt (ALDE-Fraktion), sowie (im Bild unten) Daniel Cohn-Bendit und Rebecca Harms (Fraktion der Grünen, hier anläßlich einer Aktion gegen die ungarische EU-Präsidentschaft 2011).



Fotos: European Parliament 2011/2013

Innenpolitik



Foto: BKA / Andy Wenzel

Bundeskanzler Werner Faymann bei Pressestatements in Brüssel

erstens die Länder, die an der Agrarpolitik, zweitens die Länder, die an der Kohäsionspolitik und drittens, die Länder, die an einer starken Kürzung des EU-Haushalts interessiert sind. Die Van-Rompuy-Lösung ist nun, die Agrarpolitik und die Kohäsionspolitik praktisch unangetastet zu lassen. Um die Gesamtsumme aber dennoch zu senken, soll bei den europäischen Zukunftspolitiken wie Forschung und Bildung der Rotstift angesetzt werden. Das ist aber die schlechteste Lösung. Auf dem Spiel steht ja nicht nur die Quantität des Haushalts sondern auch die Qualität der Investitionen. Gerade die europäischen Politiken Forschung, Bildung, Weiterbildung, Außenpolitik und die Entwicklungspolitik schaffen einen echten europäischen Mehrwert. Hier zu sparen halten wir für falsch“, so Schulz. Denn diese Zukunftspolitiken seien Investitionen in unsere langfristige Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit. „Das sind Investitionen in eine gute Zukunft für unsere Kinder!“

Nach dem Bekanntwerden des Kompromisses, den die Staats- und Regierungschefs ausgehandelt hatten, sagte Schulz, er werden keinen Haushalt unterschreiben, der ein Defizit zur Folge hätte. „Das werde ich nicht tun. Selbst, wenn das gesamte Parlament es wollte, würde ich es nicht tun, denn es wäre illegal. Die EU-Verträge verpflichten uns zu einem ausgeglichenen Haushalt.“

Reaktion aus dem EU-Parlament

Kurz nach der Veröffentlichung des Generalsekretariats des Europäischen Rates folgte eine Gemeinsame Erklärung der vier größten Fraktionen im Europäischen Parlament zum Europäischen Gipfel, verfaßt von

deren Vorsitzenden Joseph Daul (EVP-Fraktion), Hannes Swoboda (S&D-Fraktion), Guy Verhofstadt (ALDE-Fraktion) sowie Rebecca Harms und Daniel Cohn-Bendit (Fraktion der Grünen):

„Die Priorität des Europäischen Parlaments ist der Ehrgeiz, Wachstum und Investitionen in der EU zu fördern, und dadurch dazu beizutragen, daß die EU die Krise dauerhaft hinter sich lassen kann.

Diese Einigung wird die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft nicht stärken, sondern schwächen. Sie liegt damit nicht im ersten Interesse unserer europäischen Bürger.

Das Europäische Parlament kann die heutige Einigung auf diesem Stand nicht akzeptieren. Wir bedauern, daß Herr van Rompuy (*Präsident des Europäischen Rates, Anm.*) in den vergangenen Monaten nicht mit uns gesprochen und verhandelt hat.

Die wahren Verhandlungen beginnen jetzt mit dem Europäischen Parlament. Wir halten unsere vier Prioritäten, die wir oft genug genannt haben, aufrecht.

Wir sehen mit Verwunderung, daß die EU-Regierungschefs einem Haushalt zustimmen, der zu einem strukturellen Defizit führen kann. Eine große Lücke zwischen Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungen wird in der Zukunft Probleme aufwerfen anstatt heute Probleme zu lösen. Wir halten an Artikel 310 des Vertrages fest, der einen ausgeglichenen Haushalt vorsieht.

Zudem gibt es vier wichtige Punkte, auf denen wir weiter bestehen:

Erstens fordern wir mehr Flexibilität unter Nutzung von Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit: zwischen Jahren und

zwischen Ausgabenkategorien. Dieser Ansatz erlaubt uns, den besten Nutzen aus den finanziellen Ressourcen zu ziehen.

Zweitens bestehen wir auf einer verpflichtenden Überprüfungs Klausel mit qualifizierter Mehrheitsabstimmung im Rat, die uns erlauben würde, den Finanzrahmen in zwei oder drei Jahren zu überarbeiten. Wir akzeptieren keinen Sparhaushalt für sieben Jahre.

Drittens fordern wir neue, echte Eigenmittel für den europäischen Haushalt, die das bestehende System der BNE-Beitragszahlungen schrittweise ablösen.

Viertens können wir keinen Haushalt akzeptieren, der sich nur an den Prioritäten der Vergangenheit mißt. Wir müssen zukunftsorientierte Schritte unternehmen und Europas Wettbewerbsfähigkeit und Forschung stärken. Das Ergebnis des endgültigen Haushalts wird entscheiden, ob das zweite Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts als Zeit weiterer Integrationsschritte zum Wohle aller Europäer erinnert wird, oder als Zeit des Stillstands für Europa, oder gar eines Zurückfallens in einer globalisierten Welt.“ Soweit die Erklärung der EU-Parlamentarier, die darauf schließen läßt, daß es zu einer Einigung noch ein weiter Weg sein dürfte.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ)

war nach Brüssel gereist, um in den Budgetverhandlungen ein für Österreich möglichst verträgliches Ergebnis zu erreichen. Er lobte die Einigung als Zeichen dafür, daß die „Vernunft stärker als der Egoismus“ mancher gewesen ist. „Österreich ist ein Teil der europäischen Idee, der Union, und nicht irgendein stiller Zuseher. Wenn jeder diese Rolle aktiv spielt, dann bin ich froh darüber. Es hätte auch anders ausgehen können“, so Faymann. Ein mehrjähriger Finanzrahmen sei ein „wichtiges Signal zur Stärkung und Vertrauensbildung“.

Österreich trägt für die nächsten Jahre 0,31 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum EU-Haushalt bei. Für den Kanzler ist das ein großer Verhandlungserfolg und für Österreich eine Verbesserung gegenüber dem Vorschlag von November mit 0,36 Prozent des BIP. In absoluten Zahlen bedeutet das, daß Österreich über die nächsten sieben Jahre knapp eine Milliarde Euro weniger an die EU zahlt.

Der Bundeskanzler hat außerdem die Beibehaltung eines Rabatts für Österreich erkämpft. Im Novembervorschlag hätte dieser komplett gestrichen werden sollen. Es bleibt der „Rabatt vom Britenrabatt“, das

Innenpolitik

sind rund 100 Millionen Euro pro Jahr, also zusätzliche 700 Millionen Euro in der gesamten Periode. Darüber hinaus spart sich Österreich die nächsten drei Jahre zusätzliche 60 Millionen Euro.

Förderungen für die hiesige ländliche Entwicklung bleiben mit einer Sonderpauschale von rund 700 Millionen Euro gesichert. Die Rückflüsse betragen im Umfang 3,943 Milliarden Euro. Damit hat Faymann erreicht, daß die Landwirtschaftsförderungen – die maßgeblich Berg- und Biobauern zugutekommen – annähernd stabil bleiben.

Das größte Problem in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit. 5,5 Millionen junge Menschen in der EU haben keine Beschäftigung. Diesem Problem wurde mit einem umfassenden Paket für Jugendbeschäftigung in der Höhe von sechs Milliarden Euro Rechnung getragen. Dieses Geld dient Beschäftigungsprojekten in Regionen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit über 25 Prozent liegt. Damit wurde eine wichtige Forderung des Bundeskanzlers umgesetzt, der sich seit langem vehement für mehr Mittel zur Bekämpfung der Jugendbeschäftigung einsetzt. Mehr Geld gibt es auch für Infrastrukturprojekte in Österreich. Für diese Zukunftsinvestitionen gibt es in der aktuellen Periode 430 Millionen Euro mehr, was in Summe 1,13 Milliarden Euro ausmacht.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP)

Die Verhandlungen zum EU-Budgetrahmen für 2014–2020 fanden unter besonders prekären Voraussetzungen statt. Die Sparmaßnahmen, die sich die jeweiligen Mitgliedsstaaten selbst verordnet hatten, legten auch für das Unionsbudget die Weichen in Richtung finanzielle Mäßigung. Das bedeutete auch die Kürzung von Förderungen. Der Außenminister zog in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Presse“ am Ende dennoch ein positives Resümee:

Die Ausgangslage für Österreich war denkbar schwierig, jedoch mußten auch die anderen Mitgliedsstaaten Kompromisse eingehen. Die ÖVP hat sich von Anfang an für die Interessen Österreichs eingesetzt und knallhart verhandelt. Am Ende steht das Land jetzt weit besser da, als am Beginn zu befürchten war. Österreich hat Stärke bewiesen und in wichtigen Punkten Zugeständnisse erhalten. Positiv ist, daß zwei Punkte für Österreich erreicht werden konnten, die der ÖVP am Herzen liegen:

Erstens bleiben die EU-Förderungen für unseren ländlichen Raum weitestgehend



Foto: BMeiA / Dragan Tetic

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, ebenfalls in Brüssel, allerdings einige Tage später beim EU-Rat für Außenbeziehungen

gesichert – 30 Prozent Kürzungen waren geplant, diese Gefahr konnte abgewendet werden. Damit können unsere Biobauern und Bergbauern auch künftig am Markt bestehen, und die Erhaltung der ländlichen Regionen sowie der regionalen Produktvielfalt bleibt gewährleistet.

Zweitens haben wir auch beim Zahlungsrabatt einen Erfolg erzielen können. Vor den Verhandlungen wollte EU-Ratspräsident Van Rompuy sämtliche Rabatte für Österreich streichen. Letztlich konnte mehr als die Hälfte weiterhin für Österreich herausgeholt werden.

Wehrmutstropfen ist ein künftig höherer Nettobeitrag Österreichs zum EU-Budget. Für Spindelegger ist das ein unangenehmes Zugeständnis, das aber letztlich dennoch nachvollziehbar ist: „Das ist trotzdem zu akzeptieren, weil wir ja auch sehr von der EU profitiert haben – etwa von der Ostöffnung. Da waren wir Hauptprofiteure.“

Herzstück der Europäischen Gemeinschaft war immer schon das umfassende Friedensprojekt Europa und die gemeinsame Politik. Der ÖVP-Parteichef ist deshalb sicher, daß der Erfolg der EU auch künftig an der gemeinsamen Politik und nicht am fließenden Geld zu messen sein wird. Diese gemeinsame Politik muß in Zukunft noch stärker in den Mittelpunkt gestellt werden.

FPÖ-Bundesparteibmann Heinz-Christian Strache

sagte, „wie nicht anders zu erwarten war, ist Bundeskanzler Faymann beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel umgefallen wie ein Kartenhaus“. Das Unver-

mögen des Regierungschefs, die Interessen der Österreicher in Brüssel zu vertreten, werde die Österreicher Millionen kosten.

Der Gipfel der Unverfrorenheit sei, so Strache weiter, daß Faymann nun versuche, sein Versagen auf der ganzen Linie den Österreichern als Erfolg zu verkaufen. „Offenbar hat Faymann geglaubt, daß er in Brüssel bei der ‚Europa sucht die Turbo-Melkkuh‘-Show ist und wollte gewinnen“, so



Heinz-Christian Strache
Bundesparteibmann der FPÖ

Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Strache. Mit diesem für den österreichischen Steuerzahler verheerenden Ergebnis habe sich Faymann jedenfalls als Super-Verhandlungsniete erwiesen und wird als der „teuerste Kanzler“ in die Geschichte eingehen, sagte Strache.

Einem Haushaltsplan, der für sieben Jahre beschlossen werde, sei jede demokratische Legitimation abzusprechen. „Damit versuchen die Brüsseler Eurokraten über die kommenden EU-Wahlen hinaus Politik ohne Zustimmung des Volkes zu machen“, warnte Strache vor einer weiteren Aufweichung der Demokratie. „Offenbar ist den Regierungs-

Innenpolitik

chefs klar, daß das Volk ihre in Zahlen gegossene Politik abwählen werde.“ Daher habe man eben ein Budget beschließen wollen, das über die kommenden Wahlen hinaus wirke und an das die künftigen Abgeordneten gebunden sein würden.

Auch die im Vorfeld von der ÖVP geäußerte Vetoandrohung habe sich letztendlich als leere Drohung erwiesen, wie auch Faymann seine zahlreichen Versprechen gebrochen habe, so Strache, der einmal mehr auf das berühmt-berüchtigte Krone-Inserat des Kanzlers anspielte. „Wir werden die kommende Nationalratswahl zu einer Volksabstimmung über die Kosten-Nutzen-Rechnung der österreichischen EU-Beiträge machen“, so Strache. Vorher müsse jedoch die Umfaller-Regierung von SPÖ und ÖVP im Parlament Rede und Antwort stehen, warum sie sich auf die Adabei-Rolle beschränkt habe und sich nicht aktiv, wie Briten-Premier Cameron, in die Verhandlungen eingebracht habe.

Traurig sei auch die Rolle der ÖVP, die nun dazu applaudieren müsse, daß Faymann „ihren“ Bauern die Subventionen herunterverhandelt habe, kritisierte Strache die selbstgewählte Statistenrolle Spindeleggers.

BZÖ-Bundesparteiohmann Josef Bucher

bezeichnete die Entscheidung in Brüssel als einen „teuren Tag für Österreich“. Jeder einzelne österreichische Steuerzahler zahle „persönlich die Zeche für den Umfaller von



Josef Bucher
BZÖ-Bundesparteiohmann
Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Bundeskanzler Faymann in Brüssel. Das BZÖ hat im Vorfeld der Verhandlungen über das neue EU-Budget ein Einfrieren der österreichischen EU-Beiträge und ein Veto Österreichs gegen jede Mehrbelastung verlangt. Jetzt fällt Faymann um und Österreich zahlt drauf, nämlich netto über eine Milliarde Euro pro Jahr nach Brüssel. Allein mit dem Zuwachs könnte man beispielsweise die 13. Familienbeihilfe wieder einführen.“ Als Kon-

sequenz aus dem sündteuren Verhandlungsflop werde das BZÖ, so kündigte Bucher damals an, einen Mißtrauensantrag gegen Bundeskanzler Faymann einbringen. Offenbar sei in Brüssel während der Verhandlungen „Europa sucht den Superzahler“ gespielt worden und Faymann habe leider „gewonnen“. „Österreich hat aber schon genug gezahlt“, so Bucher zu Österreichs steigenden Nettoszahungen im nächsten EU-Budget.

Kritik übte Bucher abschließend aber auch an der „verlogenen Haltung“ der ÖVP: „Noch gestern hat ÖVP-Landwirtschaftsminister Berlakovich medial großmundig mit Veto gedroht, jetzt bejubelt er die Kürzungen bei den österreichischen Bauern als ‚wichtiges Etappenziel‘. Dem ist nichts hinzuzufügen.“

Landwirtschaftssprecher der Grünen, Wolfgang Pirkhuber

forderte, „Berlakovich muß auf die Kürzungen im Agrarbereich reagieren. Die kleinen, arbeitsintensiven Landwirtschaften brauchen mehr Förderungen, große Agrobetriebe weniger“, so Pirkhuber, und verwies auf den neuen EU-Finanzrahmen im Agrarbereich: Für die Periode 2014-2020 sei die Höchstgrenze der Direktzahlungen auf 277,8 Mrd Euro gekürzt, bei der Förderung für die ländliche Entwicklung auf 84,5 Mrd Euro gekürzt worden.

„Das derzeitige System der Direktzahlungen an Hand der Fläche läßt die Leistungen der Bäuerinnen und Bauern völlig unberücksichtigt. Bäuerliche Kleinbetriebe erfordern



Wolfgang Pirkhuber
Landwirtschaftssprecher der Grünen
Foto: Die Grünen

nun einmal mehr Arbeitsaufwand. Die größten Betriebe erhalten höhere Fördersummen und können damit niedrigere Produktpreise erzielen. Dadurch fließen Gelder an den LandwirtInnen vorbei, direkt in die Taschen der Agro-Industrie anstatt sie für gesellschaftlich gewünschte Leistungen zu vergeben“, kritisiert Pirkhuber.

„Wenn die kleinen Landwirtschaftsbetriebe nicht einer großen Agrar-Industrie

weichen sollen, müssen wir jetzt gegensteuern“, so Pirkhuber. Die Grünen schlagen eine Kappungsgrenze der Direktzahlungen ab 35.000 Euro vor. Ab dieser Grenze sollen die Fördermittel schrittweise gekürzt werden. Diese Vorschläge wären auch mit dem jetzigen Vorschlag des Rates vereinbar, der den Mitgliedsstaaten erlaubt, bis zu 15 Prozent der Mittel für Direktzahlung an die Förderung der ländlichen Entwicklung umzuschichten. „Retten Sie die heimische Landwirtschaft, tun Sie endlich etwas gegen das Bauernsterben und schützen Sie unsere Kulturlandschaft, Herr Minister“, fordert Pirkhuber Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich auf.

Team Stronach-Obmann-Stv. Robert Lugar

sagte, das Ergebnis der EU-Budgetverhandlungen sei der Gipfel einer Fehlentwicklung. „Ohne eine weitreichende Neugestaltung wird Österreich ein Verlierer im System EU bleiben.“ Daß Österreich jetzt mehr bezahlt, aber weniger bekommt, sei „die logische Konsequenz, wenn mit immer mehr Geld ein System aufrecht erhalten wird, daß schon seit geraumer Zeit nicht mehr funktioniert.“

Auch die Einbußen beim Rabatt und den Förderungen sind für Österreich ein gravierender finanzieller Nachteil. Diese Tatsache in einen Verhandlungserfolg umzudeuten, liefere einen weiteren Beweis für die Realitätsferne der Bundesregierung, so Lugar. „Gigantische Bürokratie, Förderdschungel



Robert Lugar
Team Stronach-Klubobmann
Foto: Parlamentsdirektion/Wilke

und Wanderzirkus zwischen Brüssel und Straßburg sind Konstruktionsfehler der EU, die Österreich teuer zu stehen kommen. Nur mit einer tiefgreifenden EU-Verwaltungsreform und einer Neuüberprüfung der EU-Verträge läßt sich daran etwas ändern“, betont der Team Stronach-Klubobmann.

Sollte das EU-Parlament dem vorliegenden Budget-Rahmen seine Zustimmung verweigern, müsse diese Gelegenheit sofort

Innenpolitik

Foto: BKA / Andy Wenzel



Debatte zur EU-Erklärung am 19. Februar. Im Bild (v.l.): Staatssekretär Sebastian Kurz, Staatssekretär Reinhold Lopatka, Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Landwirtschaftsminister Nikolaus Berlakovich, Verkehrsministerin Doris Bures, Finanzministerin Maria Fekter, Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger, Bundeskanzler Werner Faymann, Unterrichtsministerin Claudia Schmied, Verteidigungsminister Norbert Darabos, Gesundheitsminister Alois Stöger, Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle und die Staatssekretäre Andreas Schieder und Josef Ostermayer. Im Hintergrund (Bildmitte): Nationalratspräsidentin Barbara Prammer.

genutzt werden um endlich „darüber zu verhandeln, wie die EU sinnvoll neu gestaltet werden kann. Wohlstand zu verteilen, zu verringern und schließlich mit einer Schuldenpolitik zu vernichten, ist der falsche Weg. Europa braucht ein neues, realistisches und wirtschaftlich gesundes Selbstverständnis“, hält Lugar fest.

Nationalrats-Sondersitzung

Am 19. Februar wurde eine von den von den Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP beantragte Nationalrats-Sondersitzung abgehalten.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) bezeichnete die Einigung der europäischen Regierungschefs auf einen mehrjährigen Finanzrahmen als ein gutes und faires Ergebnis sowohl für Österreich als auch für Europa. Der Budgetvoranschlag sehe vor, daß Österreich künftig einen Nettobeitrag von maximal 0,31 Prozent des BIP zu zahlen hat, also nicht mehr 0,33 Prozent wie in der vergangenen Periode. Auch im Vergleich zu anderen Ländern, die ebenfalls Nettozahler sind, könne sich dieses Ergebnis sehr wohl sehen lassen, unterstrich Faymann. So müsse Deutschland etwa 0,38 Prozent des BIP beitragen, obwohl Österreich pro Kopf reicher sei.

Generell müsse man beachten, daß die vorgesehenen Finanzmittel für das Budget angesichts der Wirtschaftsleistung im EU-Raum nicht erhöht wurden, sondern etwa gleich geblieben sind, zeigte der Kanzler auf. Gleichzeitig sei es gelungen, nicht bei jenen Bereichen zu kürzen, die für die In-

novationskraft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Region entscheidend sind, also etwa Forschung, Wissenschaft und Infrastruktur. Aber daß jene Staaten, die mehr haben, auch mehr leisten müssen, dazu sei er immer gestanden, dies sei auch ein Beweis dafür, daß Österreich hinsichtlich seiner ökonomischen Performance zu den Besten in der Union gehöre. Ein wesentliches Ergebnis des EU-Gipfels sei, daß endlich ein Fonds ins Leben gerufen wurde, um den mehr als fünf Millionen arbeitslosen Jugendlichen in der EU Perspektiven zu bieten und das Wachstum in Europa wieder anzukurbeln.

Sehr stark eingesetzt habe sich Faymann auch für die Unterstützung des ländlichen Raums und die ländliche Entwicklung, wofür es ein sehr akzeptables Ergebnis gegeben habe, führte der Bundeskanzler weiter aus. Auch im Sinne der Wirtschaft könne man von einem guten Resultat sprechen, da die heimischen Betriebe von den diversen Infrastruktur-, Forschungs- und Entwicklungsfonds überproportional profitieren. Daher sei Österreich unterm Strich als Nettogewinner zu sehen, war der Bundeskanzler überzeugt.

Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger (ÖVP)

zeigte sich grundsätzlich froh darüber, daß sich die europäischen Staaten allen Unkenrufen zum Trotz auf einen Finanzrahmen für die nächsten sieben Jahre einigen konnten, da die Alternative – Budgetprovisorien von Jahr zu Jahr – nicht sehr berauschend gewesen wäre. Natürlich sei es auf EU-Ebene – ebenso wie in den Nationalstaaten – erforderlich, angesichts der wirtschaftlichen Herausforderungen einen Sparkurs zu fahren,

erklärte der Vizekanzler. Er könne daher die Kritik der Oppositionsvertreter und mancher EU-Parlamentarier absolut nicht nachvollziehen. Außerdem könne sich das Budget unter den gegebenen Voraussetzungen – 960 Mrd. Euro für die nächsten sieben Jahre – durchaus sehen lassen.

Bei den Verhandlungen sei es natürlich sehr schwierig gewesen, einen Kompromiß zwischen 27 Partnern zu finden. Das österreichische Ergebnis sei daher akzeptabel, aber kein Grund zum Jubeln. Gemeinsam mit dem Regierungspartner habe man sich darauf verständigt, daß die Förderung der ländlichen Entwicklung von ganz zentraler Bedeutung sei. Es sei dann auch gelungen, die im ersten Entwurf vorgesehene Mittelkürzung um 30 Prozent in diesem Bereich zum großen Teil abzuwenden, wodurch den Bio- und Bergbauern sowie den gesamten Einwohnern der ländlichen Regionen wieder eine gute Perspektive geboten werden könne. Ein Wermutstropfen sei aber sicher, daß Österreich in der Frage des Rabatts die zweite Komponente (die reduzierte Mehrwertsteuerabrufrate) verloren hat, räumte Spindelegger ein. Man dürfe aber nicht vergessen, daß Österreich zahlreiche Vorteile aus seiner EU-Mitgliedschaft ziehe, die diesen Verlust wieder wettmachen würden. Er sei überzeugt davon, daß dies auch durch die österreichischen Betriebe mit ihrer hohen Exportorientierung wieder aufgeholt werden könne. Es sei weiters klar, daß sich der Nettobeitrag entsprechend erhöhen werde, konstatierte der Vizekanzler. Österreich werde in Hinkunft etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr leisten müssen, also im Mittelfeld der Nettozahler sein. Dies müsse man aber vor dem Hintergrund sehen, daß sich unser Land wirt-

Innenpolitik

schaftlich besser entwickelt habe als andere Regionen, gab Spindelegger zu bedenken.

Wenn man sich die Gesamtbewertung des Finanzrahmens ansehe, dann gebe es eine Reihe von positiven Merkmalen, wie etwa der gemeinsame Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit oder die höhere Dotierung von Bildungs- und Forschungsprojekten, wodurch sowohl junge Leute als auch österreichische Betriebe sicherlich profitieren werden. Ein Minus zu verzeichnen gebe es bei den so genannten benachteiligten Regionen, das Burgenland verliere deshalb zwei Drittel der bisherigen Zuwendungen. Er erwarte sich jetzt eine verantwortungsvolle Debatte über den Budgetvorschlag im Europäischen Parlament und könne sich nicht vorstellen, daß am großen Rahmen noch etwas verändert werden könne.

FPÖ-Bundesparteibmann Heinz-Christian Strache

bezeichnete den Bundeskanzler als „Verhandlungsniete“ und warf ihm vor, in Brüssel die Spenderhosen angehabt zu haben. Angesichts der zunehmenden sozialen Probleme in Österreich, der hohen Arbeitslosenraten etwa, hätte er sich eine Halbierung des EU-Nettobeitrag erwartet. Die frei werdenden Steuergelder hätten viel besser in den Bildungssektor, in Beschäftigungsinitiativen oder Wiedereingliederungshilfen für Obdachlose investiert werden können. Ab 2015 werden die Österreicher aber 1,3 Mrd. Euro netto pro Jahr nach Brüssel schicken müssen, zeigte der Klubobmann der Freiheitlichen auf. Außerdem werden sich die Rückflüsse für die heimischen Landwirte jährlich um 72 bis 73 Mio. Euro reduzieren.

Mit diesem für die österreichischen Steuerzahler verheerendem Ergebnis werde Faymann als äußerst unfähiger Bundeskanzler in die Geschichte eingehen, urteilte Strache und überreichte einen „schottischen Sparsamkeitsrock“. Blamabel sei auch das Verhalten von Vizekanzler Spindelegger gewesen, der eine Zeit lang mit Veto gedroht habe, nun aber dem Bundeskanzler Beifall klatsche und wieder einmal umgefallen sei. Ein ähnliches Fiasko befürchtete Strache in bezug auf die geplante Finanztransaktionssteuer, wo im Gegensatz zu den ursprünglichen Plänen, die Einnahmen nicht in den Nationalstaaten bleiben würden, sondern in Richtung der Europäischen Union transferiert werden sollen. Die Freiheitlichen werden daher heute auch einen Neuwahlantrag einbringen, weil es an der Zeit sei, die Österreicher von dieser Regierung zu befreien.

Das permanente Hick-Hack zwischen den Koalitionspartnern, das Vorwahlgeplänkel bis in den Herbst und der Arbeitsstillstand sei den Menschen nicht mehr länger zuzumuten, betonte Strache.

Bundessprecherin der Grünen, Eva Glawischnig

bedauerte, daß die Sondersitzung nicht dazu genutzt werde, um wirklich über die Zukunft der Union, die aktuellen Herausforderungen, den Finanzrahmen oder wichtige Investitionsvorhaben (erneuerbare Energien, Forschung etc.) zu reden, sondern auf die kleinliche, beschämende Diskussion – zahlt Österreich jetzt mehr oder weniger als Nettozahler – reduziert werde.

Glawischnig wies darauf hin, daß wichtige Finanzinstitutionen wie z.B. die OECD oder der IWF massiv den Sparkurs in den europäischen Ländern kritisierten, da dies zu einer wirtschaftlichen Rezession führen könne. Auch aus dieser Sicht sei daher der EU-Finanzrahmen ein Problem und keine Lösung. Die nun so stolz präsentierte Jugendbeschäftigungsgarantie sei ihrer Ansicht nach dermaßen halbherzig, da für insgesamt fast sechs Millionen junge Menschen ohne Arbeit in den nächsten sieben Jahren gerade mal 6 Mrd. Euro zur Verfügung stünden. Mit 150 Euro für jeden Jugendlichen könne dieses massive Problem aber sicherlich nicht ernsthaft angegangen werden, urteilte Glawischnig. Dafür wäre nach Auffassung der Grünen Klubobfrau pro Jahr das Doppelte notwendig. Sie habe Null Verständnis dafür, daß im EU-Budget nach wie vor 39 Prozent der Gesamtmittel für den Agrarsektor, also im wesentlichen für die Agrarindustrie ausgegeben werden. 80 Prozent des Gesamtvolumens der Förderungen gehen nämlich an 20 Prozent der Betriebe in Europa, hob die Mandatarin der Grünen hervor. Dies nütze nicht nur der österreichischen Landwirtschaft nichts, sondern produziere Probleme im Lebensmittelbereich am laufenden Band. Dennoch hätten sich die Vertreter der Regierungsparteien immer wieder gegen eine genaue Herkunftsbezeichnung von europäischem Fleisch gewehrt, kritisierte Glawischnig.

BZÖ-Bundesparteibmann Josef Bucher

warnte vor den wachsenden Schulden in Österreich und kritisierte, Kanzler und Vizekanzler hätten der EU für die nächsten sieben Jahre Geld versprochen, das im eigenen Land noch gar nicht erwirtschaftet worden sei. Das Gerede von Friedensprojekt und

Solidarität könne er schon nicht mehr hören, sagte Bucher und stellte empört fest, das Geld der EU fließe in Wahrheit an Spekulanten und Banken, die Solidarität gehe an den Menschen und ihren Problemen vorbei. Für den BZÖ-Mandatar stellte sich dabei die Frage, wie lange sich Österreich die Zahlung von Milliardenbeiträgen an Brüssel noch leisten könne. Bucher bezichtigte den Bundeskanzler des „Verrats“ an seiner Verantwortung für Österreich und bemerkte, Faymann biedere sich an die EU an, er mache sich in erster Linie über die Menschen in Spanien und Griechenland Sorgen anstatt sich um die Arbeitslosen in Österreich zu kümmern.

Team Stronach-Obmann-Stv. Robert Lugar

sprach von einem Mißerfolg und stellte fest, Österreich sei von allen Ländern am schlechtesten ausgestiegen. Man habe einen großen Teil des Rabatts eingebüßt und bekomme darüber hinaus nun weniger an Förderungen. Nach Ansicht Lugars hätte Österreich seine Zustimmung zu den Beitragszahlungen an Reformen der Europäischen Union knüpfen sollen. Angesichts der Verschwendung bei Förderungen, der hohen Gehälter der Brüsseler Beamten oder des „Wanderzirkus“ der EU-Parlamentarier zwischen Brüssel und Straßburg bestehe dringender Handlungsbedarf seitens der Union, betonte Lugar. In einem Entschließungsantrag mahnte der Klubobmann von Team Stronach ein besonderes Engagement Österreichs gegen die Aufsplitterung der EU-Sitzungen zwischen Brüssel und Straßburg und für die Festlegung der belgischen Hauptstadt als einziger EU-Tagungsort ein.

Anträge blieben ohne Mehrheit

Bei der Abstimmung fand ein vom BZÖ eingebrachter Mißtrauensantrag gegen die gesamte Bundesregierung keine Mehrheit. Auch der Entschließungsantrag des BZÖ betreffend „nationaler Schulterschuß zum EU-Finanzrahmen“ und die Entschließungsanträge des Team Stronach betreffend „Einstellung des milliardenteuren ‚Wanderzirkus‘ zwischen Brüssel und Straßburg“, betreffend transparente Reform des europäischen Personalwesens nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten und betreffend transparente Mittelvergabe für kleine und mittlere Unternehmen blieben in der Minderheit. ■

Quellen: Generalsekretariat des Europäischen Rates, Europäisches Parlament, SPÖ, ÖVP, FPÖ, BZÖ, Grüne, Team Stronach und Pressedienst des Parlaments

Staatsbürgerschaft neu

Die Regierungsparteien haben sich auf ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz geeinigt, das – wie man sagt – Erleichterungen bei der Einbürgerung von gut integrierten Zuwanderern bringen soll. Die Oppositionsparteien sehen das anders.

Das neue Staatsbürgerschaftsgesetz (StbG) wird deutliche Erleichterungen bei der Einbürgerung von gut integrierten Zuwanderern bringen“, erklärte Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) nach der Einigung der Bundesregierung auf einen Entwurf für das neue Staatsbürgerschaftsgesetz. Wichtig sei, daß auch die Eltern- bzw. die Familienhospizkarenz bei der Anrechnung des hinreichenden Lebensunterhalts berücksichtigt werden. Für den hinreichend gesicherten Lebensunterhalt wird der Durchschnitt der besten drei Jahre innerhalb der Rahmenfrist der letzten sechs Jahre zur Berechnung herangezogen. „Das bedeutet, daß auch Zeiten der Elternkarenz oder einer Familienhospizkarenz innerhalb dieser sechsjährigen Rahmenfrist zählen können“, erläutert der Sozialminister.

Grundsätzlich ist es nach dem neuen StbG möglich, nach sechs Jahren die Staatsbürgerschaft zu erwerben, wenn die betreffende Person neben dem hinreichenden Lebensunterhalt über ein sprachliches Niveau auf der Stufe B2 (entsprechen Fremdsprachenkenntnisse auf Maturaniveau) verfügt. Ein weiterer Nachweis der nachhaltigen persönlichen Integration ist dann nicht mehr notwendig. Verfügt der Bewerber über sprachliche Fähigkeiten auf B1-Niveau (Mittelschulniveau), dann ist nach sechs Jahren ebenfalls eine Einbürgerung möglich, wenn ein Nachweis der nachhaltigen persönlichen Integration belegt werden kann. Dieser Nachweis kann durch eine dreijährige ehrenamtliche Tätigkeit im gemeinnützigen Bereich oder durch einen Beruf im Sozial-, Gesundheits-, oder Bildungsbereich (über der Geringfügigkeitsgrenze) erbracht werden. Ebenso ist die Tätigkeit in einem Interessenverband oder

-vertretung (Elternvertreter oder Betriebsrat) zur Anerkennung der nachhaltigen persönlichen Integration möglich.

Mit der Novelle des StbG können nun auch Kinder mit österreichischem Vater und ausländischer Mutter die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen, ohne notwendi-

schäftsrechts heute in Begutachtung“, sagte Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz (ÖVP) am 5. Februar beim Ministerrat. „Künftig soll sich die Vergabe der Staatsbürgerschaften nicht mehr nach der bloßen Zeitdauer richten, sondern nach dem Fortschritt der Integration.“ Dies soll in Zukunft in

einem dreiteiligen **Stufen-System** geschehen: „Erstens: Wer sehr gut integriert ist, bekommt die Staatsbürgerschaft nach sechs Jahren. Zweitens: Wer ausreichend integriert ist, nach zehn Jahren. Und wer diese Standards nicht erfüllt, bekommt die Staatsbürgerschaft gar nicht.“

„Die Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut. Sie sollte mehr Wertschätzung erfahren. Man sollte stolz sein, Österreicher zu sein“, begründet der Staatsse-

cretär die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts.

Parallel zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts erarbeitet der Expertenrat eine „Rot-Weiß-Rot-Fibel“, in der erstmals die Werte Österreichs definiert werden. Zudem wird der Staatsbürgerschaftstest überarbeitet. Dabei soll der Fokus weniger auf historisches Faktenwissen, sondern auf Werte und Fragen des Zusammenlebens gelegt werden.

Die Begutachtung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts dauert bis 6. März 2013. Beschlossen soll es im Ministerrat am 19. März 2013 werden. „Damit befindet sich ein weiterer Vorschlag des 20-Punkte-Maßnahmenkatalogs des unabhängigen Expertenrats unter der Leitung von Heinz Faßmann vor der Umsetzung“, betont Kurz. (Anmerkung: Univ.-Prof. Heinz Faßmann ist Vizerektor für Personalentwicklung und Internationale Beziehungen der Universität Wien).



Heißbegehrtes Zeichen der Staatsbürgerschaft: der österreichische Reisepaß

gerweise einen DNA-Test erbringen zu müssen. Bei Adoptionen von ausländischen Kindern wird der Erwerb der Staatsbürgerschaft bis zum 14. Lebensjahr erleichtert. „Wichtig war mir, neben der Berücksichtigung der Karenzzeiten beim hinreichenden Lebensunterhalt, daß durch das neue Staatsbürgerschaftsgesetz Menschen mit schwerwiegenden Erkrankungen und Menschen mit Behinderungen keinen hinreichenden Lebensunterhalt mehr nachweisen müssen. Es muß allerdings durch ein Gutachten des Bundessozialamtes bzw. ein amtsärztliches Gutachten belegt werden, daß eine Teilnahme am Erwerbsleben nicht möglich ist“, schloß Hundstorfer.

Kurz: Reform auf Schiene

„Nach konstruktiven Verhandlungen zwischen Staatssekretär Josef Ostermayer und mir geht die Reform des Staatsbürger-

Innenpolitik

Vilimsky: Verschärfung ist notwendig

Statt mit dem neuen Staatsbürgerschaftsgesetz (StbG) die Einbürgerungen deutlich zu erleichtern, sei ganz im Gegenteil eine Verschärfung notwendig, betonte der freizeitliche Generalsekretär Harald Vilimsky. „Die evidenten Schwächen des Staatsbürgerschaftsrechtes müssen beseitigt werden“, so Vilimsky.

Während heute ein Rechtsanspruch auf die Österreichische Staatsbürgerschaft erst nach 30 Jahren gegeben sei, könne sich der Asylberechtigte schon nach sechs Jahren freuen, Österreicher zu werden, zeigte Vilimsky eine der gravierendsten Schwächen auf.

Im Unterschied zu Rot und Grün, die am liebsten an jeden Touristen die österreichische Staatsbürgerschaft verschleudern wollen, bestehe die FPÖ auf strengen Kriterien, betonte Vilimsky. Dazu gehöre ein einwandfreier, unbescholtener Lebenswandel, hohes Ausmaß an Integration und selbstverständlich ausreichende Sprachkenntnisse.

Wichtig sei es auch den möglichen Verlust der Staatsbürgerschaft zu verankern, betonte Vilimsky, der für eine dreijährige Staatsbürgerschaft auf Probe eintrat. „Wenn sich innerhalb der drei Jahre herausstellt, daß keine ausreichende Identifikation mit der Republik und ihren Werten gegeben ist, muß auch die Möglichkeit einer Aberkennung gegeben sein. Die Österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut, das nicht leichtfertig vergeben werden darf“, betonte Vilimsky.

Bucher: Staatsbürgerschaft darf nicht verschenkt werden

„Auf den ersten Blick prüfenswert“ sind für BZÖ-Chef Klubobmann Josef Bucher die Regierungsvorschläge für eine Modernisierung des Staatsbürgerschaftsrechts. Der Begutachtungsentwurf werde von den Experten des BZÖ genauestens geprüft. „Grundsätzlich ist festzustellen, daß die österreichische Staatsbürgerschaft nicht verschenkt werden darf, aber Integrationsbereitschaft und Leistung von Zuwanderern auch honoriert werden sollen“, so Bucher.

Das BZÖ sei für Gespräche über die Details der geplanten Novelle offen, „da ja einige unserer langjährigen Forderungen in den Vorschlägen beinhaltet sind. Bevor eine Verkürzung der Wartezeit bei ‚ausgezeichneter Integration‘ für das BZÖ infrage kommt, muß erst der genaue Katalog an Voraussetzungen auf Schlupflöcher und Hintertüren überprüft werden“, so Bucher, der auch kri-

tisch hinterfragt, warum der so genannte „Promibonus“ bei Einbürgerungen weiterhin bestehen bleibe.

Korun: Staatsbürgerschaftspläne gehen an echten Problemen vorbei

„Die heute präsentierten Pläne der Bundesregierung bedeuten eine Minimalumsetzung der sowieso zwingend umzusetzenden höchstgerichtlichen Entscheidungen und geringfügige Verbesserungen für Adoptivkinder. Von einer echten Modernisierung und einem Ankommen im 21. Jahrhundert beim Staatsbürgerschaftsrecht sind sie leider weit entfernt“, kommentiert Alev Korun, Menschenrechtssprecherin der Grünen, das in Begutachtung geschickte Staatsbürgerschaftrecht Neu.

Bei einer Lücke von einem einzigen Tag beim Visum beginnt die zehnjährige Wartezeit von neuem. 70 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen verdienen nicht so viel wie das Einkommen, das derzeit von EinbürgerungswerberInnen verlangt wird. Damit schließt das derzeitige Staatsbürgerschaftsrecht schon seit langem hier lebende Menschen zu großen Teilen von vornherein von der Staatsbürgerschaft aus“, gibt Korun zu bedenken.

„Daß wir zusätzlich jedes Jahr 10.000 im Inland geborene und hier aufwachsende Kinder zu AusländerInnen machen, scheint die Regierung nicht zu stören: es soll dabei bleiben“, kritisiert Korun.

„Während Prominente wie Anna Netrebko auch nach der Einbürgerung ihre frühere Staatsbürgerschaft behalten dürfen, werden zum Beispiel tausende ÖsterreicherInnen, die sich in Deutschland niedergelassen haben, von diesem Recht auf Doppelstaatsbürgerschaft ausgeschlossen. Sie werden ausgebürgert, wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen. Und als eines der wenigen Länder dürfen in Österreich Einbürgerungswillige in der Regel erst nach zehn Jahren einen Antrag auf Staatsbürgerschaft stellen.

„Die neue 6-Jahresregelung betrifft eine sehr überschaubare, kleine Gruppe. Alle anderen langjährig hier lebenden EinbürgerungswerberInnen werden aufgrund von sehr restriktiven Regeln weiterhin von gleichen Rechten ausgeschlossen bleiben“, betont Korun.

Prammer: Staatsbürgerschaftsgesetz schließt gesetzliche Lücke

„Ich begrüße die vorgesehene Erleichterung für Kinder und Kindeskindern der

während der NS-Zeit verfolgten Österreicherinnen und Österreicher“, sagte Nationalratspräsidentin Barbara Prammer zum in Begutachtung geschickten Entwurf des Staatsbürgerschaftsgesetzes. Eheliche Kinder, die vor dem 1. September 1983 geboren wurden, können derzeit die österreichische Staatsbürgerschaft nicht von der österreichischen Mutter ableiten. Bis Ende 1988 bestand zwar eine Übergangsbestimmung, wonach Betroffene dennoch die Staatsbürgerschaft erlangen konnten, wenn die Mutter eine entsprechende Erklärung abgab. Diese Übergangsregelung war allerdings befristet und konnte seit ihrem Ablauf nicht mehr in Anspruch genommen werden. Dadurch sind seither Härtefälle entstanden. Dies traf auch Nachkommen von ÖsterreicherInnen, die in der NS-Zeit vertrieben worden waren oder auswandern mußten.

„Ich habe mich daher seit Jahren dafür eingesetzt, hier eine Lösung zu finden, die unserer historischen Verantwortung gerecht wird“, so Prammer. Im jetzt vorliegenden Entwurf ist wieder eine neunmonatige Zeitspanne ab Inkrafttreten des Gesetzes vorgesehen, in der unter gewissen Voraussetzungen Betroffene die österreichische Staatsbürgerschaft der Mutter erwerben können.

Informationen zum geltenden Staatsbürgerschaftsgesetz

Die wichtigsten – vor allem AuslandsösterreicherInnen betreffenden – Änderungen durch die mit 1. Jänner 2010 in Kraft getretene Novelle 2009 zum Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 finden Sie, zusammengefaßt, auf der Seite des **Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten**:

<http://www.bmeia.gv.at/botschaft/auslandsosterreicher/ratgeber/staatsbuergerschaft.html>

Dort finden Sie auch Informationen zu

- Beibehaltung der österreichischen Staatsbürgerschaft bei Annahme einer anderen Staatsangehörigkeit,
- Erwerb, Verlust und Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft,
- Doppelstaatsbürgerschaft,
- Zuständigkeit und
- Militär-/Wehrdienst.

Das **Bundesministerium für Inneres** bietet auf der Seite

http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Staatsbuergerschaft/start.aspx

Informationen zum Staatsbürgerschaftswesen mit Links zu entsprechenden Informationen der Bundesländer, teils mit Lernunterlagen, und Links auf konsolidierte Fassungen der Rechtsgrundlagen. ■

Gemeinsam Verantwortung tragen

Antrittsrede von Bundesratspräsident Edgar Mayer – ein Vorarlberger mit großen Zielen für Bundesrat und Föderalismus

Foto: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/Jacqueline Godany



817. Bundesratssitzung im Hohen Haus am Ring: Bundesratspräsident Edgar Mayer bei seiner Antrittsrede am Präsidium

Bunderatspräsident Edgar Mayer führt seit Anfang des Jahres turnusgemäß für sein Bundesland Vorarlberg den Vorsitz in der Länderkammer. „Gemeinsam Verantwortung tragen“ lautet das Motto, das der neue Bundesratspräsident am 7. Feber eingangs der 817. Plenarsitzung für seine Arbeit nannte. „Ich will mit den Bundesrätinnen und Bundesräten in den nächsten fünf Monaten etwas für die BürgerInnen unseres Landes voranbringen.“ Dabei unterstrich Mayer die Bedeutung der Länder als „Eckpfeiler der Demokratie in Österreich“ und sprach sich für die Stärkung des Bundesrates aus, den er als „die Stimme der Länder in der Bundesgesetzgebung“ sieht. Mayer beabsichtigt, eine Gesetzesinitiative des Bundesrates für eine Bundesratsreform mit wesentlich verstärkten Mitwirkungsrechten, wie sie sein Amtsvorgänger Georg Keuschnigg mit den Ländern bereits vereinbart hat, noch in der

laufenden Gesetzgebungsperiode des Nationalrates einzubringen. Beim Thema Steuerautonomie der Länder könne es nicht nur um eine Verlängerung der Grundsteuer gehen, sondern auch um Massensteuern wie Einkommen- oder Körperschaftsteuer, hielt Mayer zudem fest. Das ehrenamtliche Engagement der MitbürgerInnen will der neue Bundesratspräsident in einem Hearing des Bundesrates würdigen und auch zum Thema „Direkte Demokratie“ eine Bundesratsenquete im kommenden April abhalten, teilte Präsident Mayer mit.

Außerdem will der Vorarlberger Bundesratspräsident, der auch als Vorsitzender des EU-Ausschusses fungiert, die Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der EU-Ausschüsse der Bundesländer weiterentwickeln. Mit Stolz berichtete Mayer von der – auch international anerkannten – Arbeit des EU-Ausschusses des Bundesrates bei der Sub-

sidiaritätsprüfung von EU-Gesetzesvorhaben. Die Brisanz der Konzessionsrichtlinie und der Privatisierung von Wasserreserven habe der Bundesrat früher als viele Medien erkannt, erinnerte Mayer und kündigte die Diskussion weiterer EU-Themen im Bundesrat am „Europatag“ (5. April) mit Außenminister Michael Spindelegger und mit dem Präsidenten des EU-Ausschusses der Regionen, Luis Ramon Valcarcel Siso, an.

Die Stimmen der Länder sollen im Hohen Haus besser gehört werden

„Neuen Drive“ registrierte der Bundesratspräsident in der Diskussion um die Aufwertung des Bundesrates, nachdem Mayers Amtsvorgänger Georg Keuschnigg gemeinsam mit allen Landtagspräsidenten und Landeshauptleuten ein Reformpapier finalisiert hat, wofür Mayer ausdrücklich Lob und Anerkennung um Ausdruck brachte.

Innenpolitik

Diese Reformvereinbarung zielt auf ein verstärktes Mitwirkungsrecht des Bundesrates bei Bundesgesetzen, die die Interessen der Länder berühren, vor allem in finanziellen Fragen, erläuterte Mayer. Gefordert ist ein allgemeines Zustimmungsrecht des Bundesrates bei Verfassungsänderungen und eine sinnvolle Reduktion seiner Verhandlungsgegenstände. Notwendig sei auch ein funktionsfähiges Vermittlungsverfahren zur leichteren Kompromißfindung mit dem Nationalrat und eine frühzeitige Befassung des Bundesrates mit Gesetzesvorschlägen samt Stellungnahmerecht. Auch ein „Teileinspruchsrecht“ der Länderkammer soll verwirklicht und der Bundesrat bei der Bestellung gemeinsamer Organe der Länder und des Bundes mit dem Nationalrat gleichgestellt werden. Auch sollte der Bundesrat redaktionelle Fehler in einem Gesetzesbeschluß des Nationalrates korrigieren können, ohne daß dadurch das Inkrafttreten des Gesetzes verzögert wird.

Über dieses ambitionierte Reformprogramm will der neue Bundesratspräsident mit der Bundesregierung und dem Nationalrat weiter verhandeln und noch in dieser Legislaturperiode des Nationalrates eine Gesetzesinitiative des Bundesrates herbeiführen. Damit wäre die ständige Diskussion über eine Abschaffung des Bundesrates endlich erledigt, sagte Mayer, der sich entschieden gegen das Infragestellen verfassungsrechtlich eingerichteter Institutionen wandte und Forderungen nach Abschaffung des Bundespräsidenten, der Landtage oder auf Verkleinerung des Nationalrates eine klare Absage erteilte. „Mit dieser Diskussion sollten wir endlich Schluß machen“, sagte Mayer in aller Klarheit.

Es waren die Bundesländer, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Zweite Republik neu gegründet haben, erinnerte Mayer. Das bundesstaatliche Prinzip und die Länder sind Eckpfeiler der Demokratie in Österreich, sagte Mayer und fügte hinzu: „Der Bundesrat soll eine starke Stimme der Länder in Wien sein. Geben wir ihm mehr Rechte, werten wir ihn auf, damit die Stimmen der Länder im Hohen Haus künftig besser gehört werden!“

Echte Steuerautonomie der Länder, neu definierter Finanzausgleich

Die neuen BundesrätInnen, die Edgar Mayer nach den vier Landtagswahlen in den nächsten Wochen und Monaten in den Bundesrat kommen, werden vor wichtigen Beratungen stehen, unter anderem über eine



Bundesratspräsident Edgar Mayer

Steuerautonomie der Länder. An dieser Stelle sprach sich Mayer als Föderalist für eine echte Steuerhoheit samt Massensteuern wie Einkommen- oder Körperschaftsteuer aus – Steuerautonomie bedeute für ihn jedenfalls nicht nur eine Verländerung der Grundsteuer.

Auch müsse der Finanzausgleich unter den Ländern neu definiert werden, damit wirtschaftlich schwächere Länder nicht massiv an Einnahmen verlieren. Vorarlberg als „Nettozahler-Land“ mit hoher Wirtschaftskraft sowie effizienter und sparsamer Verwaltung hat bereits klare Signale in diese Richtung gegeben, erinnerte Mayer.

Mayers Schwerpunkte: »Ehrenamt« und »Direkte Demokratie«

Mayers Motto „Gemeinsam Verantwortung tragen“ soll nicht nur beim Finanzausgleich gelten, sondern auch durch Wertschätzung für die vielen BürgerInnen, die außerhalb eines politischen Mandates ehrenamtlich tätig sind. Ihnen widmet der Vorarlberger Vorsitz im Bundesrat einen thematischen Schwerpunkt, sagte der Bundesratspräsident und kündigte ein Hearing über das in Österreich hoch entwickelte Ehrenamt an, das unter besonderer Würdigung des Feuerwesens aus europäischer Sicht beleuchtet werden soll.

Außerdem wird sich der Bundesrat bei einer Enquete mit hochrangigen internationalen Experten im April mit den Herausforderungen der Direkten Demokratie auseinandersetzen. Hier geht es Mayer um mehr Chancen für die BürgerInnen in den Ländern und Gemeinden, um das neue Modell der Vorarlberger Bürgerräte und um die aktuelle Demokratiereform des Bundes. Internationale Referenten und renommierte heimische Professoren werden dabei zu Wort kommen.

Erfolgsgeschichte des Bundesrates

Als Vorsitzender des EU-Ausschusses des Bundesrates will Edgar Mayer die Zusammenarbeit mit den Vorsitzenden der EU-Ausschüsse der Bundesländer weiterentwickeln. Das Mitspracherecht, das der Lissabon-Vertrag den nationalen Parlamenten mit der Subsidiaritätsprüfungen in der EU-Gesetzgebung einräumt, nütze der Bundesrat intensiv, was europaweit anerkannt werde, teilte Edgar Mayer den Bundesräten mit. Allein im letzten Jahr hat der EU-Ausschuß drei begründete „Stellungnahmen“ und elf „Mitteilungen“ zu EU-Verordnungen oder Richtlinien nach Brüssel geschickt, um konstruktive Änderungsvorschläge oder berechtigte Kritik einzubringen, berichtete der Ausschußvorsitzende und beleuchtete die Erfolgsgeschichte des EU-Ausschusses am Beispiel der derzeit heißen Diskussion über die EU-Konzessionsrichtlinie und die Privatisierung der Wasserversorgungen. Die Brisanz dieser Thematik habe der Bundesrat lange vor den Medien erkannt und bereits am 1. Februar 2012 eine begründete Stellungnahme nach Brüssel geschickt, in der er sich klar gegen alle Bestrebungen zur Privatisierung unserer Wasserversorgung ausgesprochen hat. Eine nicht nachvollziehbare Antwort der EU-Kommission vom Oktober 2012 hat die Bedenken des EU-Ausschusses des Bundesrates noch verstärkt und ihn zu einer „Mitteilung“ veranlaßt. In einer hat das Bundesratsplenum die Bundesregierung dazu aufgefordert, alles zu unternehmen, um die Privatisierung der Wasserversorgungen auf europäischer Ebene zu verhindern. „Das nenne ich eine sinn- und qualitätsvolle Behandlung eines wichtigen Themas zum Wohle unserer Bevölkerung“, sagte der Bundesratspräsident mit Stolz.

Aktuelle EU-Themen werden beim „Europatag“ des Bundesrates am 5. April mit Außenminister Michael Spindelegger und dem Präsidenten des Ausschusses der Regionen, Luis Ramon Valcarcel Siso, diskutiert werden, teilte der Bundesratspräsident weiter mit.

Zum Abschluß wünschte sich Mayer gute Beratungen in der Länderkammer und zitierte dazu Worte von John F. Kennedy: „All das, was wir uns vornehmen müssen, wird nicht in den ersten Tagen vollendet werden, ja vielleicht nicht einmal zu unseren Lebzeiten; doch laßt uns beginnen.“ Die BundesrätInnen bat Präsident Mayer um Zusammenarbeit und Unterstützung – nach seinem Motto: „Gemeinsam Verantwortung tragen.“ ■

Quelle: Pressedienst des Parlaments

Bures: Österreich gut unterwegs im öffentlichen Verkehr

Österreich investiert sehr viel in den Ausbau der umweltfreundlichen Schiene, wir sorgen für ein gutes Angebot im öffentlichen Verkehr und verbessern Schritt für Schritt die Vernetzung der Verkehrsträger“, sagt Verkehrsministerin Doris Bures. „Eine aktuelle Studie des Verkehrsclub Österreichs (VCÖ) unterstreicht jetzt, daß wir hier wirklich gut unterwegs sind – denn die Österreicherinnen und Österreicher fahren mehr als alle anderen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) mit Bahn, Bim und U-Bahn. Und besonders freut mich, daß die Fahrgäste in Österreich ihren Bahnen ein so gutes Zeugnis ausstellen“, so Bures.

Der VCÖ kommt in seiner Untersuchung zum Schluß, daß „ein Grund für den hohen Anteil in Österreich auch die im internationalen Vergleich höhere Qualität ist“. Und bei einer Vergleichsstudie unter sechs europäischen Staaten (Deutschland, Österreich, Belgien, Niederlande, Ungarn und Kroatien) schneidet Österreich bei den für die Fahrgäste sehr wichtigen Kriterien am besten ab. Die Fahrgäste bewerten Österreichs öffentlichen Verkehr in puncto Häufigkeit der Verbindungen, Fahrzeit, Wartezeiten beim Um-



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

907 Millionen (!) Fahrgäste waren im Vorjahr mit den Wiener Linien unterwegs.

steigen, Nähe der Haltestelle, Barrierefreiheit und beim Zugpersonal am besten.

Die Verkehrsministerin ist überzeugt, daß der Trend zur Bahn weitergehen wird. Dafür wird vom Verkehrsministerium nicht nur in die Infrastruktur kräftig investiert. Erst vor kurzem ist die Entscheidung gefallen, daß es für den Regionalverkehr in Oberösterreich,

Niederösterreich, Wien und der Steiermark 100 neue Züge geben wird. „Daß sich diese Investitionen bezahlt machen, zeigt sich in der Kundinnen- und Kundenzufriedenheit, und vor allem auch darin, daß immer mehr Menschen in Österreich auf die Bahn umsteigen“, so die Verkehrsministerin abschließend. ■

Stöger: Patienten-Entschädigungsfonds sind Erfolgsgeschichte

Auch in einem ausgezeichneten Gesundheitssystem können Fehler passieren und besondere Härtefälle auftreten. Die Schaffung der Patienten-anwaltschaften war ein ganz wichtiger Schritt, um die Patientinnen und Patienten in schwierigen Situationen zu unterstützen“, so Gesundheitsminister Alois Stöger anlässlich der Pressekonferenz „Zehn Jahre Patienten-Entschädigungsfonds“ am 7. Feber. Gerade finanzielle Entschädigungen im Fall von schweren bzw. katastrophalen Komplikationen seien für PatientInnen wesentlich, so der Minister. „Schnelle und unbürokratische Hilfe ist für die Menschen sehr wichtig, da Schadensfälle oft mit Beweisschwierigkeiten einhergehen“, so Stöger. Darüber hinaus gebe es bisweilen Fälle, die besondere Härtefälle darstellen, oft auch existenzbedrohend sind, aber zivilrechtlich nicht klärbar seien. „Für all diese Fälle sind die Patienten-Entschädigungsfonds geschaffen worden“, führte der Minister aus.

„Die Entschädigungsfonds haben sich in den letzten Jahren, mit den Patienten-anwaltschaften und den ärztlichen Schiedsstel-



Foto: BGF

Gesundheitsminister Alois Stöger

len zu wirkungsvollen Bausteinen einer sehr gut funktionierenden außergerichtlichen Streitbeilegung entwickelt“, führt Patientenanwalt Gerald Bachinger aus. „PatientInnen erhalten bei schwerwiegenden Komplikationen einfach und niedrigschwellig angemessene Entschädigungen und Gerichte müssen

nicht befaßt werden.“ In jedem Bundesland besteht ein eigener Entschädigungsfonds, einheitliche Grundprinzipien gelten für alle neun Fonds. So werden die Fonds durch einen Anteil der Kostenbeiträge der stationär aufgenommenen Patientinnen und Patienten mit 0,73 Euro pro Tag finanziert. Über die Auszahlung bestimmt die Entschädigungskommission im jeweiligen Bundesland unter Einbindung der Patientenanwältinnen. Der Höchstbetrag der Entschädigung im Einzelfall ist grundsätzlich auf 22.000 Euro festgelegt, wenn besondere soziale Umstände vorliegen ist ein Höchstbetrag von bis zu 50.000 Euro möglich. „In den letzten zehn Jahren wurden über 56 Millionen Euro an Entschädigungen ausgezahlt, mit denen Menschen in schwierigen Situationen geholfen werden konnte“, so Patientenanwalt Bachinger.

„Ich bedanke mich bei den Patientenanwältinnen und Patientenanwälten, die unser ausgezeichnetes Gesundheitssystem noch besser gemacht haben und stets kompetente Ansprechpersonen für die Patientinnen und Patienten sind“, so Stöger abschließend. ■

https://www.gesundheit.gv.at/Portal.Node/ghp/public/content/Patientenanwaltschaften_LN.html

Außenminister in Kabul

Rücknahme abgewiesener Asylwerber thematisiert – Treffen mit Präsident Karzai – Österreich fördert Aufbau der Rechtsstaatlichkeit



Foto: BMeiA / Dragan Tatic

Arbeitsbesuch von Außenminister Michael Spindelegger in Afghanistan – im Gespräch mit Präsident Hamid Karzai

Außenminister und Vizekanzler Michael Spindelegger hat am 16. Februar in Afghanistan mit seinem Amtskollegen, Außenminister Salmai Rasul (Zalmay Rassoul), die Aufnahme von Verhandlungen für ein Rücknahmeabkommen für abgewiesene Asylwerber vereinbart, wie die „Kronen Zeitung“ berichtete. Rasul sagte demnach: „Wir haben die besten Köpfe des Landes verloren und sind an ihrer Rückkehr interessiert.“ Zudem traf Spindelegger in Kabul Präsident Hamid Karzai.

Karzai hatte den Streitkräften des Landes untersagt, „unter allen Umständen, um ausländische Luftunterstützung zu bitten“. Die afghanischen Bodentruppen dürfen dadurch künftig keine Luftangriffe der NATO mehr anfordern. Karzai zeigte sich laut AFP weiters zufrieden, daß die ausländischen Mächte bis Ende 2014 ihre Kampftruppen aus dem Land abziehen.

Ein „ISAF“-General meinte laut „Kronen Zeitung“: „Der größte Fehler wäre, Afghanistan allein zu lassen wie nach dem sowjetischen Abzug. Damals überließ man das Land sich selbst in den Sturz in den Bürgerkrieg. Vieles hängt auch von Pakistan ab, dem Rückzugsgebiet der Taliban. Werden die Taliban zurückkommen? Sie werden ein Störfaktor sein, aber die Macht nicht mehr

übernehmen können. Afghanistan wird nicht kollabieren.“ Zu den Taliban sagte er: „Wir müssen sie überzeugen, daß man Politik nicht mit der Waffe, sondern an der Wahlurne ausficht.“

Der „ISAF“-Sprecher führte laut dem Blatt weiter aus: „Kämpfe finden nur noch außerhalb der Städte statt in Gebieten, wo nur ein Fünftel der Bevölkerung lebt. Bombenanschläge in den Städten sollen Aufmerksamkeit erregen. Mehr richten sie aber nicht aus. 84 Prozent der zivilen Toten gehen auf das Konto von Taliban & Co., acht Prozent auf das Konto von „ISAF“, acht Prozent sind ungeklärt. Das Trainings-Programm für die (Regierungs-)Armee läuft. Schon kommendes Frühjahr wird sie die Sicherheitsverantwortung in allen Provinzen übernehmen.“

Wie weit man um einer Lösung willen auf Forderungen der Taliban eingehen kann, kommentierte Jan Kubis, Chef der UN-Mission in Kabul, laut der Tageszeitung „Die Presse“: „Das müssen vor allem die Afghanen entscheiden“. „Pakistan spielt eine wichtige Rolle dabei, ob Afghanistan zur Ruhe kommt“, meinte Rasul laut dem Blatt.

Österreich will laut Außenministerium den Aufbau der Rechtsstaatlichkeit in Afghanistan fördern. Der „Law and Order Trust Fund“ der UNO, kurz LOFTA, soll mit 18

Millionen Euro unterstützt werden. Zudem sollen Frauen in Afghanistan unterstützt werden.

„Wir haben jetzt 200.000 Studenten, davon 38 Prozent Frauen, vor zehn Jahren waren es 8.000 Studenten und keine einzige Frau. Und das Pro-Kopf-Einkommen ist von 185 auf 659 Dollar gestiegen“, sagte der Berater von Afghanistans Präsident Karzai, Dadfar Spanta, vor österreichischen Journalisten laut dem „Kurier“. Was die Sicherheitslage angeht, räumte er ein, daß es in 90 von 460 Bezirken Probleme gebe, „aber die Regierung ist in keiner Weise in Gefahr“.

Weiters sagte Spanta laut „Die Presse“: „Wir werden versuchen, 2014 eine akzeptablere Wahl durchzuführen.“

„Österreich hat sich dafür entschieden den Law and Order Trust Fund der UNO, kurz LOFTA, mit 18 Millionen Euro zu unterstützen. Wir leisten damit einen ganz konkreten Beitrag zum Aufbau von Partnerschaften zwischen Polizei und lokalen Gemeinschaften in Afghanistan, wodurch bisher erzielte Erfolge abgesichert werden können“, sagte Spindelegger, wie das Außenministerium auf APA-Anfrage mitteilte.

Zudem sollen Frauen in Afghanistan unterstützt werden. „Aus unserer Sicht ist auch entscheidend, daß die Rolle der Frauen in

Österreich, Europa und die Welt

der afghanischen Gesellschaft gestärkt wird. Ich erwarte daher, daß die Finanzmittel gerade auch in diese Richtung eingesetzt werden“, so Österreichs Außenminister. „Die bevorstehenden Nominierungen für das afghanische Höchstgericht wären eine gute Gelegenheit durch die Ernennung einer Frau ein deutliches Signal in diese Richtung zu setzen.“

„Die Stabilität Afghanistans ist in unser aller Interesse. Es ist klar, daß Afghanistan auch nach 2014 die Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft, und damit auch unsere, benötigen wird“, sagte Spindelegger. „Neben der Sicherheit stellen allem voran die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, der Aufbau funktionierender Institutionen und die menschenrechtliche Entwicklung, insbesondere der Frauenrechte, Schlüsselemente für die Zukunft Afghanistans dar. Die Präsidentschaftswahlen im April 2014 werden diesbezüglich ein Lakmestest für die weitere Entwicklung des Landes sein.“

Spindelegger traf auch den EU-Sonderbeauftragten für Afghanistan, Vygaudas Usackas, den UNO-Sondergesandten für Afghanistan, den Slowaken Jan Kubis, sowie US-General Joseph Dunford, Oberbefehlshaber über die NATO-geführten Streitkräfte in Afghanistan ISAF, und die Leiterin der



Foto: BMeiA / Dragen Tatic

Außenminister Michael Spindelegger (l.) hält gemeinsam mit dem Außenminister von Afghanistan, Zalmay Rassoul, eine Pressekonferenz.

unabhängigen Menschenrechtskommission von Afghanistan, Sima Samar.

Es war dies der erste Besuch eines österreichischen Außenministers in Afghanistan seit mehr als 50 Jahren, zuletzt war Leopold Figl in den 1950er Jahren zu Gast. „Afghanistan befindet sich in einer entscheidenden

Phase für die Zukunft des Landes. Ich habe mich daher entschieden, gerade jetzt hier herzukommen, um mir ein eigenes Bild über die Situation, aber auch die nach wie vor noch bevorstehenden Herausforderung zu verschaffen“, so Spindelegger. ■

Quellen: APA/BMeiA

Mit vereinten Kräften das Leid von Zivilisten stoppen

Der Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten ist Österreich und Norwegen ein gemeinsames Anliegen von und eine kontinuierliche Priorität in der Außenpolitik beider Staaten“, so Außenminister Spindelegger am 21. Feber bei der Eröffnung der Expertenkonferenz zum Schutz von Zivilisten in bewaffneten Konflikten, welche in Wien stattfand. „In den letzten 60 Jahren hat das humanitäre Völkerrecht einen umfassenden rechtlichen Rahmen für den Schutz von Zivilisten geschaffen. Viele Staaten bemühen sich auch um Einhaltung ihrer Verpflichtungen, sowohl in militärischen Einsätzen als auch beim Training ihrer Sicherheitskräfte. Dennoch werden überall auf der Welt täglich Zivilisten verletzt und getötet. Die aktuellen Krisen in Syrien und Mali, aber auch die jüngere Vergangenheit Afghanistans machen die Dringlichkeit des Themas deutlich. Wir müssen daher unsere Kräfte vereinen, um das immense menschliche Leid zu stoppen.“

„Mit Annahme der bahnbrechenden Resolution 1894 war der Schutz von Zivilisten das Hauptthema der österreichischen

Präsidentschaft im UNO-Sicherheitsrat im November 2009. In der Zwischenzeit haben wir durch die erfolgreiche Einbringung einer Resolution in den UNO-Menschenrechtsrat auch an der Verbesserung der Sicherheit von Journalisten weitergearbeitet, denen als Vermittlern von Information eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die Straflosigkeit zukommt“, so Spindelegger weiter.

„Viele Konflikte werden heute zwischen einer Vielzahl von Akteuren und in komplexen Kampfsituationen ohne Respekt für fundamentale Prinzipien des Humanitären Völkerrechts einschließlich Differenzierung und Verhältnismäßigkeit ausgetragen. Diese Entwicklungen stellen militärische Akteure, die sich um korrekte Anwendung der Rechtsvorschriften bemühen, heute vor neue Herausforderungen. Das Problem sind nicht die Regeln, sondern wie diese in den heutigen komplexen Kampfsituationen anzuwenden sind. Wir wollen daher auf den unmittelbaren Erfahrungen von militärischem und zivilem Personal sowie der UNO, dem Roten Kreuz und anderen humanitären Organisationen aufbauen“, betonte der norwegische

Außenminister, Espen Barth Eide. „Österreich und Norwegen haben deshalb gemeinsam eine Expertenkonferenz organisiert, die Teil der von Norwegen 2009 gestarteten Initiative „Reclaiming the Protection of Civilians under International Humanitarian Law“ ist. Nach regionalen Workshops in Jakarta, Buenos Aires und Kampala, wird sich der europäische Regionalworkshop auf die besonderen Herausforderungen in Europa sowie bei internationalen Militäreinsätzen unter europäischer Beteiligung konzentrieren. Ziel dieses Prozesses ist es nicht, neue rechtliche Verpflichtungen zu verhandeln, sondern konkrete Empfehlungen auszuarbeiten, wie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle Konfliktparteien zum Schutz der Zivilbevölkerung verbessert werden kann.“

„Wir freuen uns, daß so viele TeilnehmerInnen aus ganz Europa unserer Einladung nach Wien gefolgt sind. Österreich und Norwegen werden sich auch weiterhin mit vereinten Kräften für die Verbesserung des Schutzes von Zivilisten einsetzen“, so Spindelegger abschließend. ■

Eurobarometer

Europa ist im Bewußtsein der ÖsterreicherInnen stark verankert, es werden aber mehr Informationen gefordert.

Richard Kühnel, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, stellte am 25. Feber aktuelle Eurobarometer-Ergebnisse vor, wonach sich eine Mehrheit der ÖsterreicherInnen als BürgerInnen der EU fühlt. In seinem Ausblick auf das europapolitische Jahr 2013 sieht Kühnel Licht am Ende des Tunnels, wiewohl im Rahmen des Europäischen Semesters weiterer Reformbedarf bestehen bleibt. Die ÖsterreicherInnen schätzen Errungenschaften der EU wie freien Personen-, Waren-, und Dienstleistungsverkehr, Frieden, den Euro oder die Wirtschaftskraft der EU deutlich positiver ein als der EU-Durchschnitt. Allerdings ist der Grad der Informiertheit zu Europathemen in Österreich rückläufig.

„Die Ergebnisse zeigen, daß die Österreicherinnen und Österreicher viel stärker mit Europa und den Errungenschaften verbunden sind, als dies oftmals dargestellt wird. Wir freuen uns, daß sowohl das Interesse an europäischen Themen als auch die praktischen Vorteile der EU überdurchschnittlich gut abschneiden. Das zeigt uns auch, daß der aktuelle Kurs der EU in der Krise als richtig und wichtig wahrgenommen wird. Gleichzeitig sind wir in der Pflicht noch mehr zur Information der Bürger zu ihren Rechten in der EU beizutragen. Insbesondere in Krisenzeiten müssen wir noch stärker auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Je konkreter, desto besser. Dazu sind das ‚Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013‘ sowie die Bürgerinitiative Instrumente, die wir noch stärker nutzen wollen“, so der Kommissionsvertreter.

Kühnel ging auch die wichtigsten europapolitischen Themen und Herausforderungen 2013 aus Sicht der Kommission ein. 20 Jahre nach Einführung der europäischen Bürgerschaft steht sie im „Europäischen Jahr der Bürger 2013“ im Mittelpunkt. Gleichzeitig wird intensiv über die Zukunft der Europäischen Union diskutiert.

Weitere Schwerpunkte sind die Schuldenkrise sowie strukturelle Reformen in allen Mitgliedsstaaten. Im Rahmen der Zusammenarbeit im Europäischen Semester wird die Kommission Reformschritte überwachen und Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten geben: „Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat



Richard Kühnel, Vertreter der Europäischen Kommission in Österreich

deutlich gezeigt, daß unsere Volkswirtschaften enger denn je miteinander verbunden sind. 2013 sollte auch das Jahr sein, wo wir in Europa Licht am Ende des Tunnels sehen. Die Anpassungsprozesse greifen, die jeweiligen Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite gehen zurück. In der EU 27 erwarten wir bereits dieses Jahr ein leichtes Wachstum von 0,1 % des BNP (*Bruttonationalprodukts, Ann.*). Darüber hinaus hat sich die Lage an den Kapitalmärkten entspannt. Wir haben nun die Zeit gewonnen, um uns auf Struktur-reformen zu konzentrieren, die in Österreich und in Europa gemeinsam und koordiniert angegangen werden müssen. Damit können wir gemeinsam wieder stärker das Vertrauen der Menschen in Europa gewinnen“, sagte Kühnel zu den Herausforderungen für die kommenden Monate.

Laut Kühnel gibt es europaweit weiterhin dringenden Handlungsbedarf bei der Haushaltskonsolidierung, Wiederherstellung einer normalen Kreditvergabe an die Wirtschaft, der Förderung von Wachstum und Beschäftigung, bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Bewältigung der sozialen Krise sowie der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung. Dies hat die EU-Kommission nach einer breiten Debatte mit den Mitgliedsstaaten im Jahreswachstumsbericht 2013 festgelegt.

Hintergrund

Das Europäische Semester ist ein für die Verwirklichung der Europa 2020-Strategie für Wachstum und nachhaltige Prosperität eingerichteter Kontroll- und Überwachungsmechanismus. Jedes Jahr nimmt die Kommission eine eingehende Analyse der Wirtschafts- und Strukturreformprogramme der EU-Länder vor und gibt ihnen Empfehlungen für die nächsten 12 bis 18 Monate.

Details

Die Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1994 war erst die zweite bundesweite Volksabstimmung in Österreich. Im Fokus stand auch die Frage einer neuen europäischen Identität. Die Wiener SPÖ warb damals etwa mit dem Slogan „Wiener bleiben, Europäer werden“ für den Beitritt, die ÖVP machte klar: „Wir sind Europäer. Österreicher bleiben wir.“ Umgekehrt dient der vermeintliche Verlust der nationalen Identität den EU-Gegnern im Land seit jeher als Argument gegen eine Mitgliedschaft Österreichs in der EU.

Die Mehrheit der ÖsterreicherInnen befreit sich mittlerweile als BürgerInnen der Europäischen Union. 63% (+3 Prozentpunkte, „Pp“) stimmen der Aussage „Ich fühle mich als Bürger der EU“ insgesamt zu. Österreich liegt damit exakt im Schnitt aller

Österreich, Europa und die Welt

EU-Staaten. Deutlich höher liegt der Wert etwa in Luxemburg (87%) und Finnland (78 %), am niedrigsten hingegen in Griechenland (46 %), Bulgarien (47 %) und dem Vereinigten Königreich (48 %), wobei die Werte in Griechenland und Bulgarien seit dem Frühjahr 2012 um jeweils rund 3 bis 4 Pp. gesunken sind.

Das Gefühl der europäischen Bürgerschaft liegt in Österreich im Schnitt der EU15- Staaten (63 %) und knapp über dem Wert der NMS12 (62 %). Das Zugehörigkeitsgefühl zur europäischen Union ist damit auch schon in den meisten der 2004 bzw. 2007 beigetretenen Staaten Mittel- und Osteuropas mehrheitlich verbreitet. Unterschiede zeigen sich jedoch in der Betrachtung „Euro-Zone“/„Nicht-Euro-Zone“: In den Ländern der Euro-Zone liegt das Ge-

fühl, Bürger der Europäischen Union zu sein, demzufolge deutlich höher (66 %) als in den Ländern außerhalb der Euro-Zone (58%).

Ebenfalls sehr deutliche Unterschiede zeigen sich in der soziodemographischen Analyse der Österreich-Daten:

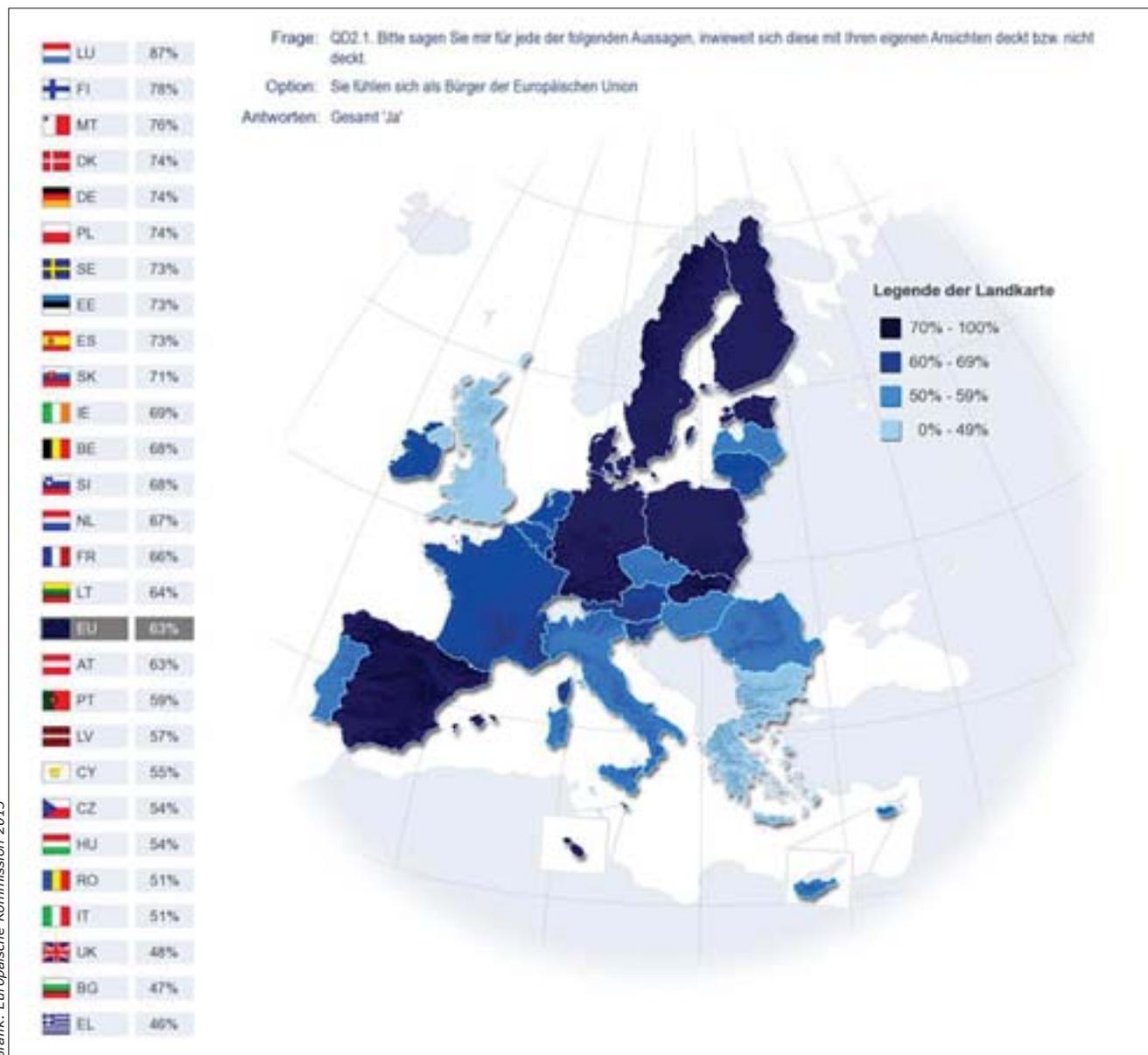
- Jüngere Österreicher fühlen sich der EU stärker verbunden: 73 % aller 15- bis 24-jährigen und 69 % aller 25- bis 39-jährigen sagen, sie fühlen sich als Bürger der EU. Unter 40- bis 54-jährigen sind es 66 %, die sich als EU-Bürger sehen, über 54-jährige sagen dies nur noch zu 51 %.
- Insgesamt gibt es in Österreich kaum gesellschaftliche Gruppen, die sich nicht mehrheitlich auch als EU-Bürger sehen. Am stärksten fühlen sich neben jüngeren auch noch Personen mit höherer formaler

Bildung (80 %) sowie selbständig Beschäftigte (76 %) und Führungskräfte (78 %) als EUBürger.

- Umgekehrt sehen sich neben älteren Österreichern und Pensionisten (49 %) Personen mit maximal Pflichtschulabschluß (43 %) und Arbeitslose (37 %) mehrheitlich noch nicht als Bürger der EU.

Das Gefühl, Bürger der Europäischen Union zu sein, teilen in Österreich und im Schnitt aller EU27-Staaten also 63 % aller Befragten. Dieser Wert erweist sich in der Rückschau als äußerst stabil.

Während das Gefühl der Unionsbürgerschaft in Österreich also stagniert, zeigt die Analyse der länderspezifischen Daten teils deutliche Veränderungen in anderen Ländern der Europäischen Union:



Grafik: Europäische Kommission 2013

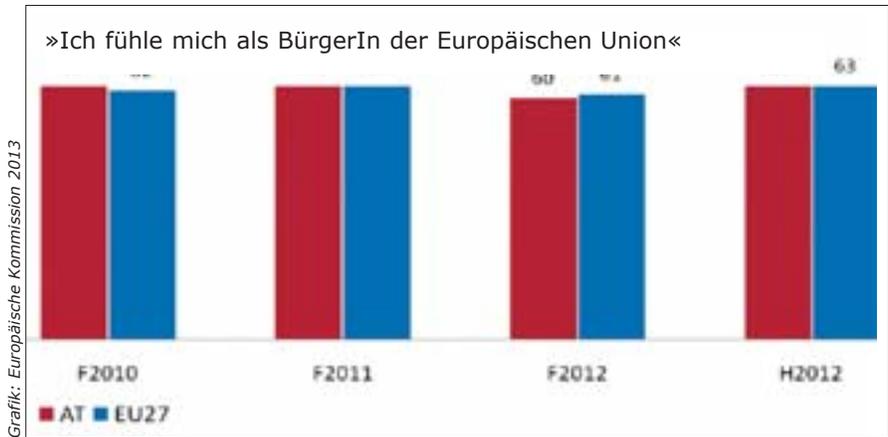
Österreich, Europa und die Welt

- Am stärksten gestiegen ist das Gefühl, Bürger der EU zu sein, in Lettland (57 %, +13 Pp. seit 2010), Estland (73 %, +11 Pp. seit 2010) und Frankreich (66 %, +10 Pp. seit 2010). Ebenfalls gestiegen ist das Zugehörigkeitsgefühl in Dänemark (74 %, +8 Pp. seit 2010) und Schweden (73 %, +7 Pp. seit 2010).
- Umgekehrt ist das Gefühl, europäischer Unionsbürger zu sein, in Ungarn seit 2010 am deutlichsten gesunken – nur noch 54 % geben dies aktuell an, vor zwei Jahren waren es noch um 16 Pp. mehr. Ebenfalls stark gesunken ist der Wert in Belgien (68 %, -7 Pp. seit 2010), Italien (51 %, -7 Pp.) und der Slowakei (71 %, -8 Pp. seit 2010).

Während das Gefühl der Unionsbürgerschaft in Österreich also stagniert, zeigt die Analyse der länderspezifischen Daten teils deutliche Veränderungen in anderen Ländern der Europäischen Union:

Wie verankert die EU in den einzelnen Lebensbereichen von vielen ÖsterreicherInnen mittlerweile ist, zeigt sich ebenfalls in den vorliegenden Ergebnissen. Insbesondere in bezug auf Aufenthalte in anderen EU-Ländern zeigen sich die Österreicher offen:

- Nach Luxemburg (91 %), den Niederlanden (78 %), Dänemark (76 %) und Schweden (69 %) liegt der Anteil an Personen, die in den vergangenen 12 Monaten ein anderes EU-Land besucht haben, in Österreich mit am höchsten (68 %, -4 Pp.). 34 % (-2 Pp.) aller ÖsterreicherInnen haben in den vergangenen 12 Monaten sogar mehrmals ein anderes EU-Land besucht, weitere 34 % (-2 Pp.) ein oder zwei Mal. Am niedrigsten liegt der Wert hingegen in süd- und osteuropäischen Ländern wie Griechenland (17 %), Portugal (20 %), Bulgarien (20 %) oder Rumänien (26 %).
- Die ÖsterreicherInnen gehören damit zu den reisefreudigsten EU-Bürgern. Nicht zuletzt die Schengener Abkommen, die den freien Personenverkehr in mittlerweile alle Nachbarstaaten Österreichs garantieren, ermöglichen den ÖsterreicherInnen diese hohe Besuchsfrequenz in anderen Ländern der EU. Die hohe Reisefreudigkeit der ÖsterreicherInnen sollte jedoch nicht mit einer per se hohen Mobilitätsbereitschaft in Hinblick auf längere Auslandsaufenthalte verwechselt werden. Zwar erfreuen sich europäische Mobilitätsprogramme wie „ERASMUS“ oder „Leonardo da Vinci“ auch hierzulande



zunehmender Beliebtheit, der Anteil an ÖsterreicherInnen, die aber z.B. im Ausland arbeiten, studieren oder leben, liegt nach wie vor deutlich unter dem EU27-Durchschnitt.

Auch bei der Internetnutzung zeigen sich die ÖsterreicherInnen offener als der EU-Durchschnitt:

- Das Internet bietet heutzutage eine Vielzahl an Möglichkeiten, um mit Menschen aus anderen Ländern in Kontakt zu treten, aber auch um die Vorteile des Europäischen Binnenmarkts kennenzulernen. Im EU-Schnitt geben nur 20 % (-1 Pp.) an, in den vergangenen 12 Monaten ein Produkt oder eine Dienstleistung aus einem anderen EU-Mitgliedsstaat per Internet erworben zu haben – in Österreich sind es deutlich mehr (36 %, -7 Pp.).
- Den ÖsterreicherInnen kommt hierbei sicherlich die gute Internetversorgung zugute: Fast 80 % der österreichischen Haushalte besitzen laut offiziellen Daten von Eurostat einen Internetzugang, Österreich liegt damit unter allen EU-Mitgliedsstaaten auf Platz 10 und um 3 Pp. über dem EU-Durchschnitt.

Das Internet spielt aber nicht nur für den Kauf von Waren oder Dienstleistungen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten eine Rolle, sondern auch wenn es darum geht, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten:

- Fast die Hälfte aller ÖsterreicherInnen (47 %, -5 Pp.) hat mit Menschen aus einem anderen EU-Land in den letzten 12 Monaten Kontakte geknüpft. Vor allem Jüngere pflegen den Austausch mit Menschen über die Ländergrenzen hinweg: 68 % der unter 25jährigen ÖsterreicherInnen sind mit Personen aus einem anderen Mitgliedsstaat bekannt, deutlich mehr als im EU27-Durchschnitt (58%).

Daneben stellt sich auch die Frage der Mediennutzung in anderen Sprachen:

- Insgesamt 26 % (-2 Pp.) aller ÖsterreicherInnen haben ein Buch, eine Zeitung oder ein Magazin in einer anderen Sprache als Deutsch gelesen, 25 % (-2 Pp.) haben Fernsehsendungen in einer anderen Sprache gesehen.

Die Ergebnisse zeigen also, daß sich die ÖsterreicherInnen mehrheitlich als UnionsbürgerInnen begreifen und in vielen Bereichen auch deutlich offener als der EU-Durchschnitt sind, nicht zuletzt wenn es um den Besuch von anderen Ländern oder den Kauf von Waren oder Dienstleistungen im Internet geht. Die ÖsterreicherInnen können dabei auch jederzeit auf ihre Rechte als Unionsbürger zurückgreifen. Zu diesen unmittelbaren Rechten als EU-Bürger zählen u.a. das Freizügigkeitsrecht, das aktive und passive Kommunal- und Europawahlrecht, das Petitions- und Beschwerderecht sowie der diplomatische und konsularische Schutz in einem anderen Mitgliedsstaat.

Wesentlich mehr Befragte in Österreich geben an, ihre Rechte als Unionsbürger zu kennen, als im EU-Durchschnitt. Knapp mehr als die Hälfte aller ÖsterreicherInnen (52 %, -4 Pp.) sagt, daß sie ihre Rechte als EU-BürgerInnen kennen. 6 % davon sagen, sie kennen alle ihre Rechte gut, die relative Mehrheit von 46 % hingegen sagt, sie kennt die Rechte nur bis zu einem gewissen Grad.

EU-weit hat die Mehrheit der UnionsbürgerInnen hingegen das Gefühl, ihre Rechte nicht zu kennen (54 %, +/-0 Pp.), nur 45 % (+/-0 Pp.) sagen, sie kennen ihre Rechte zumindest in einem gewissen Ausmaß. Der Anteil der Menschen, die das Gefühl haben, ihre Rechte als EU-Bürger zu kennen, liegt in Österreich auch deutlich über dem Durchschnitt der EU15-Staaten (44 %) bzw. der Euro-Staaten (44 %). Am besten wissen

Österreich, Europa und die Welt

die Finnen (67 %), Luxemburger (63 %) und Dänen (62 %) über ihre Rechte Bescheid, am schlechtesten die Italiener (31 %), Franzosen (33 %), Rumänen und Portugiesen (jeweils 35 %).

Gerade die Frage, welche Rechte sie als EU-Bürger haben, scheint einen großen Teil der Befragten aber zu interessieren: 46 % (-4 Pp.) der ÖsterreicherInnen geben an, gerne mehr über ihre Rechte erfahren zu wollen, im EU-Schnitt sind es sogar 62 % (-1 Pp.). Daß diese Gruppe in Österreich kleiner ist, liegt am höheren Anteil an ÖsterreicherInnen, die bereits gut über ihre Rechte bescheid wissen. Von den 46 %, die aber gerne mehr über ihre Rechte erfahren würden, sagen die meisten, daß sie gerne mehr über die medizinische Versorgung im Ausland sowie die Voraussetzungen für längere Auslandsaufenthalte wissen wollen würden:

- Insgesamt 32 % (+/-0 Pp.) derjenigen, die sich mehr Informationen über ihre Rechte als Unionsbürger wünschen, würden gerne mehr über ihr Recht, auch in einem anderen Mitgliedsstaat der EU medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, erfahren.
- 27 % (+/-0 Pp.) würden gern mehr über die Möglichkeit, in anderen Mitgliedsländern zu arbeiten, erfahren.
- 25 % (-12 Pp.) der ÖsterreicherInnen würden gerne mehr über die notwendigen Voraussetzungen wissen, um in einem anderen Land der EU zu leben.

Vor allem ÖsterreicherInnen zwischen 25 und 44 Jahren interessieren sich mehrheitlich für ihre Rechte als EU-Bürger. Die Analyse der unterschiedlichen Themenbereiche zeigt aber sehr unterschiedliche Prioritäten je nach sozialer Gruppe:

- Jüngere ÖsterreicherInnen zwischen 15 und 24 Jahren, die sich mehr Informationen über ihre Rechte wünschen, interessieren sich am stärksten für ihre Möglichkeiten, ins europäische Ausland zu gehen, um dort entweder zu arbeiten (50 %), zu studieren (39 %) oder zu leben (39 %). Die Werte entsprechen ungefähr dem EU-Durchschnitt: auch europaweit nennen 51 % aller 15- bis 24-jährigen, die gerne mehr über ihre Rechte erfahren wollen, zunächst das Thema „im Ausland arbeiten“ gefolgt von den Möglichkeiten, im Ausland zu studieren (38 %) oder zu leben (38 %).
- Ältere Befragte über 54 hingegen interessieren sich am stärksten für die Inanspruchnahme von medizinischer Versor-

Haben Sie in den letzten 12 Monaten...



Grafik: Europäische Kommission 2013

gung in einem EU-Mitgliedsland (41 %). Das entspricht exakt dem EU-Durchschnittswert in dieser Gruppe.

- Für die Möglichkeit, in einem anderen Mitgliedsstaat der EU zu arbeiten, interessieren sich vor allem höher Qualifizierte, selbständig Beschäftigte und Führungskräfte – jeweils rund 25 % dieser Gruppen würden gerne mehr über die Voraussetzungen dafür erfahren.

Die Europäische Bürgerinitiative

Der Ausbau der direkten Demokratie war in Österreich in den vergangenen Monaten vermehrt Thema. Im Vorfeld der am 20. Jänner 2013 abgehaltenen Volksbefragung zu Wehrpflicht oder Berufsheer wurde gleichzeitig auch die öffentliche Diskussion über eine verstärkte direkte Einbindung der Bevölkerung in den politischen Entscheidungsprozess angestoßen.

Die Europäische Bürgerinitiative bietet seit 2012 über die Ländergrenzen hinweg allen wahlberechtigten Unionsbürgern die Möglichkeit, die Europäische Kommission aufzufordern einen Rechtsakt in jenen Bereichen vorzuschlagen, in denen die EU zuständig ist. Eine Bürgerinitiative muß dabei von mindestens einer Million EU-BürgerInnen aus mindestens sieben der 27 Mitgliedsstaaten unterstützt werden. Bislang wurden 15 Bürgerinitiativen gestartet, darunter zuletzt eine Initiative zum bedingungslosen Grundeinkommen sowie ein Vorschlag zur Abschaffung der Roaming-Gebühren in der Europäischen Union zugunsten einer monatlichen Flatrate.

Im Vergleich zum Frühjahr 2012 halten es in Österreich aber wieder weniger Menschen für wahrscheinlich, sich in Zukunft an einer Europäischen Bürgerinitiative zu beteiligen. Aktuell schätzen lediglich 20 % (-9 Pp.), daß sie diese zukünftig in Anspruch nehmen würden, das ist in etwa der Wert aus dem Jahr 2010. Im EU27-Durchschnitt geben dies 21 % (+/-0 Pp.) an, wobei Befragte in Zypern (43 %) und Lettland (40 %) sich das am ehesten vorstellen könnten, während Deutsche, Ungarn und Dänen die Beteiligung an einer Europäischen Bürgerinitiative zu fast 80 % als „unwahrscheinlich“ bezeichnen. Österreich liegt mit einem Anteil von 20 % in etwa gleichauf mit Ländern wie Portugal (20 %), Großbritannien (20 %) oder den Niederlanden (21 %).

Interessant ist der Trend, wonach die wahrscheinliche Beteiligung in Österreich wieder rückläufig ist, während sie im EU27-Schnitt stabil zu sein scheint. Tatsächlich ist der Wert nirgendwo so stark gesunken wie in Österreich; in Irland (33 %, +10 Pp.), Lettland (40 %, +7 Pp) oder Griechenland (36 %, +5 Pp.) ist die Absicht, sich an einer europäischen Bürgerinitiative zu beteiligen, sogar deutlich gestiegen. ■

http://ec.europa.eu/austria/index_de.htm

Das Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten bereitet für die nächsten „Österreich Journal“-Ausgaben detaillierte Informationen zum „Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013“ sowie zur Bürgerinitiative vor. Lesen Sie hier also demnächst mehr dazu!

Österreicher bauen Plus-Energie-Haus in Kalifornien

Innovation made in Austria beim wichtigsten Öko-Solarhaus-Wettbewerb



Das Plus-Energie-Haus-Projekt der TU Wien für den »Solar Decathlon«. Das Bild zeigt eine integrierte Solar-Komponente.

Österreich nimmt erstmals am weltweit bedeutendsten Wettbewerb für solares und nachhaltiges Bauen teil. Ein Team der TU Wien hat es mit seinem Öko-Solarhaus L.I.S.I. (Living Inspired by Sustainable Innovation) in die Endrunde des Solar Decathlons in Kalifornien im Oktober geschafft. „Mein Ministerium investiert seit mehr als zehn Jahren strategisch in Forschung und Entwicklung im Energiebereich. Ein wesentlicher Teil davon fließt in die Entwicklung von Gebäudetechnologien, das in Kalifornien präsentierte Haus L.I.S.I. ist nicht zuletzt ein Ergebnis dieser Förderung“, freute sich Innovationsministerin Doris Bures anlässlich der Präsentation des Projekts im Rahmen der Bau- und Energiemesse in Wien.

Der „Solar Decathlon“ ist die „Oscar-Verleihung“ der Solartechnologie. Das Team aus Österreich hat sich gegen 130 Projekte aus aller Welt durchsetzen können und startet im Oktober gegen 19 andere Bewerber in die Endrunde. Der Wettbewerb wird vom US-Energieministerium veranstaltet und ist die weltweit anerkannteste Leistungsschau der Branche.

Energieeffiziente Gebäude als Antwort auf Ressourcen- und Energieknappheit

Klimawandel und die zunehmende Ressourcenknappheit machen Energie zur Schlüsselfrage der Zukunft. Österreich hat sich deshalb gemeinsam mit den anderen EU-Ländern zu einem ambitionierten Ziel verpflichtet: Bis zum Jahr 2020 sollen 20

Prozent weniger Treibhausgase emittiert werden, die Energieeffizienz soll bis 2020 um 20 Prozent steigen und der Anteil erneuerbarer Energie soll dann ebenfalls mindestens 20 Prozent betragen.

Massive Energieeinsparungen sind vor allem bei der Gebäudetechnologie möglich. Schließlich erzeugt die Bauwirtschaft 40 Prozent des Energie- und Ressourcenverbrauchs, sie verursacht 40 Prozent des Abfallaufkommens und CO₂-Ausstoßes und ist für 60 Prozent der weltweiten Transportwege verantwortlich. Zusätzlich führen steigende Anforderungen an Komfort und Lebensqualität meist zu einem höheren Energieverbrauch. „Daher müssen innovative Gebäudekonzepte entwickelt werden, die Nachhaltigkeit, Energie- und Ressourceneffizienz

Österreich, Europa und die Welt

mit Kostengünstigkeit und hohem Komfort vereinen“, so die Ministerin.

„Mein Ministerium hat deshalb seit 1999 mehr als 60 Millionen Euro in innovative Gebäudetechnologien investiert und rund 380 Projekte gefördert, die österreichweit als Meßlatte dienen“, so Bures. Das Ergebnis sind richtungweisende Gebäude, wie Österreichs erstes Holz-Hochhaus, der Rhomberg Tower in Vorarlberg, oder das IQ-Haus in Aspern. „Die österreichische Teilnahme am ‚Solar Decathlon‘ ist ein weiterer Baustein dieser Erfolgsstory“, erklärte die Ministerin.

Erstmals österreichisches Team dabei

Für den Wettbewerb hat das Team der TU Wien ein österreichisches Gebäudekonzept eines Plus-Energie-Hauses entwickelt, das ausschließlich mit Sonnenenergie betrieben wird und allen Kriterien der Nachhaltigkeit entspricht. Das Team aus 40 StudentInnen wird das Haus L.I.S.I in Irvine, Kalifornien aufbauen. Dieses Gebäude wird von einer unabhängigen Jury nach allen Regeln der Kunst auf Nachhaltigkeit geprüft. „Was ich besonders wertvoll finde: dieses Projekt wird von Studierenden getragen: Die Studierenden, die beim Solar Decathlon mitarbeiten, lernen bereits während ihrer Ausbildung über die unterschiedlichsten Aspekte der Nachhaltigkeit und Effizienz und können dieses Wissen beim Aufbau und Betrieb des Gebäudes umsetzen“, so Bures.

Österreichische Architektur hat Tradition in Kalifornien

Die Ministerin erinnerte daran, daß das Haus L.I.S.I nicht der erste anerkannte architektonische Fußabdruck Österreichs in Kalifornien sei. Der Wiener Rudolph Schindler hat 1921 ein Wohnhaus mit Büro in West Hollywood entworfen. In diesem „Schindlerhaus“ residiert heute das MAK-Center für Kunst und Architektur. „Das Team der TU geht diesen Weg in Kalifornien weiter. Durch die Teilnahme am ‚Solar Decathlon‘ steht Hightech ‚made in Austria‘ im internationalen Rampenlicht. Ich wünsche dem Österreich-Team viel Glück und die besten Resultate im Wettbewerb“, so die Ministerin abschließend.

Neben der TU Wien beteiligen sich die Fachhochschule (FH) St. Pölten, die FH Salzburg, das Austrian Institute of Technology AIT sowie mehrere heimische Firmen an dem Großprojekt. Finanziert wird es vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) im Rahmen des Programms „Haus der Zukunft Plus“.



Bei schönem Wetter kann man Wände verschwinden lassen.



Privater Außenraum läßt sich mit den Wohnräumen nahtlos verschmelzen.

Flexibles Haus in Holzbauweise

In mehreren Lehrveranstaltungen konnten sich Studierende der TU Wien in den Entwicklungsprozess einbringen. Nun sind die wichtigsten architektonischen Entscheidungen gefallen: „Es handelt sich um ein kompaktes, vielseitig einsetzbares Haus, errichtet in einer neuartigen Holzbauweise“, erklärt Prof. Karin Stiedorf vom Institut für Architektur und Entwerfen. Das Haus läßt einen privaten Außenraum mit den Wohnräumen nahtlos verschmelzen.

Wettbewerb für umweltgerechte Architektur

Alle zwei Jahre messen sich Architektur-Teams aus der ganzen Welt beim „Solar Decathlon“. 20 Teams verschiedener Universitäten planen und errichten umweltge-

rechte Solar-Gebäude. Eine Jury vergibt Punkte in zehn unterschiedlichen Kategorien: Nicht nur die Energieeffizienz spielt eine Rolle, bewertet wird auch die architektonische und technische Qualität, die Marktauglichkeit des Gebäudes und vieles mehr. Entstehen sollen keine bloßen theoretischen Studien für Plus-Energie-Häuser, sondern ganz realistische Lösungen, in denen man gerne und angenehm wohnen kann.

Ein Haus, das sich nach außen öffnet

An der TU Wien wurde nun ein Konzept für ein Atrium-Haus entwickelt, das sich seiner Umgebung öffnet. Bei schönem Wetter kann man Wände verschwinden lassen und die Grenze zwischen Innen- und Außenraum aufheben. Durch modulare Kombination mehrerer solcher Häuser können zusammen-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Solar Decathlon Team Austria



Das Studierendenteam des Instituts für Architektur und Entwerfen an der Technischen Universität Wien mit Prof. Karin Stieldorf.

hängende Siedlungen und gemeinsame Innenhöfe gestaltet werden – das Projekt hat also nicht nur eine architektonische, sondern auch eine städteplanerische Komponente.

Transport in engen Schiffscontainern

Daß die Bauteile in Österreich gefertigt und dann zum Wettbewerb in die USA transportiert werden müssen, ist eine zusätzliche Herausforderung. Doch das Team von Karin Stieldorf machte aus dieser Not eine Tugend: „Unser Haus ist so geplant, daß die einzelnen Teile genau in die üblichen Schiffs-Container passen. Das ist einerseits wichtig, um das Gebäude überhaupt nach Kalifornien bringen zu können, macht das Gebäude aber natürlich auch wirtschaftlich interessanter.“

Flexible Architektur

Besonders wichtig war dem Team ein hohes Maß an Flexibilität: Wohnbedürfnisse ändern sich, ein perfektes Haus sollte sich daran anpassen können. Das Öko-Gebäude der TU Wien läßt sich daher modular erweitern – und wenn man an einen anderen Wohnort übersiedelt, dann läßt sich das Haus mit übersiedeln.

Wissenschaft und Technik

„Um wirklich nachhaltige, ökologisch sinnvolle Lösungen zu erarbeiten müssen wir die Naturwissenschaften mit der Architektur verweben“, betont Karin Stieldorf. „Physik, Elektrotechnik oder Automatisierungstechnik spielen bei uns eine große



© Rendering by Bokeh Design for Solar Decathlon Team Austria

Ein Blick in den Eingangsbereich des Plus-Energie-Hauses

Rolle.“ Daher sind auch Studierende aus unterschiedlichen Studienrichtungen in das Projekt eingebunden. Im Moment wird noch an vielen technologischen Aspekten gearbeitet – von der Klimaanlage bis hin zur Energiegewinnung durch Photovoltaik. Verschiedene Materialien werden in Hinblick auf ihre ökologische Tauglichkeit geprüft: „Wir wollen immer den gesamten Lebenszyklus des Gebäudes im Blick behalten – von der Erzeugung der Materialien bis zum Abbau und der Entsorgung.“

Die technologische Feinarbeit wird das Team bis zum Wettbewerb noch intensiv beschäftigen, doch bisher liegt man gut in der Zeit. „Schon die Teilnahme bei dieser Veranstaltung ist ein großer Erfolg“, betont Stieldorf, „doch natürlich setzen wir alles daran, beim Wettbewerb auch möglichst vorne dabei zu sein. Die Konzepte, die wir bisher schon erarbeitet haben, stimmen uns jedenfalls zuversichtlich.“

<http://www.solardecathlon.at>
<http://www.solardecathlon.gov>

WirtschaftsOskar für österr. Spitzenleistungen in den USA

Der »US-A-Biz Award 2013« ging an die österreichischen Unternehmen Anger Machining, Blue Monkeys, CAMCAT Systems, Frequentis, Red Bull, Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment, voestalpine und Wega Film.

Die „US-A-Biz Awards“, die WirtschaftsOskars für herausragende Leistungen österreichischer Unternehmen am US-Markt, wurden am 21. Feber – und heuer zum dritten Mal – vom AußenwirtschaftsCenter Los Angeles vergeben. „Ziel dieses Award ist, heimische Unternehmen auf die Attraktivität des über 310 Mio. Konsumenten zählenden US-Marktes aufmerksam zu machen, die Scheu zu nehmen – allein die Metropole Los Angeles wäre als Volkswirtschaft größer als

Österreich – und mit einem Klischee aufzuräumen, daß die USA nur ein Markt für Großunternehmen seien“, betont Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter der Aussenwirtschaft Austria der WKÖ in Los Angeles. Neben global agierenden Großunternehmen wie Red Bull und voestalpine sind auch kleine, innovative Unternehmen in ihren Nischen höchst erfolgreich, wie z.B. Camcat Systems. Im IT-Sektor ist es vielfach notwendig, sofort nach Kommerzialisierung

in das Silicon Valley zu übersiedeln, um sich mit den Besten zu messen und den Technologievorsprung zu halten. An „Go Silicon Valley“ – einer „go international“-finanzierten Technologieinitiative – haben bereits über 50 Start-ups mit ihren innovativen Technologien erfolgreich teilgenommen, darunter Preisträger Blue Monkeys und die nominierte Stratodesk GmbH.

Als im Dolby Theatre in Hollywood am 24. Feber über die fünf Nominierungen von Michael Haneke's „Amour“ und der Nominierung von Christoph Waltz als bester Nebendarsteller in Quentin Tarantinos „Django Unchained“ mit einem „And the Oscar goes to“ entschieden wurde, standen die Gewinner der „US-A-Biz Awards 2013“ in den Kategorien „Spektakuläres“, „Trendsetter“, „Innovation“, „Investition“, „Start-up“, „Marktdurchdringung“ und in den Sonderkategorien „Beispielloses“ und „Oscar“ bereits fest.

Die Nominierten sind: Anger Machining GmbH, AVL List GMBH, Blue Monkeys, CAMCAT Systems GmbH, Eckelt Glas GmbH, Frequentis AG, GE Jenbacher GmbH & Co OG, Getzner Werkstoffe GmbH, GREENoneTEC Solarindustrie GmbH, KNAPP AG, Pankl Aerospace Systems, pewag austria GmbH, Red Bull GmbH, RIEGL Laser Measurement Systems GmbH, Schoeller-Bleckmann Oilfield Equipment AG, Stratodesk GmbH, TechnoAlpin Austria GmbH und voestalpine AG.

And the US-A-Biz Award 2013 goes to...

Red Bull GmbH

in der Sonderkategorie »Beispielloses«

Mit der erfolgreichen Stratosmission schrieben Red Bull und Extremsportler Felix Baumgartner mit dem Rekord Space Dive atemberaubende Weltraum- und PR-Geschichte.

<http://www.redbull.at>

CAMCAT-Systems

in der Kategorie »Spektakuläres«

Die ferngesteuerten Hitech-Seilkameras von CAMCAT-Systems lieferten in der US-



Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in LA, Kulturministerin Claudia Schmied und Generalkonsulin Karin Proidl



Rudolf Thaler, österreichischer Wirtschaftsdelegierter in LA (l.) mit Michael Haneke und dessen »echten«Oscar und dem auch soeben verliehenen WirtschaftsOskar

Österreich, Europa und die Welt

Präsidentschaftswahlnacht für den TV-Sender NBC spektakuläre Bilder vom Rockefeller Plaza in New York City. Vor kurzem waren sie noch bei der Ski-WM in Schladming im Einsatz, später beim Daytona Rennen. Die Beschleunigungswerte eines Kamecabuggy sind ident eines Rennwagens: in 2,6 Sek. auf 100 km/h.

<http://www.camcat-systems.com>

Frequentis AG

in der Kategorie »Trendsetter«

Alle NASA-Bodenstationen sind weltweit mit Frequentis Sprachkommunikation ausgerüstet. Selbst bei der erfolgreichen Marslandung der NASA Raumsonde Curiosity war Frequentis mit Kontrollunterstützung dabei. Mit der US-Flugsicherungsbehörde schloß Frequentis einen Zehnjahresvertrag ab und setzt Branchenstandards. Im neuen strategischen Geschäftsfeld öffentliche Sicherheit konnte ein Durchbruch erzielt werden.

<http://www.frequentis.com>

Anger Machining GmbH

in der Kategorie »Innovation«

Das größte Getriebewerk Nordamerikas sollte geschlossen werden. Heute ist es dank Chryslers strategischer Entscheidung für die Fertigung branchenführender Acht- und Neungang-Automatikgetriebe und Anger, dem Innovationsführer in der Fertigungsprozessindustrie, wieder an der Spitze.

<http://www.anger-machining.com>

voestalpine AG

in der Kategorie »Investition«

50 Mio. Euro investiert voestalpine im Automotive Sektor in die Errichtung eines Produktionsstandortes für preßgehärtete ultrafeste Stähle. Weiters geplant ist in der ersten Ausbaustufe eine 500 Mio. Euro Investition in Nordamerika zur Produktion von Eisenerzpellets.

<http://www.voestalpine.com>

Blue Monkeys GmbH

in der Kategorie »Start-up«

Mit der neu gegründeten US-Niederlassung Everbill erhielt der „Go Silicon Valley“-Teilnehmer – eine „go international“-finanzierte Technologieinitiative – in der Rekordzeit von zwei Monaten eine Venture Capital Finanzierung der renommierten Firma 500 Start-ups, bei der allein pro Woche 600 Anträge eingehen. Das Online Tool unterstützt KMU im Rechnungswesen.

<http://www.blumonkeys.at>

Schoeller-Bleckmann Oilfield

Equipment AG (SBO) in der Kategorie »Marktdurchdringung«

Der Weltmarktführer für Hochpräzisionsteile für die Oilfield Service Industrie ist mit



Veit Hedruschka (l.) und Michael Katz (2.v.r.) von WEGA Film, Dietmar Bahn (2.v.l.) von Anger Machining), Generalkonsulin Karin Proidl und Rudolf Thaler (r.)



Rudolf Thaler gratuliert Johannes Riegl, Junior-Chef von Riegl Laser Measurement Systems, nominiertes Unternehmen in der Kategorie Innovation.

seinen Hochleistungsmotoren und Zirkulationstools die Nr.1 in den USA und setzt als Qualitäts- und Technologieführer Branchenstandards. Schwerpunkt sind Bohrtechnologiekomponenten für die Richtbohrtechnologie, die es den USA ermöglicht, neue Erdöl- und Erdgasfunde zu erschließen und ihre Energieabhängigkeit zu reduzieren.

<http://www.sbo.at>

WEGA Film Vienna, Veit Heiduschka und Michael Katz

in der Sonderkategorie »Oscar«

Die Produktionsfirma von Michael Haneke's Amour ist durch die Oscar-Nominierung in der Königskategorie bester Film Gewinner des US-A-Biz Award in der eigens für diese Meisterleistung geschaffenen Kategorie „Oscar“. Diese Mehrfachnominierung

wird wahrscheinlich kaum mehr zu übertreffen sein.

<http://www.wega-film.at>

Österreichs US-Expoteure sind oscarreif. Die USA sind mit Abstand Österreichs größter Überseemarkt und die Nr. 3 Exportdestination der Welt. In den ersten elf Monaten 2012 exportierte Österreich Waren im Wert von 6,46 Mrd. Euro in die USA – um über 10 Prozent mehr als im Vorjahr – und importierte Waren im Wert von 3,8 Mrd. Euro. Österreich hat mit den USA weltweit den höchsten Handelsbilanzüberschuß. Österreichische Unternehmen investierten bisher 5 Mrd. Euro in den USA. Insgesamt gibt es etwa 500 US-Niederlassungen österreichischer Unternehmen. ■

Fotos: Österreichisches Außenwirtschaftszentrum Los Angeles

Austrian Design Details

55 RepräsentantInnen überraschen mit aktuellen Positionen des österreichischen Möbeldesigns anlässlich des Salone Internazionale del Mobile vom 9. bis 14. April 2013 im Salone dei Tessuti in Mailand.



Foto: Neue Wiener Werkstaette

Neue Wiener Werkstaette: mobile Gastfreundschaft; Designer: Maciej Chmara & Anna Rosinke; NWW Design Award 2012

Parallel zum Salone Internazionale del Mobile 2013 zeigen österreichische DesignerInnen, ProduzentInnen und Traditionsbetriebe im Rahmen der Leistungsschau Austrian Design Details sechs Tage lang Erfindergeist, handwerkliche Präzision und technologischen Vorsprung als ihre gemeinsame Trademark. Die Ausstellung, die bereits zum vierten Mal stattfindet, wird von der Aussenwirtschaft Austria organisiert und von „go-international“ – einer Initiative des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und der Wirtschaftskammer Österreich – sowie der Österreichischen Möbelindustrie unterstützt.

Österreichisches Design international erfolgreich vermarkten

„Mit 55 TeilnehmerInnen ist das überaus große und rege Interesse der österreichischen DesignerInnen, ProduzentInnen und Traditionsbetriebe, sich unter dem Motto Austrian Design Details in Mailand gemeinsam zu präsentieren, nicht von der Hand zu weisen. Ich freue mich, daß die Aussenwirtschaft Austria neben den Designpräsentationen in Barcelona und New York auch heuer wieder in Mailand einen gemeinsamen, erfolgreichen Auftritt ermöglichen kann, um so gezielt die weltweite Vermarktung von österreichischem Design voranzutrei-

ben“, so Walter Koren, Leiter der Aussenwirtschaft Austria.

Mailand – Zentrum der internationalen Möbel- und Designbranche

Der Salone Internazionale del Mobile in Mailand ist die wichtigste Möbelmesse weltweit und für die Designwelt der jährlich stattfindende Benchmark-Event. Seit einem halben Jahrhundert – heuer bereits zum 52. Mal – zieht die bedeutendste Leistungsschau für Design jedes Frühjahr rund 300.000 BesucherInnen in Italiens Kreativmetropole. „Mailand“ ist das Zentrum der globalen Möbel- und Designbranche. „Zur internationalen Möbelmesse im April 2013 trifft sich die ganze Welt des Designs. Das ‚Highlight des Designkalenders‘ bietet Inspirationen und Einblicke in die neuesten Trends und Entwicklungen. Die Exportzahlen des italienischen Möbelsektors sind zudem ein Lichtblick in der Wirtschaft Italiens“, freut sich Michael Berger, Österreichischer Wirtschaftsdelegierter in Mailand.

Möbeldesign – internationaler Erfolgsfaktor

Möbel aus Österreich genießen im In- und Ausland ein hervorragendes Image. Neben den klassischen Werten wie solider Handwerkskunst, industrieller Präzision und

großer Flexibilität in der Fertigung hat die Österreichische Möbelindustrie schon früh auf besonders hohe Qualität in der Möbgestaltung gesetzt. Deshalb ist es für sie wichtig, anlässlich des Salone Internazionale del Mobile in Mailand präsent zu sein. „Im April richten Design- und Möbelinteressierte aus aller Welt ihren Fokus auf Mailand. Mehrere hunderttausend Besucher werden erwartet. Sie wollen das Beste vom Besten sehen – und genau da positionieren wir uns“, erklärt Heinz Hofer-Wittmann, Geschäftsführender Gesellschafter der Wittmann Möbelwerkstätten GmbH. „Die Ausstellung ‚Austrian Design Details‘ bietet eine einzigartige Gelegenheit, internationale Aufmerksamkeit auf die Handwerks- und Designkompetenz der Österreichischen Möbelindustrie zu lenken und neue Märkte zu gewinnen. Design ist der Schlüssel zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Export.“ Im Rahmen der Sonderausstellung präsentieren die Unternehmen Bene, Haapo 1910, Team 7, Viteo, Wiesner-Hager und Wittmann ihre herausragenden Designbeiträge für den Wohn-, Büromöbel- und Außenbereich.

Neuer Ausstellungsort für Österreich-Präsentation

Präsentiert werden die Produkte und Produktlinien heuer zum ersten Mal im

Österreich, Europa und die Welt

Salone dei Tessuti in der Via San Gregorio 29 in Mailand. Seinen Namen verdankt der Salone dei Tessuti (italienisch für „Textil-saal“) dem renommierten Textilbetrieb Galtruccio, der in einem historischen Gebäude der 1920er-Jahre ansässig war. Nach der Schließung des Betriebes fand eine Umwandlung des ehemaligen Textil-Verkaufs-saales in einen multifunktionalen Saal statt, welcher – unweit der zentralen Piazza della Repubblica – Raum für Projekte, Ausstellungen und Modeschauen bietet. Bei der Adaptierung und Modernisierung wurde Wert darauf gelegt, die geschichtliche Authentizität des Gebäudes und seiner Räumlichkeiten beizubehalten. Dabei wurde der historische Kern des Salone wie die Böden aus Eichenholz, Stuckatur und Marmorsäulen bewahrt und renoviert.

Foto: Walter Knoll



Atelier Chair von Walter Knoll; Designer: EOOS

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile

Mit dem Präsentationskonzept für 2013 wurde das Linzer Designstudio March Gut beauftragt. Die beiden Industrial Designer Christoph March und Marek Gut betrachten Nutzen und Notwendigkeit als Initiatoren für Gestaltungsprozesse. Oft steht die Erscheinung, die Wirkung, die Ästhetik von Produkten im Fokus des Designs. Dem Sichtbaren wird ein hoher Wert zugeschrieben. March Gut hat sich in seiner Auseinandersetzung mit österreichischem Design für das Ausstellungskonzept in Mailand bewußt für einen anderen Zugang entschieden und wagt während der diesjährigen Österreich-Präsentation den Blick „hinter die Kulissen“. Der Blick ist dabei immer in die Zukunft gerichtet. Eine Prospektive, die bestehende Produkte unter die Lupe nimmt und die Details hervorhebt, die auch zukünftig noch von Wert sein werden.

Unter dem Motto Austrian Design Details wird March Gut auf jene außergewöhnlichen Details im Design hinweisen, die die präsentierten Produkte und Produktlinien zu besonderen Blitzlichtern machen, wie zum Beispiel eine innovative Materialkombination oder eine besondere Geschichte, die zum sichtbaren Ergebnis des Designs geführt hat. Den BesucherInnen wird so die Möglichkeit geboten, unter die Oberfläche zu blicken und ein Gefühl für das Zusammenwirken aller Einzelteile zu bekommen. Austrian Design Details vermittelt auf diesem Wege zwei wesentliche Aspekte: Einen umfangreichen Einblick in die österreichische Designlandschaft und die Vielfalt der Herangehensweisen im Design.

Foto: taliaYsebastian



The Committee of Sleep; Designer: taliaYsebastian

„Es ist uns ein Bedürfnis, offen zu sein, um viele Einflüsse aufnehmen zu können, neugierig zu sein, um den Zeitgeist in uns aufzusaugen, kritisch zu sein, um bestehende Lösungen laufend zu verbessern, distanziert zu sein, um stets den Blick von außen zu bewahren, gelassen zu sein, um neuen Ideen Zeit zum Entstehen zu geben und leidenschaftlich zu sein, um aus ihnen einzigartige Produkte zu machen“, beschreiben Christoph March und Marek Gut die Herangehensweise.

Aussteller

Philipp Aduatz · Altholz, Baumgartner & Co · Anrei · Clemens Bauder · Georg Bechter Licht · Bene · breadedEscalope · bretterbaurobjects · Concerto · copa · Doris Darling · dekappa design · destilat · Patrycja Domans-

ka · EOOS · Eternit · Thomas Feichtner · Feldkircher · Martin F. Fellner · Gabriel Forcher Tischlerei · Formingruen · Haapo 1910 · Christine Hechinger · Kiska · Längle & Hagspiel · Lenz komponiert Möbel · Lobmeyr · Lucy. D · Mähr · Magic Wall · mano design · mischer'traxler · Molto Luce · Moor & Moor · mostlikely · Neue Wiener Werkstaette · perludi · Petramark* ein grünes Kleid · Tischlerei Pühringer · Johannes Scherr Design · Klemens Schillinger · Schmidinger Möbelbau · Hannes Schreckensberger · Soda Designers · studio novo · taliaYsebastian · Team 7 · Andreas Thaler · Gebrüder Thonet Vienna · Transform Furniture · Viteo · Wiesner-Hager · Wittmann · Zachl Produktdesign · Zumtobel

<http://www.cosmit.it/en/>

Feiern im Dreivierteltakt

Der »Kaiserball« der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft ist ein Fixpunkt im Society-Kalender Münchens. Traditionsgemäß gibt ein berühmter Walzer das Motto dieser exklusiven Nacht ganz im Stil der Wiener Balltradition vor. Ein elegantes Fest, das in Ambiente und Publikumserfolg alljährlich seinesgleichen sucht.

Von Gaby Hildenbrandt *)



Foto: Konrad Stock/OEBG

Während im Münchner Fasching das große Bällesterben beklagt wird, behauptet sich der »Kaiserball« mit vollem Haus

Frühlingsstimmen“ lockten diesmal die Gäste zum „Kaiserball“ ins ICM in München-Riem. Ballroben raschelten über den roten Teppich, beim Sektempfang mit perlendem Schlumberger blitzte so mancher Orden. Und alle Gäste freuten sich schon auf die rauschende Ballnacht, bei der selbstverständlich der namensgebende Strauß-Walzer im Programm nicht fehlen durfte.

Fanfaren kündeten vom Beginn des Ballzaubers. Beim Betreten des Festsaaus taunen die Gäste in jedem Jahr aufs Neue, wie man das ICM, sonst ein modernes Center für internationale Kongresse, für diese einzige

Nacht in einen Ballsaal verwandelt hatte. Es war das Ergebnis generalstabmäßiger Planung, die fürs kommende Jahr schon wieder beginnt, wenn der letzte Walzer um 4 Uhr früh verklungen ist. Die Messe München stellte reichlich Technik und Personal zur Verfügung, damit in gerade mal 36 Stunden aus dem Kongressaal eine Location entstand, die es locker mit den Ballsälen der Donaustadt aufnehmen kann.

Tausende Blumen, ein Kilometer Stoff und ein paar hundert Kilo Kristallluster

Tausende Blumen aus San Remo ließen den Raum dank der Floristenkunst von „Planter's Punch“ buchstäblich „erblühen“. Ein Kilometer Stoff wurde an die Wände drapiert. Von der Decke hingen wertvolle

Kristallluster der Faustig KG im Gesamtwert von 150.000 Euro. Die Luster-Macher aus dem südtiroler Brixen sind Rekordhalter mit der größten Kristalleuchte der Welt. Um sich den gigantischen Luster in einer Moschee in Abu Dhabi vorzustellen: 10 m Durchmesser, 15,2 m hoch – das entspricht einem fünfstöckigen Apartmenthaus. Für den Kaiserball wurden insgesamt 11 wertvolle Luster angeliefert, der größte wog 120 Kilo. Und damit alle Leuchten unbeschadet München erreichen konnten, war jedes einzelne der tausenden Kristalle mit einem Schutznetz umwickelt. Für seine Gäste ist Ballveranstalter Carl Paul Wieland (Präsident der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft, OEBG) eben kein Aufwand zu groß. Mit viel Liebe zum Detail organisieren er

*) Gaby Hildenbrandt hat Auftrag der Österreichisch-Bayerischen Gesellschaft die Pressearbeit für den „Kaiserball“ im übernommen.

Österreich, Europa und die Welt

und Gattin Mechthilde seit 33 Jahren den Ball. Und was da auf die Beine gestellt wird – Kapellen aus Wien, Original-Opernball-Krönchen der Debütantinnen, ein Heuriger mit Schrammeln, Weine der Winzer Krems, Tafelspitz und Schnitzel auf der Speisekarte –, läßt nur einen Schluß zu: Mehr Wien außerhalb Österreichs geht nicht!

»Kaiserball« der OEBG weiterhin mit vollem Haus

Während im Münchner Fasching das große Bällesterben beklagt wird, behauptet sich der „Kaiserball“ weiterhin mit vollem Haus. Die Gäste aus ganz Deutschland und Österreich schätzen die elegante Atmosphäre und die vielen Programmideen (z.B. den Operetten-Showblock mit Monika Rebholz und Marko Kathol). Ein großer Erfolgsgarant ist dabei auch die Musik vom Wiener Hofburg-Ballstreicherorchester unter der Leitung von Professor Helmut Steubl – sofort schlägt das Herz im Dreivierteltakt.

Tango, Polka, Foxtrott und natürlich Walzer

Apropos tanzen: Das Streicherorchester und das Austria Swingtett (unter der Leitung von Steubls Sohn Wolfgang) beweisen in jedem Jahr das richtige Feeling, wenn es um die Tanzbeine der Ballgäste geht. Tango, Polka, Foxtrott und natürlich Walzer – die Paare wirbelten bis 4 Uhr früh übers Parkett. Beste Ball-Kondition zeigte beispielsweise die Schauspielerinnen Olivia Silhavy. Die charmante Wienerin stand in München auf der Theaterbühne und wollte sich den Ball unbedingt ansehen. Also schnappte sie sich ihren Kollegen Rolf Kuhsiek, gleich nach der Vorstellung ging's rein in Ballkleid und Smo-



Die Gastgeber Mechthilde und Carl Paul Wieland mit dem österreichischen Botschafter in Berlin, Ralph Scheide (li.)



Gäste aus Kultur, Politik und Wirtschaft. Hier: Ludwig Straßner, Vorstand Salzburg München Bank, mit Ehefrau Karin und den Debütantinnen Vroni und Alina. Bezaundernder Anblick im Bild unten: die jungen Damen des Eröffnungskomitees .



Fotos: Komrad Stock/OEBG

Österreich, Europa und die Welt



Schauspielerpaar Christoph von Friedl und Eva-Maria Grein von Friedl mit Fächer, Damenspende der Stadt Wien



Schauspielerin Olivia Silhavy aus Wien und ihr Münchner Kollege Rolf Kuhsiek beim Jive



Zu den eifrigsten Tänzern gehörten die bayerische Staatsministerin Christine Haderthauer und Ehemann Hubert



Fotos: Konrad Stock/OEBG

»Zwei Herzen im Dreivierteltakt«, Monika Reholz und Marko Kathol

Grein von Friedl auf perfekte Weise repräsentiert. Er, der Wiener Charmeur, lud sie, die schöne Blondine, nach dem ersten, lockeren Kennenlernen in seine Heimatstadt ein. Es war gerade, wie romantisch, Frühling in Wien – und da hat es zwischen den beiden gefunkt! „Zur Hochzeit schenkte uns meine Großmutter ein Kochbuch mit wunderbaren österreichischen Rezepten“, erzählte Christoph von Friedl. „Jetzt bekocht mich meine Frau mit köstlichen Schmankerln“. Wie es sich für einen echten Wiener gehört, hat der Schauspieler seinerzeit das Tanzen „beim Elmayer“ gelernt. Walzer links herum, kein Problem für den Schauspieler, der seine Ehefrau meisterhaft übers Parkett führte. Übrigens reist aus dem Walzerinstitut Elmayer-Vestenbrugg in jedem Jahr Dominik Truschner an. Er studiert mit dem Eröffnungskomitee die Festpolonaise ein. Nach dem Auftritt der 50 Paare heißt es dann „Alles Walzer!“ – eine Aufforderung, der die Ballgäste nur allzu gerne nachkommen.



»Frühlingsstimmenwalzer« mit der Projektgruppe Wiesenthal

king und raus nach Riem – wo beide keinen Tanz ausließen. Zum Glück hatte die Stadt Wien als Damenspende bunte Fächer verteilen lassen, sodaß nach einer ausgelassenen Tanzserie für Frischluft gesorgt war. Der Kommentar der österreichischen Schauspielerin zum Austria-Ball: „Ich habe selten so einen fröhlichen und eleganten Abend erlebt. Das ist wie Wien an der Isar!“

Die oft beschworene österreichisch-bayerische Freundschaft wurde vom Schauspielerpaar Christoph von Friedl und Eva-Maria

Hochkarätige Ballgäste

Es ließen sich mit „Frühlingsstimmen“ eine Nacht lang verzaubern: Regisseur Joseph Vilismaier, Ludwig Strassner (Vorstand Salzburg München Bank), Modedesigner Martin Teufl (La Rose Noire Couture), Weinkönigin Birgit aus Weissenkirchen (Wachau), Martin Rosenberger (Winzer Krems), Ingrid Pech (österreichische Generalkonsulin), Reinhold Bocklet (Vizepräsident Bayerischer Landtag). Blitzbesuch zum

Walzertraum: Der österreichische Botschafter Ralph Scheide flog kurz vor Beginn aus Berlin ein und war einer der gern gesehenen Ball-Ehrengäste. Mit dem ersten Flieger ging es morgens weiter zu offiziellen Terminen in der deutschen Hauptstadt – wieder zurück in den Alltag nach einer zauberhaften „Kaiserball“-Nacht in München.

PS: Lust bekommen auf Opernball-Atmosphäre made in Munich? Informationen und Termine finden Sie auf

<http://www.kaiserball-muenchen.de>

Wiener Ball in Brüssel

Ein vergnüglicher und glamouröser Abend in der besten Tradition des Wiener Balles: Mit Politikern, Diplomaten, Hochadel und vielen anderen Gästen aus Belgien, Österreich und verschiedenen Ländern Europas.



Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien

Der Wiener Ball in Brüssel hat große Tradition und ist auch im sechsten Jahrzehnt seines Bestehens ein Ball wie man in dieser klassischen Form außerhalb Wiens nur selten auf der Welt erleben und genießen kann.

Am 2. Februar 2013 war es wieder so weit: Im restlos ausverkauften Concert Noble mit dem Flair eines Wiener Stadtpalais fand der jährliche gesellschaftliche Höhepunkt der Österreichischen Vereinigung in Belgien statt. Der Wiener Ball in Brüssel hat große Tradition und ist auch im sechsten Jahrzehnt seines Bestehens ein Ball wie man in dieser klassischen Form außerhalb Wiens nur selten auf der Welt erleben und genießen kann.

Die Begrüßung erfolgte durch Christian Macek, Präsident der Österreichischen Vereinigung in Belgien, und Marianne Klicka, Präsidentin des Wiener Landtags, als Vertreterin der Stadt Wien. Unter den Ehrengästen befanden sich unter anderem Siim Kallas, Vizepräsident der Europäischen Kommission, Botschafter Walter Grammer, Ständiger Vertreter Österreichs bei der EU, Richard Seeber, Mitglied des Europäischen Parlamentes (um nur einige zu nennen) und viele andere Botschafter im Königreich Belgien, zur NATO und zur Europäischen

Union. Insbesondere sind zwei ganz treue Ehrengäste zu nennen: Erzherzogin Anna-



Ballkomitee: Karin Lukas Eder und Barbara Francois

Gabriele von Habsburg, Ehrenpräsidentin des Ballkomitees und Sektionschef Botschafter Hubert Heiss, der es sich seit zwei Jahrzehnten nicht nehmen läßt den Ball in Brüssel zu besuchen, egal wo er gerade stationiert ist.

Nach den Tänzerinnen und Tänzern der Ballettschule Marly gaben die Jungdamen und Jungherren ihre künstlerischen Darbietungen zur Eröffnung. Und dann ging es für alle auf die Tanzfläche zum ersten Walzer des Abends, gespielt vom traditionellen Original Wiener Ballorchester Dr. Flo (direkt aus Wien eingeflogen!). Was folgte, war ein Abend ganz nach dem Charme eines Balles in der Wiener Hofburg oder im Musikverein mit Freude am Feiern durch alle Altersschichten. Einige waren kaum von der Tanzfläche zu bekommen, andere stärkten sich zwischendurch mit österreichischen Köstlichkeiten wie Wiener Schnitzel, Frankfurter (von einigen Besuchern auch „Wiener“ genannt...), Gulasch, Apfelstrudel und Sachertorte. Für einige gab es tolle Preise bei

Österreich, Europa und die Welt

der mitternächtlichen Tombola (Hauptpreis ein Wochenende beim Stanglwirt in Going mit Flug aus Brüssel gesponsert von Austrian Airlines), für alle viel Spaß und Schweiß bei der Quadrille. Zum Genuß des Abends gehörte auch österreichischer Wein, unter anderem einen Grüner Veltliner aus Wien, der dem den Vernehmen nach zu den Lieblingsweinen des Wiener Bürgermeisters zählt.

Die Stunden zerrannen wie das Wachs der weißen und roten Kerzen in den silbernen Tischleuchtern. Es war wieder ein unvergeßlicher und unvergleichlicher Abend, der vor allem dem ehrenamtlichen Ballkomitee zu verdanken ist: An der Spitze Barbara Francois, Verwaltungspräsidentin der SOS Kinderdörfer in Belgien, und Karin Lukas-Eder. Mit dem klassischen „Brüderlein fein“, gespielt auf der Sologeige, endete der Ball aber in den Erinnerungen (und auch dank der Fotos) ist der Wiener Ball in Brüssel den Besuchern noch lange präsent. ■

<http://www.oevb.be>

Bild oben: Frau Kalls, Siim Kallas (Vizepräsident der Europäischen Kommission), Frau Ketzer, Peter Ketzer (Vizepräsident der Österreichischen Vereinigung in Belgien)

Bild rechts (v.l.): die Schwedische Botschafterin im Königreich Belgien, Ulrika Sundberg, Präsident Christian Macek, Wiens 3. Landtagspräsidentin Marianne Klicka und die Schwedische Botschafterin zur NATO, Veronika Wand-Danielsson

Bild unten: Die Balletteinlage der jungen Tänzerinnen bezauberte die Gäste.



Fotos: Österreichische Vereinigung in Belgien

Weltweit erstes windstrom- autarkes Bundesland

Burgenländischer Windkraftausbau bringt Energiewende und Arbeitsplätze



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Michael Gerbavits (Vorstandssprecher Energie Burgenland), Stefan Moidl (Geschäftsführer der IG Windkraft), LAbg. Werner Friedl (Bürgermeister Zurndorf), Landeshauptmann Hans Niessl, Hans-Dieter Kettwig (kaufmännischer Geschäftsführer Enercon) und KO Christian Illedits bei der Pressekonferenz in Zurndorf

Im Rahmen der international bedeutendsten Windenergieveranstaltung „EWEA 2013“ wurde am 5. Februar erstmals die weltweit größte Enercon-Turmproduktionsstätte außerhalb Deutschlands in Zurndorf der Öffentlichkeit präsentiert. Zwei der weltweit leistungsstärksten Windräder des Typs Enercon E-126 produzieren seit gut einem Jahr sauberen Strom in Potzneusiedl. 2013 wird im Burgenland so viel Windstrom produziert, wie das gesamte Bundesland verbraucht. Grund genug in diesem Jahr das „Jahr der Energiewende 2013“ im Burgenland zu feiern.

In Österreich drehen sich derzeit mehr als 760 Windräder mit einer Leistung von beinahe 1400 MW und produzieren damit so viel Windstrom, wie mehr als 800.000 Haushalte verbrauchen. Dies entspricht bereits über 20 Prozent aller Haushalte. „Auch der Windkraftausbau schreitet in Österreich gut

voran. Im vergangenen Jahr 2012 wurden knapp 300 MW oder 27 Prozent der bestehenden Windkraftleistung neu zugebaut“, freute sich Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, und führt weiter aus: „2013 wird sich der österreichische Windkraftausbau um weitere 30 Prozent erhöhen und rund 420 MW betragen.“

»EWEA 2013« – international bedeutendstes Windenergie-Event

Die „EWEA 2013“, das weltweit bedeutendste Windenergie-Event, präsentierte die Windbranche als Konferenz und Messe vier Tage lang von 4. bis 7. Februar in der Messe Wien. Rund 10.000 BesucherInnen aus 80 Ländern wurden auf der Veranstaltung erwartet. Mehr als 400 Aussteller waren auf der Messe zu sehen und präsentierten die weltweite Windbranche. Der Schwerpunkt der „EWEA 2013“ lag auf den Emerging

Markets und Süd-Ost-Europa. Österreichische Unternehmen waren mit einem gemeinsamen Austrian Pavilion im Zentrum der Messehalle vertreten.

Burgenland die Vorzeigeregion in Sachen Windkraft

Im Jahr 2000 produzierte das Burgenland lediglich 3 Prozent des eigenen Stromverbrauchs. 2006 wurde eine neue Zielrichtung eingeschlagen und im Landtag beschlossen, bis 2013 stromautark zu sein. So kommen im Burgenland derzeit jedes Jahr mehr als 220 MW Windkraftleistung hinzu. Ende des Jahres 2013 wird im Burgenland mehr Windstrom produziert, als das gesamte Bundesland verbraucht. Damit wird das Burgenland das erste Bundesland in Österreich und die erste Großregion weltweit, die mit Windstrom stromautark ist. „Bis Ende 2013 wird das Burgenland mit Erneuerbarer Energie

stromautark sein, ab 2014 werden wir zum Windstromexporteur“, so Hans Niessl, Landeshauptmann des Burgenlandes.

Seit gut einem Jahr erzeugen auch zwei der weltweit leistungsstärksten Windräder E-126 der Firma Enercon, wie eingangs erwähnt, sauberen und umweltfreundlichen Windstrom in Potzneusiedl im Burgenland. „Mit diesen zwei Windgiganten an der Spitze der technologischen Windkraftentwicklung können wir zeigen, daß Österreich im internationalen Windbusiness ganz vorne mitspielt“, erklärte Michael Gerbavits, Vorstandssprecher der Energie Burgenland, stolz und ergänzt: „Ebenfalls entsteht derzeit Europas größter Windpark mit Anlagen der 3-MW-Klasse in Andau im Burgenland. Es freut uns, daß wir auch an diesem Erfolg federführend mitbeteiligt sind.“

Windkraft bringt regionale Arbeitsplätze

Allein durch den starken Windkraftausbau konnten 2012 insgesamt 1800 Personen auf den Windradbaustellen beschäftigt werden und 160 neue Dauerarbeitsplätze sind zusätzlich geschaffen worden. Darüber hinaus entstanden auch im Burgenland neue Windkraftarbeitsplätze. Allein die Firma Enercon hat durch eine neue Niederlassung in Neusiedl am See 150 Arbeitsplätze zur Wartung und Anlagenservicierung ins Burgenland gebracht. „Weitere 200 Arbeitsplätze hat Enercon nun durch die Errichtung ihrer Turmproduktionsstätte in Zurndorf geschaffen“, berichtete Hans-Dieter Kettwig, kaufmännischer Geschäftsführer von Enercon.

Auch für den Nachwuchs der Windkrafttechniker ist im Burgenland gesorgt: „Mit einer Fachhochschule für Erneuerbare Energien in Pinkafeld und einer eigenen Lehrwerkstätte für Windkrafttechniker in Matersburg ist das Burgenland auch in diesem Bereich Vorreiter der Branche“, hob Landeshauptmann Hans Niessl hervor.

Europa im steigenden Höhenflug

11.566 MW Windkraftleistung wurden 2012 in der europäischen Union errichtet. Damit drehen sich bereits Windräder mit einer Leistung von knapp 106.000 MW in der EU (110.000 MW gesamt Europa). Dies entspricht einem Wachstum von 12,3 Prozent. Damit wurden Investitionen von etwa 15 Milliarden Euro ausgelöst. Die Windenergie erzeugt mit 230 Milliarden kWh 7 Prozent des europäischen Stromverbrauches.

2012 waren 69 Prozent der neuen Kraftwerkskapazität der EU aus Erneuerbaren

Energien (37 Prozent Photovoltaik, 26 Prozent Wind, 3 Prozent Biomasse). „Einmal mehr führt die PV und die Windenergie den Kraftwerksausbau in Europa an und stellt wieder einmal die fossilen Energien in den Schatten“, berichtet Stefan Moidl, Geschäftsführer der IG Windkraft, und führt weiter aus: „2012 war das fünfte Jahr in Folge, in dem mehr erneuerbare Energiekapazität als alle andere ausgebaut wurde. Die Energiewende ist voll im Gang.“

Trotz des tollen Ergebnisses für das Jahr 2012 werden die Zeiten für den Windkraftausbau in den nächsten Jahren schwieriger. „Die Zahlen für das Jahr 2012 gehen auf Aufträge zurück, die vor der Welle politischer Unsicherheit, die ab 2011 über Europa

schwappte und sich fatal auf den Windenergiesektor auswirkte, erteilt wurden“, so Christian Kjaer, Geschäftsführer des europäischen Windenergieverbandes (EWEA) und weiter: „Wir gehen davon aus, daß sich diese Instabilität deutlich negativ in den Neuinstallationsraten der Jahre 2013 und 2014 zeigen wird.“

„Jene Länder in Europa, die es geschafft haben für stabile und vorausschauende Fördersysteme zu sorgen, werden auch in Zukunft die Windenergie weiterhin ausbauen können. Österreich ist zum Glück derzeit ein Musterbeispiel in ganz Europa“, bekräftigt Moidl abschließend. ■

<http://www.energieburgenland.at>

<http://www.igwindkraft.at>



Foto: IG Windkraft

Dieses Bild der Enercon-126-Baustelle im Burgenland zeigt die großen Dimensionen, die – wenn erst einmal in Betrieb genommen – nicht mehr so erkennbar sind.

Bildung und Energie im Fokus

LH Hans Niessl und sein Vorarlberger Amtskollege,
LH Markus Wallner trafen sich zu einem Arbeitsgespräch.

Im Rahmen des Vorarlberger Vorsitzes in der Konferenz der Landeshauptleute trafen sich Landeshauptmann Markus Wallner und sein burgenländisches Pendant, Landeshauptmann Hans Niessl, am 22. Feber im Eisenstädter Landhaus zu einem Arbeitsgespräch. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Themen Bildung und Erneuerbare Energie sowie Finanz- und Föderalismusfragen.

Das Burgenland zählte, wie Vorarlberg, im Jahr 2008/2009 zum Kreis jener Länder, in denen die Neue Mittelschule (NMS) als Modellversuch gestartet wurde. Seit Herbst 2012 ist die NMS Regelschulform. „Das neue Jahr bringt auch gleich eine neue Vorreiterrolle für unser Burgenland. Im Herbst 2013 startet die letzte Hauptschule, die HS Jennersdorf, als NMS. Das Burgenland wird dann als erstes Bundesland flächendeckend die Neue Mittelschule eingeführt haben. Damit haben wir auch in diesem Bereich die Nase eindeutig vorne“, sagte Landeshauptmann Niessl. Sparen bei der Bildung komme für ihn nicht in Frage: „Das ist kein Lippenbekenntnis. Auf Grundlage des Regierungsübereinkommens ist die Bildung zu jenen wenigen Bereichen zu zählen, in denen die Gelder nicht gekürzt werden. Wir sparen dort, wo es möglich ist. Wir investieren dort, wo es wichtig und notwendig ist.“ Und Bildung sei natürlich ein Schlüsselbereich, der über die Zukunft, die erfolgreiche Entwicklung junger Menschen, der Wirtschaft und des Landes insgesamt entscheide, so Niessl.

Der Vorarlberger Landeshauptmann Markus Wallner unterstrich in seinen Ausführungen ebenso die Bedeutung von Bildung und Ausbildung. „Wir konzentrieren uns auf die gesamte Bildungslaufbahn – von der frühen Förderung von Kindern, dem Kindergarten und der Schule, über die Lehre und Weiterbildung bis hin zur Fachhochschule“, sagte Wallner. Im Vorarlberger Landesbudget für das Jahr 2013 seien hierfür beachtliche Ausgabensteigerungen beschlossen worden. Allein die Mittel in der Früherziehung wurden um knapp zehn Prozent erhöht – die anteilmäßig größte Steigerung im Landesbudget. Und auch die Mittel für eine gezielte Erweiterung des Angebots für die Kinder- und Jugendbetreuung wurden angehoben. „Wir können es uns nicht leisten, auf die



Foto: Bgld. Landesmedienservice

LH Hans Niessl (l.) traf seinen Vorarlberger Amtskollegen LH Markus Wallner zu einem Arbeitsgespräch

Talente und Fähigkeiten unserer Jugend zu verzichten. Ein Blick in andere europäische Länder zeigt, welche Auswirkungen es haben kann, wenn junge, motivierte Menschen keinen Arbeitsplatz finden“, bekräftigte Wallner. Bei der Umstellung auf die Neue Mittelschule nimmt Vorarlberg ebenso eine Spitzenposition ein. Von den früheren 54 Hauptschulen sind bereits 50 Neue Mittelschulen, die restlichen vier Schulen folgen.

Derzeit gibt es österreichweit bereits 692 Neue Mittelschulen. „Die Neue Mittelschule ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur gemeinsamen Schule und sorgt für beste individuelle Förderung unserer Kinder“, ist Niessl überzeugt.

Ausbau der schulischen Tagesbetreuung forcieren

Ausdrücklich begrüßt wurde von den beiden Landeshauptleuten die Anfang Dezember im Ministerrat erzielte Einigung, mehr Mittel für den Ausbau der schulischen Tagesbetreuung bereitzustellen. Rund 160 Millionen Euro sollen bundesweit ab 2014 in den ganztägigen Unterricht investiert werden, was einer Verdoppelung der ab 2014 vorgesehenen Mittel entspricht. „Wir begrüßen dieses Vorhaben ausdrücklich“, so Niessl und

Wallner. Positiv sei auch der vereinbarte bedarfsorientierte Zugang. „Es muß sich auch in Zukunft die Weiterentwicklung der Kinder- und Schülerbetreuungsangebote vorrangig am tatsächlichen Bedarf orientieren“, stellte Wallner klar. Zugleich unterstrich er, daß der Ausbau flächendeckend erfolgen müsse, also insbesondere auch auf den ländlichen Raum Rücksicht genommen werden müsse. Der aktuelle Ländervorsitzende richtete den Appell an den Bund, die Verhandlungen über die Verlängerung bzw. Adaptierung der bereits bestehenden 15a-Vereinbarung über den Ausbau ganztägiger Schulformen bis zum Jahr 2018 zügig anzugehen. „Es müßte möglich sein, die Verhandlungen noch im ersten Halbjahr 2013 erfolgreich abzuschließen und ein gutes Ergebnis unter Dach und Fach zu bringen“, sieht Wallner den Bund am Zug. „Wir werden uns engagiert einsetzen, um mit allen Partnern rasch zu einer tragfähigen und zukunftsorientierten Lösung zu kommen“, kündigte der Vorarlberger Landeshauptmann an.

Energie als Standortfaktor

Neben dem Bereich Bildung war beim Treffen der beiden Landeschefs die Energie ein Schwerpunkt. Das Burgenland sei auf

gutem Weg, energieautonom zu werden, bereits 2013 würde man hierzulande bilanziell stromautark, betonte Niessl: „Das heißt, es wird mehr Strom aus Erneuerbarer Energie produziert, als verbraucht wird. Das sind über 1,6 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr.“ Alles zusammengerechnet – Strom, Treibstoff, Erdgas Biomasse, etc. – habe das Burgenland bereits einen Anteil an Erneuerbarer Energie von rund 38 Prozent. „Bis zum Jahr 2020 strebt das Burgenland an, über 50 Prozent des gesamten Energieverbrauchs durch die Produktion von erneuerbarer Energie abzudecken“, steckt der burgenländische Landeschef das Ziel klar ab. Erreichen will man dieses Ziel einerseits durch Forcierung des Ausbaus von Erneuerbarer Energie, andererseits durch Energiesparmaßnahmen. Das Burgenland verbraucht derzeit knappe zehn Milliarden kWh an Energie (Strom, Treibstoff, Erdgas, Biomasse etc.). „Da das Burgenland aber mit einem Bevölkerungszuwachs bis 2020 rechnet, wird der Ausbau von Erneuerbarer Energie weit höher sein als das Einsparpotential“, betont Niessl, er rechnet damit, „daß wir bis 2020 ca. 5 Milliarden kWh an Erneuerbarer Energie im Burgenland produzieren werden. Erreichen wollen wir das durch den bestmöglichen Ausbau der Windkraft und den Einsatz von Sonnenkraft.“

Schrittweise Energieautonomie erreichen will auch Vorarlberg. „Der jährliche Energieverbrauch und die Erzeugung aus erneuerbaren Energieträgern sollen sich in Vorarlberg bis zum Jahr 2050 die Waage halten“, erläuterte Wallner die ambitionierte Vorgabe. Es handle sich dabei um kein einfaches Ziel, bei entsprechendem Einsatz auf allen Ebenen und an allen Fronten sei es aber durchaus zu bewerkstelligen, so der Landeshauptmann. Erfreulich für Wallner ist, daß die Erreichung der Energieautonomie auf breiten gesellschaftlichen Konsens stößt – Regionen, Gemeinden, Betriebe, Haushalte und Einzelpersonen ziehen engagiert mit und räumen dem wichtigen Zukunftsthema Energie einen hohen Stellenwert ein. „Die Energiefrage wird maßgeblich über die künftige Standortqualität entscheiden“, ist Wallner überzeugt. Vorarlberg werde deshalb auch weiterhin neue Technologien und Ideen fördern, um so das Ziel zu erreichen, das Land nachhaltig im Kreis der innovativsten Regionen in Europa zu verankern, kündigte der Landeshauptmann an. Bereits heute hat Vorarlberg im bundesweiten Vergleich die höchste Dichte an e5-Gemeinden. 65 Prozent der Vorarlberger Bevölkerung lebt bereits in

einer e5-Gemeinde. Der Maßnahmenplan zur Umsetzung der Energieautonomie beschreibt eine breite Themenpalette von Energieeffizienz in Gebäuden und dem Ausbau erneuerbarer Energieträger bis zu Mobilität und Industrie.

Bis 2050 energieautark

„Bis 2050 wird das Burgenland komplett energieautark sein, ja zum Energielieferanten werden“, blickt Niessl in die Zukunft. Damit das gelingt, müßten aber eine Reihe von Annahmen in die Tat umgesetzt werden.

Arbeitnehmerförderung verbessert

Personen und Familien mit niedrigem Einkommen können sich wertvolle finanzielle Unterstützung holen. 2012 wurden 5348 Anträge positiv behandelt, über drei Millionen Euro wurden ausbezahlt, so Soziallandesrat Peter Rezar im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit AK Burgenland Präsident Alfred Schreiner. „Für 2013 wurde die Arbeitnehmerförderung erweitert und verbessert, im besonderen für die burgenländischen Pendler. Über Zuschüsse und Beihilfen, die das Arbeitnehmerförderungsgesetz bietet, informiert eine neue Broschüre der AK Burgenland. „Die Broschüre ist ein wichtiges Service der Arbeiterkammer. Es ist immer eine Herausforderung, die Fördermaßnahmen zu jenen Menschen zu bringen, für die sie gedacht sind und die Hürden möglichst gering zu halten.“

Die Bilanz 2012 fällt positiv aus, so Rezar und Schreiner unisono. Kurz: 5348 Anträge wurden positiv behandelt, insgesamt 3,009 Millionen Euro wurden ausbezahlt, davon entfielen 724.053 Euro auf den Fahrtkostenzuschuß, 590.727 Euro wurden für die Qualifikationsförderung ausbezahlt, auf die Lehrlingsförderung und den Wohnkostenzuschuß für Lehrlinge entfielen 1,695 Millionen Euro.

2013 weitere Verbesserungen

Für 2013 wurde die Arbeitnehmerförderung erweitert und verbessert, im besonderen für die burgenländischen Pendler. „Die Einkommensgrenzen für die Bezieher der Zuschüsse wurden in einer Beiratssitzung im Dezember 2012 nach dem Tariflohnindex um 3,4 Prozent erhöht. Die Bruttoeinkommensgrenzen betragen für Alleinstehende nunmehr 2.740 Euro brutto und für Familien 4.384 Euro monatlich“, so Rezar.

Besonders wichtig ist der Fahrtkostenzuschuß für die burgenländischen Pendler,

So wird zum Beispiel davon ausgegangen, daß 2050 durch Repowering und Verbesserung der Wirkungsgrade sowie durch Speicher- und Umwandlungsmöglichkeiten im Burgenland bis zu fünf Milliarden kWh Strom erzeugt werden sowie die Sonnenkraft bestmöglichst genutzt wird. Dazu kommen noch eine Reihe weiterer Annahmen, die umgesetzt werden müßten. Geschieht dies, würde das Burgenland im Jahr 2050 um zwei Milliarden kWh mehr Energie produzieren als es verbraucht und ein Energieexporteur sein. ■

betont Rezar: „Deshalb haben wir eine deutliche Erhöhung des Fahrtkostenzuschusses beschlossen. Wir haben nochmals nachgebessert, nachdem im Dezember die Basisbeträge nach dem Verbraucherpreisindex um 2,3 Prozent erhöht wurden. Diese Neuerung ist eine wichtige Entlastung für die burgenländischen Pendler. Mit der Anrechnung jedes gefahrenen Kilometers wird das System für Arbeitnehmer gerechter und fairer.“ Zu einem kilometerbezogenen Basisbetrag gibt es jetzt zusätzlich zu jedem gefahrenen Kilometer zwei Euro.

Besonders deutlich fällt die Erhöhung für Niedrigverdiener und Lehrlinge mit einem Einkommen bis 1.350 Euro brutto im Monat aus: Bei einer Wegstrecke von mindestens 20 Kilometer haben diese im vergangenen Jahr 75 Euro bekommen. Ab 2013 erhalten diese zum Basisbetrag von 100 Euro zusätzlich 2 Euro pro Kilometer.

AK Burgenland setzt auf Information

AK-Präsident Alfred Schreiner: „Im Burgenland gibt es ein breites Angebot an Förderungen. Leider wissen wir aus Erfahrung, daß gerade jene Menschen, die Anspruch hätten und die Unterstützung gut brauchen können, oft die größten Hemmungen haben, um eine Förderung anzusuchen. Es ist immer eine Herausforderung, die Fördermaßnahmen zu jenen Menschen zu bringen, für die sie gedacht sind und die Hürden möglichst gering zu halten.“

Die neue Broschüre der Kammer für Arbeiter und Angestellte für das Burgenland, die in Zusammenarbeit mit der Sozialabteilung der Landesregierung erarbeitet wurde, ist ein wichtiges Service für Arbeitnehmer und können auch als PDF-Dateien von der Internetseite der AK Burgenland heruntergeladen werden. ■

<http://bgl.d.arbeiterkammer.at>

Vom Pionierprojekt zur Vorreiterregion

Erstes Bundesland mit flächendeckenden Neue Mittelschul-Standorten

Die Neue Mittelschule, 2008/09 als „Pionierprojekt“ der modernsten Schulform für die 10- bis 14jährigen gestartet, ist im Burgenland – als österreichweit erstes Bundesland – nunmehr zu einem flächendeckenden Schultyp geworden. Einen Besuch in der Neuen Mittelschule in Zurndorf nahmen Bildungsministerin Claudia Schmied und Landeshauptmann Hans Niessl zum Anlaß, um sich gemeinsam mit Gerhard Resch, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für das Burgenland, und Bürgermeister LABg. Werner Friedl aus erster Hand ein Bild über die Fortschritte und Erfahrungen der Neuen Mittelschulen zu machen.

„Es ist schön, einmal eine Entwicklung von der Idee bis zur Verwirklichung – mit all ihren normativen und finanziellen Begleiterscheinungen – mitverfolgen und miterleben zu können. Die Neue Mittelschule ist nicht nur eine neue Form einer Leistungsschule, hier ist eine neue und prägende Schul- und Lernkultur entstanden. Team Teaching, Kompetenzentwicklung, die fundierte Berufsberatung, die differenzierte und individuelle Förderung von Schwächen bzw. Stärken der Schülerinnen und Schüler sowie die Öffnung der Schule nach außen sind wesentliche Parameter dieses Bildungsprojektes, wo Wissensvermittlung und Persönlichkeitsbildung gleichermaßen im Vordergrund stehen“, so die Bildungsministerin.

Zurndorf hat seit dem Schuljahr 2008/09 eine Neue Mittelschule mit insgesamt acht Klassen und eine Polytechnische Klasse. Die Schülerzahl konnte innerhalb weniger Jahre von 90 auf mittlerweile 150 erhöht werden – Tendenz steigend. Die Kinder, die aus neun verschiedenen Ortschaften kommen, werden von 22 Landes- und fünf Bundeslehrern unterrichtet. Die pädagogischen Schwerpunkte liegen im Bereich der individuellen Persönlichkeitsentwicklung, der Spracherweiterung mit Blickrichtung Mehrsprachigkeit als Schlüsselqualifikation der Zukunft, im naturwissenschaftlichen Segment sowie Berufsorientierung und Neue Medien. Unterstützung erfahren diese pädagogischen Initiativen durch ein bestmögliches infrastrukturelles Engagement auf kommunaler Ebene.



Foto: Landesmedienservice

v.l.: Bildungsministerin Claudia Schmied, LH Hans Niessl, Gerhard Resch, Amtsführender Präsident des Landesschulrates für das Burgenland, Bürgermeister LABg. Werner Friedl und Direktorin Luise Maar vor der Neuen Mittelschule Zurndorf

„Wir sind in vielen Bereichen das Bildungsland Nummer 1. Diese Position wollen wir nicht nur festigen, sondern auch weiter ausbauen. Wir wollen die beste Bildung für eine erfolgreiche Zukunft. Die Neue Mittelschule ist die wichtigste und größte Reform im Bildungswesen in den letzten Jahrzehnten. Damit ist ein wesentlicher und zukunftsorientierter Schritt zur Verbesserung des Bil-

dungssystems gelungen. Besonders stolz bin ich heute, daß wir als kleinstes Bundesland, als früheres Land der Schulschande, nun die ersten sind, die flächendeckend die Neue Mittelschule eingeführt haben“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl, der im Sinne der Chancengleichheit für alle Kinder die Qualität der Bildung im Burgenland noch weiter anheben möchte. ■

Caritas Familien- und Jugendhaus in Neudörfel

Seit 20 Jahren führt die Caritas der Erzdiözese Wien in Neudörfel das „Haus Sarah“, in dem AsylwerberInnen im Rahmen der Grundversorgung ein zu Hause finden. Nunmehr werden 30 Betreuungsplätze für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge umgewidmet. Dazu müssen die Räumlichkeiten umgebaut werden. Das unter Denkmalschutz stehende Haus wird sorgfältig in enger Abstimmung mit den Expertinnen adaptiert. Aber nicht nur das Gebäude in dem die Jugendlichen leben werden steht unter einem besonderen Schutz. Die Menschen, die hier leben werden, sollen optimal unterstützt und integriert werden, sodaß Sie nach Ablauf des

Asylverfahrens einer positiven Zukunft in Österreich entgegenblicken können.

Die Heimat verlassen zu müssen, gehört zu den einschneidendsten und schlimmsten Ereignissen. Noch viel schlimmer ist es, wenn Kinder und Jugendliche gezwungen sind, alles hinter sich zu lassen und alleine in fremdes Land zu gehen. „Das Caritas Haus in Neudörfel ist ein wunderbares Beispiel dafür wie gut Integration an einem Ort, auch im ländlichen Bereich passieren kann. Wie Integration von allen Beteiligten einfach gelebt wird. Mein Dank gilt hier sowohl dem Land als auch der Gemeinde!“ so Caritasdirektor Michael Landau. ■

»Grenzbahn« auf Schiene

Oberwart: Südburgenland Gewinner bei Anschluß ans internationale Bahnnetz – Bieler: »Werden Angebot und Qualität für die burgenländischen Pendler weiterhin auf hohem Niveau halten.«

Über die Zukunft der Bahn im Bezirk Oberwart informierten Landesrat Helmut Bieler und der Verkehrskoodinator des Burgenlandes, Peter Zinggl, bei einem Pressegespräch in Oberwart am 21. Feber. Nach auslastungsbedingter Einstellung des Personenverkehrs auf der Bahnlinie Oberwart – Friedberg soll eine neue Bahnverbindung von Oberwart nach Szombathely den Anschluß ans internationale Bahnnetz gewährleisten. Ziel: Den Personenverkehr via Szombathely nach Wien langfristig zu sichern – bei einer Fahrzeit von rund einer 1 Stunde und 40 Minuten. Ungarische Ziel-1-Mittel sollen die Finanzierung des auf mindestens 200 Mio. Euro geschätzten grenzüberschreitenden Projekts sichern.

„Die Entscheidung der ÖBB vor eineinhalb Jahren, den Personenverkehr auf der Strecke Oberwart – Friedberg einzustellen, müssen wir zur Kenntnis nehmen. Wir haben aber auch alle Hebel in Bewegung gesetzt, daß den Pendlern und der Bevölkerung dadurch keine Nachteile entstehen“, erklärte Bieler. Eine der Sofortmaßnahmen, ein eigens eingesetzter Shuttlebus, werde allerdings von lediglich 10 bis höchstens 42 Personen in Anspruch genommen.

Pendler bevorzugen Bus

Nach wie vor seien direkte Busverbindungen für die Wien-Pendler weitaus attraktiver. „Täglich nehmen 800 Fahrgäste den Bus, nur 60 Fahrgäste fahren mit der Bahn von Friedberg nach Wien. Das ergibt eine eindeutige Kosten-Nutzenrechnung“, so Bieler. Nicht nur die mangelnde Attraktivität, auch die kurvenreiche Wechselstrecke sei ein weiterer Grund für die Rückzugsstrategie der ÖBB. In Ungarn dagegen seien die Gegebenheiten durch den geraden Verlauf und die Topografie ideal, darüber hinaus wurde die entlang der burgenländischen Landesgrenze führende Strecke der Raaberbahn durchgehend bis Szentgotthard auf 120 km/h ertüchtigt.

Gemeinsame Lösung mit Ungarn notwendig

Der Anschluß ans internationale Bahnnetz durch die Verbindung von Oberwart nach Szombathely sei deshalb enorm wichtig



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Sie zeigen, wo's bahnmäßig langgehen soll: Landesrat Helmut Bieler (l.) und Burgenlands Verkehrs-koodinator Peter Zinggl

– für die südburgenländischen Pendler ebenso wie für die Wirtschaft der Region. „Das Ziel ist klar: Wir wollen den Personenverkehr im Bezirk Oberwart durch eine moderne Verbindung von Oberwart über Szombathely nach Wien langfristig sichern. Eine Umsetzung ist aber nur gemeinsam mit unseren ungarischen Nachbarn möglich“, sagte Bieler. Seitens Ungarns gebe es dazu große Bereitschaft, die Verbindung zu realisieren, wie verschiedene Gespräche, zuletzt mit Ministerpräsident Viktor Orban, gezeigt hätten.

Projekt »Grenzbahn« auf Schiene

Gemeinsam mit Ungarn wurde das ETZ Projekt „Grenzbahn“ ins Leben gerufen, eine in diesem Rahmen erstellte Machbarkeitsstudie bereits eingereicht und inhaltlich genehmigt. Die Kostenschätzungen belaufen sich auf mindestens 200 Mio. Euro für die knapp 20 km lange neu zu errichtende Strecke, von der 2,5 km im Burgenland liegen. Das Projekt soll mit ungarischen Ziel-1 Mitteln bei einer Förderquote von 80 Prozent (in Ungarn) finanziert werden. Die Umsetzung der Maßnahmen bezieht sich auf

die Förderperiode 2014 bis 2020. Die Maßnahmen:

1. Neuerrichtung der Verbindung Szombathely – Oberwart,
2. Elektrifizierung Szentgotthard – Jennersdorf (auch im Zielnetz 2025+ der ÖBB vorgesehen) und
3. Einrichtung von Schnellverbindungen (Halt nur in Szentgotthard, Körmend, Szombathely, Sopron); Fahrzeit Jennersdorf – Eisenstadt 2 Stunden, Jennersdorf – Wien 2.30 Stunden.

Güterverkehr weiterhin gesichert

Weiterhin gesichert sei der Güterverkehr zwischen Oberwart und Friedberg. „Der von der ÖBB eingebrachte Einstellungsantrag ist lediglich die Voraussetzung für den geplanten Betrieb als Anschlußbahn. Dieser ist für den Betreiber aufgrund anderer gesetzlicher Rahmenbedingungen wesentlich günstiger und bedeutet keinesfalls das Aus für den Güterverkehr“, tritt Bieler Verunsicherung und falschen Aussagen entgegen. Parallel dazu versuche die ÖBB, einen Kaufinteressenten für den Weiterbetrieb als öffentliche Strecke zu finden. ■

Tourismus auch 2012 weiter auf Erfolgskurs

Positive Nächtigungszahlen trotz immer kürzerer Aufenthaltsdauer

Der positive Trend im burgenländischen Tourismus hält – wie bereits in den letzten Jahren – weiterhin an. Auch im Jahr 2012 konnten trotz partieller vorübergehender Betriebsschließungen in Lutzmannsburg aufgrund des Um- und Ausbaus der Sonnentherme erfreuliche Zuwächse bei den Übernachtungen verbucht werden. Mit 2.938.655 Übernachtungen und einem Plus von 5298 Nächten bzw. 0,2 % wurde das Tourismusjahr 2012 abgeschlossen.

„Es zeigt sich, daß der Trend zur kürzeren Aufenthaltsdauer ungebrochen ist. Es ist den burgenländischen Betrieben aber auch gelungen, trotz dieser immer kürzeren Aufenthaltsdauer durch immer mehr Gäste die Nächtigungszahlen zu steigern. Das bedeutet, daß wir immer mehr Gäste für einen Urlaub im Burgenland begeistern müssen, um die Nächtigungszahlen zu halten bzw. sogar zu steigern. Ganz entscheidend sind die tollen Zuwachsraten aus Zentraleuropa. Der Fokus auf die Internationalisierung beginnt Früchte zu tragen und muß deshalb weiterhin vorangetrieben werden“, erklärte dazu Landeshauptmann Hans Niessl am 6. Feber bei einer Pressekonferenz..

Wiener Gäste nach wie vor an erster Stelle/Burgenländer entdecken immer mehr die Heimat als Urlaubsland

Bei den Inlandsgästen konnte das hohe Niveau gehalten, beim wichtigsten Inlandsmarkt Wien sogar ein Plus von 1,2 % – das sind 7728 Übernachtungen – erzielt werden. Insgesamt haben 210.952 WienerInnen das Burgenland besucht und Land damit 651.137 Nächtigungen beschert. Das sind 22,16 % der Gesamtnächtigungen. Davon haben 47 % den Urlaub am Neusiedler See verbracht. Aber auch 3210 mehr BurgenländerInnen haben das Heimatland als Urlaubsland entdeckt und somit dem heimischen Tourismus zu einem Plus von 4.301 Nächtigungen verholfen.

Insgesamt mehr Gäste aus dem Ausland/Steigerungen aus dem Osten

Schöne Erfolge sind auch auf einigen ausländischen Märkten zu beobachten: So gibt es zum Beispiel Zuwächse von den



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, LH Hans Niessl und Tourismusdirektor Mario Baier hielten Burgenland Tourismus auch 2012 weiter auf Erfolgskurs.

tschechischen Nachbarn von 14,1 % oder 2719 Nächtigungen. Aber auch Gäste aus Polen bescherten ein Plus von 22,7% bzw. 1.694 Nächtigungen. Der russische Markt schlägt sich mit einem Plus von 43% bzw. einem Zuwachs von 1.602 Nächtigungen nieder. Auch Slowenien mit + 34,7% oder Großbritannien mit + 25,4% signalisieren eine erhöhte Nachfrage. Weitere ca. 50.000 Nächtigungen kommen aus den verschiedensten ausländischen Märkten. Trotz weiter Anreisen zeigt sich auch bei diesen Gästen eine kürzere Verweildauer.

Rd. 44 % übernachten in der 5/4-Sterne Kategorie/große Zuwächse auch bei Ferienwohnungen und Camping

Die Kategorie mit dem höchsten Anteil an Nächtigungen ist die 5/4 Sterne-Kategorie, wo bereits knapp 44 % aller Gäste des Burgenlandes logieren. Erfreulicherweise gibt es auch 2012 wieder ein Plus von 2,1 % bei den Ankünften und von 2,4 % bei den Nächtigungen. Hier ist die Aufenthaltsdauer – entgegen dem Trend – sogar etwas gestiegen. Sehr positiv entwickelt haben sich

die Ankünfte + 13,4 % und Übernachtungen + 4,5 % bei den Ferienhäusern und Ferienwohnungen. Hier ist wieder der Trend zum kürzeren Urlaub erkennbar. Ebenso haben die Campingplätze bei den Ankünften + 3,6 % jedoch „nur“ 1,9 % bei den Übernachtungen zugelegt.

Die Thermenstandorte durchwegs im Plus

Alle Thermenstandorte, ausgenommen natürlich Lutzmannsburg, weisen 2012 ein Plus auf. Dies beweist, daß das Burgenland vor Jahren den richtigen Weg und die richtige Strategie eingeschlagen und intensiv in den Thermen- und Gesundheitstourismus investiert hat. Dieser Bereich erwirtschaftet bereits knapp 50 % aller Nächtigungen und hat das Burgenland zum Ganzjahres-Tourismusland gemacht. Durch hohe Qualität ist es gelungen, einen fixen Platz unter den TOP-Thermen-Urlaubs-Destinationen einzunehmen. Doch nicht nur die Thermenstandorte profitieren von diesen Investitionen, sondern die kleinen Betriebe und die gesamte regionale Wirtschaft in den umlie-

genden Dörfern der Therme konnten sich durch diese Leitbetriebe erst entwickeln. So profitieren Zimmervermieter, Winzer, die Gastronomie, andere Produzenten, wie beispielsweise die Paradiesbetriebe oder auch ganz neue Angebote, wie das E-Bike, das wohl durch die Thermengäste erst möglich wurde.

Exklusives Urlaubsambiente in den burgenländischen Wellnessoasen sichert auch weiterhin den Erfolg

Qualität und Exklusivität im Urlaub – vor allem im Wellnessurlaub – sind heute eine Voraussetzung. Daher sehen sich die Betriebe immer wieder gezwungen, in die Qualität des Angebotes zu investieren. So beispielsweise auch das AVITA Resort in Bad Tatzmannsdorf. Die öffentliche Therme wurde komplett renoviert und das Hotel um 22 neue Deluxe-Zimmer erweitert. Aber vor allem der neue Wellnessbereich mit dem AVITA Ladys Spa, der nur den Hotelgästen zur Verfügung steht, sichert diesen Wunsch

nach Exklusivität ab. Auch im Bereich der Kur gehört das Burgenland zu den führenden Standorten in Österreich. Bad Tatzmannsdorf hat hier nach wie vor eine Vorreiterrolle hinsichtlich Qualität und Innovation, im Angebot und im Produkt. Mit dem Neubau des Kurhotels Batthyany, das heuer eröffnet wird, ebenfalls wieder ein wichtiger Impuls und Wettbewerbsvorteil in diesem hart umkämpften Segment für das Burgenland geschaffen.

„Um auch in Zukunft erfolgreich sein zu können ist es wichtig, daß wir immer wieder in den Ausbau der Qualität und in innovative Angebote investieren. Sei es durch die Betriebe, die selbst Qualitätsinitiativen setzen, oder durch den Burgenland Tourismus, der immer wieder die burgenländischen Anbieter zu gezielten Netzwerken zusammenschließt und bei der Vermarktung unterstützt“, so Tourismuslandesrätin Michaela Resetar, die sich überzeugt zeigte, daß 2013 die Schallmauer von 3 Millionen Nächtigungen durchbrochen wird.

Convention Burgenland

Burgenland Tourismus ist aber auch stets bemüht, Augen und Ohren für neue Entwicklungen offen zu haben und diese in Angebote zu integrieren. Mit dem Segment des Tagungs-, Seminar- und Kongreßtourismus wird den Betrieben die Möglichkeit geboten, in etwas schwächeren Auslastungszeiten mit einem tollen Angebot um neue Gäste zu werben. Außerdem: Aus Tagungsgästen werden sehr oft Urlaubsgäste! „Die uns für das Jahr 2012 vorliegenden Zahlen sind ein wesentlicher Bestandteil in der Strategie und Bewertung von Marketingaktivitäten. Mit dem Marketingplan für 2013, der gezielte Kampagnen rund um die Thermen, ein neues Burgenland-Magazin sowie Initiativen in Richtung Internetauftritt, Weinwirtschaft, Festivalommer, Naturreisetagen und vieles mehr zum Inhalt hat, wollen wir unter dem Motto ‚Urlaub mit Sonne drin‘ auch in diesem Jahr den Erfolgskurs von Burgenland Tourismus prolongieren“, betonte Tourismusdirektor Mario Baier. ■

KreativReisenBurgenland – neue Broschüre informiert

Immer mehr Gäste sind auf der Suche nach der eigenen Kreativität im Urlaub. Deshalb bieten heuer Kreative, Gastronomen und Hoteliers aus dem Burgenland 270 Kreativkurse an, die einzigartig sind. Die Anzahl der KulturtouristInnen steigt kontinuierlich, aber das reine Sightseeing reicht nicht mehr. Was den Gästen beim passiven Kulturtourismus fehlt, ist das Selbergestalten. Genau das bietet das Burgenland seinen Gästen. Ziel des Projektes ist es, in den kommenden Jahren verstärkt Gäste anzusprechen, die bewußt nach solchen Urlaubsangeboten suchen und sie bis dato nur schwer finden konnten, sagt Kulturlandesrat Helmut Bieler bei der Präsentation der neuen Broschüre: „Über 270, zum Großteil mehrtägige, Kreativkurse bedeuten darüber hinaus ein aktives Zeichen zur Steigerung der Wertschöpfung in den Regionen, welche zum Teil auch abseits der touristischen Hotspots liegen.“

Malen, Töpfern, alte Handwerkstechniken, wie das Korbflechten, entdecken, Stein und Holz bearbeiten oder auf der Bühne stehen als angehender Opern- oder Rockstar – alles ist möglich. Immer mehr Menschen entdecken, daß ihnen künstlerische Betätigung in ihrer Freizeit nicht nur Spaß macht, sondern auch neue Energie für die Arbeitswelt gibt. Vielleicht ist es der Zufall oder der Zauber der Landschaft, der immer mehr Künstler ins Burgenland lockt. Sie entdecken die



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl, Projektverantwortlicher Roman Wappl und Kulturlandesrat Helmut Bieler (v.l.)

grenzenlose Weite, das mediterrane Klima, die idyllischen Auen, Wälder und Weinfluren. An diesem Ort können sie die Seele baumeln lassen und wirklich kreativ sein.

Im Zentrum für Kreativwirtschaft, das in der Regionalmanagement Burgenland GmbH angesiedelt ist, wurden dazu die Weichen gestellt. Für die Entwicklung zu „Kreativ Reisen Burgenland“, d. h. von der Projektinitiierung bis hin zur Konzeption und Umsetzung, zeichnet Roman Wappl, Touris-

musmanager für kulturtouristische Projekte, verantwortlich.

Zur Bewerbung der Kreativkurse gibt es neben einer Informationsbroschüre auch einen Internetauftritt, wo alle Kurse aufgelistet sind, sowie einen Imagefilm. Die Broschüre ist beim Regionalmanagement Burgenland und bei Burgenland Tourismus erhältlich und wird bei Messen aufliegen. ■

<http://www.kreativreisen-burgenland.at>

<http://www.burgenland.info>

Verantwortung für Eisenstadt 2030

Neuer Stadtentwicklungsplan für die Landeshauptstadt

Der Stadtentwicklungsplan (kurz STEP) „Eisenstadt 2030“ entwickelt die Leitlinien für das „Eisenstadt von Morgen“ und bildet ab 2015 das neue Leitbild für die Entwicklung der Landeshauptstadt. Leitmotiv ist die Sicherstellung und Entwicklung höchster Lebensqualität für die Stadtbevölkerung.

Der Stadtentwicklungsplan ist das Planungsinstrument einer generellen, umfassenden und vorausschauenden Stadtplanung und Stadtentwicklung. Es werden in großen Zügen der weitere Ausbau der Stadt in Form von Zielen und Maßnahmen festgelegt. Der STEP zeichnet die Verteilung von Bauland, Grünland und Verkehrsflächen auf und weist Eignungszonen für künftiges Wohnen, Freizeiteinrichtungen, Bildungseinrichtungen, Betriebsansiedlungen, landwirtschaftliche Vorrangzonen etc. aus.

Der bestehende Stadtentwicklungsplan für die Landeshauptstadt stammt aus dem Jahr 1999. Seither hat sich Eisenstadt weiter entwickelt und ist gewachsen. Die Entwicklung der Stadt wurde in den letzten 15 Jahren durch ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, eine stete Zunahme an Dienstleistungs- und Handelsbetrieben und einem stets steigenden Bedarf an Bildungs- und Sozialeinrichtungen geprägt. Die Funktion als Landeshauptstadt, aber auch neue wirtschaftliche Verflechtungen beeinflussen nicht nur das wirtschaftliche Gefüge, sondern auch Lebensverhältnisse der Stadtbevölkerung. So verändern sich auch Arbeitsbedingungen, Freizeitverhalten, Konsum und Mobilität.

„Allein zwischen den Jahren 2001 und 2011 betrug der Bevölkerungszuwachs der Stadt 16 Prozent. Eisenstadt ist damit – neben Graz – die am schnellsten gewachsene Landeshauptstadt in dieser Periode. Daher ist es nun an der Zeit, den bestehenden Stadtentwicklungsplan herzunehmen und grundlegend zu überarbeiten. Der neue STEP soll ein leicht-faßliches Positionspapier zur Stadtentwicklung werden, bei dem Zukunftsorientierung und Verständlichkeit im Vordergrund stehen“, erklärte Bürgermeister Thomas Steiner sein Vorhaben, das er bereits seit seinem Amtsantritt verfolgt.



Foto: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Gemeinsam mit Baudirektor Wolfgang Leinner (r.) und Prozeßbegleiter Thomas Knoll (l.) präsentierte Bürgermeister Thomas Steiner den Prozeßablauf für die Neuausrichtung des Stadtentwicklungsplans der Landeshauptstadt Eisenstadt.

Die Player – Wer arbeitet mit?

Die Arbeit am neuen Leitbild soll auf einer möglichst breiten Basis geschehen und fußt auf den drei Säulen: Politik, Fachleute und Bürgerbeteiligung. Neben den zuständigen Fachbeamten der Stadtgemeinde werden also auch externe Spezialisten zu Rate gezogen. Außerdem fanden bereits ersten Parteiengespräche statt, in denen alle im Gemeinderat vertretenen Parteien ihre Zustimmung signalisierten, konstruktiv am neuen STEP mitarbeiten zu wollen. Besonders wichtig ist Bürgermeister Steiner die Mitarbeit der Bevölkerung: „Die Bürgerinnen und Bürger werden bei ihrer Kernkompetenz als Bewohnerin und Bewohner der Stadt ernstgenommen. Im gesamten Stadtentwicklungsplan sind sie gemeinsam mit den Fachexpertinnen und Fachexperten sowie den Politikerinnen und Politikern gleichberechtigte Partner des gemeinsamen Arbeitsprozesses.“

Baudirektor Wolfgang Leinner ergänzt: „All das eröffnet große Chancen, erfordert aber auch aktives Mitwirken der Stadt und aller Betroffenen. Die Einbindung der Bevölkerung und Institutionen in den Planungsprozeß des Stadtentwicklungsplanes stellt daher oberste Priorität dar und wird ein wesentlicher Teil der Zielfindung für die

künftige Entwicklung der Stadt darstellen.“

Professionell begleitet wird der gesamte Prozeß vom Ziviltechniker Thomas Knoll, der auf diesem Gebiet große Erfahrungen vorzuweisen hat. Er bildet gemeinsam mit den beiden Rathaus-Mitarbeitern Baudirektor Wolfgang Leinner und Werner Fleischhacker die Projektleitstelle. Der gesamte Prozeß wird auch medial über das Amtsblatt und das Internet begleitet.

Der Zeitplan – Was geschieht wann?

Der offizielle Startschuß für den neuen Stadtentwicklungsplan wird bei der Gemeinderatssitzung im März fallen. Die Gemeinderäte der Landeshauptstadt sollen einen entsprechenden Grundsatzbeschuß, der den Prozeßablauf zum Inhalt hat, fassen. Anschließend wird das Vorhaben im Rahmen einer Informationsveranstaltung bzw. mit einer Ausstellung der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Mittels „Ist-Analyse“ wird der Bestand an Bauland, Freiraum, Verkehrsflächen, etc. aufgezeigt und der Anlaß des STEP erläutert. Damit werden all jene, die sich an der Erarbeitung des neuen Stadtentwicklungsplans beteiligen wollen, auf denselben Wissenstand gebracht. Danach startet der zweistufige Arbeitsprozeß mit der ersten Runde des Bürgerforums. In mehreren

moderierten Veranstaltungen (verteilt auf die einzelnen Ortsteile bzw. die verschiedenen Zielgruppen) sollen hier interessierte BürgerInnen nach einer gemeinsamen Bestandsaufnahme und Analyse ihre Ziele und Bedürfnisse definieren.

„Die Ergebnisse dieser ersten Bürgerforen werden dann von der oben erwähnten Projektleitstelle ausgewertet und je nach Zuständigkeit an die Mitglieder eines eigens eingerichteten ‚Fachbeirats‘ weitergeleitet. Dieser setzt sich aus externen Spezialisten (Architekten, Stadt- und Umweltpfleger, etc. Anm.) zusammen und gibt letztendlich fachliche Empfehlungen an die Politik weiter oder empfiehlt – wenn notwendig – die Beauftragung zusätzlicher externer Experten“, erklärt Baudirektor Leinner. Die so entstandenen Lösungsvorschläge werden anschließend den beteiligten BürgerInnen präsentiert. Aufgrund der Erfahrungen und Bedürfnisse der ersten Runden werden bei der zweiten Runde des Bürgerforums Gruppen gebildet, die dann die Lösungsvorschläge und Varianten bewerten sollen und Feedback zu ihren Anregungen erhalten werden.

Dieser Prozeß soll im Sommer des kommenden Jahres abgeschlossen sein. Mit all den darin erarbeiteten Lösungsvorschlägen und Varianten geht es dann in die sogenannte STEP-Klausur. Vertreter des Bürgerforums sowie die Mitglieder des Stadtsenats, des Gemeinderates und die Stadtbezirksvorsteher sollen hier gemeinsam den neuen Stadtentwicklungsplan erarbeiten. Die Ergebnisse werden dann als Entwurf wieder in einer Ausstellung präsentiert. Im Dezember 2014 soll dann der Stadtentwicklungsplan „Verantwortung für Eisenstadt 2030“ im Eisenstädter Gemeinderat beschlossen werden.

Das Ziel ist bereits klar

Das Ergebnis ist zurzeit zwar noch unbekannt, das Ziel jedoch ist für Bürgermeister Thomas Steiner klar: „Ziel muß es sein, die bereits sehr hohe Lebensqualität und der Landeshauptstadt abzusichern und auszubauen. Der Zugang für alle Eisenstädterinnen und Eisenstädter zu Einrichtungen des kulturellen Lebens, zu den Sozial-, Bildungs-, Gesundheits- und Betreuungseinrichtungen, zu ausreichenden Wohnraum, Einkaufsmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen sowie Natur- und Erholungsräumen soll mit dem STEP 2030 weiterhin gewährleistet und nach den vorhandenen finanziellen Rahmenbedingungen ausgebaut werden.“ ■

<http://www.eisenstadt.at>

Kassasturz in Oberwart

Der frühere Direktor des Landes-Rechnungshofes, Franz Katzmann, hat in Zusammenarbeit mit dem KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Oberwart durchleuchtet. In einer Pressekonferenz mit Politikern der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen wurde am 21. Februar das Ergebnis der Öffentlichkeit präsentiert.

Schuldenstand zum 31. 12. 2012

Schulden der Gemeinde 7,9 Millionen Euro
Leasingverpflichtungen 2,9 Millionen Euro
Schulden der Beteiligungen (2012/2013) 4,3 Millionen Euro
Gesamt 15,1 Millionen Euro

Monatliche Belastung aus der Bedienung der Kredite

Schuldendienst 2012: 190.915,60 Euro
Schuldendienst 2013: 133.000 Euro

Monatlicher "Umsatz" der Gemeinde

1.366.443 Euro

Bürgermeister Georg Rosner (ÖVP) erklärte beim Pressegespräch, daß er froh sei, diesen Schritt gemacht zu haben: „Ich war immer sehr bemüht darum, diese Thematik aufzugreifen und die Finanzen der Stadt genau zu durchleuchten. Heute bin ich 100 Tage im Bürgermeisteramt und ich freue mich, daß ich mit der Präsentation dieser Zahlen wieder ein Versprechen einhalten kann.“ Für die Stadtgemeinde Oberwart bedeutet das Ergebnis, daß man auch weiterhin die bereits beschlossenen Sparpläne einhalten muß. Jedoch ist es auch möglich wichtige und nachhaltige Investitionen zu tätigen. „Eine Stadt wie Oberwart darf nicht stillstehen, Investitionen sind notwendig. Viele Projekte sind bereits auf Schiene – sei es die Sanierung des Internats oder der Neubau des Wirtschaftshofes“, erklärt der Bürgermeister die weiteren Schritte. Wichtig sei es nun, mit dem Kassasturz einen Schnitt zu machen: „Die Vergangenheit liegt hinter uns, wir kennen nun die aktuelle Situation und können uns jetzt mit allen Kräften auf die Zukunft konzentrieren.“

Vizebürgermeister Dietmar Misik (SPÖ) erklärte: „Wir haben uns geschlossen für den ‚Kassasturz‘ und damit für die Überprüfung der wirtschaftlichen Gebarung ausgesprochen. Sowohl der Bürgermeister als auch ich müssen die Finanzsituation genauestens kennen, um Entscheidungen gemeinsam mit unseren Stadt- und Gemeinderäten treffen zu können. Es muß auf einen sorgsa-

men, zielführenden und sparsamen Umgang mit unseren Finanzen geachtet werden. Trotz des Schuldenstandes spreche ich mich im Namen meiner Partei für neue Investitionen aus, um den Aufschwung, den Oberwart bereits in den vergangenen Jahren erlebt hat, voranzutreiben.“

Stadträtin und Landtagsabgeordnete Ilse Benkö (FPÖ) meinte dazu: „Fast vier Jahre hat es gebraucht, um den wahren Schuldenstand unserer Stadt zu erheben. Noch viel schlimmer als die lange Dauer der Aufarbeitung ist das Ergebnis. Mit über 15 Millionen Euro steht Oberwart in der Kreide – mehr als die Einnahmen eines ganzen Jahres. Finanzieller Spielraum ist praktisch nicht vorhanden, selbst die Finanzierung unabdingbarer Investitionen steht in Frage. Was es jetzt dennoch und erst recht braucht, ist ein Konzept, das diese unabdingbaren Investitionen, etwa in die Infrastruktur, in Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten bringt. Das alles muß im Einvernehmen mit der Bevölkerung passieren. Es braucht eine Bürgerversammlung, in der die Stadtverantwortlichen offensiv informieren und den weiteren Weg Oberwarts mit den Bürgern abstimmen. Die Zeit der Intransparenz, der Geheimniskrämerei, der Konzeptlosigkeit muß endgültig vorbei sein. Persönlich wünsche ich mir – das mag jetzt vielleicht kleinlich klingen – die Installierung einer Schuldenuhr vor dem Rathaus. Die Politiker sollen bei jedem Weg zu ihren Sitzungen daran erinnert werden, in welche Situation sie die Stadt gebracht haben und welche Hauptaufgabe sie jetzt haben: Oberwart wieder auf den geraden Weg bringen.“

Die Gemeinderätin der Grünen, Maria Racz, erklärte zu diesem Thema: „Darüber, daß bereits eine Verbesserung der finanziellen Situation eingetreten ist, darf nicht vergessen werden, daß die Lage dennoch alles andere als ideal ist – die monatlichen Rückzahlungen sind eine enorme Belastung für die Stadt. Daher besteht noch Handlungsbedarf. Aus meiner Sicht ist jedoch darauf zu achten, daß in erster Linie die Bereiche Umwelt und Soziales nicht kaputtgespart werden. Bei allen Sparmaßnahmen die gesetzt werden, müssen die Interessen und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Eine transparente Politik, für alle nachvollziehbar, ist besonders in der jetzigen Situation von größter Wichtigkeit.“ ■

<http://www.oberwart.at>

Pro-Kopf-Einkommen top

Wieder ein Top-Platz für Südtirol: Das italienische Statistikinstitut ISTAT führt das Land mit fast 23.000 Euro auf Platz eins der Regionen-Rangliste in Sachen Pro-Kopf-Einkommen. Für Landeshauptmann Luis Durnwalder nicht nur eine gute Nachricht, sondern auch ein Zeichen dafür, daß die Landesregierung mit ihren Maßnahmen gegen die Krise den richtigen Weg eingeschlagen hat.

22.800 Euro standen Südtirols Familien im Durchschnitt 2011 zur Verfügung, das ist mehr als in allen anderen Regionen staatsweit, wo der Durchschnitt bei rund 18.000 Euro liegt. „Unser Land hat die Krise und deren Auswirkungen bis dato weniger zu spüren bekommen, als andere Regionen, was zum einen mit den Anstrengungen von Unternehmen und Arbeitnehmern, zum anderen

aber – bei aller Bescheidenheit – auch mit den gezielten Maßnahmen zusammenhängt, die wir als Landesregierung bereits früh gesetzt haben“, so Durnwalder, der auch auf eine seit Jahren verfolgte Politik, die nun ihre Früchte zeige: „Wir haben immer versucht, die Peripherie als Lebens- und Wirtschaftsraum genauso interessant zu halten, wie die Zentren, was mit sich bringt, daß auch dort Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.“ Angesichts der Krise seien diese Anstrengungen allerdings noch verstärkt worden, auch wenn die öffentlichen Haushalte schrumpfen würden. „Unser Ziel ist, Impulse für das Wachstum zu schaffen, dabei aber weder den sozialen Zusammenhalt, noch einen vorsichtigen Umgang mit den uns anvertrauten Steuergeldern aus den Augen zu verlieren“, so der Landeshauptmann. ■

Südtiroler Landtagswahl am 27.10.

Die Wahlen zum Südtiroler – und auch zum Trentiner – Landtag finden in diesem Jahr am Sonntag, 27. Oktober, statt. Auf diesen Termin haben sich die beiden Landeshauptleute Luis Durnwalder und Alberto Pacher geeinigt.

Nachdem nicht mehr wie früher der Regionalrat, sondern die beiden Landtage gewählt werden, müssen sich die Landeshauptleute von Südtirol und des Trentino auf einen gemeinsamen Termin für die Wahlen einigen. „Dieser Termin liegt nicht nur fast genau fünf Jahre nach jenem der letzten Land-

tagswahlen sondern ist auch deshalb ein guter, weil er möglichst vielen Südtirolern die Chance gibt, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen“, so Durnwalder. So seien für Wirtschaftsreibende und Arbeitnehmer keine Ferien angesagt, im Fremdenverkehr sei die Hochsaison vorbei und auch für die Bauern sei der Streß der Ernte Ende Oktober vorüber. „Dazu kommt, daß die Allerheiligenferien vor der Tür stehen, was vielleicht dazu führt, daß viele Südtiroler von außerhalb nach Hause kommen und wählen können“, so der Landeshauptmann. ■

Weichen für Südtirol Finance gestellt

Mit der Gründung der „Südtirol Finance MAG“ will die Landesregierung ein neues, mit 250 Millionen Euro ausgestattetes Instrument zur Wirtschaftsförderung einführen. In der Regierungssitzung vom 4. Feber ist die Gesellschaftssatzung diskutiert und bis auf einen Punkt genehmigt worden. „Offen ist noch, wie die Zusammenarbeit zwischen neuer Gesellschaft und Landesregierung aussehen wird, damit alle Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können“, so Landeshauptmann Luis Durnwalder.

Mit der Südtirol Finance AG folgt die Landesregierung dem Beispiel anderer Regionen wie etwa dem Trentino, das beispielsweise mit „Trentino Sviluppo“ die Wirtschaft unterstützt. Ausgestattet mit 250 Millionen Euro von der Region soll die neue Gesellschaft die Fördermaßnahmen des Landes

ergänzen und beispielsweise Unternehmen in Schwierigkeiten unter die Arme greifen, einen Rotationsfonds für Investitionen speisen oder Beratung und Forschung fördern.

Wie Landeshauptmann Luis Durnwalder erklärte, habe die Landesregierung die Gesellschaftssatzung diskutiert, diese jedoch nicht genehmigt, weil in einem Punkt noch Klärungsbedarf bestehe. Durnwalder: „Das Verhältnis zwischen Südtirol Finance und Landesregierung muß noch definiert werden, schließlich sollen die Maßnahmen, die von der Landesregierung und der neuen Gesellschaft gesetzt werden, ineinander greifen und zu keinen Doppelgleisigkeiten führen. Wir werden in den nächsten Wochen abklären, wie die Zusammenarbeit aussehen kann und eine optimale Koordination alle Aktivitäten gewährleistet ist.“ ■

Micurà de Rù

Über die Arbeit des ladinischen Kulturinstituts „Micurà de Rù“ vor allem als Kompetenzzentrum für die ladinische Sprache haben sich Landeshauptmann Luis Durnwalder und Landesrat Florian Mussner bei einem Besuch informiert. Präsident Albert Videsott, Vizepräsident Bruno Senoner und Direktor Leander Moroder stellten die Haupttätigkeitsbereiche des Instituts vor, das sich in erster Linie der Ladinischen Sprache widmet, für dessen Normierung und Entwicklung es als vom Land beauftragtes Kompetenzzentrum verantwortlich ist.

Das Institut erarbeitet beispielsweise Wörterbücher vom Deutschen und Italienischen ins Ladinische (bzw. in Umkehrversion), Grammatiken und Sprachkurse und zwar in Papierform wie auch für das Internet. Zudem wurde das Institut in den 35 Jahren seines Bestehens bisher 258 Mal publizistisch tätig, und zwar in verschiedensten Bereichen: z.B. Linguistik, Lexikographie, Anthropologie, Ethnomusikologie, Geschichte, Religion, Kinderbücher, Ethnomusikologie, Brauchtum etc. Zudem bietet das Institut auch Sprachberatung in vielerlei Form (Lektorate, Erstellung von Glossaren, Übersetzungen und Sprachkurse).

Ein weiterer wichtiger Bereich ist die Erhebung der Flurnamen in Gröden und im Gadertal, die in eigenen toponomastischen Karten ihren Niederschlag findet. Landeshauptmann Durnwalder fand bei seinem Besuch anerkennende Worte für diese Tätigkeit im Bereich der Toponomastik.

Das Institut führt, in seinen zwei Sitzen in St. Martin in Thurn und Wolkenstein eine romanistische Fachbibliothek, in der ladinische Literatur und Publizistik, allgemeine Linguistik und Minderheitenperiodika, aber auch Publikationen über den tirolischen Raum und darüber hinaus, gesammelt werden.

Die Institutsspitze berichtete auch über einen jüngsten Beschluß des Instituts, gemeinsam mit der Lia di Comuns Ladins, eine Internetplattform über Ladinien zu erarbeiten, die allen zugänglich gemacht wird.

Die Regierungsvertreter begrüßten die Zusammenarbeit des Instituts mit zahlreichen in- und ausländischen Universitäten sowie mit den verschiedensten ladinischen Institutionen und Vereinen. Landesrat Mussner sprach sich für einen weiteren Ausbau der Zusammenarbeit mit den Kulturinstituten anderer Provinzen und für gemeinsame Projekte aus. ■

<http://www.micura.it>

Sicherere Produkte und gleiche Ausgangsbedingungen

Die Europäische Kommission hat am 13. Februar neue Vorschriften vorgeschlagen, um die Sicherheit der auf dem Binnenmarkt angebotenen Verbraucherprodukte zu verbessern und die Marktüberwachung für alle Nicht-Lebensmittel-Produkte – auch die aus Drittländern eingeführten – zu verstärken.

Dies soll dazu beitragen, den Verbraucherschutz weiter zu verbessern und gleiche Ausgangsbedingungen für alle Unternehmen zu schaffen. Unsichere Produkte sollten gar nicht erst zu den Verbrauchern oder anderen Nutzern gelangen. Damit solche Produkte schnell vom Markt genommen werden können, sollen die Anforderungen an die Identifizierung und die Rückverfolgbarkeit der Produkte verschärft werden. Nach Annahme der neuen Vorschriften durch das Europäische Parlament und den Rat wird ihre Durchsetzung von den nationalen Marktüberwachungsbehörden in den Mitgliedsstaaten übernommen, die von einer verstärkten Zusammenarbeit und besseren Instrumenten für die Durchführung von Kontrollen profitieren werden.

Foto: European Union, 2013



Tonio Borg, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik

20 konkrete Aktionen, die bis zum Jahr 2015 umzusetzen sind

Die zwei vorgeschlagenen Rechtsakte werden durch einen mehrjährigen Aktionsplan zur Marktüberwachung ergänzt. Er umfasst 20 konkrete Aktionen, die bis zum Jahr 2015 umzusetzen sind. Das Ziel ist, die Marktüberwachung noch im derzeitigen Rechtsrahmen, also vor dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften, zu verbessern.

Der für Industrie und Unternehmertum zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission Antonio Tajani erklärte: „Um vollen wirtschaftlichen Nutzen aus dem Binnenmarkt zu ziehen, brauchen wir ein anspruchsvolles Regelwerk zur Produktsicherheit sowie ein wirksames, gut koordiniertes und unionsweites System zu dessen Durchsetzung. Indem wir die Koordinierung von Produktsicherheitskontrollen, insbesondere an den Außengrenzen der EU, verbessern, werden unlautere Wettbewerbspraktiken unehrlicher oder krimineller Händler unterbunden.“ Tonio Borg, EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherpolitik, ergänzte: „Die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten, daß die auf dem europäischen Markt angebotenen Produkte sicher sind. Zugleich

müssen die Unternehmen auf faire Handelsbedingungen vertrauen können, und die Behörden benötigen geeignete Instrumente, um auf diesem Gebiet wirksam und effizient agieren zu können. Auf all diese Erwartungen ist das heute von der Kommission angenommene Vorschlagspaket ausgerichtet. Es umfasst eindeutige, kohärente und für den gesamten Binnenmarkt geltende Vorschriften, eine wirksamere Marktüberwachung und eine verbesserte Rückverfolgbarkeit der Produkte, und wir sind davon überzeugt, dass die VerbraucherInnen, Unternehmen und nationalen Behörden hiervon erheblich profitieren werden.“

Verbesserung der Produktsicherheit und der Marktüberwachung

Die derzeitigen Unionsbestimmungen zu Marktüberwachung und Produktsicherheit sind fragmentiert und über verschiedene EU-Rechtsakte verteilt, was zu Lücken und Überschneidungen geführt hat. Die am 13. Februar von der Kommission angenommenen Legislativvorschläge stellen darauf ab, die Bestimmungen für die Identifizierung und Rückverfolgbarkeit von Verbraucherproduk-

ten kohärenter zu gestalten und bessere Rahmenbedingungen für ein koordiniertes Vorgehen der Behörden bei der Kontrolle und Prüfung von Produkten und der EU-weiten Durchsetzung der Produktsicherheitsvorschriften zu schaffen.

Die wichtigsten im Paket vorgesehenen Änderungen

- Angleichung der allgemeinen Pflichten der Wirtschaftsakteure und klarere Regelung der jeweiligen Aufgaben von Herstellern, Einführern und Händlern, um die Sicherheit aller Verbraucherprodukte zu gewährleisten.
- Wirksamere Instrumente, um die Sicherheits- und andere produktbezogene Anforderungen durchzusetzen und in allen Bereichen gegen gefährliche, nicht vorschriftsgemäße Produkte vorzugehen, dank eines kohärenten Regelwerks für die Marktüberwachung.
- Verbesserung der Rückverfolgbarkeit von Verbraucherprodukten innerhalb der gesamten Lieferkette, sodaß bei Sicherheitsproblemen (z. B. bei Rückrufen) schnell und wirksam reagiert werden

Europa

Wie viele EU-Abgeordnete entsendet jedes EU-Land nach den Europawahlen 2014?

kann. So müssen die Hersteller und Einführer dafür sorgen, daß die Produkte eine Angabe ihres Ursprungslandes tragen, oder, falls dies aufgrund der Größe oder Art des Produkts nicht möglich ist, daß sich diese Angabe auf der Verpackung oder in einer dem Produkt beigelegten Unterlage befindet. Bei Produkten, die in der EU hergestellt worden sind, ist als Ursprung entweder die EU oder ein bestimmter Mitgliedsstaat anzugeben. Die Ursprungsangabe ergänzt die grundlegenden Rückverfolgungsanforderungen wie Name und Anschrift des Herstellers. Die Marktüberwachungsbehörden können dadurch Produkte leichter zum Herstellungsort zurückverfolgen und im Rahmen der bilateralen oder multilateralen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verbraucherproduktsicherheit Verbindung zu den Behörden des Ursprungslands aufnehmen, um geeignete Maßnahmen bei Beanstandungen zu vereinbaren.

- Schaffung eines stärker auf Kooperation ausgerichteten EU-weiten Marktüberwachungssystems.
- Straffung der Verfahren zur Meldung gefährlicher Produkte und Ausschöpfung von Synergien zwischen den bestehenden Systemen RAPEX (Schnellwarnsystem für gefährliche Produkte) und ICSMS (Informations- und Kommunikationssystem für die Marktüberwachung)

Wer wird wie von den neuen Bestimmungen profitieren?

- VerbraucherInnen: Sicherere und vorschriftsgemäße Produkte sorgen für ein noch höheres Verbraucherschutzniveau in der gesamten EU. Dadurch wird das Vertrauen der VerbraucherInnen in den Binnenmarkt gestärkt.
- Hersteller/Unternehmen: Die Kohärenz der Vorschriften wird über alle Produktbereiche hinweg verbessert. Dadurch sinken die Konformitätskosten für die Wirtschaft, was insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen wird. Durch die bessere Koordinierung der Produktsicherheitskontrollen wird zudem unlauterer Wettbewerb durch unehrliche Händler unterbunden.

Die Vorschläge werden nun vom Europäischen Parlament und vom Rat erörtert. Die neuen Vorschriften dürften im Jahr 2015 in Kraft treten.

http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/borg/index_en.htm
(leider nur in englischer Sprache verfügbar)

Statt 766 EU-Abgeordnete werden nach der kommenden Europawahl nur noch 751 Volksvertreter in das Europaparlament einziehen. Nach dem Beitritt Kroatiens im Sommer 2013 müssen dann einige Staaten auf Sitze im Europäischen Parlament verzichten. Der Ausschuß für konstitutionelle Angelegenheiten hat am 20. Feber einen Vorschlag gemacht. Deutschland würde demnach drei Sitze verlieren, Österreich einen.

Derzeit besteht das Europäische Parlament aus 754 Abgeordneten, nach dem Beitritt Kroatiens im Sommer 2013 wird diese Zahl um 12 Abgeordnete aufgestockt. Von diesen 766 Abgeordneten können nach der Europawahl aber nur 751 zurückkehren.

Insgesamt 13 Staaten müssten dann in der 8. Legislaturperiode ab 2014 Abstriche gegenüber der aktuellen Anzahl von EU-Abgeordneten hinnehmen.

Einen Sitz würden 12 Staaten verlieren: Rumänien, Griechenland, Belgien, Portugal, die Tschechische Republik, Ungarn, Österreich, Bulgarien, Irland, Kroatien, Litauen und Lettland. Deutschland müsste auf drei Abgeordnete verzichten. Gewählt werden die EU-Abgeordneten entweder im Mai oder Juni 2014.

Warum neue Zahlen?

Die Änderung soll einerseits auf das unterschiedliche Bevölkerungswachstum in Europa reagieren, andererseits gelten seit

dem Vertrag von Lissabon neue Regeln für die Anzahl von EU-Abgeordneten.

Maximal 750 Abgeordneten und ein Präsident sind demnach in Zukunft gestattet. Die Höchstzahl pro Land liegt bei 96 Parlamentariern, darf aber 6 Abgeordnete pro Land nicht unterschreiten.

Weiterhin bestehen bleibt das Prinzip der sogenannten degressiven Proportionalität: zwar steigt die Anzahl von Abgeordneten mit der Bevölkerungszahl eines Landes, in bevölkerungsreichen Ländern entfallen auf eine/n Abgeordnete/n aber mehr Wählerstimmen.

Weiteres Vorgehen

Spätestens Ende 2015 will der Ausschuß für konstitutionelle Fragen einen Vorschlag für eine faire und objektive Verteilung der Sitze nach Europawahlen vorlegen. Darin sollen sowohl demografische Trends als auch transnationale Mandate behandelt werden.

Das Europaparlament schlägt dem Europäischen Rat vor, wie es in Zukunft zusammengesetzt sein soll. Der Europäische Rat muß einstimmig entscheiden.

Das Parlament kann diese Entscheidung annehmen oder ablehnen, nicht aber verändern. Der Bericht wird während der Plenarversammlung am 13. März in Straßburg diskutiert, einen Tag darauf folgt die Abstimmung.

EU-Staaten	Sitze - derzeit	Sitze gepl.	Diff.	EU-Staaten	Sitze - derzeit	Sitze gepl.	Diff.
Deutschland	99	96	-3	Bulgarien	18	17	-1
Frankreich	74	74	=	Dänemark	13	13	=
GB	73	73	=	Slowakei	13	13	=
Italien	73	73	=	Finnland	13	13	=
Spanien	54	54	=	Irland	12	11	-1
Polen	51	51	=	Kroatien*	12	11	-1
Rumänien	33	32	-1	Litauen	12	11	-1
Niederlande	26	26	=	Slowenien	8	8	=
Griechenland	22	21	-1	Lettland	9	8	-1
Belgien	22	21	-1	Estland	6	6	=
Portugal	22	21	-1	Zypern	6	6	=
Tschechische Rep.	22	21	-1	Luxemburg	6	6	=
Ungarn	22	21	-1	Malta	6	6	=
Schweden	20	20	=	Gesamt	766	751	-15
Österreich	19	18	-1	* Kroatien tritt der EU am 1. Juli 2013 bei			

Es geht aufwärts, aber vorerst nur langsam

Bank Austria Konjunkturindikator steigt im Jänner auf minus 0,2 Punkte und erreicht damit wieder Niveau vom Sommer 2012.

Das Umfeld für die österreichische Wirtschaft hat sich seit dem Jahresbeginn weiter verbessert. „Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im Jänner auf minus 0,2 Punkte gestiegen. Damit liegt der Indikator nach der unerfreulichen Entwicklung im Herbst aktuell wieder auf Höhe der Werte während der vorjährigen Sommermonate, als die österreichische Wirtschaft leicht zulegen konnte“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Die Stimmung in der heimischen Wirtschaft hat sich gedreht und signalisiert, daß der konjunkturelle Tiefpunkt schon hinter uns liegt. „Es gilt sich von den ungünstigen, rückwärtsgerichteten Wirtschaftsdaten, die derzeit veröffentlicht werden, nicht täuschen zu lassen. Die Verschärfung der Rezession in Europa und der BIP-Rückgang in Österreich im vierten Quartal 2012 sind Schnee von gestern. Die österreichische Wirtschaft hat aktuell bereits zur Erholung angesetzt, zumindest in kleinen Schritten“, zeigt sich Bruckbauer optimistisch.

Das Aufwärtstempo des Bank Austria Konjunkturindikators hat sich im Jänner spürbar erhöht. Hinsichtlich der einzelnen Komponenten ist der aktuelle Trend jedoch noch recht durchwachsen. Während in einzelnen Ländern der Eurozone wie Frankreich, Italien oder Spanien die Industriestimmung verhalten blieb, hat auf gesamteuropäischer wie auch globaler Ebene die Zuversicht seit Jahresbeginn zugenommen. Die stark exportorientierten österreichischen Produktionsunternehmen gehen daher abermals mit der Erwartung verbesserter Geschäftsaussichten in die kommenden Monate. Auch das heimische Verbrauchervertrauen geht seit dem Jahreswechsel stetig nach oben. „Bei den weichen Frühindikatoren, wie der Stimmung unter den Produzenten als auch Konsumenten, zeichnet sich in Österreich ein Aufwärtstrend ab, der eine Belebung der harten Konjunkturdaten in den kommenden Monaten nach sich ziehen wird“, meint Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Nach den roten Zahlen im Schlußquartal 2012 rechnen die Ökonomen der Bank Austria bereits für das erste Quartal 2013 mit



einer Rückkehr der österreichischen Wirtschaft auf den Wachstumspfad. Allerdings kommt die Belebung derzeit nur langsam in Schwung, was für den Jahresbeginn nur einen Anstieg des BIP um 0,1 Prozent zum Vorquartal erwarten läßt. „Das Tempo der Erholung bleibt vorerst auch gering, wird aber im weiteren Jahresverlauf, voraussichtlich schon während des zweiten Quartals, spürbar an Kraft gewinnen. Damit wird sich das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2013 auf 0,9 Prozent erhöhen, nach vorläufig 0,7 Prozent im vergangenen Jahr“, prognostiziert Pudschedl. Die globale Erholung und die Verbesserung des europäischen Wirtschaftsumfelds geben der Nachfrage nach österreichischen Erzeugnissen im laufenden Jahr frische Impulse, wenn auch der direkte Wachstumsbeitrag der Nettoexporte nur gering ausfallen wird. Vor allem von den Investitionen wird der Aufschwung im Jahr 2013 Unterstützung erhalten. Länger aufgeschobene Investitionen werden in den kommenden Monaten getätigt werden, nachdem sich die Verunsicherung rund um die Eurokrise gelegt hat und Geschäftschancen daher wieder offensiver begegnet wird. Eine Stütze des Wachstums wird mit zunehmendem Jahresverlauf auch der private Konsum werden. Zwar dämpft die derzeit noch ungünstige Entwicklung am Arbeitsmarkt, doch

bereits in der zweiten Jahreshälfte ist mit etwas kräftigerer Konjunkturunterstützung die Trendwende möglich. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist allerdings ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,3 Prozent zu erwarten.

Inflation bleibt im ersten Quartal klar über 2 Prozent

Nach der durchschnittlichen Teuerung um 2,4 Prozent im Jahr 2012 und dem Jahreshöchststand der Inflation gegen Ende des Jahres mit 2,8 Prozent im Jahresvergleich, wird die Inflation im ersten Quartal trotz einsetzenden rückläufigen Trends sogar noch über dem Jahresdurchschnitt von 2012 liegen. Erst danach sorgt ein Basiseffekt ausgehend von der Entwicklung der Rohölpreise für ein rascheres Absinken, zumal durch die insbesondere anfangs sehr moderate Konjunkturdynamik keine nachfrageinduzierte Preiseffekte zu erwarten sind. „Nach der nur langsam sinkenden Inflation der ersten Monate, ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 dann mit Werten unter der 2-Prozent-Grenze zu rechnen, was dem Konsum und damit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung helfen wird. Für das Gesamtjahr 2013 gehen wir von einer durchschnittlichen Inflation von 2,2 Prozent aus“, meint Bruckbauer. ■

Leitl erwartet für 2013 Exportvolumen von rund 128 Mrd. €

2012 wurde wieder ein »all-time-high« bei Exporten eingefahren – Übersee-Exporte kompensierten Ausfuhrückgänge innerhalb Europas – Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner verdoppelt das Budget für den neuen Kreativscheck.

Europa kämpft gegen die Rezession, ein Lichtblick dabei ist die Exportwirtschaft, vor allem in Österreich ist und bleibt der Export die Stütze unseres Wohlstandes. Nach wie vor verdienen wir sechs von zehn Euro im Ausland. Unser Ziel ist es, bis 2015 sieben von zehn Euro durch den Export zu erwirtschaften und ein Drittel davon soll durch Dienstleistungsexporte lukriert werden“, betonte Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl am 21. Februar bei der Vorstellung der Außenhandelsdaten für das Jahr 2012 sowie einer Vorschau auf das laufende Exportjahr 2013. Auf Basis der bisher veröffentlichten Daten der Statistik Austria (Januar-November 2012) geht die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) von einer Ausfuhrsteigerung von 1,3 % und einem Exportvolumen von 123,4 Mrd. Euro und somit einem neuen „All-time-high“ aus. Die Importe legten um 0,3 % auf 131,4 Mrd. Euro zu, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit gegenüber 2011 von 9,2 Mrd. Euro auf rund 8 Mrd. Euro verringerte. „Nimmt man die Dienstleistungen in die Bilanz hinein, so ergibt sich aber eine positive Leistungsbilanz von rund sieben Milliarden Euro“, ergänzte Walter Koren, Leiter der Aussenwirtschaft Austria der WKÖ. Heuer wird die Rekordjagd der österreichischen Exporteure weitergehen. Leitl: „Wir erwarten ein Plus von 3,5 % und ein Exportvolumen von rund 128 Mrd. Euro.“ Daß Österreich mit seiner Exportwirtschaft gut dastehe, zeige sich auch im internationalen Vergleich. Bei Exporten pro Kopf liegt Österreich weltweit unter den Top-10 - noch vor Deutschland!

Im Rückblick

Im Rückblick auf des Exportjahr 2012 fällt auf, daß die Ausfuhren in die klassischen Exportzieldestinationen Österreichs mehrheitlich stagnierten oder sogar zurückgegangen sind. Sowohl in die Länder der EU-26 als auch innerhalb der Eurozone gingen die Exporte leicht zurück (-0,5 % bzw. -0,3 %; jeweils 1-11/2012). Die schmerzlichsten Rückschläge sind nach Westeuropa



Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich



Walter Koren, Leiter Bereich Außenwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich

zu verbuchen. Kann man bei den Ausfuhren nach Deutschland noch von einer Stagnation für das Gesamtjahr sprechen (-0,3 %), so sind die Exporte in so wichtige Märkte wie Italien (-8,7 %), Spanien (-5,1 %) oder Großbritannien (-3 %) stark zurückgegangen. „Daß wir insgesamt aber mit einem Exportplus aussteigen, liegt an unserer guten Exportperformance in Überseedestinationen, die wir auch in unseren Exportfördermaßnahmen zu einem Schwerpunkt gemacht haben“, so Leitl. Über die Hälfte der österreichischen AußenwirtschaftsCenter liegt

mittlerweile in Ländern in Übersee und auch die Hälfte der exportrelevanten Veranstaltungen der Aussenwirtschaft Austria der WKÖ betrifft Märkte in Übersee.

In jene Regionen, die konjunkturell besser dastehen, konnten im abgelaufenen Jahr durchwegs überdurchschnittliche Exportzuwächse verbucht werden: So machten diese nach Amerika +14,9 %, nach Asien +3,8 %, nach Afrika +11,5 %, Australien & Ozeanien +11,4 % oder in die GUS-Staaten +12,6 % aus (jeweils 1-11/2012). Dementsprechend liegt auch ein Schwerpunkt des Exportför-

Fotos: KWÖ / Aussenwirtschaft Austria

Wirtschaft

derprogramms 2013 der Aussenwirtschaft Austria in Übersee – mit besonderem Fokus auf die ASEAN-Region sowie als neuen Schwerpunkt Afrika. Daneben werden natürlich weiterhin die Nachbarmärkte in Kern-europa sowie in Mittel- und Südosteuropa verstärkt bearbeitet. Leitl: „Die Devise lautet aber grundsätzlich ‚auf nach Übersee!‘“

Neben der regionalen Schwerpunktsetzung liegt ein weiterer Spezialschwerpunkt in der Förderung von Unternehmen aus der Kreativwirtschaft. Kreativität, Know-how und Innovation sind die Stützen österreichischen Erfolges in einer globalisierten Welt. Die Kreativwirtschaft hat sich von einem dynamischen Nischenphänomen zu einem bedeutenden und wachstumsstarken Faktor für den Wirtschaftsstandort Österreich entwickelt. Leitl: „Das Exportpotential der Kreativen zeigt sich schon jetzt. Rund 60 % der Unternehmen aus diesem Bereich sind im Export aktiv und ihre Exportzuwächse liegen im Schnitt bei rund 15 %. Wir setzen uns zum Ziel, daß mittelfristig drei Viertel der Kreativen auch im Ausland tätig sind.“ Insgesamt gibt es derzeit rund 40.000 „Kreativ-Unternehmen“ mit 130.000 Beschäftigten in Österreich, die jährlich einen Umsatz von rund 20 Milliarden Euro machen. Die Bruttowertschöpfung entspricht in etwa jener des Tourismus.

Mitterlehner verdoppelt Budget für neuen Kreativscheck

Aufgrund der starken Nachfrage von Klein- und Mittelbetrieben verdoppelt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner das Budget für den neuen Kreativwirtschaftscheck auf insgesamt drei Millionen Euro. „Durch die Aufstockung können wir 300 zusätzliche Kreativschecks im Wert von 5000 Euro anbieten. Damit wollen wir vor allem die Vernetzung zwischen der Kreativwirtschaft und den Klein- und Mittelbetrieben anderer Branchen noch stärker unterstützen, um so einen Mehrwert für deren Innovationen zu schaffen“, sagt Mitterlehner. „Die große Nachfrage zeigt, daß wir damit den richtigen Nerv getroffen haben“, so Mitterlehner.

Seit dem Start der Aktion am 11. Februar wurden bei der Austria Wirtschaftsservice (aws) für die 300 bisher verfügbaren Schecks, 364 Anträge eingereicht, die jetzt gemäß den Förderkriterien geprüft werden. „Unser Scheck soll innovativen Betrieben einen zusätzlichen Anreiz für die Zusammenarbeit mit Kreativen bieten und die Nachfrage nach kreativwirtschaftlichen Lei-



Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner: »Durch die Aufstockung können wir 300 zusätzliche Kreativschecks im Wert von 5000 Euro anbieten.«

stungen auch regional verbreitern“, betont Mitterlehner. Aufgeteilt nach Bundesländern kommen die meisten Anträge bisher aus Tirol (117), Oberösterreich (61) und Wien (54). Dahinter folgen Kärnten und die Steiermark (beide 33) gefolgt von Vorarlberg (27), Niederösterreich (22) und Salzburg (15).

Der Kreativwirtschaftscheck adressiert jedes KMU, das ein Innovationsvorhaben plant und dazu für Ideengenerierung, Entwicklung oder Umsetzung Leistungen aus den Bereichen Design, Architektur, Werbe-wirtschaft, Grafik und ähnlichem sucht.

Ausgehend von den aktuellen Förderanträgen geht es bei den Kooperationsprojekten vor allem um die Themen Design (Anteil von 29 Prozent), Grafik (13 Prozent) und Werbewirtschaft (20 Prozent).

Nach einem erfolgreichen EU-geförderten Pilotprojekt in Salzburg ist Österreich derzeit das erste Land, das einen solchen Scheck flächendeckend anbietet. Nach der Vergabe der neuen Fördermittel wird die Aktion nochmals evaluiert und soll bei einem positiven Ergebnis im Jahr 2014 neu aufgelegt werden. ■

WIFO-Werbeklimaindex

In der österreichischen Werbewirtschaft zeichnet sich eine Trendwende ab: Der WIFO-Werbeklimaindex ist im 4. Quartal 2012 deutlich gestiegen. „Er legte von 18,0 auf 24,5 Punkte zu. Die österreichische Kommunikationswirtschaft startet hoffnungsvoll ins neue Jahr“, sagte Angelika Sery-Froschauer, Obfrau des Fachverbandes Werbung und Marktkommunikation in der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

„Im Superwahljahr 2013 wollen wir wissen, wie wirken sich Wahlkämpfe geschäftlich auf die Kommunikationsbranche aus. Die Auswertung von zwei Sonderfragen, die im Zuge der Erhebung des Werbeklimas gestellt wurden, zeigt, daß 50 Prozent der befragten Unternehmen Wahlwerbung und Marktforschung als wichtiges Geschäftsfeld der österreichischen Kommunikationsbranche betrachten. Dabei gibt es keine Unterschiede zwischen Unternehmensgrößen und Bundesländern“, weiß Sery-Froschauer:

„Für 14 Prozent der befragten Werbeunternehmer stellt Wahlwerbung im eigenen Unternehmen ein wichtiges Geschäftsfeld dar.“

Das Parteiengesetz 2012 legt die Obergrenze für Wahlwerbungsausgaben pro Partei und Jahr mit 7 Millionen Euro fest. Dieser Rahmen wird nicht von allen im Parlament vertretenen Parteien ausgeschöpft werden. „Es ist damit zu rechnen, daß im Nationalratswahlkampf 30 Millionen Euro für Wahlwerbung ausgegeben werden“, prognostiziert Sery-Froschauer.

„Internet, soziale Medien und moderne Kommunikationslösungen werden verstärkt in den Wahlkämpfen 2013 eingesetzt“, so Andreas Allerstorfer, Sprecher der Berufsgruppe Außenwerbung im Fachverband Werbung und Marktkommunikation, „aber das klassische Plakat und Print werden ihre dominierende Funktion im Bereich der politischen Werbung wohl nach wie vor beibehalten.“ ■

Verbesserung für Kleinunternehmen

Soziale Absicherung wird ausgebaut – Maßnahmenpaket geht in Begutachtung

Das gestern vom BMASK in Begutachtung geschickte EPU-Paket bringt maßgebliche Verbesserung für Kleinunternehmen“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) am 21. Feber. Das Maßnahmenpaket beinhaltet wesentliche sozialversicherungsrechtliche Erleichterungen für KleinunternehmerInnen, besonders selbständige Mütter profitieren von der Befreiung von der Beitragspflicht für die Dauer des Wochengeldbezugs. Außerdem können in Zukunft auch selbständig tätige BezieherInnen von Kinderbetreuungsgeld geringfügig dazuverdienen, was bisher nicht möglich war. Kleinunternehmen wird zu Beginn ihrer Selbständigkeit über ihre Liquiditätseingänge hinweggeholfen. Weiters beinhaltet die Novelle Zahlungserleichterungen für Klein- und Kleinunternehmer mit Einkünften unter der Mindestbeitragsgrundlage.

Befreiung von der Beitragspflicht für die Dauer des Wochengeldbezugs

Selbständige Frauen bzw. Mütter müssen nach derzeitiger Rechtslage Beiträge für die Sozialversicherung für die Dauer des Wochengeldbezugs entrichten. Um finanzielle Härten zu vermeiden wird für den Fall einer Ruhendmeldung der Erwerbstätigkeit eine Befreiung von der Beitragspflicht für die Dauer des Wochengeldbezugs vorgesehen. Ohne entsprechende Ruhendmeldung erfolgt keine Befreiung. Damit wird den Umständen des Einzelfalles Rechnung getragen; es obliegt der Unternehmerin, ob sie sich ruhend meldet und somit von der Beitragspflicht befreit wird. Der Krankenversicherungsschutz ist aber weiterhin gegeben.

Geringfügige Erwerbstätigkeit neben dem Kinderbetreuungsgeldbezug

Eine UnternehmerIn soll künftig wegen dem Bezug von Kinderbetreuungsgeld nicht mehr aus der Kleinunternehmerregelung fallen. Eine KleinunternehmerIn verdient im Jahr maximal 4.641,60 Euro und ist ähnlich einer geringfügig Beschäftigten nicht pflichtversichert in der Kranken- und Pensionsversicherung. Sie muß lediglich einen Beitrag zur Unfallversicherung in der Höhe von 8,48 Euro zahlen.

Zinsfreier Aufschub der Versicherungsnachzahlung im 3. Jahr auf Antrag

In den ersten drei Jahren nach Gründung zahlen Gründer verringerte Beiträge zur Sozialversicherung. Nach dieser Zeit kommt es allerdings für bestimmte Beiträge (insb. Pensionsversicherung und Krankenversicherung für das 3. Jahr) zu Nachverrechnungen. Statt wie bisher nach dem 3. Jahr Nachbelastungen in vier Teilbeträgen innerhalb eines Jahres nachzuzahlen, was auch für erfolgreiche Jungunternehmer zu Liquiditätseingängen führen kann, soll die etwaige Nachzahlung der Pensions- und Krankenversicherungsbeiträge an die SVA künftig auf Antrag zinsfrei auf drei Jahre – in 12 Teilbeträgen – möglich sein.

Zahlungserleichterungen auf Antrag für kleine Unternehmen mit Einkünften unter der Mindestbeitragsgrundlage

Die Beiträge bei Einkünften unter den geltenden Mindestbeitragsgrundlagen (von 537 Euro bis 673 Euro) stellen für EPU's oft eine hohe Belastung dar. So liegt derzeit bei monatlichen Einkünften von 500 Euro die Gesamtbelastung bereits bei rund 36 Prozent. Um hier gegenzusteuern wird ein Pilotprojekt zunächst auf ein Jahr befristet durchgeführt. Die Eckpunkte des Pilotprojekts sind professionelle Beratung sowie eine Überbrückungshilfe für finanzielle Notlagen.

Durch eine Überbrückungshilfe soll die finanzielle Belastung von kleinen Selbständigen mit Einkünften unter der Mindestbeitragsgrundlage teilweise und unter bestimmten Voraussetzungen ausgeglichen werden.

Der Überbrückungshilfe muß eine verpflichtende Betriebsberatung vorgeschaltet sein, vor allem zur Klärung der Frage, ob es sich um eine grundsätzlich überlebensfähige wirtschaftliche Einheit handelt. Ist diese Voraussetzung erfüllt, so besteht für den Zeitraum nach den ersten drei Jahren ab Gründung die Möglichkeit einer Überbrückungshilfe in Form eines 50prozentigen Zuschusses zur Differenz zwischen der Mindestbeitragsgrundlage und dem tatsächlichen Einkommen. Liegt beispielsweise die Differenz zwischen der Mindestbeitragsgrundlage und dem tatsächlichen Einkommen bei 200 Euro,

so werden die Beiträge für 100 Euro übernommen. Kann der Versicherte aufgrund der Beitragszahlung seinen Lebensunterhalt nicht mehr finanzieren, kann die Überbrückungshilfe ausgezahlt werden. Dafür stehen 1,52 Mio. Euro zur Verfügung. Die Hälfte der Mittel kommt aus dem aufgelösten Härtausgleichsfonds in der Pensionsversicherung, die andere Hälfte aus dem Unterstützungsfonds der SVA. Diese Maßnahme läuft bis 1. Jänner 2014 als Pilotprojekt.

Leitl: Soziale Absicherung ausgeweitet

„Das nun auf Betreiben der Wirtschaft in Begutachtung geschickte Paket für Selbständige ist ein weiterer wichtiger Meilenstein im Ausbau der sozialen Absicherung für Österreichs Kleinunternehmern. Wir verfolgen den Weg konsequent weiter, den wir Anfang des Jahres mit der Einführung des Krankengeldes für Selbständige und der Verdoppelung des Wochengeldes für Unternehmerinnen sehr erfolgreich eingeschlagen haben“, betont Christoph Leitl, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Gerade für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Unternehmerinnen und Unternehmer enthält das Paket wichtige Maßnahmen: So sollen Unternehmerinnen die Möglichkeit haben, künftig von der Beitragspflicht zur Sozialversicherung für die Dauer des Wochengeldbezugs befreit zu sein, wobei der Krankenversicherungsschutz aufrecht bleibt. Zusammen mit der Verdopplung des Wochengeldes sollen Unternehmerinnen die Zeit rund um die Geburt eines Kindes ohne finanzielle Existenzsorgen verbringen können. Eine weitere Verbesserung: UnternehmerInnen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, können eine Ausnahme von der Pflichtversicherung nach der Kleinunternehmerregelung beantragen. Dadurch können UnternehmerInnen mit kleinen Kindern einer geringfügigen Erwerbstätigkeit nachgehen, ohne gleichzeitig mit Sozialversicherungsbeiträgen belastet zu werden. Leitl: „Mit diesem Maßnahmenpaket werden Selbständige unterstützt, die Zeit rund um die Geburt eines Kindes und in der Kleinkindphase ohne finanzielle Existenzsorgen verbringen zu können.“ ■

Händler werden für Konsumenten immer unwichtiger

Trend geht zum direkten Kauf beim Hersteller – Aktuelle PwC-Studie »Demystifying the online shopper« zeigt: Multi-Channel-Strategie stärkt Erfolg von Online-Handel

Wie aus einer PwC-Umfrage unter 11.000 Konsumenten zu ihrem Kaufverhalten hervorgeht, hat jeder dritte Online-Shopper schon einmal den Handel „übersprungen“ und direkt beim Markenartikler gekauft. Andererseits kaufen fast 20 Prozent der Internet-Nutzer nicht im Web, sondern bevorzugen Ladengeschäfte. Mit solchen, zum Teil überraschenden, Ergebnissen entzaubert die PwC-Studie „Demystifying the online shopper“ den Internet-Handel.

Shopping mit Tablet-PCs und Smartphones spielt längst nicht die dominierende Rolle, die viele erwarten. Die sozialen Netzwerke wie Facebook und Youtube sind zwar wichtig, aber – zumindest noch – nicht entscheidend für jüngere Käufergenerationen. Social Media wird zwar in vielen Ländern stark genutzt, erweist sich aber kaum als entscheidender Frequenzbringer für Online-shops.

„Händler wie Hersteller von Konsumgütern müssen unterschiedlichste Kommunikations- und Vertriebskanäle in einer Multi-Channel-Strategie zielführend verknüpfen“, folgert Andreas Plamberger, Head of IT Effectiveness bei PwC Österreich. „Der direkte Kauf beim Markenhersteller wird in den nächsten fünf Jahren stark ansteigen und den Handel hart treffen. In zehn Jahren wird die heutige Kaufdynamik steinzeitlich wirken.“

„Es gibt zwar einige steuerliche und andere regulatorische Hürden für den direkten Verkauf an Konsumenten im Ausland“, meint Gerald Dipplinger, PwC Steuerexperte für Online Handel „aber diese sind mit entsprechender Vorbereitung in den Griff zu bekommen.“

Zur Studie

Anhand der Erhebung des Konsumverhaltens von 11.000 Internetnutzern in elf Ländern auf vier Kontinenten (Brasilien, Kanada, China, Frankreich, Deutschland, den Niederlande, Rußland, der Schweiz, der Türkei, Großbritannien und den USA) geht internationales Team von PwC-Experten wesentlichen Mythen des Online-Handels auf



Foto: <http://www.bilderbox.biz>

Jeder dritte Online-Shopper hat schon einmal den Handel »übersprungen«.

den Grund und liefert faktenbasierte Hinweise, wie und wo Konsumenten heute wirklich einkaufen.

Die zehn Mythen des Multi-Channel-Handels

Mythos 1: Social Media ist bald ein unverzichtbarer Vertriebskanal

Social Media scheint, für sich allein genommen, kein bedeutender Vertriebskanal in der nahen Zukunft zu werden. Zwar nutzen 60 Prozent der Befragten Social Media, um Marken und Händlern online zu folgen, sich zu informieren und um Feedback zu geben. Doch nur 10 Prozent lassen sich in Onlineshops weiterleiten. Social Media stimuliert Shopping allerdings über alle Kanäle hinweg, nicht nur über Online-Kanäle.

Mythos 2: Ladengeschäfte werden zukünftig vielfach zu Showrooms

Bemerkenswerte 17 Prozent der Internetnutzer kaufen überhaupt nicht online ein. Sie suchen zwar online nach Produkten, bevorzugen aber nach wie vor den Einkauf in stationären Geschäften. Auffallend: Die große Mehrheit der Konsumenten bevorzugt beim Einkauf einen Kanal; spricht Recherche und

Kauf erfolgen nur Online oder nur direkt im Geschäft.

Mythos 3: Das Tablet überholt bald den herkömmlichen Computer als bevorzugtes Endgerät beim Online-Shopping

Die Befragten bevorzugten eindeutig den stationären PC bzw. Notebooks (97 Prozent) gegenüber Smartphones (30 Prozent) und Tablets (28 Prozent). Tablets und Smartphones könnten aber immer wichtiger in den vorgelagerten Phasen der Kaufentscheidung werden, so interagieren 47 Prozent mindestens einmal wöchentlich mit Werbung auf ihren Tablets.

Mythos 4: Da die Welt immer kleiner wird, werden sich die Konsumenten weltweit immer ähnlicher

Obwohl Konsumenten mehr denn je bei weltweit agierenden Händlern kaufen, sogar online über Ländergrenzen hinweg, bestehen zahlreiche lokale Unterschiede im Konsumentenverhalten. Vor allem zwischen China und Westeuropa/USA. Globale Gemeinsamkeiten bestehen darin, daß geringe Preise, gratis Versand und Vergleichsmöglichkeiten für Online-Shopping sprechen. Topmotivato-

Wirtschaft

ren für den physischen Einkauf sind die Möglichkeit ein Produkt sofort und ohne Extrakosten zu erstehen.

Mythos 5: China ist das Zukunftsmodell des Online-Handels

China liegt bei einigen zentralen Trends an der Spitze, zum Beispiel haben bereits 56 Prozent der chinesischen Online-Käufer schon über Social Media-Plattformen eingekauft. Aber Chinas Multi-Channel- und Online-Modell scheinen eher einzigartig zu sein, denn weltweit shoppten nur 24 Prozent der Online-Käufer über soziale Medien.

Mythos 6: Die heimischen Händler werden immer einen Heimvorteil gegenüber weltweiten Händlern haben

Ausländische Händler erlangen immer mehr die Gunst der Konsumenten als favorisierte Multi-Channel-Händler. Als Beispiele ist MediaMarkt genannt, der sowohl in seiner Heimat Deutschland als auch in den Niederlanden zu den beliebtesten Online-Shops gehört. Ebenso ist der schwedische Beklei-

dungshersteller H&M sowohl in Deutschland, als auch in den Niederlanden in den Top 3 Online-Shops zu finden. Ausschlaggebend ist hierbei auch das physische Store-Netz der Händler.

Mythos 7: Globale Internet Pure Player wie Amazon werden immer einen Größenvorteil gegenüber heimischen Onlinehändlern haben

Viele heimische Onlinehändler können sich gut gegenüber der Konkurrenz behaupten. So agieren La Redoute und Trois Suisses sehr stark im französischen Online-Bekleidungshandel. Sehr beliebt ist auch die Akquisition eines lokalen Online-Händlers durch einen Global Player, um Markt-Know-how und -anteil zu gewinnen.

Mythos 8: Händler sind grundsätzlich besser positioniert als die Herstellermarken, da sie näher am Kunden sind

Mehr als ein Drittel der Befragten hat schon direkt in Onlineshops von Markenherstellern eingekauft. In China (56 Prozent)

und den USA (52 Prozent) hat bereits mehr als die Hälfte der Konsumenten die Handelsstufe übersprungen und Produkte direkt beim Markenanbieter bestellt. Viele unterscheiden gar nicht mehr zwischen Händlern und ihren Lieblingsmarken.

Mythos 9: Der Onlinehandel kannibalisiert die Verkäufe in anderen Kanälen

Konsumenten geben nachweislich mehr Geld bei ihren bevorzugten Multi-Channel-Händlern aus und verschieben nicht einfach Käufe in einen anderen Vertriebskanal. Einer von fünf gibt mindestens 25 Prozent mehr aus.

Mythos 10: Kunden geben mehr bei ihren bevorzugten Multi-Channel Händlern aus, wenn die Preise niedrig sind

Ein niedriger Preis führt bei Bestandskunden nicht zu Mehrausgaben bei ihren bevorzugten Multi-Channel-Händlern. Wichtiger sind schnelle Lieferung und innovative Marken. Kaum eine Rolle spielen hingegen der Look & Feel des Stores oder freundliche Bedienung sowie elegant designte Websites. ■

Bier-Bilanz 2012

Bierdurst der Österreicher hält an

Der Biergusto der Österreicher hält unvermindert an. Während in Deutschland der Bierabsatz 2012 um 1,8 Prozent abwärtscherte und damit auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung (1990) fiel, bleibt in Österreich der Inlandsverbrauch praktisch unverändert hoch. 8,54 Millionen Hektoliter gönnten sich die Österreicher im Vorjahr.

Da die Bevölkerung um 0,4 Prozent wuchs, sank bei gleichbleibendem Konsum der Pro-Kopf-Verbrauch um die entsprechenden vier Zehntel Prozent auf 107,7 Liter, das entspricht 215 Krügerl bzw. Halbe Bier pro Einwohner. Österreich liegt damit weltweit nach wie vor auf Platz 2 hinter Tschechien (2011: 145 l) und auch vor den anderen europäischen Biernationen. Auf den Plätzen 3 bis 5 landen Deutschland (2011: 101,4 l), Litauen (2011: 95,6 l) und Polen (2011: 95 l).

Ebenso gut liegt Österreich beim EU-Vergleich der Brauereidichte (Anzahl der Brauereien pro Einwohner), die einen wesentlichen Indikator für die Bier-Vielfalt eines Landes darstellt. Tatsächlich nimmt Österreich mit seinen 170 Braustätten hinter Dänemark und Litauen Platz 3 ein, noch vor

anderen traditionellen Biernationen wie Deutschland (4), Großbritannien (5), Belgien (6) und Tschechien (15).

Sigi Menz, Obmann des österreichischen Brauereiverbandes: „Die Zahlen zeigen eindrücklich: Bier ist in Österreich ein Kulturgut. Zweimal auf EU-Ebene am Stockerlplatz, das wird uns so rasch keine zweite Branche nachmachen. Ein Dank an alle Österreicher und ihre Brauereien!“

Erfolgreich waren unsere Brauereien auch im Ausland: Im Export gelang eine Steigerung um 2,8 Prozent bzw. um rund 14.000 Hektoliter, wobei in Italien das meiste österreichische Bier genossen wird, gefolgt von Deutschland, Slowenien, Ungarn, der Schweiz, Tschechien und den Niederlanden.

Radler und Weizen im Hoch

Mit rund 5,41 Millionen Hektoliter behauptet das Lager-/Märzenbier weiterhin seine Spitzenposition unter den heimischen Biersorten. Im Vergleich zu 2011 wurde eine leichte Steigerung von 0,1 Prozent erreicht. Mit einem Marktanteil von 63,4 Prozent ist es das beliebteste Bier der Österreicher.

Eine kräftiges Plus konnten 2012 Radler sowie Weizenbier erzielen: Während der

Radler eine Absatzsteigerung von 41.000 Hektolitern (plus 7,1 Prozent) verzeichnete, konnte das Weizenbier um 11.000 Hektoliter (plus 9,1 Prozent) zulegen.

Absatzverluste mußten 2012 vor allem alkoholfreie Radler mit 34,9 Prozent, Leichtbier mit 28,7 Prozent, Bockbier mit 10 Prozent und alkoholfreies Bier mit 3,2 Prozent hinnehmen.

Flaschenbier bleibt Spitzenreiter

Geht es um die Gebindeart, erweist sich die Glasflasche (Einweg und Mehrweg) mit 52,1 Prozent nach wie vor als Marktführer. Am beliebtesten ist, wie schon im Vorjahr, die 0,5 l Flasche mit einem Marktanteil von über 43 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2011 bedeutet das einen minimalen Rückgang von 0,3 Prozent. Insgesamt wurden 2012 fast 3,7 Millionen Hektoliter aus der Null-Fünfer getrunken. Weniger bestellt (minus 2,4 Prozent) wurde Faßbier. Gestiegen hingegen ist die Nachfrage nach der 0,33 l Einweg-Flasche. Rund 37.000 Hektoliter Zuwachs bedeutet ein Plus von 6,8 Prozent. Zulegen konnte auch Tankbier (plus 6 Prozent) sowie die 0,33 l Mehrweg-Flasche (plus 0,4 Prozent). ■

<http://www.bierserver.at>

RBI mit € 725 Millionen Konzern-Jahresüberschuß in 2012

Die vorläufigen, unauditierten Zahlen der Raiffeisen Bank International AG (RBI) für das Geschäftsjahr 2012 belegen abermals die Nachhaltigkeit des diversifizierten Geschäftsmodells insbesondere in schwierigen Zeiten. Bei einem um rund 5 Prozent gesunkenen Zinsüberschuß und einem stabilen Provisionsüberschuß erwirtschaftete die RBI einen Jahresüberschuß vor Steuern von 1.032 Millionen Euro, der somit rund 25 Prozent unter dem Vergleichswert von 2011 lag. Auch der Konzern-Jahresüberschuß (nach Minderheiten) lag mit 725 Millionen Euro ca. ein Viertel unter dem Wert des Jahres 2011.

„Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen – neben dem gedämpften makroökonomischen Umfeld lag unser Fokus auf der Erfüllung der von der European Banking Authority vorgegebenen Kapitalquote – haben wir ein sehr ordentliches Ergebnis erzielt. Wir haben mit der deutlichen Stärkung der Core Tier 1 Ratio und der Stabilisierung unserer Kosten unter Herausrechnung der Polbank zwei wesentliche Ziele erreicht. Zwar lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikovor-sorgen für das Gesamtjahr im Rahmen der Erwartungen, daß sie im Schlußquartal

deutlich zulegten, zählt aber zu den weniger erfreulichen Entwicklungen des vergangenen Jahres. Positiv war die im vierten Quartal verbesserte Nettozinsspanne“, sagte Herbert Stepic, Vorstandsvorsitzender der RBI.

Das Geschäftsjahr 2012 war von einigen Einmaleffekten geprägt. Im ersten Quartal ergab sich aus Verkäufen von Wertpapieren aus dem Bestand der Konzernzentrale ein Vorsteuergewinn von 159 Millionen Euro. Weiters wurde durch den vorzeitigen Rückkauf von Hybridanleihen (Hybrid Tier-1-Capital) ein Ergebnis vor Steuern von netto 113 Millionen Euro erzielt. Im vierten Quartal schlugen hingegen einige Einmaleffekte mit insgesamt 85 Millionen Euro negativ zu Buche. Unter anderem lieferte das Handelsergebnis aufgrund von IFRS-Richtlinien für die Bewertung von Derivaten (rund minus 30 Millionen Euro) im vierten Quartal keinen Ergebnisbeitrag. Und auch der restliche Firmenwert der ukrainischen Raiffeisen Bank Aval (29 Millionen Euro) und kleinere Firmenwerte bei weiteren Beteiligungen (10 Millionen Euro) wurden abgeschlossen.

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikovor-sorgen lagen mit 1.009 Millionen Euro um

rund 5 Prozent unter jenen des Jahres 2011 (1.064 Millionen Euro). Die NPL Ratio stand zum Jahresende 2012 bei 9,8 Prozent und damit um 1,2 Prozentpunkte über dem Wert zum Ultimo 2011, jedoch um 0,2 Prozentpunkte unter jenem zum Ende des dritten Quartals 2012.

Das Kundenkreditvolumen wuchs um 2,2 Prozent auf 83,3 Milliarden Euro. Die Kundeneinlagen gingen um 0,7 Prozent auf 66,3 Milliarden Euro zurück. Die Bilanzsumme sank hauptsächlich aufgrund von aktiven Maßnahmen zur Reduktion der Überliquidität um rund 7,4 Prozent auf 136,1 Milliarden Euro.

Die Core Tier 1 Ratio (gesamt) wurde im Jahr 2012 deutlich gestärkt und belief sich zum Jahresende auf 10,7 Prozent (Jahresende 2011: 9,0 Prozent). Dieser Wert versteht sich bereits inklusive Gewinne 2012 sowie nach Abzug der Dividende auf das Partizipationskapital und abzüglich der vorgeschlagenen Dividende auf Stammaktien.

Der Vorstand wird der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 2012 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 1,17 je Aktie vorschlagen (nach 1,05 Euro im Vorjahr). ■

PORR schaffte 2012 die Wende

Die Produktionsleistung 2012 wird sich auf dem hohen Niveau des vorangegangenen Jahres bewegen, der Auftragsbestand mit Stichtag 31. Dezember 2012 erreichte erneut einen Zuwachs von über 20 Prozent verglichen mit 2011 und entspricht mit rund 3.370 Mio. Euro einem historischen Höchststand. Auch beim Auftragseingang verzeichnete die PORR ein Rekordjahr dank einiger spektakulärer Akquisitionen, unter anderem im Bahn- und Tunnelbau sowie bei Hochbau-Großprojekten. Die Portfoliooptimierung im Immobilienbereich konnte bereits erfolgreich gestartet werden. Dank dieser Ergebnisse und aufgrund des zu Jahresbeginn 2012 implementierten fitforfuture-Optimierungsprogrammes gelang es, die Nettoverschuldung des Konzerns innerhalb eines Jahres signifikant zu reduzieren.

Karl-Heinz Strauss, Vorstandsvorsitzender der PORR, zeigt sich über dieses vorläufige Ergebnis sehr erfreut: „Im Geschäftsjahr 2012 haben sich sämtliche Unternehmenskennzahlen positiv nach oben entwickelt.“ ■

Schwaches Weihnachtsgeschäft ...

... und sinkendes Absatzvolumen im Einzelhandel 2012

Die österreichischen Einzelhandelsunternehmen (ohne Handel mit Kfz) setzten im Dezember 2012 nominell um 2,4 % und preisbereinigt um 4,8 % weniger um als im Vorjahresmonat, wie vorläufige Auswertungen von Statistik Austria zeigen. Allerdings hatte der Dezember 2012 mit 24 Verkaufstagen zwei Einkaufstage weniger als der Vergleichsmonat des Vorjahres. Bereinigt um diesen Kalendereffekt ergibt sich ein nominales Umsatzplus von 0,7 % und real ein Rückgang von 1,5 %.

Erzielt wurde dieses Ergebnis für den Dezember 2012 im Einzelhandel mit Lebensmitteln mit einem nominellen Umsatzplus von 0,1 % und einem Minus im Absatzvolumen von 3,6 %. Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln waren die Umsätze sowohl nominell (-3,8 %) als auch real (-5,4%) geringer als im Vorjahresmonat. Das berechnete Umsatzvolumen von ca. 1,2 Mrd. Euro für das Weihnachtsgeschäft 2012 liegt ebenfalls unter dem Niveau des Vorjahres. Die Umsatzindikatoren für den Dezember wurden auf Basis von 50 % des österreichischen

Einzelhandelsvolumens berechnet.

Während im ersten Halbjahr 2012 sowohl nominell (+3,1 %) als auch real (+0,9 %) Umsatzsteigerungen erzielt wurden, war eine deutlich nachlassende Dynamik im zweiten Halbjahr festzustellen. Für das gesamte Jahr 2012 ergab sich daher lediglich ein Umsatzplus von 1,8 %, dies bedeutet im Absatzvolumen einen Rückgang von 0,6 %. Dies ist das zweite Jahr in Folge mit einem rückläufigen Absatzvolumen im österreichischen Einzelhandel.

Umsatzsteigerungen und Nachlassen

Betrachtet man das Ergebnis nach Branchen, zeigt sich für den Einzelhandel mit Lebensmitteln ein Umsatzzuwachs von 3,7 %. Wegen der stärkeren Teuerung im Lebensmittelbereich ergibt sich lediglich ein reales Plus von 0,8 % gegenüber 2011. Schwächer entwickelte sich die Gruppe Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln. Hier war nominell ein Plus von 1,1 % und real ein Minus von 0,7 % im Absatzvolumen zu verzeichnen. ■

Einbürgerungen stiegen 2012

Die Zahl der Einbürgerungen ist 2012 gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % gestiegen. Im abgelaufenen Jahr erhielten laut Statistik Austria 7.107 Personen die österreichische Staatsbürgerschaft, darunter 64 Personen mit Wohnsitz im Ausland. Bereits 35,7 % aller Eingebürgerten sind in Österreich geboren. Die wichtigsten Herkunftsländer der Eingebürgerten sind die Türkei, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Kosovo und Kroatien.

Die Einbürgerungszahlen waren seit dem Rekordjahr 2003 (45.112 Fälle) kontinuierlich gesunken und hatten im Jahr 2010 ein Minimum von 6.190 erreicht. Der seit 2011 (6.754) abzulesende Trend steigender Einbürgerungen setzte sich 2012 (7.107) weiter fort, blieb aber unter der Zahl des Jahres 2009 (7.990 Fälle). 2012 lag die Einbürgerungsrate wie im Vorjahr bei 0,7 %; d. h., auf 100 AusländerInnen mit Hauptwohnsitz in Österreich fielen im Durchschnitt 0,7 Einbürgerungen. Über den Zeitraum von 2000 bis 2005 hatte die Einbürgerungsrate durchschnittlich 5 % betragen.

Rechtsanspruch ist der häufigste Einbürgerungsgrund

Einbürgerungen aufgrund eines Rechtsanspruchs nahmen auch 2012 zu, sie machten die Hälfte der Einbürgerungen aus (3.665 bzw. 51,6 %). Dabei wurden 1.716 Personen nach der Bestimmung § 11a Abs. 4 „mindestens sechsjähriger Wohnsitz in Österreich und besonders berücksichtigungswürdige Gründe“ (z. B. Geburt in Österreich, EWR-Staatsangehörigkeit oder Asylberechtigung) eingebürgert. Weiteren 533 Personen wurde die Staatsbürgerschaft nach § 12 Z1 „15-jähriger Wohnsitz in Österreich und nachhaltige Integration“ verliehen, und auf 944 Frauen und Männer traf der Einbürgerungsgrund „Ehe mit einem Österreicher bzw. einer Österreicherin“ (§ 11a Abs. 1 und 2) zu. Auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr lag der Anteil an Einbürgerungen aufgrund der „Erstreckung der Verleihung“ (2.195 Personen bzw. 30,9 %): 2012 betraf dies 279 Ehegatten (§ 16) und 1.916 Kinder (§ 17). In 1.247 Fällen wurde die österreichische Staatsbürgerschaft im Ermessen verliehen (17,5 %). Darunter fallen mehrheitlich Einbürgerungen nach mindestens zehnjährigem ununterbrochenem Hauptwohnsitz in Österreich (1.194 Personen; § 10 Abs. 1 StbG).

Unterschiede in den Bundesländern

Im Ländervergleich verzeichnete Wien den stärksten Zuwachs an Einbürgerungen gegenüber 2011 (+20,3 %), gefolgt von Oberösterreich (+9,9 %) und der Steiermark (+5,5 %). In allen anderen Bundesländern gab es 2012 weniger Einbürgerungen als im Vorjahr: Kärnten (-16,7 %), Vorarlberg (-9,1%), Tirol (-6,5%), Niederösterreich (-4,0%), Salzburg (-1,9%), Burgenland (-0,7%).

Hoher Anteil jüngerer Personen

Mehr als ein Drittel der Neo-ÖsterreicherInnen waren bei der Einbürgerung zwischen 30 und 44 Jahre alt (2.445 Personen bzw. 34,4 %). An zweiter Stelle standen 2.029 minderjährige Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren (28,5 %), gefolgt von jungen Erwachsenen zwischen 15 und 29 Jahren (1.943; 27,3 %). 586 (8,2 %) der Eingebürgerten waren zwischen 45 und 59 Jahre alt, und nur 104 oder 1,5 % hatten das 60. Lebensjahr überschritten.

Bisherige Staatsangehörigkeit: Türkei an erster Stelle

Unter den über 120 Ländern der bisherigen Staatsangehörigkeit teilt sich knapp die Hälfte der Einbürgerungen des Jahres 2012 auf vier Nationalitäten auf. Eingebürgerte mit bisher türkischer Staatsangehörigkeit (1.200; 16,9 %) sowie Staatsangehörige aus

Bosnien und Herzegowina (1.131; 15,9 %) stellen gemeinsam ein Drittel aller Einbürgerungen. An dritter und vierter Stelle folgen Serbien (710; 10,0 %) und Kosovo (423; 6,0 %). Auch die Länder Kroatien (401), Russische Föderation (316), Rumänien (275) sowie Afghanistan (179), Indien (171) und Iran (168) fallen unter die Top 10.

Die Zahl der Einbürgerungen von Staatsangehörigen aus den Nachfolgestaaten Ex-Jugoslawiens (ohne Slowenien) sowie Einbürgerungen von Personen mit bisher türkischer Staatsangehörigkeit lagen 2012 auf einem ähnlichen Niveau wie im Jahr zuvor. Anstiege gegenüber 2011 verzeichneten die Staaten der europäischen Union und übrige europäische Staaten (jeweils +9 %). Dabei stammten mehr als drei Viertel aller eingebürgerten Personen aus der EU aus den 2004 und 2007 beigetretenen Ländern. Ein etwas stärkerer Zuwachs war bei den außereuropäischen Herkunftsländern (+13 %) zu beobachten. Das Verhältnis zwischen im Inland (2.538) und im Ausland (4.569) geborenen eingebürgerten Personen liegt bei 35,7 % zu 64,3 %. Betrachtet man das Geburtsland der nach Österreich zugewanderten Personen, so sind die meisten Eingebürgerten in Bosnien und Herzegowina (748) geboren, gefolgt von der Türkei (555), Serbien (320), dem Kosovo (279) sowie der Russischen Föderation (232). ■

Bevölkerungszahl stieg 2012

Am 1. Jänner 2013 lebten vorläufigen Ergebnissen von Statistik Austria zufolge rund 8,49 Mio. Menschen in Österreich, um rund 45.000 Personen (+0,5 %) mehr als am Jahresbeginn 2012. Der Zuwachs war somit 2012 deutlich höher als im Jahr zuvor (2011: knapp 39.000 Personen). Deutlich mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerungszunahme des Jahres 2012 entfiel auf die Bundeshauptstadt Wien.

Die vorläufigen Ergebnisse aus der Geburtenstatistik und der Wanderungsstatistik deuten darauf hin, daß der Großteil der Bevölkerungszunahme des Jahres 2012 auf Wanderungsgewinne aus dem Ausland entfällt. Laut den derzeit vorliegenden Ergebnissen für das erste bis dritte Quartal 2012 ist mit einem rund eineinhalbfach so großen Wanderungssaldo wie im gleichen Zeitraum 2011 zu rechnen. Hingegen dürfte die Ge-

burtenbilanz, ebenso wie in den vergangenen Jahren, auch 2012 nur einen relativ geringen Anteil zum Wachstum der Einwohnerzahl beigetragen haben.

Wien verzeichnet bereits seit einigen Jahren die höchsten Bevölkerungszuwächse aller Bundesländer, vor allem durch internationale Wanderungsgewinne, seit 2004 auch durch positive Geburtenbilanzen. Einen leicht überdurchschnittlichen Einwohnerzuwachs verzeichnete auch Tirol (+0,6 %), während in Salzburg und Vorarlberg (je +0,4%) die Bevölkerungszunahme leicht unterdurchschnittlich ausfiel. Noch etwas geringer war der Anstieg der Einwohnerzahl im Burgenland, in Nieder- und Oberösterreich (jeweils +0,3%) sowie in der Steiermark (+0,2%). In Kärnten setzte sich mit einem Rückgang von -0,2 % als einziges Bundesland den seit 2009 rückläufigen Trend weiter fort. ■

Vertrauen in die Polizei ist besonders hoch

Der GfK Verein hat in 25 Ländern die Vertrauensfrage gestellt: Welche Wirtschaftsbereiche und Institutionen genießen am meisten Vertrauen, welche am wenigsten?

In Österreich sind die Werte im Vergleich zu 2011 bis auf wenige Ausnahmen leicht gestiegen. Der Wirtschaftsbereich „Handwerk“ kann das hohe Vertrauensniveau weiter ausbauen, die Unterhaltungselektronik- und Haushaltsgerätehersteller verlieren leicht.

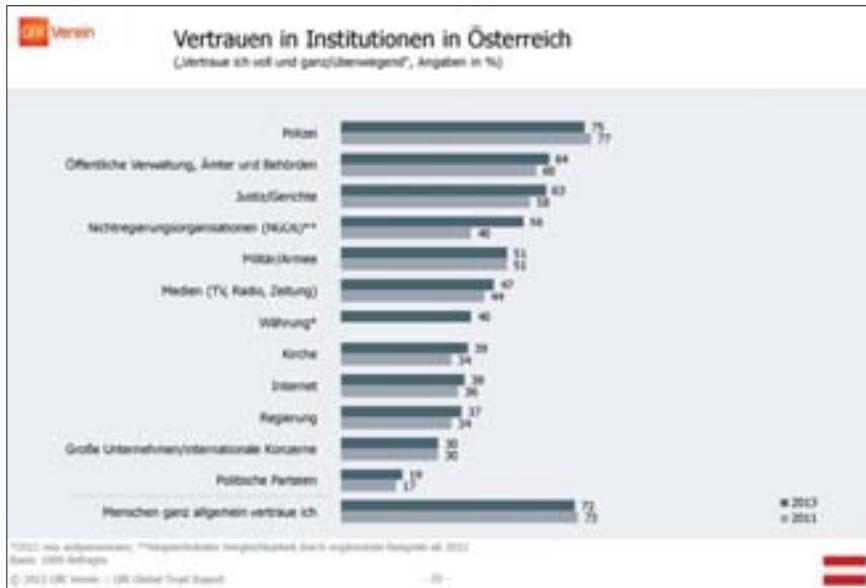
Der Polizei schenken drei Viertel der österreichischen Bevölkerung das höchste Vertrauen, somit führt diese das Institutionen-Ranking klar an. „Das ist sicherlich auf die hohe Aufklärungsquote von mehr als 80 % bei Gewaltdelikten zurückzuführen, auch wenn diese wie auch die Internetkriminalität leicht zunehmen“, meint Sozialforscherin Ulrike Lavrencic.

Im Vergleich zu 2011 wird jedoch beim Vertrauen in die Polizei ein Minus von 2 Prozentpunkten gemessen. Auf Rang zwei liegen mit deutlichem Abstand die öffentliche Verwaltung, Ämter und Behörden (im internationalen Durchschnitt sind es die Kirchen bzw. Glaubensgemeinschaften, die in Österreich auf Platz acht liegen). Der Vertrauenswert in die öffentliche Verwaltung, Ämter und Behörden liegt bei 64 %, gefolgt von der Justiz/den Gerichten mit 63 %.

Wenig Vertrauen schenken Herr und Frau Österreicher großen Unternehmen/internationalen Konzernen (30 %), politische Parteien bilden mit 19 Vertrauensprozenten wie auch schon 2011 das Schlußlicht. Im internationalen Vergleich liegen die österreichischen Parteien mit diesem Wert allerdings noch im Mittelfeld. Die niedrigsten Vertrauenswerte weisen Italien (6 %), Spanien, Japan (je 7 %) und Brasilien (8 %) auf.

Handwerk bedeutet Vertrauen

In Österreich steht das Handwerk auf Platz eins der Siegertreppe – 85 % vertrauen diesem Wirtschaftsbereich, das bedeutet einen Anstieg um 6 Prozentpunkte gegenüber 2011. Damit belegt diese Branche auch in diesem Jahr wieder den klaren Spitzenplatz bei den 11 untersuchten Bereichen. Auf Platz zwei befinden sich mit 74 % Energie- und Wasserversorger, gefolgt vom Handel (69 %) auf Platz drei.



Den letzten Platz teilen sich mit je 53 % Software- und Computerhersteller und Telekommunikations- bzw. Internetanbieter, wobei Letztere einen Vertrauensanstieg von 8 Prozentpunkten gegenüber 2011 verzeichnen können.

Weltweit verbucht das Militär das größte Vertrauen

Über alle 25 Länder hinweg erhalten bei den Institutionen das Militär und die Armee mit 79 % das größte Vertrauen. Auf Rang zwei folgen mit 66 % die Kirchen bzw. die Glaubensgemeinschaften. Das Schlußlicht der internationalen Liste bilden – wie in fast allen untersuchten Ländern – die politischen Parteien. Sie erreichen im Durchschnitt lediglich einen Vertrauenswert von 18 %.

Bei den Branchen liegen die Unterhaltungselektronik- und Haushaltsgerätehersteller im Gesamtdurchschnitt an der Spitze: knapp 74 % aller Befragten vertrauen diesem Wirtschaftsbereich, gefolgt vom Handwerk mit 69 %. Die hinteren Plätze des Vertrauens-Rankings der Branchen belegen die Banken bzw. Versicherungen mit jeweils 60 %.

Zur Studie

Die Ergebnisse sind ein Auszug aus dem „GfK Global Trust Report“ 2013 und basieren auf rund 28.000 Verbraucherinterviews, die im Auftrag des GfK Vereins im Zeitraum von September bis November 2012 in insgesamt 25 Ländern durchgeführt wurden. ■



Foto: BM, I/Alexander Tuma

Eine Polizistin der Diensthundeabteilung, stellvertretend für die Polizei, die höchstes Vertrauen genießt.

Einsatzübung der Stadt Wien

Die Wiener Berufsrettung (MA 70) im Übungseinsatz

Am 31. Jänner fand gegen 15 Uhr, am Standort des ehemaligen Kaiserin-Elisabeth-Spitals im 15. Wiener Gemeindebezirk eine Einsatzübung statt. Beteiligt waren unter anderen der Wiener Krankenanstaltenverbund (KAV), die Wiener Berufsrettung (MA 70) mit den freiwilligen Einsatzorganisationen, die Wiener Berufsfeuerwehr (MA 68), der Gesundheitsdienst der Stadt Wien (MA 15) und die Suchhundestaffeln des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Johanniter und der Rettungshundebrigade. Koordiniert wurde die Übung, an der über 360 Personen beteiligt waren, von der Magistratsdirektion der Stadt Wien – Gruppe Krisenmanagement und Sicherheit.

Szenario: Explosion mit Gefahrngut

Bei der Einsatzübung wurde von folgendem Szenario ausgegangen: Im Zuge von Arbeiten kommt es in einem Kellerabteil zur Explosion eines Kessels und in weiterer Folge zu einem Teileinsturz des Gebäudes sowie zu Bränden im Keller. Dadurch wird die Evakuierung des Gebäudes und der in Behandlung befindlichen Personen erforderlich. Von der Explosion ist auch die Abwasserinaktivierung betroffen, wodurch es zu einer Kontaminierung der Einsatzstelle kommt.

Reibungsloser Einsatz der Wiener Berufsrettung MA 70

Die Wiener Berufsrettung rückte mit dem gesamten Katastrophenzug aus. Über 30 NotärztInnen und SanitäterInnen konnten vor Ort drei Schwerverletzte und fünf leichtverletzte PatientInnen notfallmedizinisch versorgen und anschließend mit der Unterstützung der freiwilligen Rettungsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Rotes Kreuz, Johanniter und Malteser in die umliegenden Krankenhäuser bringen.

Wiener Berufsfeuerwehr MA 68 zieht positive Bilanz

Die Wiener Berufsfeuerwehr war mit 20 Fahrzeugen und mit 80 Einsatzkräften vor Ort. Zu ihren erfolgreich absolvierten Aufgaben zählte die Stabilisierung der Schadenslage, die Lokalisierung von vermissten Personen, die Rettung und Bergung von Personen, die Evakuierung von Personal und



Foto: PID / W. Schaub-Walzer

Die Wiener Berufsfeuerwehr (MA 68) bei der Evakuierung von PatientInnen im Rahmen der Einsatzübung

PatientInnen aus dem Gebäude und die Errichtung einer Einsatzleitstelle für die gesamte Einsatzkoordination.

Krankenanstaltenverbund – regelmäßige Einsatzübungen

Für den Wiener Krankenanstaltenverbund stand insbesondere die Evakuierung von 50 PatientInnen in zwei andere KAV-Spitäler und deren Weiterbehandlung und Administrierung im Vordergrund.

Das Szenario der Einsatzübung ging von einem Stationsbetrieb auf zwei Stationen mit jeweils 25 PatientInnen aus und von sieben KAV-MitarbeiterInnen und SchülerInnen, die in der im Keller befindlichen Werkstatt tätig waren. Rund 45 KAV-MitarbeiterInnen, welche an dieser Übung freiwillig im Rahmen einer Fortbildung teilnahmen, stellten

das Personal für den Betrieb des Krankenhauses dar. Der KAV verfügt in all seinen Einrichtungen über Einsatzpläne, die jährlich evaluiert werden, und führt überdies in all seinen Einrichtungen regelmäßige Einsatzübungen durch.

Suchhundestaffel im Einsatz

Die Suchhundestaffeln des Arbeiter-Samariter-Bundes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, der Wiener Berufsfeuerwehr und der Österreichischen Rettungshundebrigade unterstützten unter Koordination des Roten Kreuzes die Suche nach zwei verschütteten Arbeitern. Da diese Patienten, laut Szenario, mit dem ausgetretenen Gefahrenstoff in Berührung kamen, mußten sie in dem Hygienezentrum der Stadt Wien mit Unterstützung der Soforteinsatzgruppe-ABC der Wiener Berufsrettung dekontaminiert und danach ins Krankenhaus gebracht werden.

Personendekontamination in modernster Einrichtung

Im Hygienezentrum der MA 15 wurden zwei männliche und zwei weibliche Personen sowie ein schwerverletzter, liegender Patient von gesundheitsgefährdenden chemischen Substanzen befreit. Dies erfolgte in der nach dem letzten Stand der Technik neu errichteten und in Österreich einzigartigen Dekontaminationseinheit der MA 15. Der Gesundheitsdienst der Stadt Wien verfügt darüber hinaus auch über eine mobile Dekontaminationseinheit, die im Bedarfsfall flexibel an den Einsatzort gebracht werden kann. Erfolgreich geübt wurde im Rahmen der Einsatzübung auch die Dekontamination von Fahrzeugen in der Fahrzeugdesinfektion des Hygienezentrums, die mit gesundheitsgefährdenden Stoffen kontaminiert wurden.

Bilanz

Die Koordinierung und Abstimmung der verschiedenen Einsatzorganisationen wurde nach internationalen Standards erfolgreich absolviert. Die Ergebnisse der Einsatzübung sollen zu einer noch besseren Kommunikation zwischen den Einsatzkräften beitragen. Die Probe für den Ernstfall endete gegen 17.30 Uhr. ■

<http://www.wienkav.at>

<http://www.gesundheitsdienst.wien.at>

Einzigartiges Brauchtum in Bad Eisenkappel



Foto: LPD/Varh

Seit dem Mittelalter hält man im Kärntner Bad Eisenkappel an diesem Brauch des „Kirchleintragen“ zur Abwehr von Hochwasser fest: Kleine, innen durch Kerzen beleuchtete Kirchen aus Papier werden nach Anbruch der Dunkelheit am 1. Februar, am Abend vor Maria Lichtmeß, auf die Wellen der Vellach gesetzt.

„Ante pante populore, kozelna vrate cvilelore“, wird dazu laut gerufen. Dieses rhythmische Sprüchlein ist eine Verballhornung, eine Mischung aus Latein und Slowenisch, eine Art Beschwörungsformel, damit der Fluß Vellach sich hüten möge, über seine Ufer zu treten und die dunklen Mächte des Winters vertrieben werden.

Sehr viele Kirchleinträger, Ortsbewohner sowie Besucher aus ganz Kärnten fanden sich dieses Jahr wieder in Eisenkappel ein, um dieses Brauchtum mitzuerleben. Auch Landeshauptmann Gerhard Dörfler, LHStv. Peter Kaiser, Landesrat Wolfgang Waldner sowie Landtagspräsident Josef Lobnig waren gekommen und zeigten sich vom Kirchleintragen sehr beeindruckt.

Der Landeshauptmann, er war schon des öfteren beim Kirchleintragen dabei, sprach von einem besonderen Kulturgut, das hier dargeboten werde. Dieses kirchlich geprägte Brauchtum sei einzigartig in Österreich und Ausdruck des starken Traditions- und Hei-

matbewußtseins der Kärntner. Besonders erfreulich sei auch, daß das Kirchleintragen an die Jugend weitergegeben werde, weil gerade die SchülerInnen aktiv eingebunden seien und die Kirchlein selbst basteln. „Auf diese Weise bleibt der alte, wunderbare Brauch weiter jung“, so Dörfler.

Er erinnerte an andere ebenfalls einzigartige Kärntner Bräuche und Traditionen, die mit immer neuer Begeisterung gelebt und fortgeführt werden, wie beispielsweise etwa das Sternsingen in Heiligenblut oder das Kranzelreiten in Weitensfeld. In Kärnten werde Brauchtum auf vielseitige Weise und zu allen Jahreszeiten gepflegt.

„Ante Pante“ (so nennt man den Brauch auch oft kurzerhand) ist die Begleitmusik zum Kirchleintragen. Vor allem die Kinder von Volks- und Hauptschule haben in wochenlanger Arbeit kleine Kirchen aus roten und weißem Papier gebastelt, wofür sie und Schuldirektor Heinz Necemer bedankt werden.

Der Eisenkappeler Pfarrer Leopold Zunder segnete die kleinen Kunstwerke vor der Pfarrkirche und nahm auf die christliche Lichtsymbolik Bezug. Auch die Menschen sollten einander Licht bringen und beitragen, damit es in der Welt heller werde, so Zunder. Der Zug mit den KirchleinträgerInnen und BesucherInnen bewegte sich von dort weiter zur Schloßbrücke, wo die Kirchlein von den

Stöcken genommen und auf die Wellen der Vellach gesetzt wurden. Manches Licht verlöscht rasch, andere Kirchlein kippen nicht so schnell um und leuchten auf ihrer schaukelnden Reise flußabwärts noch ein bißchen länger.

Das Kirchleintragen geht zurück auf ein Gelübde im Mittelalter: 1180 überflutete ein verheerendes Unwetter das Tal. Die Menschen flüchteten zur höher gelegenen Wallfahrtskirche Maria Dorn und versprachen, dem wütenden Fluß zur Besänftigung eine Kirche aus Holz zu opfern. Das Hochwasser ging zurück. Der Brauch wurde beibehalten. Einst brachten jährlich fünf Männer des Dorfes eine Holzkirche zum Fluß, später folgte das Kirchleintragen, an dem die Kinder stark beteiligt sind.

Das „Ante pante“ geht zurück auf Lobpreisungen Simeons aus dem Evangelium zu Mariä Lichtmeß: „Ante faciem omnium populore“ – zu Deutsch: „Vor dem Angesicht aller Völker“. Das „kozelna vrate cvilelore“ ist – so wird erzählt – erst vor Jahrzehnten Teil des Verses geworden, seit einem Vorfall während der Lichterprozession, als man beim Haus eines gewissen Kozel vorbeikam, bei dem die Türangeln knarrten. Auf Deutsch übersetzt würde der Spruch lauten: „Ante pante populore, beim Kozel quietschen die Tore.“ ■

1. Österreichischer Biersommelier-Staatsmeister gekürt

Bei der ersten österreichischen Biersommelier-Staatsmeisterschaft konnte sich Diplom-Biersommelier Markus Trinker erfolgreich gegen zahlreiche Bier-Profis durchsetzen.



Foto: Verband der Brauereien Österreichs

Der aus Salzburg stammende frischgebackene Bier-Sommelier-Staatsmeister Markus Trinker (Mitte) mit zwei Oberösterreichern: seinem »Vize« Hubert Hanghofer (l.) und dem drittplatzierten Gerhard Litzbauer mit ihren Urkunden.

Der Bierigste Wettstreit Österreichs war aber vor allem eines: ein Festival heimischer sowie internationaler Biervielfalt und Braukultur.

Die ersten österreichischen Staatsmeisterschaften der Sommeliers für Bier sind am 16. Februar in Obertrum/Salzburg erfolgreich über die Bühne gegangen. Insgesamt 23 Teilnehmer, immerhin zwei davon weibliche Bier-Profis, stellten in einem harten wie fairen Wettkampf ihr Fachwissen über österreichische sowie internationale Bierkultur unter Beweis.

Neben theoretischen Kenntnissen, die mittels zweier schriftlicher Prüfungen abgefragt wurden, mußten die KandidatInnen ihre Expertise rund um Hopfen und Malz praktisch demonstrieren. Dazu zählten u.a. vier Blindverkostungen zur Erkennung diverser Bierstile und Bierflavours sowie eine Jahrgangsbier-Verkostung. Es war eine knappe Entscheidung. Und schließlich konnte der Kreativbraumeister einer großen Salzburger Privatbrauerei, Markus Trinker (35), den Titel mit nach Hause nehmen. „Mich gegen diese hochkarätigen Bier-Profis durchzusetzen, macht mich unglaublich stolz. Ich danke allen Beteiligten sowie dem Brauereiverband für diese großartige Veranstaltung.

Hoffentlich kann ich bei der kommenden Weltmeisterschaft in München ein ähnlich gutes Ergebnis erzielen“, so der frisch gebackene Staatsmeister. Neben dem Sieger konnten sich auch zwei Oberösterreicher, Hubert Hanghofer (53) als Vizestaatsmeister und Gerhard Litzbauer (30) als Drittplatzierter, direkt für das internationale Kräfte messen der Biersommeliers im Herbst in München qualifizieren.

Der Obmann des Verbandes der Brauereien Österreichs, Sigi Menz, zeigte sich von der Leistung der TeilnehmerInnen beeindruckt: „Die erstmalige Austragung der Biersommelier-Staatsmeisterschaften war ein voller Erfolg und Werbung für die österreichische Braukultur. Das Fachwissen rund um das Lieblingsgetränk der Nation hat mir sehr imponiert.“ Auch die Geschäftsführerin des Brauereiverbandes, Jutta Kaufmann-Kerschbaum, war mit der Veranstaltung mehr als zufrieden: „Einmal mehr haben wir gesehen, daß wir uns zu Recht als Biernation bezeichnen dürfen.“

Ausbildung stark im Kommen

In den letzten Jahren ist die Zahl der Biersommeliers international und vor allem im deutschsprachigen Raum stark gestiegen.

Einen großen Beitrag hierzu hat der Verband der Brauereien Österreichs geleistet, der schon 2006 mit dem Ausbildungs Angebot in Form einer dreistufigen Biersommelier-Ausbildung, die dem ausdrücklichen Wunsch von Wirtschaft und Gastronomie nach einem qualitätsgesicherten Bildungsangebot Rechnung trägt, den Grundstein für das neue Berufsbild des Biersommeliers gelegt hat. Seither kann an diversen österreichischen Landesberufs- und berufsbildenden höheren Schulen die Prüfung zum „Bier-Jungsommelier“ abgelegt werden. Darauf aufbauend sind der „Biersommelier“ sowie der „Diplom-Biersommelier“ als höchste Ausbildungsstufe zu erreichen. Neben Berufschancen im Bierjournalismus oder Biermarketing winken Führungspositionen im Hotel- und Gastgewerbe, Getränke- und Bierhandel sowie in Brauereien.

Der Biersommelier ist ein Fachmann für Bier – professionelles Kellermanagement, Einkauf, Lagerung, Schankhygiene, Kalkulation, Verkauf und fachgerechter Service zählen zu den Aufgabengebieten dieser Professionisten. Schließlich kommt dies dem gastronomischen Betrieb zu Gute, steht doch das Wohlbefinden des Gastes allem voran. ■ <http://www.bierserver.at>

Eat & Meet

Zum 5. Mal bringt das Kulinarikfestival Eat & Meet Gaumenfreuden, Gustostückerln und Geheimtipps der Gastronomen der Salzburger Altstadt auf den Tisch.



Fotos: Altstadt Salzburg Marketing / Wildbild

Haubenchef Sepp Schellhorn empfängt im Restaurant m32 hochkarätige Gäste beim Salon Weitblick.

Ein ganzen Monat lang steht bei über 80 Veranstaltungen in rund 30 verschiedenen Locations Essen, Trinken & gemütliches Beisammensein im Mittelpunkt. Egal ob ein explosives Frühstück mit Magic Chemistry Show, ein Marktrundgang mit dem Haubenchef, oder ein Blick hinter die Kulissen eines Gourmetrestaurants - auch dieses Jahr heißt es wieder: kein Eat ohne Meet!

Bereits nach der feierlichen Eröffnung durch Bürgermeister Heinz Schaden am 28. Feber ist ein abwechslungsreiches Programm garantiert. So zeigen zum Beispiel die Bachmann Buam im Braugasthof Krimpelstätter am 1. März bei alten Pinzgauer Gerichten eine magische Filmerzählung von Wolfram Paulus, und Haubenchef Sepp Schellhorn lädt am 6. März im m32 zur Diskussionsrunde „Salon Weitblick“ mit dem Titel „Wohin entwickelt sich unsere Ernährung?“.

Bei Women @ the Bar, einem Abend von Frauen für Frauen am Internationalen Frauentag am 8. März im Weinarchiv des arthotel Blaue Gans, werden bei Musik und Hausgemachtem aus der Speisenmanufaktur die besten Tropfen der Gewinnerinnen des Vereins „11 Frauen und ihre Weine“ verkostet.

Einen Höhepunkt des Festivals bildet Genuss.Pur, der Genuss.Markt in den Ka-



Marius Kneyder wird bei »Women @ the Bar« das ausschließlich weibliche Publikum mit Hausgemachtem aus der Speisenmanufaktur verwöhnen.

vern 1595 (Gstättengasse 27-29), am Samstag, 9. und Sonntag, 10. März (Sa 11 bis 20 Uhr, So 10 bis 17 Uhr). Ausgewählte ProduzentInnen präsentieren hochwertige Öle und Essige, erstklassigen Käse, regionale Kräuterprodukte, biologische Blütensirupe, sowie Pestos, Chutneys und Konfitüren aus heimischen und exotischen Zutaten. Besonderes Highlight: Ein Maler der Porzel-

lanmanufaktur Herend führt an beiden Tagen die Kunstfertigkeit der Porzellanmalerei live vor.

Außerdem laden Verkostungen von österreichischen Weinspezialitäten, eine Auswahl an Büchern zu den Themen Küche und Kulinarik, einige anregende Tischkultur-Inszenierungen zum Verweilen ein. ■

<http://www.salzburg-altstadt.at>

Gold für Kolonovits

Kulturministerin Claudia Schmied überreichte dem Ausnahmemusiker Christian Kolonovits das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Sie vertreten die Kunst des Populären auf Höchstem Niveau.“ Mit diesen Worten begrüßte Kulturministerin Claudia Schmied am 19. Feber Christian Kolonovits, einen der vielseitigsten Musiker Österreichs, zur Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens.

„Was verbindet Wolfgang Ambros, Maria Bill, STS, Placido Domingo, Elina Garanca, Peter Patzak, Xaver Schwarzenberg, Boney M. und die Scorpions?“, fragte die Ministerin am Anfang ihrer Rede. „Sie haben als Mitgestalter des Austro-Pop alle namhaften Interpreten in der österreichischen Popkultur wie in der Hochkultur produziert. Was Sie, sehr geehrter Herr Kolonovits, für die Musik geleistet haben, läßt sich nicht auf ein paar Zahlen reduzieren, obwohl ich hier zwei zitieren möchte: Produzent von 300 Musikprojekten und ausgezeichnet mit 70 Gold- und Platin-Awards“, so Schmied weiter, die sich folgend auf einige wenige Beispiele für Kolonovits' Kreativität beschränkte, „die ich persönlich gehört und gesehen habe wie Ihre Arbeit mit der englischen Kultband Tiger Lillies für das Bühnenstück ‚Woyzeck & The Tiger Lillies‘ im Museumsquartier. ‚Die Weberischen‘ von Felix Mitterer und den Tiger Lillies unter Ihrer musikalischen Leitung erhielten einen ‚Nestroy‘ für diese Produktion. Als Komponist schrieben Sie auch eine Oper für Kinder: Sie heißt ‚Antonia und der Reißteufel‘ und wurde in der Wiener Volksoper erfolgreich aufgeführt.“ Sie selbst habe sie gesehen, und das nicht nur einmal.

„Christian Kolonovits komponiert sich nicht nur in die Musikgeschichte Österreichs, sondern, was noch wichtiger ist, er schreibt sich mit den Melodien in die Herzen seines Publikums, das weit über Österreich hinausreicht“, so Schmied weiter.

„Für Sie ist das Genre des Cross Over mehr als eine stilistische Zusammenführung von unterschiedlichen Arten der Musik. Sie bringen Musik auf den Punkt“, schloß die Kulturministerin.

In seiner Laudatio zeichnete Historiker und Opernexperte Peter Dusek kursorisch den Lebensweg von Kolonovits vom „kleinen Knirps“ zum international gefragten Musiker nach. So habe insbesondere sein Musiklehrer im Gymnasium das Talent des späteren Vorzeigemusikers frühzeitig er-



Kulturministerin Claudia Schmied und Christian Kolonovits nach der Verleihung

kannt und nach Kräften gefördert. „Christian Kolonovits ist ein Brückenbauer. Ein Träumer von einer besseren Welt“, sagte Dusek. „Und einer auf den niemand böse sein kann“, fügte er augenzwinkernd an.

Der sichtlich gerührte Ehrengast bedankte sich für die Ehrung. Seine Musik betrachte er wie einen Spiegel, den man sich vorhalten kann. „Ich sehe meine Musik in den Herzen der Menschen. Musik bildet uns, lehrt uns leben und lieben“, so Kolonovits.

Christian Kolonovits wurde 1952 in Rechnitz im Burgenland geboren. Bereits mit fünf Jahren erhielt er Klavierunterricht. Nach der Matura studierte Kolonovits an der

Wiener Musikhochschule Klavier, Cello und Komposition. Als Komponist und Produzent bekannter Größen wie Wolfgang Ambros, Maria Bill oder Ludwig Hirsch ist er eine prägende Figur des Austropop. Aber auch mit VertreterInnen des „schweren Fachs“ arbeitet er zusammen, etwa Placido Domingo, Jose Carreras oder Kiri Te Kanawa. In den 1990er-Jahren verlagerte er seinen musikalischen Schwerpunkt auf symphonische Produktionen. Legendär sind seine Kooperationen mit den Berliner Philharmonikern oder den Wiener Symphonikern. In den vergangenen Jahren erweiterte Kolonovits sein Repertoire auf Bühnenmusik und Oper. ■

<http://www.kolonovits.com>



Foto: HBF / Julia Weichselbaum

Gold für Hellsberg

Clemens Hellsberg, erster Geiger und Vorstand der Wiener Philharmoniker, wurde mit dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien ausgezeichnet.

In seiner Rede hob Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny die Bedeutung des „weltbesten Orchesters“ für Österreich und die Welt hervor: „Clemens Hellsberg ist seit 1997 Vorstand der Wiener Philharmoniker und ist als solcher auch Organisator, Manager, Diplomat, Interessensvertreter, manchmal auch Politiker, vor allem aber Künstler, Musiker und Lehrer“. In seiner Rede bezog er auch auf die in den Medien diskutierte Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des Orchesters Stellung: „Clemens Hellsberg hat als Historiker einen wesentlichen Beitrag zu dieser Aufarbeitung geleistet und in seinem Buch publiziert. Wer sich mit Geschichte auseinandersetzt, der weiß, daß das ein Prozeß ist, bei dem man immer wieder auf neue Erkenntnisse stößt.“

Maestro Franz Welser-Möst, Generalmusikdirektor der Wiener Staatsoper, hielt die Laudatio. Die Musik, wie könnte es auch anders sein, wurde von einem philharmonischen Quartett mit Dieter Flury, Dominik und Benedikt Hellsberg sowie Robert Bauerstatter dargeboten.

„Clemens Hellsberg hat als längst dienender Vorstand dieses weltweit einzigartigen Orchesters mehr für diese Stadt gemacht, als man meinen könnte“, betont Laudator Franz Welser-Möst. Alle Mitglieder des Orchesters seien „musikalische Marathonläufer“, die jeden Abend auf Olympianiveau agieren; das gelte umso mehr für den Vorstand, der über die musikalischen Leistungen hinaus auch organisatorische zu erbringen habe.

Clemens Hellsberg bedankte sich sichtlich bewegt: Er arbeite dafür, den Status Wiens als Welthauptstadt der Musik aufrecht zu erhalten. Die Ehrung aber gebühre nicht ihm allein, er stehe in der Mitte – in der Mitte des Orchesters, in der Mitte eines Teams.

Clemens Hellsberg wurde 1952 in Linz geboren. Seinen ersten Violinunterricht erhielt er im Alter von fünf Jahren bei seinem Vater, Eugen Hellsberg. Ab 1971 studierte er an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien Violine bei Eduard Melkus und Alfred Staar. Daneben absolvierte er ein Studium der Musikwissenschaft an der Universität Wien. 1980 promovierte er mit einer



Foto: PID / Alex Halada

Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny (l.) überreicht Clemens Hellsberg das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

Dissertation über den Violinisten Ignaz Schuppanzigh zum Dr. phil.

1976 begann Hellsberg seine Tätigkeit in den 2. Violinen im Orchester der Wiener Staatsoper, übersiedelte ein Jahr später zu den 1. Violinen und wurde 1980 in den Verein Wiener Philharmoniker zu den 1. Violinen übernommen. Im selben Jahr wurde er zum Archivar des Historischen Archivs des Orchesters bestellt. Von 1990 bis 1993 und von 1996 bis 1997 war Hellsberg Vizevorstand der Wiener Philharmoniker, bis er 1997 schließlich zum Vorstand gewählt wurde. Diese Funktion hat er bis zum heutigen Tag inne.

Darüber hinaus ist Hellsberg noch als Buchautor in Erscheinung getreten. Der Band „Demokratie der Könige“, eine Geschichte

der Wiener Philharmoniker, aus dem Jahr 1992, wurde zu einem viel verkauften Standardwerk über das Orchester.

Als „Trio Hellsberg“ treten Clemens Hellsberg und seine beiden Söhne Dominik und Benedikt mit Kammermusik auf.

2002 wurde Clemens Hellsberg der Berufstitel „Professor“ verliehen. 2012 wurde er als erstes Mitglied der Wiener Philharmoniker durch die Israelitische Kultusgemeinde Wien für seine Initiativen zur kritischen Aufarbeitung der Geschichte des Orchesters in der NS-Zeit und der Auseinandersetzung mit dem Thema in Veranstaltungen, Symposien und Vorträgen mit der „Marietta und Friedrich Torberg Medaille“ ausgezeichnet. ■

Universität Wien startet ihren ersten Satelliten

Am 25. Feber um 13.22 Uhr starteten die Satelliten UniBRITE für die Universität Wien und BRITE-Austria für die TU Graz vom südindischen Dhawan Space Centre ins All. Mit dieser Forschungsmission ist Österreich erstmals Satelliten-Startland.

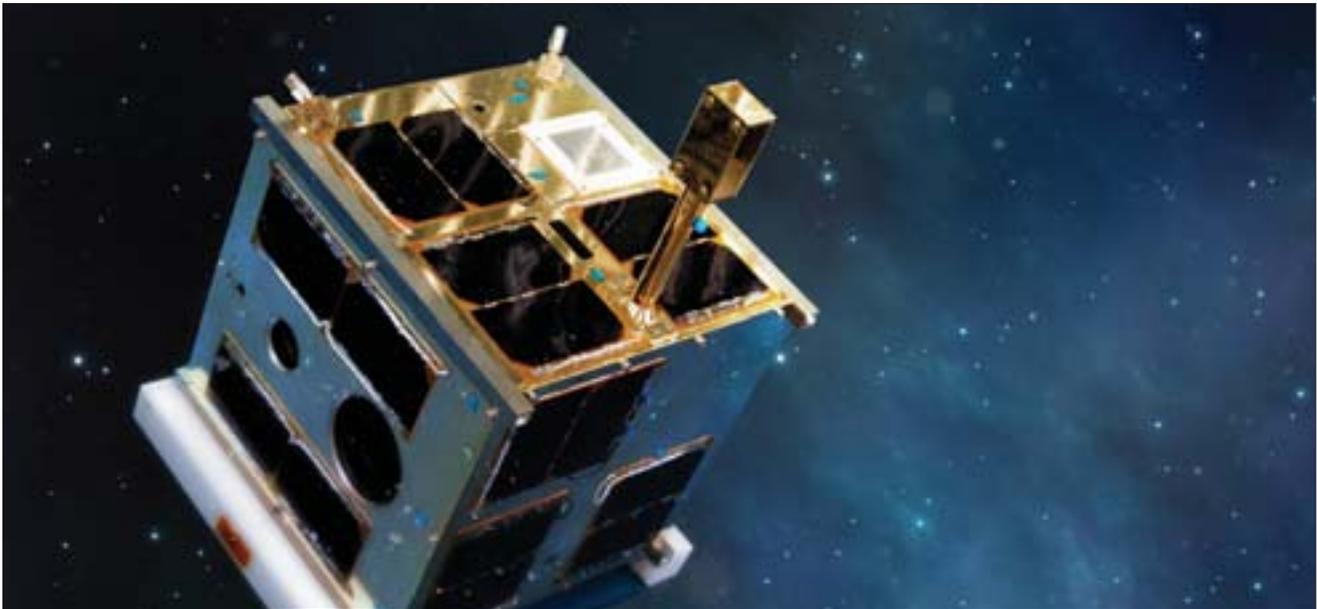


Foto: Universität Wien

UniBRITE von der Universität Wien ist einer von sechs Nanosatelliten, der am 25. Feber seine Mission ins All startete.

Die beiden österreichischen Satelliten – UniBRITE für die Universität Wien und BRITE-Austria für die TU Graz – starteten mit Hilfe der indischen Weltraumagentur ISRO ihre Mission ins All. Mit dabei ist ein neues Diagnoseverfahren zur Erforschung der Struktur von hellen, massereichen Sternen, das die Universität Wien auf dem Gebiet der Asteroseismologie international positioniert. UniBRITE ist Teil von BRITE-Constellation, einem weltweiten Forschungsprojekt mit sechs baugleichen Satelliten – paarweise aus Österreich, Kanada und Polen.

„BRITE steht für BRiGht Target Explorer, und es handelt sich dabei um 20 cm lange und 8 kg schwere, würfelförmige Nanosatelliten. UniBRITE wurde unter Beteiligung des Instituts für Astronomie der Universität Wien am kanadischen Space Flight Laboratory der Universität Toronto entwickelt und gebaut“, erklärt Werner W. Weiss, UniBRITE-Projektleiter und Astrophysiker an der Universität Wien. Parallel dazu wurde an der TU Graz mit dem Bau von BRITE-Austria begonnen, dem ersten in Österreich konstruierten Satelliten und Zwilling von UniBRITE.

Neue Diagnostik in der Sternentwicklung

Wissenschaftlich neu ist, daß durch die Verfügbarkeit von zwei Nanosatelliten in der „Zwei-Farben-Option“ geforscht werden kann. Durch den Einbau von speziellen Filtern wird UniBRITE die Sterne im roten Farbbereich erforschen, BRITE-Austria im blauen. Aufgrund der Mehrfarboption werden geometrische und thermische Effekte in der Analyse der beobachteten Phänomene getrennt. Die wesentlich größeren Satelliten, wie MOST und CoRoT, haben beide nicht diese Farboption, welche für die Diagnostik des inneren Aufbaus von Sternen äußerst hilfreich ist. „Dieses Novum war ausschlaggebend, daß sich Polen und Kanada dem Projekt BRITE-Constellation angeschlossen haben und ebenso jeweils ein Paar BRITE-Satelliten zur Verfügung stellen. Somit startete das erste Paar von insgesamt sechs, fast baugleichen Nanosatelliten“, ergänzt Rainer Kuschnig, Astrophysiker der Universität Wien sowie Instrument- und Mission Scientist des UniBRITE-Projektes.

BRITE-Constellation hat die Erforschung der Entwicklungsgeschichte und Struktur massereicher Sterne zum Ziel, und die betei-

ligten WissenschaftlerInnen hoffen, wichtige Erkenntnisse in bezug auf unser Sonnensystem zu erlangen. Weiters wird die Rolle von stellaren Winden im interstellaren Materiekreislauf genauer untersucht und versucht, über Pulsation von Sternen mit Hilfe der Asteroseismologie das Alter und die Entwicklung dieser Sterne zu bestimmen. BRITE-Constellation hat auch noch ungelöste Probleme im Visier: die Bestimmung der Größe von konvektiven Kernen von Sternen, der Einfluß von Rotation des Sterns auf dessen Entwicklung und die Wechselwirkungen mit dem stellaren Magnetfeld.

Daten mit noch nie dagewesener Quantität und Präzision

BRITE-Constellation wird Sternschwingungen und Temperaturvariationen von Sternflecken bei massereichen Objekten messen. Diese hellen Sterne – 534 insgesamt – sind mit freiem Auge in einer klaren, dunklen Nacht sichtbar. Bei rund 8.000 lichtschwächeren Sternen werden mit etwas geringerer Genauigkeit ebenfalls Helligkeitsschwankungen gemessen. Ziel ist es, etwa zehn helle und 100 schwächere Sterne

Wissenschaft & Technik

zu photometrieren – also zu messen. Die gewonnenen Daten werden eine Quantität und Präzision aufweisen, wie sie bislang für helle Sterne noch nicht vorliegen.

Eigenschaften von Sternen mit hoher und mittlerer Masse

Die Ziele von BRITE-Constellation sind die Untersuchung von hellen Sternen mit mittlerer bis hoher Masse in den unterschiedlichen Entwicklungsphasen: von der Kondensation aus dem interstellaren Medium, dem Beginn des Wasserstoffbrennens, bis hin zur Entwicklung zu (Roten) Riesen und dem Verglühen der Sterne. Massereiche Sterne sind heißer, entwickeln sich schneller und sterben früher. Sie haben eine große Leuchtkraft und sind sehr wichtig für die Ökologie des Universums, da sie in ihrer Endphase als Supernova sehr viel Masse verlieren. Das interstellare Medium wird dadurch mit Metallen angereichert und diese sind wiederum Voraussetzung für die Entstehung von Sternen, Planeten und letztlich

auch für die Bildung von Leben. Sterne mit mittlerer Masse verglühen nicht als Supernova, sondern bilden mit ihrer äußeren Hülle sogenannte planetarische Nebel. Am Ende ihrer Entwicklung, wenn das nukleare Brennen im Kern der Sterne zu Ende geht, reichern auch sie das interstellare Medium mit Metallen an und sie erlauben zu untersuchen, wie sich unsere Sonne im Laufe ihrer Entwicklung verändert hat und noch verändert wird.

Start in Indien am 25. Februar

UniBRITE und BRITE-Austria wurden am 25. Feber, 18.22 Uhr Ortszeit, durch die indische Weltraumorganisation ISRO vom südindischen Dhawan Space Centre aus in eine 800 km über der Erde führende Umlaufbahn gebracht, die die Satelliten entlang der Tag-Nachtgrenze in 101 Minuten die Erde umkreisen läßt. Nach einem geglückten Start beträgt die Lebensdauer eines Satelliten mindestens zwei Jahre, es sind aber auch zehn Jahre und darüber möglich.

Drei Bodenstationen in Österreich

In Österreich werden drei Bodenstationen Kontakt zu den Satelliten haben. Das Koordinationszentrum wird an der TU Graz eingerichtet, unterstützt wird dieses von zwei zusätzlichen Bodenstationen auf dem Dach der Universitätssternwarte und der Technischen Universität Wien.

Datenauswertung der BRITE-Constellation

Die erwarteten photometrischen Daten werden eine Reihe von Fragen beantworten, aber auch neue aufwerfen. Zu deren Bearbeitung sind Zusatzbeobachtungen erforderlich, die mit klassischen Hilfsmitteln von Bodenobservatorien aus gewonnen werden können.

Geleitet werden diese Aktivitäten von Konstanze Zwintz, die über Jahre am Institut für Astronomie der Universität Wien geforscht hat und derzeit an der Universität Leuven, Belgien, arbeitet. ■

<http://www.brite-constellation.at>

Neueste Teilchendetektoren im Blick

300 Teilnehmer bei weltweit größter Konferenz über Teilchendetektoren in Wien

Die weltweit bedeutendste Konferenz über Teilchendetektoren, die Vienna Conference on Instrumentation (VCI), ging am 15. Feber zu Ende. Rund 300 Teilnehmer aus 25 Ländern diskutierten neueste Entwicklungen und Anwendungen auf diesem Gebiet. Die vom Institut für Hochenergiephysik (HEPHY) der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW) gemeinsam mit dem Atominstitut der Österreichischen Universitäten organisierte Konferenz wurde bereits zum 13. Mal in Wien abgehalten.

Im Mittelpunkt der rund 100 Vorträge und über 100 Posterpräsentationen standen neue Detektorentwicklungen in der Teilchenphysik, der Astroteilchenphysik, der Nuklearphysik sowie die entsprechenden Entwicklungen in Elektronik und Software. Parallel zur Konferenz fand auch eine Industrieausstellung statt.

Anwendungen in der Medizin

„Auffallend ist dieses Jahr, daß es neben der Weiter- und Neuentwicklung von Detektoren für Experimente der Teilchen- und Astroteilchenphysik eine immer größere Zahl an Konferenzbeiträgen gibt, die Anwendungen dieser Detektoren in der Medizin beschreiben. Es ist erfreulich, daß diese



Foto: Vienna Conference on Instrumentation

Rund 300 Teilnehmer aus 25 Ländern diskutierten in Wien neueste Entwicklungen und Anwendungen auf dem Gebiet der Teilchendetektoren.

Entwicklungen für die Grundlagenforschung bereits einen direkten Nutzen für den Menschen bringen“, resümiert der Vorsitzende des Organisationskomitees, Manfred Kramer vom ÖAW-Institut für Hochenergiephysik.

Die erste Konferenz dieser Serie wurde 1978 vom HEPHY unter dem Namen „Wire Chamber Conference“ organisiert. Seitdem treffen einander alle drei Jahre Experten für Teilchendetektoren in Wien.

HEPHY: Bedeutende Beiträge zu internationalen Experimenten

HEPHY selbst ist derzeit wesentlich an einem Experiment bei CERN (CMS am LHC-Collider) beteiligt. Ferner wurden und werden bedeutende Detektorkomponenten zum Belle-Experiment bei KEK (Japan) beigesteuert. Ebenso wird bereits an technologischen Entwicklungen für den nächsten Teilchenbeschleuniger (International Linear Collider, ILC) gearbeitet. ■

Neues Material verspricht bessere Solarzellen

Aus einer erst kürzlich entdeckten Materialklasse läßt sich eine neue Form von Solarzellen herstellen, fand ein Forschungsteam der TU Wien heraus.

Atom für Atom stellt man sie her, um ganz bestimmte Materialeigenschaften zu erzielen: Geschichtete Sauerstoff-Heterostrukturen sind eine neue Klasse von Materialien, die seit einigen Jahren großes Aufsehen in der Materialwissenschaft erregen. Ein Forschungsteam an der TU Wien konnte nun gemeinsam mit Kollegen aus den USA und Deutschland zeigen, daß sich daraus eine ganz neue, effizientere Klasse von ultradünnen Solarzellen bauen läßt. Die Forschungsergebnisse wurden nun im Journal „Physical Review Letters“ veröffentlicht.

„Einzelne Atomlagen aus unterschiedlichen Sauerstoff-Verbindungen werden übereinandergeschichtet. Dabei entsteht ein Material, das ganz andere elektrische Eigenschaften haben kann, als die einzelnen Sauerstoff-Verbindungen alleine hätten“, erklärt Prof. Karsten Held vom Institut für Festkörperphysik der TU Wien. Um Materialvarianten mit präzise maßgeschneiderten Eigenschaften herstellen zu können, werden diese Strukturen in Computersimulationen untersucht. Dabei erkannte man an der TU Wien nun, welches Potential diese Strukturen für die Herstellung von Solarzellen haben.

Strom aus Licht

Das Grundprinzip der Solarzelle ist der photoelektrische Effekt, dessen einfachste Variante schon 1905 von Albert Einstein erklärt wurde: Wenn ein Lichtteilchen absorbiert wird, kann das dazu führen, daß Elektronen ihren Aufenthaltsort verlassen und elektrischer Strom zu fließen beginnt. Wird ein Elektron von seinem Platz entfernt, bleibt eine positiv geladene Stelle zurück, ein sogenanntes „Loch“. Sowohl die negativ geladenen Elektronen als auch die positiv geladenen Löcher können zum Stromfluß beitragen.

„Wenn in einer Solarzelle allerdings Elektron und Loch nicht als Strom abtransportiert werden, sondern sich wieder vereinigen, dann ist alles wieder wie vorher – die Energie kann nicht genutzt werden“, erklärt Elias Assmann, der einen großen Teil der aufwendigen Computersimulationen an der

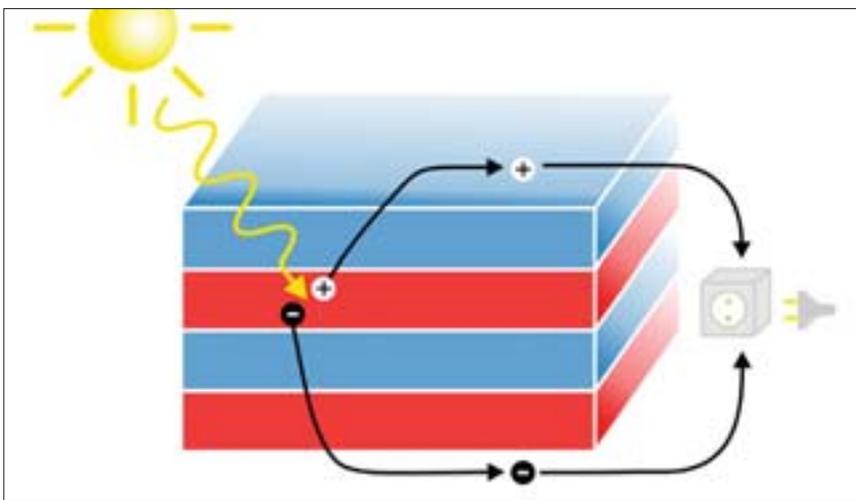


Foto: TU Wien

Sonnenlicht wird in der geschichteten Struktur in elektrischen Strom umgewandelt.

TU Wien durchführte. „Der entscheidende Vorteil des neuen Materials ist: Hier herrscht auf mikroskopischen Größenordnungen ein starkes elektrisches Feld, das Elektronen und Löcher in entgegengesetzte Richtungen voneinander fortreibt.“ Das steigert die Effizienz der Solarzelle.

Eigentlich handelt es sich bei den Sauerstoff-Verbindungen, aus denen die neuen Materialien bestehen, um Isolatoren. Wenn man Schichten zweier geeigneter Isolatoren aufeinanderpackt, entwickelt das Material an den Grenzflächen oben und unten erstaunlicherweise metallische Eigenschaften und leitet elektrischen Strom. „Das ist für uns von großer Bedeutung: Dadurch kann man oben und unten die elektrischen Ladungsträger sehr einfach ableiten und Strom fließen lassen“, sagt Karsten Held. Bei herkömmlichen Solarzellen aus Silizium muß man leitende Drähte aus Metall anbringen, um den Strom abzuführen – dadurch versperrt man aber einem Teil des Sonnenlichts den Weg ins Innere der Solarzelle.

Nicht alle Photonen werden von einer Solarzelle gleich effizient in elektrischen Strom umgewandelt. Für unterschiedliche Lichtfarben sind jeweils unterschiedliche Materialien besonders gut geeignet. „Bei den Oxid-Heterostrukturen kann man passende Eigenschaften erzielen, indem man

geeignete chemische Elemente auswählt“, erklärt Prof. Peter Blaha vom Institut für Materialchemie. In den Simulationsrechnungen analysierte das Team Oxid-Schichten mit Lanthan und Vanadium, weil die dadurch aufgebauten Materialien besonders gut zur Strahlung der Sonne passen. „Es ist sogar möglich, verschiedene Schichttypen zu kombinieren, sodaß unterschiedliche Lichtfarben optimal in unterschiedlichen Materialschichten in Strom verwandelt werden können“, sagt Elias Assmann.

Nächster Schritt: Praxistest

Unterstützt wurde das Team der TU Wien bei den Forschungen von Satoshi Okamoto vom Oak Ridge National Laboratory in Tennessee (USA) und von Prof. Giorgio Sangiovanni, einem ehemaligen Mitarbeiter der TU Wien, der nun an der Universität Würzburg forscht. In Würzburg sollen die neuen Solarzellen nun auch gebaut und getestet werden. „Die Produktion der Solarzellen aus Oxid-Schichten ist aufwendiger als bei herkömmlichen Solarzellen aus Silizium. Doch zumindest dort, wo besonders hohe Energie-Effizienz oder minimale Dicke gefragt ist, sollten die neuen Strukturen die bisherigen Silizium-Zellen ersetzen können.“, ist Karsten Held zuversichtlich. ■

<http://www.tuwien.ac.at>

Neues Verständnis zur Entstehung von Diabetes Typ 2

Mechanismus für die Entstehung von Typ 2 Diabetes entdeckt – Protein hemmt die Wirkung von Insulin – Tiroler Erkenntnis verbessert Prävention und Therapie

Acht Prozent der Bevölkerung sind in Österreich von der Stoffwechselstörung Diabetes Mellitus Typ 2 betroffen, rund 2500 Typ 2-DiabetikerInnen werden derzeit an der von Prof. Herbert Tilg geleiteten Univ.-Klinik für Innere Medizin I betreut. Über die letzten 20 Jahre hat sich die Häufigkeit des Diabetes Mellitus Typ 2 verdoppelt. Als Folge von falscher Ernährung und Übergewicht ist der Typ 2 Diabetes weltweit zu einer Massenerkrankung mit weitreichenden Folgen geworden – für die PatientInnen wie für das gesamte Gesundheitssystem.

Fortschritt für Prävention und Therapie

ForscherInnen um Prof. Stefan Kiechl und Prof. Johann Willeit von der Innsbrucker Univ.-Klinik für Neurologie, Univ.-Prof. Herbert Tilg (Univ.-Klinik für Innere Medizin I) und Prof. Georg Schett von der Universität Erlangen konnten nachweisen, daß das Knochenumbauprotein RANKL entscheidend an der Entwicklung der Zuckerkrankheit mitbeteiligt ist. RANKL aktiviert den relevanten „Entzündungsschalter“ in der Leber, wodurch das Hormon Insulin seine Wirkung verliert. „Gelingt es, in diesen Prozeß gezielt mit Medikamenten einzugreifen, könnte die Entstehung von Diabetes Mellitus 2 verhindert bzw. eine nachhaltige Normalisierung des Blutzuckerspiegels erreicht werden“, betonen die Tiroler Forscher Kiechl, Tilg und Schett.

RANKL ist ein Protein, das nicht nur im Knochenstoffwechsel, sondern auch in der Entstehung von Gefäßverkalkungen eine relevante Rolle spielt. Auch Leberzellen sind empfänglich für die Aktivität von RANKL – ein Umstand, der das Interesse des Tiroler Forschungsteams weckte. RANKL führt zur Insulinresistenz sowie zu einer Entzündung und Verfettung der Leber. Hierbei nimmt der Transkriptionsfaktor NF-κB, der als zentraler Entzündungsschalter eine Aktivierung von Entzündungsgenen im Zellkern bewirkt, eine wichtige Rolle ein. „RANKL ist ein besonders starker Stimulator von NF-κB und könnte damit eine bislang nicht bekannte Rolle in der Entstehung des Diabetes Mellitus Typ 2 spielen“, so Erstautor Prof.



Foto: Medizinische Universität Innsbruck/ MUI

v.l.: ao.Univ.-Prof. Johann Willeit, Univ.-Prof. Herbert Tilg, Rektor Univ.-Prof. Herbert Lochs, Univ.-Prof. Georg Schett und ao.Univ.-Prof. Stefan Kiechl

Kiechl. Die Ergebnisse der Forschungsarbeit wurden aktuell von der führenden Fachzeitschrift *Nature Medicine* veröffentlicht.

Daten-Ressource Bruneck-Studie

Der erstmalige Nachweis, daß RANKL den Transkriptionsfaktor NF-κB in der Leber stimuliert und so die Entwicklung der Insulinresistenz in der Leber forciert, wurde epidemiologisch und experimentell erbracht. Dabei wurde die Konzentration von RANKL im Blut von fast 1000 TeilnehmerInnen der Bruneck-Studie gemessen. Bei dieser Untersuchung zeigte sich, daß Personen mit hohem RANKL-Spiegel, unabhängig von Geschlecht und Alter, ein deutlich erhöhtes Risiko aufwiesen Diabetes Mellitus Typ 2 zu entwickeln. Bei der Bruneck-Studie handelt es sich um eine seit 22 Jahren laufende Langzeitbeobachtung von zufällig ausgewählten Einwohnern der Stadt Bruneck in Südtirol, die auf die Erforschung der Ursachen von Herzinfarkt und Schlaganfall, Diabetes, Osteoporose und Erkrankungen des Nervensystems abzielt. Initiiert wurde diese Studie von Prof. Johann Willeit von der Univ.-Klinik für Neurologie und dem Brunecker Forschungsteam um Prof. Friedrich Oberholzer.

Die epidemiologischen Daten aus Bruneck wurden von den ForscherInnen durch

mehrfährige Laborarbeit bestätigt. Es konnten die zellulären Mechanismen und Wege, die zum Auftreten der Zuckerkrankheit führen, aufgeklärt werden. Hierfür wurde die RANKL-Aktivierung in der Leber spezifisch gehemmt und dadurch eine Normalisierung des Blutzuckerspiegels erreicht. „Die Laboruntersuchungen bestätigen, daß das Protein RANKL ein großes Potential für künftige Therapieansätze aufweist“, so Prof. Schett.

Schon bald ein Medikament gegen Diabetes mellitus Typ 2?

Seit kurzem ist bekannt, daß das weitläufig eingesetzte Diabetesmedikament Metformin die RANKL Aktivität beeinflusst. Jetzt gilt es, spezifische Medikamente gegen RANKL zur Behandlung der Zuckerkrankheit zu entwickeln und zu testen. Bei der Osteoporose wird die RANKL-Aktivität bereits erfolgreich mittels Antikörper vermindert. Dieser „Startvorteil“ könnte für künftige Medikamenten- und Interventionsstudien genutzt werden und deren Durchführung wesentlich beschleunigen. „Eine zugelassene Medikation zur Vorbeugung oder Therapie des Diabetes Mellitus Typ 2 könnte schon in wenigen Jahren Realität sein“, zeigen sich die Tiroler Forscher zuversichtlich. ■

<http://www.i-med.ac.at>

Christian Doppler Labor in Krems

Ein Christian Doppler Labor, das sich mit innovativen Therapieansätzen in der Sepsis beschäftigt, wurde am 25. Jänner an der Donau-Universität Krems eröffnet.

In Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern aus Wissenschaft und Wirtschaft sollen in den nächsten sieben Jahren vor allem neue Angriffspunkte für Therapiemöglichkeiten bei Sepsis erforscht werden. Die Eröffnung des Labors erfolgte gemeinsam mit VertreterInnen der Donau-Universität Krems, der Christian Doppler Forschungsgesellschaft, der Industrie und der Politik.

Sepsis ist gekennzeichnet durch eine außer Kontrolle geratene Entzündungsreaktion des Körpers als Antwort auf eine Infektion. Bislang existieren keine zielgerichteten Therapien gegen die Erkrankung, die jährlich etwa 1,5 Millionen Menschen weltweit betrifft und an der ungefähr 500.000 Personen versterben. „Wir wollen mit unseren Forschungsarbeiten zur Entwicklung neuer Therapieansätze bei Sepsis beitragen“, sagte Univ.-Prof. Viktoria Weber, Laborleiterin und Geschäftsführende Vizerektorin der Donau-Universität Krems, bei der Eröffnung. Sie dankte in ihrer Rede unter anderem den KollegInnen der Donau-Universität Krems, allen voran dem Leiter des Departments für Gesundheitswissenschaften und Biomedizin und des Zentrums für Biomedizinische Technologie, Univ.-Prof. Dieter Falkenhagen, für dessen Pionierleistungen im Bereich der extrakorporalen Blutreinigung, den Firmenpartnern Fresenius Medical Care sowie der Anagnostics Bioanalysis GmbH, den wissenschaftlichen KooperationspartnerInnen, den VertreterInnen der Christian Doppler Forschungsgesellschaft und dem Land Niederösterreich.

Das CD-Labor für Innovative Therapieansätze in der Sepsis ist bereits die zweite von der Christian Doppler Forschungsgesellschaft an der Donau-Universität Krems bewilligte Forschungseinheit. Unter der Leitung von Professor Falkenhagen wurde von 1999 bis 2005 im CD-Labor für Spezifische Adsorptionstechnologien in der Medizin mit dem Firmenpartner Fresenius unter anderem die Technologie für ein Leberunterstützungssystem entwickelt. „Dieses CD-Labor, das erste im Bereich Life Sciences überhaupt, war wichtig für den gesamten Standort Krems und bildet die Basis für vieles, das nachfolgend entstanden ist. Mit dem neuen Labor möchten wir nun den Forschungsar-



Foto: DUK / Andrea Reischer

v.l.: Univ.-Prof. Stefan Nehrer, MR Ulrike Unterer, Joachim Rössl (Leiter der Abteilung Wissenschaft und Forschung im Amt der NÖ Landesregierung), Prof. Emanuele Gatti, LR Petra Bohuslav, Univ.-Prof. Viktoria Weber, Univ.-Prof. Dieter Falkenhagen und Gail-Suzanne Brown

beiten im Bereich der Sepsis und der extrakorporalen Therapien einen weiteren Baustein hinzufügen“, erklärte Weber.

Daß CD-Labors ein Garant für exzellente Forschung und höchste wissenschaftliche Qualität sind, betonte MR Ulrike Unterer, Bundesministerin für Wirtschaft, Familie und Jugend und Vizepräsidentin der Christian Doppler Forschungsgesellschaft. „Das Modell der CD-Labors hat sich zu einem international anerkannten Best Practice Modell hinaufgearbeitet“, berichtete Unterer, die dem Team gutes Gelingen wünschte.

„Der Erfolg, ein weiteres Christian Doppler Labor etablieren zu können, zeigt, welche Bedeutung die Forschung im Zentrum für Biomedizinische Technologie hat“, meinte Professor Falkenhagen bei seiner Eröffnungsrede. „Auf dieser Basis wird Krems eines der führenden Zentren weltweit auf dem Gebiet Sepsis werden“, ist Falkenhagen überzeugt. Es sei auch gelungen, am Landesklinikum St. Pölten eine Sepsis Unit zu gründen, wo die Entwicklungen des CD-Labors und des Zentrums für Biomedizinische Technologie in ersten klinischen Studien untersucht werden können.

„Translationsfähige Forschung ist ein wichtiger Punkt an unserer Universität. Nur wenn die Forschung in der Industrie Fuß faßt, kommt sie auch dorthin, wo sie letztlich sein muß“, erklärte Univ.-Prof. Stefan Nehr-

er, Dekan der Fakultät für Gesundheit und Medizin der Donau-Universität Krems. „Wir haben Partner gefunden, die mit uns zusammenarbeiten wollen. Das stellt uns nun vor die Verantwortung, zu einem anwendungsorientierten Ergebnis zu kommen. Beim Krankheitsbild der Sepsis kann man nicht genug unternehmen“, sagte Nehrer.

„Die Zahlen belegen, wie dringend wir neue unterstützende Therapiesysteme benötigen“, unterstrich auch Prof. Emanuele Gatti, Vorstand für die Regionen Europa, Lateinamerika, Nahost und Afrika (EMEA-LA) und verantwortlich für Strategieentwicklung bei Fresenius Medical Care, die Notwendigkeit der anwendungsorientierten Sepsisforschung. „Uns verbindet ein langjähriges Forschungs- und Entwicklungsengagement mit der Donau-Universität Krems. Das Christian Doppler Labor ist ein weiterer Baustein in dieser erfolgreichen Zusammenarbeit“, so Gatti.

Petra Bohuslav, Landesrätin für Wirtschaft, Tourismus, Technologie und Sport, sieht das CD-Labor auch als bedeutsam für die Forschungs-, Technologie- und Innovationsstrategie des Landes Niederösterreich an: „Wir sind sehr stolz, daß wir ein weiteres CD-Labor eröffnen können. Das ist ein Festtag für das Technologieland Niederösterreich“, erklärte Bohuslav. ■

<http://www.donau-uni.ac.at>

BOKU: Science meets Business

Der Raiffeisen Science & Innovation Award ermöglicht es, junge BOKU-WissenschaftlerInnen für exzellente Publikationsleistungen auszuzeichnen und Forschungsvorhaben zu fördern.



Foto: Raiffeisen

v.l.: Vizerektor Josef Glöbl, Vorstandsdirektor Stefan Mayerhofer (RWA), Reinhard Karl, Kommerzkundenvorstand RLB NÖ-Wien, PreisträgerInnen, BM Karlheinz Töchterle, Rektor Martin H. Gerzabek und Agrana Generaldirektor Johann Marihart

Anlässlich der Verleihung des ersten „Raiffeisen Science & Innovation Award“ am 26. Februar, der an exzellente Publikationsleistungen junger ForscherInnen der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) gegangen ist, betonte die BOKU ihre herausragende Rolle im wissenschaftlichen Innovationsprozeß. Im Rahmen der hochkarätig besetzten Veranstaltung im Raiffeisen Forum präsentierte sich die BOKU als leistungsstarke und erfahrene Forschungspartnerin für Unternehmen.

„Die Kombination aus Naturwissenschaften, Technik, Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften macht BOKU-AbsolventInnen zu gesuchten MitarbeiterInnen in Wirtschaft und Forschung“, zeigte sich Rektor Univ.Prof. Martin Gerzabek begeistert. „Umso mehr freut es mich, daß wir mit Agrana, der Raiffeisen-Gruppe NÖ-Wien und Raiffeisen Ware Austria (RWA, Anm.) so hochkarätige Partner gewinnen konnten.“

„Die Stiftung der Preise, mit denen nach Exzellenzkriterien ausgewählte Projekte ausgezeichnet werden, ist ein ausgesprochen positives Beispiel für die Wertschätzung von Grundlagenforschung und ihrer zentralen

Rolle, langfristige Innovationen zu fördern“, gratuliert Wissenschaft- und Forschungsminister Karlheinz Töchterle den PreisträgerInnen.

Die Raiffeisen-Gruppe NÖ-Wien und ihre vielfältigen Beteiligungsunternehmen sind nicht nur wesentliche Arbeitgeber für BOKU-Absolventen, sondern mit ihrem großen Netzwerk auch wichtige Impulsgeber für Wirtschaft und Wissenschaft. „Innovationen halten den Wirtschaftsmotor in Schwung. Um nachhaltige Ideen zu generieren, wird jedoch eine enge Zusammenarbeit von Forschung und Praxis immer wichtiger“, ist Generaldirektor Klaus Buchleitner, Raiffeisen-Holding und RLB NÖ-Wien, überzeugt. „Ich freue mich deshalb besonders, daß wir mit der gemeinsamen Veranstaltung ‚Science meets Business‘ dazu beitragen konnten, den Dialog zwischen Unternehmen und Forschern zu stärken.“

„Die BOKU, die RWA und die Lagerhäuser verfolgen dasselbe Ziel, nämlich Innovationen in die landwirtschaftlichen Betriebe und auf den Acker zu bringen. Aus diesem Grund unterstützen wir seit vielen Jahren verschiedene Projekte und Aktivitä-

ten der BOKU, von denen wesentliche Impulse für den Agrarsektor ausgehen“, so Vorstandsdirektor Stefan Mayerhofer von der RWA Raiffeisen Ware Austria AG.

Innovation, Forschung und Entwicklung stellen für Agrana, als auf Produktinnovation und Technologieoptimierung ausgerichtetes Unternehmen, einen unverzichtbaren Bestandteil der Geschäftsstrategie dar. Um mit Innovation bereits im wissenschaftlichen Umfeld anzusetzen, arbeitet Agrana bereits seit vielen Jahren – unter anderem über die Vergabe von Stipendien – eng mit der Universität für Bodenkultur zusammen. „Wir freuen uns, diese Partnerschaft mit der BOKU nun auch im Zuge des Raiffeisen Science & Innovation Award zu vertiefen“, so Agrana-Generaldirektor Johann Marihart.

„Innovation bedeutet Fortschritt. Hier sehen wir auch eine unserer zentralen Aufgaben als nachhaltiger Partner der Wirtschaft: Wir begleiten Unternehmerinnen und Unternehmer auf ihrem Weg, aus einer innovativen Idee auch ein erfolgreiches Geschäft zu entwickeln“, so Reinhard Karl, RLB NÖ-Wien. „Eine gute Idee ist manchmal spontan geboren, ein komplexer Innovationsprozess

dauert dann aber oft lange. In diesem Zeitraum werden meist verstärkt Ressourcen in Unternehmen benötigt. Wir investieren deshalb vor allem in die Beratungskompetenz unserer Kundenbetreuer, damit sie Zukunftskonzepte der Unternehmen auf Augenhöhe besprechen und z.B. Förderungsmöglichkeiten frühzeitig erkennen.“

Junge BOKU-ForscherInnen ausgezeichnet

Der „Raiffeisen Science & Innovation Award“ ermöglicht es, junge BOKU-WissenschaftlerInnen für exzellente Publikationsleistungen auszuzeichnen und Forschungsvorhaben zu fördern, die zur Stärkung des Innovationspotenzials im ländlichen Raum beitragen und dadurch nachhaltig wirksame Akzente setzen können.

Die PreisträgerInnen

»Raiffeisen Science & Innovation«
Forschungsvorhaben

Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Hermann

Bürstmayr, Institut für Biotechnologie in der Pflanzenproduktion, Department IFA Tulln

»Raiffeisen Science & Innovation«
Publikationspreise

Mag. Dr. Ika Djukic, Institut für Bodenforschung, Department für Wald- und Bodenwissenschaften

DDI Christian Loderer, Umweltbiotechnologie, Department IFA Tulln

Mag. Dr. Franziska Strauss, Institut für Meteorologie, Department Wasser-Atmosphäre-Umwelt

DI Dr. Elisabeth Varga, Analytikzentrum, Department IFA Tulln

DI Benedikt Warth, Analytikzentrum, Department IFA Tulln

Die BOKU im Überblick

Sich heute den Herausforderungen von morgen zu stellen, war schon immer das Leitmotiv der BOKU. 1872 als Hochschule für Land- und Forstwirtschaft gegründet, startete sie mit einigen wenigen Professoren und nur 70 Studierenden. Heute – gut 140 Jahre später – ist die BOKU eine moderne Universität und nimmt als „Universität des Lebens“ eine besondere gesellschaftliche Verantwortung wahr.

Die von der Raiffeisen-Gruppe NÖ-Wien geförderten Themenbereiche „Bewahrung und Entwicklung von Lebensraum und Lebensqualität“, „Management natürlicher Ressourcen und Umwelt“ und „Sicherung von

Ernährung und Gesundheit“ sind wesentliche Forschungsschwerpunkte der BOKU. „Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft und haben hier eine absolute Vorreiterrolle. Die an der BOKU in Forschung und Lehre umfassend bearbeiteten Themen sind den Bedürfnissen der Gesellschaft sehr nahe“, ist sich Rektor Gerzabek der Verantwortung bewußt.

Daß die BOKU in Forschung und Lehre, sowie auch in der Betriebsökologie nachhaltig agiert, zeigt auch das aktuelle Green University Ranking 2012: Hier belegt die BOKU von weltweit 215 Plätzen den 21. Platz und ist somit nicht nur die am nachhaltigsten agierende Universität in Österreich, sondern im gesamten deutschsprachigen Raum. ■
<http://www.boku.ac.at>

Maskierte Schimmelpilzgifte TU-Wien und BOKU kooperieren erfolgreich

Ein wichtiger Forschungserfolg für die Lebensmittelsicherheit: Als Resultat der erfolgreichen Kooperation zwischen TU Wien und BOKU ist es gelungen, jene Stoffwechselprodukte im Labor herzustellen, die Pflanzen, Tiere und Menschen aus Schimmelpilzgiften erzeugen. Diese Arbeit wurde kürzlich mit dem Best Paper Award 2012 des World Mycotoxin Journals ausgezeichnet.

Ob wir wollen oder nicht: Getreideprodukte, die wir tagtäglich zu uns nehmen, enthalten Schimmelpilzgifte, sogenannte Mykotoxine. Für die Messung ihrer Konzentration wurden am Department IFA-Tulln der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU) empfindliche Nachweismethoden entwickelt. Im Stoffwechsel werden die Toxine allerdings teilweise chemisch verändert, so daß sie bei Routineanalysen unerkant bleiben, erklärt der Leiter des Interuniversitären Departments für Agrarbiotechnologie (IFA-Tulln), Univ.Prof. Rudolf Krška.

Diese sogenannten maskierten Toxine werden nicht nur im Christian Doppler Labor für Mykotoxinforschung (Leiter: Franz Berthiller) am IFA-Tulln studiert, sondern sind auch Gegenstand intensiver interuniversitärer Kooperation mit der TU Wien: In diesem Rahmen ist es nun gelungen, diese maskierten Mykotoxine im Labor zu synthetisieren. Nur dadurch erhält man ausreichende Mengen an Referenzmaterial um die Giftstoffe genauer untersuchen zu können und Nachweismethoden auch für diese Metaboliten zu entwickeln. Wichtig ist das nicht nur für die Lebensmittelsicherheit, sondern auch für die Agrarwissenschaften und die Toxikologie dieser Verbindungen.

Eine dieser neuen Synthesemethoden wurde in einer wissenschaftlichen Publikation präsentiert, für die Hannes Mikula (Institut für Angewandte Synthesechemie,

TU Wien) und seine Co-Autoren von der BOKU nun vom „World Mycotoxin Journal“ den Preis für das beste wissenschaftliche Paper über Schimmelpilzgifte des Jahres 2012 erhielten.

Die Stoffwechselprodukte, die der Mensch aus den Schimmelpilzgiften erzeugt, beispielsweise sogenannte Glucuronide, sind von ganz besonderem Interesse: Da sie über den Urin ausgeschieden werden, läßt sich durch die Bestimmung dieser sogenannten Biomarker feststellen, wie viel Schimmelpilzgift eine Person insgesamt über die Nahrung aufgenommen hat. Im Rahmen der interuniversitären Zusammenarbeit spielte auch das von Prof. Marko Mihovilovic koordinierte Doktoratsprogramm „Applied Bioscience Technology“, das von der TU-Wien in Kooperation mit der BOKU betrieben wird, eine wichtige Rolle. Die beiden von der BOKU und TU Wien co-finanzierten Doktoranden erhielten für Ihre Arbeiten die nun schon insgesamt sechste Auszeichnung.

Das Interuniversitäre Department für Agrarbiotechnologie (IFA-Tulln) wurde 1994 von der Universität für Bodenkultur Wien (BOKU), der Veterinärmedizinischen Universität Wien (VUW) und der Technischen Universität Wien (TU Wien) als gemeinsame Forschungsstätte für landwirtschaftliche Biotechnologie gegründet. Mehr als 140 WissenschaftlerInnen arbeiten heute interdisziplinär in den Kompetenzfeldern „Nachhaltige Produktionssysteme“, „Umweltbiotechnologie“, „Biologische Wirkstoffe“ und „Lebensmittelsicherheit“. Das Spektrum der Aktivitäten reicht von der anwendungsorientierten industrienahen Forschung bis zur hin zur Spitzenforschung im Grundlagenbereich. ■

<http://www.tu-wien.ac.at>

Warum es schlechte Lerner gibt

Journal of Neuroscience: EEG-Aktivität sagt Lernerfolg voraus – Forscherteam entdeckt: Gehirn verarbeitet Sinnesinformationen nicht ausreichend.

Warum manche Menschen schlechter lernen als andere, hat ein Forscherteam aus Berlin, Bochum und Leipzig im Rahmen einer Kooperation des deutschlandweiten Netzwerkes „Bernstein Fokus Zustandsabhängigkeiten des Lernens“ aufgedeckt. Das Hauptproblem waren nicht etwa ineffiziente Lernprozesse, sondern daß das Gehirn die zu lernende Information unzureichend an den entscheidenden Stellen verarbeitete. Die Wissenschaftler trainierten den Tastsinn der Probanden, der dadurch üblicherweise an Sensibilität gewinnt. Bei guten Lernern veränderte sich die Hirnaktivität im EEG auf charakteristische Art und Weise, genauer gesagt die Alpha-Wellen. Diese zeigen unter anderem an, wie effektiv das Gehirn die sensorische Information, die man zum Lernen braucht, verwertet. „Eine spannende Frage ist nun, inwieweit sich die Alpha-Aktivität mit Biofeedback willentlich beeinflussen läßt“, sagt PD Hubert Dinse vom Neural Plasticity Lab der Ruhr-Universität Bochum. „Das könnte enorme Implikationen für die Therapie nach Hirnschädigung oder ganz allgemein für das Verständnis von Lernvorgängen haben.“ Das Forscherteam von der Ruhr-Universität Bochum, der Humboldt-Universität zu Berlin, der Charité – Universitätsmedizin Berlin und des Leipziger Max-Planck-Instituts (MPI) für Kognitions- und Neurowissenschaften berichtet im „Journal of Neuroscience“.

Lernen ohne Aufmerksamkeit: Passives Training für den Tastsinn

Wie gut wir lernen, hängt von genetischen Aspekten, der individuellen Gehirnanatomie und nicht zuletzt der Aufmerksamkeit ab. „Wir haben in den vergangenen Jahren ein Verfahren etabliert, mit dem wir bei Menschen Lernprozesse auslösen, die keine Aufmerksamkeit erfordern“, sagt Hubert Dinse. Diesen Faktor konnten die Forscher also ausklammern. Sie reizten 30 Minuten lang wiederholt den Tastsinn der Teilnehmer, indem sie die Haut an der Hand elektrisch stimulierten. Vor und nach diesem passiven Lerntraining testeten sie die sogenannte Zwei-Punkt-Diskriminationsschwelle – ein Maß für die Sensibilität des Tastsinns. Dabei übten sie mit zwei Nadeln sanft

ten Druck auf die Hand aus und bestimmten den kleinsten Abstand zwischen den Nadeln, bei dem der Proband sie noch als separate Reize wahrnahm. Im Durchschnitt verbesserte das passive Training die Diskriminationsschwelle um zwölf Prozent – aber nicht bei jedem der 26 Teilnehmer. Warum manche Leute besser lernten als andere, untersuchte das Team mittels EEG.

Die Berliner und Leipziger Kooperationspartner PD Petra Ritter, Frank Freyer und Robert Becker zeichneten vor und wäh-

Computermodellen“, sagt PD Petra Ritter, Leiterin der Arbeitsgruppe BrainModes am MPI Leipzig und der Berliner Charité. „Erst wenn wir die Art der komplexen Informationsverarbeitung des Gehirns verstehen, können wir ganz gezielt in die Prozesse eingreifen, um bei Störungen zu helfen“, fügt Petra Ritter hinzu. Neue Therapieansätze zu entwickeln, ist das gesteckte Ziel des Kooperations-Netzwerkes, das Ritter koordiniert, des internationalen „The Virtual Brain“-Projektes, an dem ihr Team beteiligt



Foto: MPI CBS Leipzig

Warum manche Leute besser lernten als andere, untersuchte man mittels EEG.

rend des passiven Lerntrainings das spontane EEG der Probanden auf. Dann identifizierten sie die Komponenten der Hirnaktivität, die mit einer Verbesserung beim Diskriminationstest zusammenhängen. Entscheidend war die Alpha-Aktivität, also die Hirnaktivität im Frequenzbereich von 8 bis 12 Hertz. Je höher die Alpha-Aktivität vor dem passiven Training, desto besser lernten die Leute. Außerdem lernten sie umso einfacher, je mehr die Alpha-Aktivität während des passiven Trainings abnahm. Diese Effekte traten über dem somatosensorischen Kortex auf, also dort wo der Tastsinn im Gehirn verortet ist.

Das Ziel: Therapieansätze entwickeln

„Wie der Alpha-Rhythmus es schafft, das Lernen zu beeinflussen, untersuchen wir mit

ist, und des von Dinse geleiteten „Neural Plasticity Lab“ an der RUB.

Lernen ist abhängig vom Zugang zu sensorischer Information

Eine hohe Alpha-Aktivität gilt als Marker für die Bereitschaft des Gehirns, neu eintreffende Informationen zu verwerten. Umgekehrt gilt eine starke Abnahme während der sensorischen Stimulation als Indikator dafür, daß das Gehirn die Reize besonders effizient verarbeitet. Die Ergebnisse legen also nahe: Wahrnehmungsbasiertes Lernen ist stark davon abhängig, wie zugänglich die sensorische Information ist. Die Alpha-Aktivität als Marker sich ständig verändernder Hirnzustände moduliert diese Zugänglichkeit.

■ <http://www.ruhr-uni-bochum.de>

Kunstkammer Wien

Mit 1. März 2013 ist nach zehnjähriger Schließung und mehrjähriger Vorbereitungs- und Bauzeit die bedeutendste Kunstkammer der Welt wieder für alle zugänglich.



Foto: Kunsthistorisches Museum Wien

Generaldirektorin Susanne Haag stellt die »Saliera«, das wohl bekannteste Objekt der Kunstkammer Wien, in eine Vitrine.

Mit 1. März 2013 wird nach zehnjähriger Schließung und mehrjähriger Vorbereitungs- und Bauzeit die bedeutendste Kunstkammer der Welt wieder für alle zugänglich sein: Die Wiedereröffnung der Kunstkammer Wien und die zeitgemäße Präsentation dieser einzigartigen Sammlung stellen eines der wichtigsten Kulturprojekte Österreichs dar und sind für das imperiale Erbe Wiens von großer historischer Bedeutung.

Die Kunstkammer Wien

Die Kunstkammer Wien ist weltweit die bedeutendste ihrer Art. Im späten Mittelalter, aber auch in der Renaissance- und Barockzeit entstanden Kunst- und Wunderkammern als enzyklopädische Universalsammlungen, die das gesamte Wissen ihrer Zeit zu erfassen versuchten. Kaiser und Fürsten sammelten hier das Seltene, Kuriose und Außergewöhnliche und die Künstler schufen für sie virtuose Kunstkammerstücke.

*) von Susanne Haag, Generaldirektorin des Kunsthistorischen Museums Wien

Die Sammlung der Kunstkammer Wien umfaßt mehr als 2200 Objekte. Zu den Höhepunkten zählen herausragende Goldschmiedearbeiten wie die berühmte Saliera von Benvenuto Cellini, Spitzenleistungen der Skulptur wie die Krumauer Madonna, meisterhafte Bronzestuetten, filigrane und bizarre Elfenbeinarbeiten, virtuose Steingefäße, aber auch wertvolle Uhren, komplizierte Automaten, merkwürdige wissenschaftliche Instrumente, kostbare Spiele und vieles mehr.

Erleben Sie auf rund 2700 m² in 20 nach Themenschwerpunkten neu gestalteten Räumen die Welt des Schönen und Geistvollen, Kuriosen und Wunderbaren!

Die Geschichte der Kunstkammer *)

Die Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums ist in ihrer geschichtlichen Entwicklung unter den weltberühmten Sammlungen alter Fürstenhäuser wohl eine der komplexesten. Ihre Wurzeln reichen bis in mittelalterliche Zeit zurück, als Herzog Ru-

dolf IV. (1339-1365) die Gründung eines habsburgischen Hausschatzes anregte. Ursprünglich eine Anhäufung von Kostbarkeiten – neben Gerätschaften aus Gold und Silber, Münzen, Edelsteinen und Schmuckstücken gehörten dazu auch die für das Haus Habsburg maßgeblichen Urkunden, Insignien und Reliquien – wuchs die habsburgische Kunstsammlung kontinuierlich an. Nach den noch recht im Dunkeln liegenden Anfängen kamen im 15., vor allem aber im 16. und 17. Jahrhundert mehrere bedeutende Bestände hinzu, die den heutigen Reichtum der Kunstkammer Wien bilden: jene der Kaiser Friedrich III., Maximilian I., Ferdinand I., Maximilian II. und Rudolf II. bzw. diejenigen der Erzherzöge Ferdinand II. von Tirol und Leopold Wilhelm.

Der Ursprung des modernen Sammelwesens

liegt im Frankreich des 14. und frühen 15. Jahrhunderts, von wo aus sich nach dem Vorbild des Duc de Berry (1340-1416) das



© hg merz architekten

Kaiser und Fürsten sammelten hier das Seltene, Kuriose und Außergewöhnliche und die Künstler schufen für sie virtuose Kunstkammerstücke. Hier bietet sich ein Blick in einen der frisch renovierten Räume der Sammlung.

Sammeln als fürstlicher Akt der Selbsterhöhung in ganz Europa verbreitete. Zu den ersten Habsburgern, die als Sammler im eigentlichen Sinn anzusprechen sind, zählt Kaiser Friedrich VI. (1415-1493). Als Mäzen zeigte er ein ausgeprägtes Interesse an künstlerischer Qualität, wobei seine Kennerchaft auf dem Gebiet der Goldschmiedekunst besonders gerühmt wurde. Kaiser Maximilian I. (1459-1519) hatte seine nach historisch-antiquarischen Aspekten erworbenen Schätze noch in Gewölben verborgen. Kaiser Ferdinand I. (1503-1564) widmete als erster eigene Räumlichkeiten der Aufbewahrung seiner Preziosen und wurde so zum Begründer der habsburgischen Kunstkammer in Wien. Das Bestreben, ein Ordnungssystem für die Vielfalt der Objekte zu entwickeln, quasi einen Schlüssel zur Benutzbarkeit der Bestände und zu deren Verständnis zu finden, und die damit einhergehende neue Entwicklung sind jedoch erst mit den Namen seines Sohnes Erzherzog Ferdinand von Tirol sowie seines Enkels Rudolf II. zu verbinden.

Die Sammeltätigkeit Kaiser Ferdinands I. bestimmten sowohl dynastische als auch insbesondere künstlerisch-ästhetische Gesichtspunkte, was sich in der häufig wechselnden Bezeichnung als Schatzkammer oder Kunst-

derschlägt. Ferdinand I. bestimmte in seinem Testament seinen ältesten Sohn Maximilian II. (1527-1564) zum Erben der königlichen Insignien und seiner bedeutenden Münz- und Antikensammlung. Die Kleinodien und Juwelen hingegen sollten unter seinen jüngeren Söhnen, den Erzherzögen Ferdinand II. von Tirol (1529-1595) und Karl von Innerösterreich (1540-1590), geteilt werden, die

damit den Grundstock zu den habsburgischen Kunstkammern in Innsbruck und Graz legten. Mit einiger Sicherheit wissen wir, daß der bedeutendste Teil der Sammlung Kaiser Maximilians II. an dessen Sohn, Rudolf II. (1552-1612), gelangte, der sie in seine Residenzstadt Prag mitnahm.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts entwickelten sich die fürstlichen Schatzkammern zu



© Wien, Kunsthistorisches Museum

»Die Taten des Dom João de Castro«, die Befreiung der portugiesischen Festung Diu Brüssel, nach 1557 (?), Tapiserie: Wolle, Seide, Gold- und Silberfäden

Die Saliera von Benvenuto Cellini (1540-1543)

Das wohl bekannteste Objekt der Kunstkammer Wien ist die Saliera, das kostbare goldene Salzfaß des italienischen Meisters Benvenuto Cellini. Nicht zuletzt durch ihren spektakulären Diebstahl im Jahr 2003 und die ebenso spektakuläre Rückkehr 2006 gelangte dieses einzigartige Kunstwerk zu weltweiter Berühmtheit. Die Saliera ist die einzige erhaltene, gesicherte Goldschmiedearbeit Cellinis. Sie entstand während seines Aufenthalts in Paris 1540-1543 im Auftrag von König Franz I. von Frankreich. Als Geschenk König Karls IX, gelangte das Salzfaß an Erzherzog Ferdinand II. (von Tirol), der den König bei dessen Hochzeit mit Erzherzogin Elisabeth 1570 vertreten hatte. Dieses außerordentlich kostbare Tafelgerät, das Cellini seinen eigenen Angaben nach aus Goldblech freihändig getrieben hat, ist gleichzeitig eine allegorische Darstellung des Planeten Erde.

© Wien, Kunsthistorisches Museum



enzyklopädischen Kunstkammern, in denen neben Goldschmiedearbeiten, Elfenbein- und Holzschnitzereien, Uhren und Automaten auch Naturalien, Gemälde und Skulpturen versammelt waren. Eine der bedeutendsten europäischen Sammlungen dieser Art trug Erzherzog Ferdinand II. von Tirol (1529-1595) in Schloß Ambras bei Innsbruck zusammen. Die in seinem Testament erstmals als „Kunst- und Wunderkammer“ bezeichnete Sammlung war bereits zu Lebzeiten des Erzherzogs Anziehungspunkt von interessierten Fürsten und gebildeten Reisenden aus ganz Europa. Seit dem frühen 17. Jahrhundert gab es institutionalisierte Führungen durch die Kunstkammer. Eintragungen in das Gästebuch oder diverse Reisebeschreibungen berichten von illustren BesucherInnen, unter ihnen etwa der Augsburger Patrizier Philipp Hainhofer, Montaigne, Königin Christina von Schweden und Goethe. Berühmtheit erlangte sowohl seine Sammlung von Harnischen als auch diejenige der Porträts, deren historisch-genealogische Ausrichtung auf den Menschen als Träger der Geschichte mit besonderer Berücksichtigung des eigenen großen Hauses einen wesentlichen Gesichtspunkt von Ferdinands Sammeltätigkeit darstellte.

Das Nachlaßinventar Ferdinands

von 1596 macht die Aufstellung der Sammlung und ihren gesamten Inhalt Jahrhunderte



© Wien, Kunsthistorisches Museum

»Straußenei-Pokal«, Clement Kicklinger um 1570/75, Augsburg; Straußenei, Koralle, Silber, vergoldet, teilw. bemalt

später noch immer lebendig. Die Kunstkammer Ferdinands wird so nicht nur ein rekonstruierbarer Komplex von hohem historischen Wert, sondern auch ein uns heute gleichsam erlebnishaft nachvollziehbarer Bestand, in dem das Kunstwerk den gleichen Rang wie die Naturalie besaß und das Spielzeug seinen selbstverständlichen Platz neben der Reliquie hatte. Der Inhalt der Kästen war nach dem scheinbar so einfachen Prinzip der Materialgleichheit geordnet. Unabhängig von Alter, Bedeutung und Herkunft fanden sich Gegenstände aus Holz, Stein, Eisen, Gold und Silber zusammengefaßt nebeneinander. Die mit Leinenvorhängen vor dem Sonnenlicht geschützten Kästen waren innen bemalt und verschafften den Objekten die jeweils optimale Wirkungsmöglichkeit. Diese Aufstellung nach den genauen Vorgaben des Erzherzogs zeugt nicht nur von einem differenzierten ästhetischen Urteilsvermögen, sondern war zugleich auch die erste auf einen Betrachter bezogene Sammlungspräsentation, deren Konzept dem Schatzkammerprinzip als mehr oder weniger ungeordnete Ansammlung kostbarer Gegenstände radikal entgegensteht.

Eine fürstliche Kunstkammer war in gewissem Sinne ein Spiegel des Kosmos und somit auch die Summe des damaligen Wissens über die Welt. Die Vielfalt und der Facettenreichtum dieses als Mikrokosmos zu verstehenden Sammlungskomplexes mar-

kieren Anfang und Ende eines evolutionären Vorganges – *ars simia naturae* –, dessen Ursprünge auf Gott selbst als den Schöpfer von Himmel und Erde zurückgeführt wurden. So wie Gott über dem Universum, stand der Fürst, der seinen Herrschaftsanspruch von Gottes Gnaden herleitete, über der Welt, die er sich anhand der Objekte seiner Kunstkammer auf allerhöchstem Niveau aneignete. Die universale Fülle des enzyklopädischen Gebildes der Kunstkammer als „*Theatrum mundi*“ enthielt neben *artefacta* die *naturalia*, bemerkenswerte Produkte der Natur, und *exotica*, des weiteren *scientifica*, dann die all dies ergänzende Druckgraphik und diverse Absonderlichkeiten, eben die „Wunder“ der Natur, der Wissenschaft und der Handfertigkeit, die sogenannten *mirabilia* oder Kunststücke. Das Interesse des Sammlers an der Naturalie, deren Seltenheit und Exotik faszinierten, entsprang seinem naturwissenschaftlichen Interesse. Bei den Artefakten kamen die künstlerische Qualität, die Virtuosität der Arbeit, die *antiquitas*, die Kostbarkeit sowie dynastische oder historische Gründe hinzu. Die Benutzbarkeit der Objekte spielte für gewöhnlich keine Rolle, Eine Ausnahme bildeten diesbezüglich die *scientifica*, die Uhren, Automaten und wissenschaftlichen Instrumente, an denen insbesondere die Mechanik der eigentliche Gegenstand der Bewunderung war. Neugierde und Forscherdrang, vor allem aber die Zurschaustellung des weit gespannten politischen Einflusses, begünstigten den Erwerb von *exotica*.

Die Bedeutung der Ambraser Kunstkammer liegt also nicht zuletzt darin, daß die Aufzeichnungen des Inventars Schlußfolgerungen auf das Kunstwollen einer gesamten Epoche erlauben. Als Schlüsselbegriffe sind etwa die Ambivalenz, deren erklärtes Ziel die Verunsicherung des Betrachters ist, die Verfremdung von Formen und Materialien und die Verzerrung des Menschenbildes zu nennen.

Da dem Erzherzog ein sukzessionsfähiger männlicher Erbe verwehrt blieb, ging seine Kunstsammlung nach seinem Ableben 1595 gemäß den Testamentsbestimmungen an den jüngeren Sohn aus erster Ehe, Markgraf Karl von Burgau. Dieser war jedoch an der kostspieligen Erhaltung von Schloß Ambras wenig interessiert und trat bald in Verkaufsverhandlungen mit dem von der Sammlung faszinierten Kaiser Rudolf II. ein.

Kaiser Rudolf II. als bedeutendster Sammler das Casa de Austria

Kaiser Rudolf II. (1552-1612), der Neffe Ferdinands II. von Tirol, war der bedeutend-



© Wien, Kunsthistorisches Museum

»Krumauer Madonna«, um 1390/1400, Prag; Kalksandstein, polychromiert

ste und leidenschaftlichste Sammler der Casa de Austria. Herangewachsen am Hof seines Onkels Philipp II. in Spanien, entwickelte der Thronfolger ein hohes Gespür für künstlerische Qualität und die Kunst als Zeichen seiner persönlichen Bedeutung als zukünftiger Herrscher des Reiches. Als er 1576 zum Kaiser gekrönt wurde, verlegte er seine Residenzstadt von Wien nach Prag, wo er auf dem Hradschin eine unermeßlich reiche und exklusive Sammlung von Gemälden, Antiken, Prunkwaffen und Objekten der Kunstkammer zusammentrug. Seiner untrüglichen Kenner-schaft, Welterfahrenheit und umfassenden Bildung war es zu verdanken, daß die besten Goldschmiede, Steinschneider, Uhrmacher und Maler der Zeit nach Prag kamen, um im

„rudolfinischen Stil“ zu arbeiten. Nur wenigen Menschen wurde die Gunst zuteil, die sagenhaften Sammlungen zu sehen. Das von Rudolfs Antiquarius Daniel Fröschl 1607/11 verfaßte Kunstkammerinventar gibt Aufschluß über den Umfang der unermeßlich reichen und kostbaren Kunstkammer des vielleicht bedeutendsten habsburgischen Mäzens.

Der Ankauf der Ambraser Sammlungen von den Erben Erzherzog Ferdinands II. – Rudolf bezahlte allein rund 100.000 Reichstaler für die Bestände der Kunstkammer – war nicht nur von seiner Wertschätzung dieser einzigartigen Kunst- und Wunderkammer getragen, sondern spiegelt auch seine Bemühungen wider, eine gemeinsame Kunst- und Schatzkammer des Hauses Österreich einzu-

richten. Er beließ die Sammlung selbst unangetastet in Schloß Ambras. Sein Bruder und Nachfolger Kaiser Matthias (1557-1619) veranlaßte bald nach Rudolfs Tod im Jahre 1612 die Verbringung der kostbarsten Stücke der Prager Kunst- und Schatzkammer vom Hradschin nach Wien und rettete sie dadurch vor der Plünderung durch die schwedischen Truppen am Ende des Dreißigjährigen Krieges. Einer Neuregelung der habsburgischen Vermögensverhältnisse im Jahre 1621 zufolge waren sämtliche Hauskleinodien und Kunstschatze nicht mehr „an Land und Leute“ gebunden, sondern gehörten nach der Primogeniturerbfolge als unveräußerliches Eigentum dem Erzhaus. Die letzten Transporte von Prag nach Wien fanden erst unter Kaiser Josef II. statt.

Nennenswerte Erweiterung Mitte des 17. Jahrhunderts

Die gemeinsame Schatzkammer des Hauses Österreich erfuhr in der Mitte des 17. Jahrhunderts nochmals eine nennenswerte Erweiterung, als die in Brüssel angelegte Sammlung des Erzherzogs Leopold Wilhelm (1614-1662) nach Wien verbracht wurde. Der jüngere Sohn Kaiser Ferdinands II. war ursprünglich für den geistlichen Stand bestimmt gewesen und hatte das Amt des Hochmeisters des Deutschen Ordens inne. Seine Kunstkammer enthielt deshalb vor allem sacralia wie Reliquien und Kirchenornate, aber auch Uhren, Werke aus Bergkristall und Silberarbeiten. Neben den zahlreichen Bildern, die heute einen wesentlichen Grundstock der Gemäldegalerie des Kunsthistorischen Museums ausmachen, sind im Inventar von 1659 auch höchst qualitätsvolle Skulpturen aus Stein, Holz, Elfenbein und v. a. Bronze beschrieben. Über die Sammlung König Karls I. von England, die nach dessen Enthauptung 1649 versteigert wurde, konnte Leopold Wilhelm einige Hauptwerke der italienischen Renaissance erwerben. Die genauen Objektbeschreibungen des schriftlichen Inventars finden ihre bildhafte Ergänzung im Prodrumus (im „Vorläufer“) zum *Theatrum Artis Pictoriae*, zum 1735 gemalten Bildinventar der Sammlungen in der Wiener Stallburg.

Auf eine alte Tradition und hohen Status blickt auch die Sammlung von Tapisserien aus habsburgischem Besitz zurück.

Starke Veränderungen Ende des 19. Jahrhunderts

Die Struktur der Kunstkammern des 16. Jahrhunderts wurde als Folge der Errichtung



»Tischautomat mit Diana auf dem Kentauren«, Hans Jakob I. Bachmann 1598/1600, Augsburg



»Drachenschale aus Lapislazuli«, Gasparo Miseroni, um 1565/70, Mailand

der Hofmuseen und der nach kunsthistorischen Aspekten getroffenen Teilung der Bestände im ausgehenden 19. Jahrhundert stark verändert, blieb aber zumindest in Ansätzen dennoch erhalten. Der Reiz des sonderbaren, bizarren Materials der Natur im Wettstreit mit der künstlerischen Lösung, das Spiel, das spannungsgeladene Kräfteressen von Harmonie und Disharmonie ist immer ein An-

liegen des künstlerischen Schöpfungsaktes geblieben. Vielleicht begründet sich in dieser bleibenden Modernität der Kunstkanuner ihre hohe Anziehungskraft auf das neugierige Auge des Betrachters. ■

Kunsthistorisches Museum Wien
Täglich – außer Montag – geöffnet von 10 bis 18 Uhr, Donnerstag von 10 bis 21 Uhr
<http://www.khm.at>

Bosch Bruegel Rubens Rembrandt

Meisterwerke der Albertina von 14. März bis 30. Juni 2013



Foto: Albertina, Wien

Jacob de Gheyn II., *Baumreiche Landschaft mit Lanzenträger und bellendem Hund*, um 1603

Die grafische Sammlung der Albertina verwahrt einen weltweit bedeutenden Bestand niederländischer Zeichnungen, dessen Umfang und Qualität es ermöglichen, die niederländische Zeichenkunst in ihrer thematischen, technischen und stilistischen Vielfalt darzustellen. Eine hochkarätige Auswahl von 150 Werken, darunter größere Werkgruppen von Hieronymus Bosch, Pieter Bruegel d. Ä., Maarten van Heemskerck, Hendrick Goltzius, Rembrandt, Anton van Dyck und Peter Paul Rubens, wird im Frühjahr 2013 in einer umfassenden Ausstellung zu sehen sein. Mit Bosch, Bruegel, Rubens und Rembrandt fallen die Namen von vier Künstlerpersönlichkeiten, die eindrucksvoll zei-

gen, was die Niederlande über Jahrhunderte hinweg für eine Vielfalt an herausragenden Talenten hervorzubringen vermochten.

Dieses Phänomen ist untrennbar mit dem Aufschwung eines Landstrichs verbunden, der schon im Spätmittelalter als Teil des Herzogtums Burgund von einer beispiellosen Hochblüte von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur geprägt war. Als nach dem Tod Karls des Kühnen im Jahr 1477 die burgundischen Kernlande an Frankreich fielen und die „Niederlande“ zum habsburgischen Satellitenstaat wurden, konnte für diesen nördlichen Landesteil die überaus günstige ökonomische Situation sogar gefestigt werden. Selbst die um 1580 erklärte Loslösung des

zunehmend protestantischen Nordens vom Süden, der beim alten Glauben verblieb, vermochte diesen Höhenflug in keinem der beiden Territorien zu bremsen. Wenn auch nur von Statthaltern der spanischen Habsburger regiert, konnten die südlichen Provinzen mit der Finanzmetropole Antwerpen ihren Status als Handelsplatz europäischen Formats behaupten; die bürgerlich regierte „Republik der Sieben Vereinigten Niederlande“ wurde mit ihrer Hauptstadt Amsterdam für fast ein Jahrhundert zur weltumspannenden Handelsnation, bis die zunehmende Rivalität zwischen den Niederlanden und England zugunsten des First British Empire entschieden wurde.



Foto: Albertina, Wien

Hieronymus Bosch, *Der Baummensch*, um 1505

Für die bildenden Künste war diese Entwicklung von größter Bedeutung. Schon die altniederländische Malerei des nördlichen Burgund sollte mit Jan van Eyck oder Rogier van der Weyden Generationen von Künstlern in ganz Europa stimulieren. War deren Epoche noch von einer starken Einheitlichkeit geprägt, bietet die niederländische Kunst im 16. Jahrhundert ein ganz vielfältiges Erscheinungsbild. Künstlerische Impulse gab seit den ersten Jahrzehnten nach 1500 die Auseinandersetzung mit der Antike und der italienischen Hochrenaissance.

So etablierte sich eine Reihe von Lokalschulen mit eigenen Stiltendenzen und der Spezialisierung auf bestimmte Themen- und Aufgabenbereiche, etwa die „Antwerpener Manieristen“, die sich auf hochwertige kirchliche Exportartikel konzentrierten und diese durch den Gebrauch italienischer Elemente

wettbewerbsfähig machten. Neben religiöser Kunst, die vor allem in den nördlichen Provinzen durch Reformation und Bildersturm zunehmend in Frage gestellt war, entwickelten sich auch profane Bildthemen. Die Landschafts- und Genrekunst sollte mit den rätselhaften Allegorien Hieronymus Boschs ihren Anfang nehmen, mit Pieter Bruegel d. Ä. einen ersten Höhepunkt erreichen und schließlich das ganze verbleibende Jahrhundert dominieren.

Die Entwicklung in den einzelnen Provinzen verlief bis zum Ende des 16. Jahrhunderts halbwegs einheitlich. Doch zeigten sich mit der Aufteilung in calvinistischen Norden und katholischen Süden die Unterschiede in holländischer und flämischer Kunst immer offensichtlicher. Im aristokratisch gelenkten Süden eröffnete sich mit der Bilderkultur der Gegenreformation ein neues

Betätigungsfeld, vor allem im Bereich großformatiger Altarbilder. Bald geriet die flämische Kunst des Barock unter das Diktat des Peter Paul Rubens, der schließlich zur künstlerischen Instanz in ganz Europa werden sollte. Dort blieb also die Historienmalerei mit biblischen, mythologischen und allegorischen Sujets, denen auf der Skala der Themen traditionell der höchste Rang zugewiesen wurde, am meisten gefragt. Im protestantischen, bürgerlichen Norden erlebte hingegen die Profankunst ihre Blüte. Die Bildwelt, die sich dort entwickelte, war ganz unspektakulär und die meisten ihrer Themen galten bislang als „bildungswürdig“.

Liest man Inventare aus der Zeit Rembrandts, trifft man auf Sujets wie „een boe-rekermis“ (Bauernkirmes), „een blompotje“ (kleine Blumenvase) oder „een kind in de kackstoel“ (ein Kind im „Kack“-Stuhl). Es hat den Anschein, als wollten die wohlhabenden Händler, Bürger und Patrizier des reichen Nordens ihre Lebensführung und ihre ureigenen Themen und Probleme – kurz: sich selbst – verewigt sehen. So gewähren Genrebilder, Seestücke, Landschaften, Stillleben, Interieurs und Porträts Einblicke in das tägliche Leben des Bürgertums.

Die breite Auffächerung der Bildgattungen und -themen dehnte sich auch auf die technische Praxis aus. Neben der Malerei



Foto: Albertina, Wien

Lucas van Valckenborch d. Ä.,
Trabant mit langem Bart, 1578/79



Foto: Albertina, Wien

Herman Henstenburgh, Früchtestillleben mit Maronen und kleiner Schnecke, um 1700

spielte die Zeichnung eine zunehmend autonome Rolle. Der unkomplizierte Griff zu Papier und Feder oder Stift erlaubte dem Künstler das flüchtige Festhalten augen-

blicklicher Eingebungen, die Bearbeitung von Details bis zum perfekten Resultat oder das Entwerfen von minutiös ausgearbeiteten Vorlagen. Aufgrund der Vielzahl an Tech-

niken, Funktionen und Anwendungsbereichen vermitteln die auf Papier ausgeführten Arbeiten ein weitaus differenzierteres Bild als die Malerei.

Eine große Zahl von Künstlern reüssierte in beiden Bereichen und oft auch in der Druckgraphik – Rembrandt ist an erster Stelle zu nennen. Hingegen sind von manchen berühmten Künstlern – etwa Frans Hals oder Jan Vermeer – keine oder kaum Arbeiten auf Papier bekannt; andererseits läßt sich eine prominente Reihe an außergewöhnlichen Talenten aufstellen – zu nennen wären Roelant Roghman, Jan de Bisschop oder Anthonie Waterloo –, die ausschließlich oder vorwiegend als Zeichner tätig waren.

Die Albertina besitzt eine der weltweit bedeutendsten Sammlungen niederländischer Handzeichnungen aus der Zeit von 1450 bis 1650. Die Epoche der „Alten Niederländer“ ist mit einzelnen herausragenden Werken aus dem Umkreis des Jan van Eyck, von Petrus Christus oder Dirk Bouts vertreten, bis die Arbeiten von Hieronymus Bosch und Pieter Bruegel d. Ä. einen ersten Höhepunkt der erlesenen Kollektion markieren. Das weitere 16. Jahrhundert ist mit Meisterzeichnungen von Gossaert, Heemskerck oder Goltzius präsent. Den Schwerpunkt der Sammlung bildet aber Hollands „Goldenes“ 17. Jahrhundert mit bedeutenden Blättern von Rembrandt und seiner Schule. Die vom Hause Habsburg dominierten südlichen Niederlande vertreten die berühmtesten flämischen Meister ihrer Zeit: Peter Paul Rubens, Anton van Dyck und Jacob Jordaens.

Ausstellung und Katalog zeigen, wie sehr das breite thematische Spektrum der niederländischen Kunst des 17. Jahrhunderts – Landschaft, Seestücke, topographische Ansichten, Porträts, ländliche Genreszenen, Stillleben – doch in Errungenschaften vorangegangener Jahrhunderte wurzelt. Über zwei Jahrhunderte hat der Rückblick auf diese bedeutende künstlerische Tradition zu immer neuen Höchstleistungen inspiriert.

Die Albertina

in Wien zählt zu den bedeutendsten Kunstsammlungen der Welt. Seit 1805 ist sie in einem der prachtvollsten klassizistischen Palais Europas beheimatet. Im Zuge der Generalsanierung des Palais erhielten die Fassaden 2000/2003 ihr originales Erscheinungsbild zurück, die Prunkräume wurden umfassend restauriert. Im Museumsbereich entstanden vier moderne, mit zeitgemäßer Technik ausgestattete Ausstellungshallen. ■

<http://www.albertina.at>

Bild oben: Peter Paul Rubens, *Nikolaus Rubens mit Korallenschnur*, um 1619

Bild unten: Anton van Dyck, *Die Kreuzigung Petri*, um 1620



Fotos: Albertina, Wien

Franz West – Wo ist mein Achter?

Das Museum moderner Kunst Stiftung Ludwig Wien – mumok – zeigt von 23. Februar bis 26. Mai 2013 erneut eine große Ausstellung des 2012 verstorbenen österreichischen Bildhauers und Objekt- und Aktionskünstlers.



© Franz West / Foto: mumok

Das Ausstellungssujet: Franz West, Gouache aus dem Jahr 2004 mit dem Motiv einer Frau, die nach einer Abmagerungskur ihre viel zu große Hose zeigt. Privatsammlung, Wien / Courtesy Galerie Meyer Kainer, Wien

Franz West war einer der bedeutendsten Österreicher im internationalen Kunstgeschehen. Mit seinen Paßstücken und Möbeln sowie Skulpturen im Innen- und Außenraum erlangte der im Juli 2012 verstorbene Künstler Weltruhm. Bereits vor 16 Jahren hat das Wiener mumok Franz West seine erste umfassende Retrospektive ausgerichtet. Nun widmet es ihm erneut eine große Ausstellung, die er noch selbst initiiert und mit viel Enthusiasmus mitentwickelt hat. „Wo ist mein Achter?“ gibt mit rund 30 mehrteiligen Werken einen Einblick in die komplexe und vielschichtige Kunstpraxis von West.

Kombination und Rekombination

Im Fokus der thematisch angelegten Präsentation stehen die „Kombi-Werke“, überwiegend installative Arbeiten, in denen West verschiedene Einzelstücke vereint und auch immer wieder anders zusammengestellt hat. Durch die Kombination und Rekombination unterschiedlicher Werktypen wie den Paßstücken, Möbeln, Skulpturen, Videos oder Arbeiten auf Papier aus allen Schaffensperioden gibt die Ausstellung gleichzeitig einen Überblick über die Bandbreite seines Œuvres. Ebenfalls in diesen Werken enthalten sind Arbeiten befreundeter Künstlerkol-

legen, darunter Martin Kippenberger, Rudolf Polanszky, Jason Rhoades oder Heimo Zobernig.

„Alles, was wir sehen, könnte auch anders sein“, zitierte Franz West 1988 den von ihm hochgeschätzten Philosophen Ludwig Wittgenstein und sprach damit einen essenziellen Aspekt seiner eigenen künstlerischen Herangehensweise an. Auch das Prinzip der Kombination und Rekombination korrespondiert mit seiner Überzeugung, daß die Bedeutung einer Äußerung – beziehungsweise eines bildsprachlichen Elements – nie eine fixe, klar definierte sein kann. Sie än-

dert sich vielmehr je nach Kontext und Reaktion der RezipientInnen.

Werke in der Ausstellung

Vor dem Museumseingang werden die BesucherInnen von einer seiner Lemuren empfangen: großformatige, kopfähnliche Gebilde mit überdimensionalen Öffnungen für Mund und Nase, die West in seinen Texten unter anderem mit Heraklits berühmtem Diktum zum permanenten Wandel der Dinge in Verbindung brachte: „Denen, die in dieselben Flüsse steigen, fließen immer neue Wasser zu, und (immer neue) Seelen entsteigen dem Naß [sic]“ (Heraklit, Fragment 12[1]). Damit leitet dieses Werk in das Thema der Ausstellung ein.

Mit der Genealogie des Ungreifbaren (1997) steht gleich am Beginn eine Arbeit,

Foto: Markus Rössle, 2009



oben: Porträt Franz West

links: Franz West, *Habitus*, 1996
Installation: Stuhl, Holzplatte, Boden- und Wandelement Plastik, Eisen, Holz, Farbe; 166 x 250 x 170 cm; Hauser & Wirth Collection, Switzerland

die belegt, daß der Künstler auch seinen eigenen Konzepten nie dogmatisch verhaftet blieb. In einer großen vitrinartigen Box kombiniert er drei frühe Paßstücke mit einem seiner ersten Sessel. Werke, die eigentlich zum Gebrauch gedacht waren, wurden so zu „ungreifbaren“ Beispielen seiner frühen Werkentwicklung gemacht. Paßstücke sind auch Teil einer „Kombi-Wand“, die neben verschiedenen Arbeiten auf Papier Fotos von Personen zeigt, die mit Paßstücken agieren. Erweitert um Möbel, werden solche Wände zu raumgreifenden Werken, wie beispielsweise bei *Kasseler Rippchen* (1996) oder *Träumerei – Dreamy* (1997).

Ein zentrales Exponat ist die aus drei Teilen bestehende Papiermaché-Skulptur *Redundanz*, ein prägnantes Beispiel für Wests Praxis der Kombination und Rekombination. 1986 erstmals in Wien gezeigt, sah sich der Künstler nach dem gegen seinen Willen erfolgten Verkauf eines Teils dieser Arbeit zu ihrer Ergänzung mit einer anderen Skulptur veranlaßt und betitelte die neue Fassung „Reduktion“. Das mumok besitzt seit 2011 beide Versionen des Werks.

Permanenter Wandel, Partizipation und Interaktion

Das Schaffen von Franz West ist grundsätzlich partizipativ angelegt, es sucht den Dialog mit den RezipientInnen. Sämtliche seiner künstlerischen Produkte sind Angebote zur Interaktion. Diese kann auf der phy-



© Franz West / Foto: mumok

sischen Ebene stattfinden – wie im Fall der dem Körper „anzupassenden“ Paßstücke und Möbel –, aber auch auf der mentalen und intellektuellen, wie vor allem bei seinen Skulpturen und Arbeiten auf Papier. Letztere sind meist von „Beitexten“ begleitet, die weitere Reaktionen stimulieren können.

Als Ansatzpunkte für Erfahrungen, Erwägungen, Assoziationen und Überlegungen sind Wests Schöpfungen Auslöser eines Spiels mit verschiedenen Möglichkeiten der Welterfahrung und Weltsicht, die eben je nach RezipientIn, Kontext und Ambiente immer wieder anders sein kann.

In unpathetischer, fast leichtfüßiger und humorvoller Weise zeigt die Kunst von Franz West Ungewißheiten auf. Sie basiert dabei auf einer intensiven kritischen Auseinandersetzung mit philosophischen Texten, welche der Künstler früh begonnen und im Lauf seines Lebens zunehmend intensiviert hat.

Der von West gewählte Titel der Ausstellung ist ein weiteres Beispiel seiner Praxis der Kombination und Rekombination: Ausgangspunkt ist eine Gouache aus dem Jahr 2004 mit dem Motiv einer Frau, die nach einer Abmagerungskur ihre viel zu große Hose zeigt. Durch Auslassung des „W“ transformierte der Künstler hier für den Titel „Lost Weight“ zu „Lost Eight“, um schließlich die titelgebende Frage abzuleiten: „Wo ist mein Achter?“ Die Antwort darauf läßt West offen und ermöglicht uns Spielraum für verschiedene assoziative Anknüpfungspunkte. Die Ausstellung Franz West. „Wo ist mein Achter?“ wird im Anschluß an Wien im MMK Museum für Moderne Kunst Frankfurt am Main gezeigt (29. Juni bis 13. Oktober 2013).

<http://www.mmk-frankfurt.de>

Franz West

wurde 1947 in Wien geboren, wo er 2012 auch verstarb. Mit 23 Jahren begann er autodidaktisch künstlerisch zu arbeiten. Zwischen 1977 und 1982 war West Student von Bruno Gironcoli an der Akademie der bildenden Künste in Wien. Wurde sein Schaffen in den ersten zehn Jahren nur im Freundeskreis wahrgenommen, startete in den 1980er-Jahren seine internationale Karriere. Er war mit seinen Arbeiten zwei Mal auf der documenta (1992 und 1997) vertreten und gestaltete 1990 den österreichischen Beitrag für die Biennale in Venedig. 2011 wurde er dort für sein Lebenswerk mit dem Goldenen Löwen, der höchsten Auszeichnung für einen lebenden Künstler, geehrt. Trotz seiner



Ausstellungsansicht. Franz West, Von links: Nègre, 1996; ohne Titel, 1990; Madley, 2003; Synchronie (Abriss), 1997;



Franz West, Ecke, 2009; Installation: 15 Modelle für Außenskulpturen in 14 Vitrinen von Rudolf Polanszky, gruppiert auf 2 Tischen; Privatsammlung Schweiz

Weltkarriere blieb Wien nicht nur stets sein Lebensmittelpunkt, sondern er fühlte sich dieser Stadt und ihrer Kultur zeitlebens in besonderer Weise verbunden.

Katalog zur Ausstellung

Zur Ausstellung erscheint ein reich bebildeter Katalog mit einem Vorwort von Karola Kraus und Susanne Gaensheimer. Er enthält einen Text von Eva Badura-Triska über Kombi und Re-Kombi als Form des Sprachspiels bei Franz West, einen Essay von Klaus Görner (Kurator, MMK Frankfurt

am Main) mit dem Titel Produktion und Teilhabe, die bisher umfassendste Abhandlung über das Verhältnis von West zu Wittgenstein, verfaßt vom Philosophen Peter Keicher, und einen Aufsatz des Psychoanalytikers Georg Gröller. Der seit den 1990er-Jahren eng mit Franz West befreundete Künstler Andreas Reiter Raabe vereint in seinem Beitrag eigene Gedanken mit Zitaten von und über den Künstler zu einer prinzipiellen Reflexion über dessen Person und Schaffen. ■

<http://www.mumok.at>

Natürlich Blond

Das Musical mit frechem Humor, bezauberndem Charme und rasanten Tanznummern feierte am 21. Feber seine deutschsprachige Erstaufführung im Ronacher.



Foto: VBW / Brinkhoff / Mögenburg

Barbara Obermeier (Elle Woods) und Ensemble in der aufwendigen Dekoration des Bühnenbilds, die ca. 16 Tonnen wiegt.

Das Musical aus der Feder von Laurence O'Keefe, Nell Benjamin (Musik & Texte) und Heather Hach (Buch), basiert auf dem Roman „Legally Blonde“ von Amanda Brown und der gleichnamigen Hollywood-Komödie mit Reese Witherspoon in der Hauptrolle aus dem Jahr 2001. Der witzig-charmante Film heimste auch eine Golden Globe-Nominierung in der Kategorie Bester Film ein.

Intelligente Unterhaltung in glanzvoller Besetzung

Das Broadway-Musical mit viel Wortwitz und Charme handelt von der amerikanischen College-Blondine Elle Woods (Barbara Obermeier), die nach Harvard geht, um ihren Ex-Freund Warner Huntington III (Hendrik Schall), der dort Rechtswissenschaften studieren will, zurück zu gewinnen. Dort entwickelt Elle sich zu einer intelligenten und emanzipierten Jusstudentin und beweist durch ihr Selbstbewußtsein und ihr Herz,



Foto: VBW / Moritz Schnell

»Natürlich blond«-Sujet

daß das Äußere oft zu täuschen vermag. Auf das Publikum warten mitreißende Rhythmen, spektakuläre Tanznummern, viel Humor und ein Hauch von Romantik.

Als „Professor Callahan“ kehrt der beliebte Entertainer Alexander Goebel wieder auf die Musicalbühne zurück. In weiteren Rollen sind Ana Milva Gomes, Jörg Neubauer, Linda Geider, Daniel Rakasz, Sanne Mieloo, Birgit Wanka, Sidonie Smith und Anja Haeseli zu erleben. In die Rolle von Elles bestem Freund schlüpft der Chihuahua „Brutus“.

Es spielt das Orchester der Vereinigten Bühnen Wien unter der musikalischen Leitung von Musikdirektor Koen Schoots. Der zweifache Tony™-Preisträger Jerry Mitchell ist Regisseur und Choreograf des mit dem Laurence Olivier Award ausgezeichneten Musicals „Legally Blonde“, das unter seiner Leitung am Broadway und am Londoner West End aufgeführt wurde.

Großes Musicalereignis

Die aufwendige Dekoration des Bühnenbilds wiegt ca. 16 Tonnen. 75 Maschinen bauen in 120 Minuten mit 80 Szenenverwandlungen 55 unterschiedliche Schauplätze wie z.B. die Harvard Universität oder einen Kosmetiksalon. Für das Licht sind 400 Scheinwerfer im Einsatz und zaubern zusammen mit 40.000 LEDs in 558 Lichtstimmungen ein atemberaubendes Licht. Für den guten Sound sorgen 75 Mikrofone, die den Ton von der Bühne und dem Orchester zu den 124 Lautsprechern mit einer Leistung von 50.000 Watt tragen. Dies wird von einem Mischpult von zwei Tontechnikern mit 154 Reglern gesteuert.

Besondere Highlights sind u.a. knallbunte Trick-Kostüme und die unzähligen Swarovski-Kristalle (ca. 5 kg), die in aufwendigen Stickereien in der Kostümwerkstätte der Vereinigten Bühnen Wien verarbeitet wurden. Insgesamt sind über 500 Kostüme und ca. 100 Perücken im Einsatz. Daneben kommen original Gefängnis-Overalls, Polizeiuniformen und Harvard-Roben aus Amerika zum Einsatz sowie viele unterschiedliche Turnschuhe, die extra in New York eingekauft wurden.

Das Musical wurde im Jahr 2007 im Palace Theatre am Broadway uraufgeführt. Nach über 600 Vorstellungen in New York wurde es 2010 ans West End nach London exportiert, wo es bis April 2012 höchst erfolgreich mit über 1000 Vorstellungen im Savoy Theatre zu sehen war. In Sydney hatte die Originalproduktion von „Natürlich Blond“ Anfang Oktober 2012 Premiere und wurde auch dort von Publikum und Presse gefeiert.

Die Vereinigten Bühnen zählen mit dem Ronacher und dem Raimund Theater zu den erfolgreichsten Musicalproduzenten Europas.

Nach der Premiere

Das Musical wurde im Ronacher vom Publikum mit nicht enden wollenden Ovationen gefeiert. Im Rathaus wurde dann auf die erfolgreiche Premiere angestoßen. Der große Festsaal glänzte in Elles Lieblingsfarbe pink. Mit Generaldirektor Thomas Drozda und Intendant Christian Struppeck, den aus den USA angereisten Komponisten Laurence O'Keefe, Nell Benjamin und der Autorin Heather Hach, Co-Regisseur & Choreograph Dominic Shaw feierten zahlreiche Freunde und Gäste aus Kultur und Wirtschaft. Vizebürgermeisterin Renate Brauner und Stadtrat Andreas Mailath-Pokorny beglückwünschten Intendant Struppeck zur



Szenenfoto mit Barbara Obermeier (Elle Woods) und Kollegen



Alexander Goebel ist zurück auf der Musicalbühne und gibt den Professor Callahan.

gelungenen Premiere. Einen Hauch von Hollywood-Glamour versprühte Kiera Chaplin, internationales Topmodel und Enkelin des legendären Charlie Chaplin, die als Gast der beiden on „Style Up Your Life!“-Herausgeber Adi Weiss und Michael Lameraner zur Premiere begleitet wurde.

Auch zahlreiche natürliche Blondinen wie Mirjam Weichselbraun, Nadja Bernhard, Christine Reiler, Elisabeth Engstler, Claudia Stöckl, Marianne Mendt, Bettina Mönch, Marika Lichter und Birgit Sarata lieben das Ensemble hochleben.

Viele prominente Gäste feierten noch bis in die frühen Morgenstunden den großen Musicalerfolg, mit dabei Axel Bogocz, Helmut Brandstätter, Herbert Fechter, Wolfgang Fellner, Doris Fuhrmann, Franz Häussler, Peter Weck, Vera Russwurm, Peter Hof-

bauer, Steffen Hofmann, Barbara Karlich, Christian Kolonovits, Thomas Kralinger, Sylvester Levay, Chris Lohner, Ann Mandrella, Felix Martin, Christian A. Müller, Richard Neidinger, Lukas Perman, Marjan Shaki, Hans Peter Staud, Sandra Pires, Christian Rainer, Michael Schönborn, Harald Serafin und Barbara Stöckl.

Spieltermine und Tickets

„Natürlich Blond“ ist ab dem 21. Februar 2013 täglich außer Montag im Ronacher in der Seilerstätte 9, 1010 Wien zu sehen. Die Vorstellung an Dienstagen beginnt um 18.30 Uhr, mittwochs bis samstags um 19.30 Uhr und sonntags um 18.00 Uhr. Jeden Samstag gibt es außerdem eine Nachmittagsvorstellung ab 15.00 Uhr. ■

<http://www.musicalvienna.at>

Vienna Blues Spring 2013

Von 20. März bis 30. April 2013 in den Wien Holding-Museen – Haus der Musik und Mozarthaus Vienna auch heuer Spielstätten

Nach dem großen Publikumszuspruch der vergangenen Jahre geht der – inzwischen in der Reihe der großen europäischen Genre-Festivals fix etablierte – Vienna Blues Spring 2013 in seine neunte Auflage. Der Vienna Blues Spring findet, wie gewohnt, von 20. März bis 30. April statt – mit einem „Nachtragskonzert“ am 7. Mai, mit dem grandiosen Popa Chubby, der sich in den letzten Jahren als Publikumsliebling herauskristallisiert hat, aber „routingmäßig“ nicht früher zu haben war. Nach der traditionellen Open House Blues Session am 19. März folgt eine geballte Ladung internationaler und nationaler Bluesgrößen. Die Wien Holding-Museen „Haus der Musik“ und „Mozarthaus Vienna“ sind 2013 ebenfalls wieder auf der Liste der Spielorte vertreten.

„Besonders freut es mich, daß auch heuer wieder zwei unserer Museen – das Haus der Musik und das Mozarthaus Vienna – dem Blues eine perfekte Bühne geben dürfen. Veranstaltungen wie diese unterstützen wir mit Begeisterung und genau deshalb sind wir auch heuer wieder mit an Bord“, freut sich Peter Hanke, Geschäftsführer der Wien Holding.

Vier Veranstaltungsorte, 42 Konzerte

Mit 37 Konzertabenden bleibt auch beim 9. Vienna Blues Spring der „Reigen“ der Hauptstützpunkt des Festivals. Im „Theater Akzent“ findet wieder eine Chicago-Blues-Night statt. Namen wie Elmore James Jr., der exklusiv aus Chicago eingeflogen werden wird, Ed Williams, die Mojo Blues Band, Dana Gillespie & Petra Toyfl und viele mehr versprechen auch heuer wieder eine ausverkaufte Show.

Mozarthaus Vienna: Acoustic Blues in historic walls

Vor einigen Jahren gesellte sich das „Mozarthaus Vienna“ in der Domgasse 5 als inzwischen unverzichtbarer Bestandteil zum Vienna Blues Spring hinzu. Im gemauerten Kellergeschoß dieses baulichen Juwels gleich hinter dem Stephansdom befindet sich ein intimer Konzertsaal, der bestens geeignet ist, um die akustische Variante des Blues in besonders gemütlicher Atmosphäre zur Gel-



Foto: Popa Chubby

Der grandiose Popa Chubby gibt – aus Termingründen – ein Nachtragskonzert.



Foto: Geoffrey Goodman King Blues Band

Die Geoffrey Goodman King Blues Band

tung kommen zu lassen. Drei Termine stehen hier am Programm: am 22. März präsentiert die Mary Broadcast Band das neue, musikalisch sehr interessante „unplugged“ Pro-

gramm, am 26. März bietet Willee alias Willy Hackl einen mehr als intensiven Singer/Songwriter-Abend mit CD-Präsentation und am 19. April kehrt der Multiinstrumentalist

Kultur

Christian Dozzler zurück zu seinen „roots“, dem Pianoblues und Boogie Woogie.

Wiener Blues im Haus der Musik

Der moderne, mit wunderbarer Akustik ausgestattete Veranstaltungssaal im Haus der Musik bietet den perfekten Rahmen für zwei heimische Musikgrößen mit der dunklen Leidenschaft für amerikanische Rootsmusik der melancholischen Art: Blues, Folk und Country mit leicht auswegloser Färbung. Thomas Pronai, die Schlüsselfigur der heimischen Independent-Szene und der Dichter, Sänger und Liederschreiber Ernst Molden spielen gemeinsam am 19. April ein zutiefst berührendes Programm und heulen zusammen jenem Mond entgegen, der sich im Mississippi ebenso spiegelt wie in der Donau und im Neusiedler See.

Foto: Mary Lamaro



Mary Lamaro

Vielfalt der Genres, internationale Stars und hochkarätige Newcomer

Unverändert bleibt das bewährte Konzept der Festival-Macher, die Vielfalt des Genres zu dokumentieren und auch Abstecher in verwandte Spielarten wie Zydeco, Rock oder Singer/Songwriter zu bieten. Unterschiedlichste Publikumskreise sollen damit angesprochen werden und für weiterhin steigende Besucherzahlen sorgen. Der traditionelle Blues kommt dabei in keiner Weise zu kurz. Mit Jeremy Spencer wird eine lange Zeit verschollen geglaubte Legende zum Festival geholt. Neben zahlreichen Festival-Newcomern werden auch heuer wieder etliche internationale Publikumsliebhaber wie Larry Garner ihren Weg nach Wien finden. Hoher Wert wird auf die „Blueswomen“ gelegt, aber auch der heimischen Szene wird viel Raum geboten. Meena Cryle, die erste Vertreterin Österreichs bei der International Blues Challenge in Memphis, ist neben Peter Müller, Ulrich Ellison oder Norbert Schneider einer der heimischen Festival-Schwerpunkte.

„Mehr als 300 MusikerInnen aus 11 Nationen werden erwartet, wobei wir auch großen Wert auf einen hohen Frauenanteil legen, obwohl Blues traditionell stark männerdominiert ist. Der Anteil österreichischer MusikerInnen liegt bei rund der Hälfte – ein sehr hoher Prozentsatz für ein internationales Festival. Ich danke sehr herzlich allen Unterstützern, besonders Bürgermeister Michael Häupl für den Ehrenschutz, der Kulturabteilung der Stadt Wien unter Kulturstadtrat Mailath-Pokorny sowie der Wien Holding“, so Wolfgang Windbacher, Veranstalter des Vienna Blues Spring. ■

Foto: Big Daddy Wilson



Big Daddy Wilson

Foto: Blue and Mighty



Blue and Mighty

<http://www.viennabluespring.org>

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **62. Folge** portraitiert er

Edgar G. Ulmer

Regisseur/Ausstatter/Produzent/Autor

Edgar Georg Ulmer, Sohn des Weinhändlers Siegfried Ulmer und dessen Wiener Gattin Henriette (geb. Edels), eine Opernsängerin, wurde am 17. September 1904 im mährischen Olmütz (heute Olomouc, CZ), dem damaligen Familiensitz als erstes von fünf Kindern des Ehepaares geboren. Er wuchs in Wien auf, das er lange fälschlich als seine Geburtsstadt ausgab, schrieb sich kurz an der Akademie der bildenden Künste bei dem Bühnenbildner Alfred Roller ein, interessierte sich aber auch für Musik, Architektur und Design. Der in Wien damals bekannte Schauspieler Rudolph Schildkraut vermittelte ihm die Begegnung mit Max Reinhardt, Ulmer, noch suchend, entschied sich für die gestalterische Tätigkeit an und hinter den Kulissen.

Sein Entree in die Welt des Zelluloids dürfte 1920 in Berlin bei der Arbeit an der Ufa-Produktion „Der Golem, wie er in die Welt kam“, als Assistent der Regisseure Carl Boese und Paul Wegener, erfolgt sein. Edgar G. Ulmer machte sich dabei um vier Jahre älter, die abweichenden Geburtsdaten stellten lange Zeit ein verwirrendes Faktum in der internationalen Film-literatur dar. Gemäß eigener Kolportage arbeitete er 1922/23 an einigen namhaften Stummfilmen mit,



Edgar G. Ulmer

in Wien an Sascha Kolowrats „Sodom und Gomorrha“, in Berlin an der grandiosen Verfilmung des Schauerromans von Bram Stoker „Nosferatu“ und an der teilweise in Dalmatien gedrehten nostalgischen Komödie „Die Finanzen des Großherzogs“, beide inszeniert von Friedrich Wilhelm Murnau, der Filmkünstler, der neben Reinhardt den aufstrebenden Szenebildner am stärksten prägte.

Im Team Max Reinhardts für die Einrichtung dessen „Mirakel“-Inszenierung Ende 1923 nach New York gekommen, reiste Ulmer im April 1924 erneut in die Vereinigten Staaten ein, wobei er sich umgehend aufgrund großer Pläne für ein schnelles Vorwärtkommen nach dem ihm einzig dafür möglich scheinenden Ziel, die Atelierwelt Hollywoods wandte. Carl Laemmles Universal beschäftigte ihn einige Zeit, beginnend als „sketch artist“ (Zeichner), Produktions- sowie als dritter und zweiter „assistant director“, später auch als Regisseur bei der Herstellung serienmäßiger Two Reels-Western. Außer „The Border Sheriff“ (1926, der Film gilt als verschollen) konnten weitere verifizierbare Titel nicht eruiert werden. 1927 versicherte sich Murnau, inzwischen nach Hollywood zu William Fox gewechselt, seiner Assistenz-Dienste am Set des klassischen Melodrams und



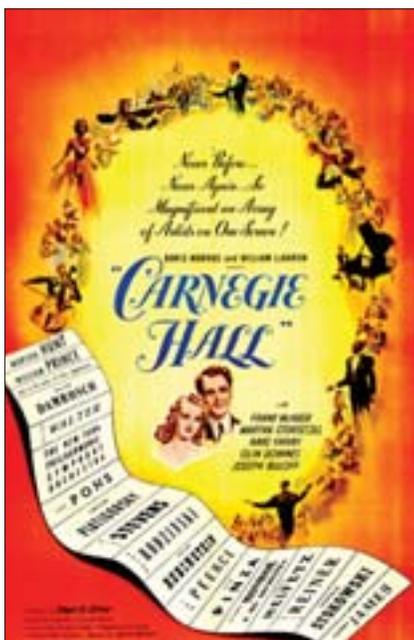
Fotos: Archiv Ulrich

Kaffeepause am Set zu Universals »The Black Cat« (1934), Edgar G. Ulmers erst große Regieaufgabe. Im Bild: Ulmer (rechts vorne) mit den Darstellern Boris Karloff (neben ihm), Anna Duncan und David Manners.

Serie »Österreicher in Hollywood«



Das Aufnahmeteam zur Fox-Produktion »Sunrise« (1927), links außen Chefkameramann Karl Struss, in der Mitte Regisseur F.W. Murnau, rechts neben ihm Edgar G. Ulmer, der an dem Streifen als »assistant art director« mitwirkte.



Fotos: Archiv Ulrich

Das auch heute noch gezeigte, unterhaltende Musical »Carnegie Hall« von 1947 kombiniert Auftritte von Klassik-Größen mit einer melodramatischen Rahmenhandlung, wobei Ulmers Inszenierungskunst vor allem bei den Musiknummern voll zur Geltung kommt.

Kinotraums „Sunrise: A Song of Two Humans“ (1927) und vermutlich auch des Artistenfilms „4 Devils“ (1928) nach der exzentrischen Novelle „De Fire Djaevle“ des Dänen Herman Joachim Bang. Ulmer bemühte sich dabei, rasch die Techniken und Arbeitsweisen Hollywoods zu erlernen.

Noch einmal in Berliner Ateliers tätig, stellen die Bauten zweier Filme 1929, „Flucht in die Fremdenlegion“ (auch Produktionsleitung) und „Spiel um den Mann“, außerdem die Regie zusammen mit Robert Siodmak und die Ko-Autorenschaft neben den damals noch unbekanntenen Größen Billie (später Billy) Wilder, Fred Zinnemann und den Brüdern Siodmak bei der halbdokumentarischen Kollage „Menschen am Sonntag“ (UA 4.2.1930), weitere verbürgte „credits“ dar.

Ab Dezember 1929 endgültig in den USA, war Ulmer nach dem Unfalltod Murnaus 1931 an der Post-Produktion dessen letzter Regiearbeit „Tabu: A Story of the South Seas“ beteiligt, ebenso 1931/32 als Assistent des Production Designers Cedric Gibbons an einigen Großproduktionen bei MGM. Darunter das Gangsterdrama „The



Im Standardwerk »Motion Picture Guide« aus dem Verlag Cinebooks Inc., Chicago, Illinois, ist »The Black Cat« wie folgt beschrieben: »A bizarre, haunting, fascinating little film by cult-director Edgar G. Ulmer, this is his masterpiece.«

Serie »Österreicher in Hollywood«

Foto: Archiv Ulrich



Das Science Fiction Drama »Beyond the Time Barrier« (1960) der American International war einer der letzten Filme Ulmers, der allerdings nicht zu seinen besten Arbeiten zählt.

Secret Six“ sowie die Garbo-Filme „Susan Lennox“, „Grand Hotel“ und „Queen Christina“. Ulmer führte 1932 in den Metropolitan Studios in Fort Lee, New Jersey, erstmals selbstständig Regie, der möglicherweise nicht fertig gestellte Debütfilm „The Warning Shadow“ kam nie in die Kinos, zwei Akte davon wurden jedoch in das in New York produzierte Ed Sullivan-Vehicle „Mr. Broadway“ (1933) übernommen.

Mit „Damaged Lives“, 1933 im Auftrag des Canadian Social Hygiene Council ent-

standen (ein Aufklärungsfilm zum Thema Syphilis, der nach dem Kinostart einem Verbot unterlag und erst 1937 die Freigabe erhielt) begann Ulmers kontinuierliche Tätigkeit im Regiesessel. Der Österreicher arbeitete meist unter restriktiven Umständen, mit limitierten Budgets, oft mit mittelmäßigen Skripten und für zweitklassige Studios mit hektischer Termingestaltung. Ulmer drehte in den USA, Canada und Mexiko, in den 30er-Jahren an der Ostküste schwerpunktartig als „director of minorities“ auch für eth-

nische Gruppen in deren Idiomen mit englischen Untertiteln. Er inszenierte für ukrainische Einwanderer „Natalka Poltava“ („The Girl from Poltava“, 1937), ein Operettenstoff, dazu Raritäten in Jiddisch, u.a. die erfolgreiche boulevardeske Komödie „Grine Felder“ („Green Fields“, 1937), gedreht auf derselben Farm in Flemington, New Jersey, wie zuvor der nationalistische ukrainische Film, „Yankel der Schmid“ („The Singing Blacksmith“ (1938) nach einem Theaterstück von David Pinski und das Musical „Zaporozhetz za Dunayem“ („Cossacks in Exile“, 1939), wobei ihm bei deren Erstellung seine konfessionellen Wurzeln bewußt wurden. Für die schwarze (afro-amerikanische) Community New Yorks entstand 1939 das „black cast“ Melodram „Moon Over Harlem“. Ulmer schuf 1940/41 kurze Aufklärungsfilme für eine nationale Gesundheitsbehörde sowie Trainings- und Lehrfilme für die US-Army und ab 1942 in enger Zusammenarbeit mit dem späteren Studiohead Leon Fromkess als First Contract Director elf Filme für die Producers Leasing Corporation, einige davon in höchst respektabler und distinktiver Art. Als PRC's Finanzen 1946 kollabierten, gründete Ulmer eine eigene Gesellschaft, die nur einige Monate überlebte. Der Regisseur gestaltete die auf die gebürtige Wienerin Hedy Lamarr zugeschnittene teure Großproduktion Jack Chertoks und Hunt Strombergs „The Strange Woman“ (1946) und kehrte anschließend zur Arbeit für kleinere Companys mit Independent-Outfit zurück. 1949 („I Pirati di Capri“, US-Titel „The Pirates of Capri“) und ab Mitte der 50er-Jahre filmte Ulmer zeitweilig auch in Europa, zwei auf eigene Kosten 1957/58 in Mexiko gedrehte Pilot-Episoden für die mit Louis Hayward geplante TV-Serie „Swiss Family Robinson“ blieben unverkäuflich (eine Episode findet sich auf der DVD zu „The Pirates of Capri“ als Bonusmaterial), nach der in Italien und teilweise in Jugoslawien aufgenommenen Allegorie „Sette contro la morte“ (US-Titel „The Cavern“, 1964) behinderten gesundheitliche Probleme die Fortsetzung kontinuierlicher Tätigkeiten.

Sein Kultstatus als richtungsweisender Stilist des ökonomisch hergestellten B-Pictures beruht auf einem halben Dutzend Leinwandwerken, die alle in kürzester Zeit abgedreht wurden und durch geschickte Ausnutzung der Möglichkeiten im visuellen und atmosphärischen Bereich bestehen: der bizarre Universal-Horrorklassiker „The Black Cat“ („Die schwarze Katze“, 1934), Ulmers vermutlich beste Hollywood-Arbeit, in einer freien Adap-

Serie »Österreicher in Hollywood«

tion der gleichnamigen Kurzgeschichten Edgar Allen Poes, in dem die beiden Superstars Boris Karloff und Bela Lugosi zum ersten Mal gemeinsam vor der Kamera standen, „Bluebeard“ (1944), ein weiteres Meisterstück des Genres, der Trivialthriller „Detour“ („Umleitung“, 1945), das gut budgetierte Klassik-Musical „Carnegie Hall“ (1947), in dem Ikonen wie Leopold Stokowski, Artur Rubinstein, Bruno Walter, Jascha Haifetz und als Schauspieler der Wiener Hans Jaray mitwirkten, „Ruthless“ („Ohne Erbarmen“, 1948), die von Orson Welles’ „Citizen Kane“ inspirierte Psychostudie eines rücksichtslosen Magnaten mit dem britischen Star Sydney Greenstreet, dazu die mit Sozialkritik durchsetzte religiöse Fabel, „The Naked Dawn“ („Santiago – der Verdammte, 1955“), deren Inszenierung den Schüler Murnaus verrät.

Retrospektiv betrachtet zählt Edgar G. Ulmer zu den großen Figuren der „Cinema History“. Ein Gestalter mit starker visueller Sprache und persönlichem Stil, der die Illusion liebte und einige Male Pseudonyme verwendete. Er lehnte es in den späten 30er-Jahren ab, für Darryl F. Zanucks Centfox zwei Filme mit dem Kinderstar Shirley Temple zu inszenieren, auch Louis B. Mayer vermochte ihn nicht zu engagieren. Sein Score als Regisseur mit langjähriger Erfahrung im „low budget“-Bereich beläuft sich auf über 50 Filme in verschiedenen Genres, wovon er daraus und darüber hinaus für mindestens ebenso viele in den Bereichen Produktion, Ausstattung und Schnitt tätig war und für 20 die Drehbücher oder Stories schrieb*). Obwohl als (Frank) „Capra of PRC“ und „the poet of Poverty Row“ (Straße der Billigfilm-Studios) apostrophiert, wurden die meisten seiner Arbeiten von den amerikanischen Kritikern ignoriert. Sein Werk mit klar identifizierbarer Signatur stand in Filmkreisen im Zentrum von Kontroversen, bis Luc Moullet 1956 in der Zeitschrift Cahiers du Cinéma auf den vernachlässigten „auteur“ und „le plus maudites des cinéastes“ in rehabilitierender Form aufmerksam machte.

Ulmer, der in den langen Jahren in den USA nie seinen Wiener Akzent verlor, war in zweiter Ehe mit der am 6. Juli 2000 verstorbenen Autorin Shirley Castle (Kassler) verheiratet, die mehrere seiner Drehbücher mitverfaßte und als „script supervisor“ fungierte. Die gemeinsame Tochter Arianné Ulmer Cipes, die der 2001 gegründeten Edgar G. Ulmer Preservation Corp. in Sherman Oaks (CA) vorsteht, wirkte als Schauspielerin unter dem Namen Arianne Arden in drei



Foto: Archiv Ulrich

Das 1945 für PRC unter der Produktionsleitung von Leon Fromkess in nur wenigen Tagen fertiggestellte Crime-Drama »Detour« zählt zu den signifikanten Werken Ulmers, die auch heute noch nach Jahrzehnten ihrer Entstehung cineastischen Ansprüchen voll gerecht werden.

Nachkriegsfilmen ihres Vaters mit. Edgar G. Ulmer starb am 30. September 1972 im Motion Picture Country House in Woodland Hills, die Urnenbestattung erfolgte in der Hall of David im New Beth Olam Mausoleum im Hollywood Forever Cemetery, Los Angeles. Die Urnentafel ziert der Spruch „Talent Obliges“.

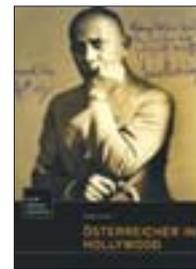
Der Innsbrucker Filmkritiker Stefan Grisemann beleuchtete 2003 in der Biografie „Mann im Schatten“ den Werdegang des Filmemachers (Paul Zsolnay-Verlag Wien, 2003. ISBN 3-552-05227-5). Aus Anlaß dessen 100. Geburtstages schuf der Linzer Regisseur Michael Palm unter dem Titel „Edgar G. Ulmer – The Man Off-screen“ / „Der Mann im Off“ (US/A, 2004) eine von Arianné Ulmer Cipes ko-produzierte Dokumentation, mit der er das Leben des „King of B-Movies“ und seine Filme wieder in das Bewußtsein der Filmöffentlichkeit rückte.



*) In der Filmliteratur wird allgemein darauf hingewiesen, daß Edgar G. Ulmers eigener „record“ eine Reihe weiterer Filme enthält, vor allem im Rahmen seines Frühwerks, wobei seine tatsächliche Mitwirkung daran nicht gesichert, bzw. aus verschiedenen Gründen kaum verifizierbar ist.

Mit dem Buch „Österreicher in Hollywood“ legte der Zeithistoriker Rudolf Ulrich die lang erwartete Neufassung seines 1993 erstmals veröffentlichten Standardwerkes vor. Nach über zwölfjährigen Recherchen konnten 2004 die Ergebnisse in Form einer revidierten, wesentlich erweiterten Buchausgabe vorgelegt werden. „Diese Hommage ist nicht nur ein Tribut an die Stars, sondern auch an die in der Heimat vielfach Unbekannten oder Vergessenen und den darüber hinaus immensen Kulturleistungen österreichischer Filmkünstler im Zentrum der Weltkinematographie gewidmet: „Alles, was an etwas erinnert, ist Denkmal“, schließt der Autor.

Rudolf Ulrich und der Verlag Filmarchiv Austria bieten Ihnen, sehr geehrte Leserinnen und Leser, die Möglichkeit, in den kommenden Monaten im „Österreich Journal“ einige Persönlichkeiten aus dem Buch „Österreicher in Hollywood“ kennenzulernen.



Rudolf Ulrich
 „Österreicher in Hollywood“
 622 Seiten, zahlreiche Abb.,
 2. überarbeitete und erweiterte Auflage,
 2004; ISBN 3-901932-29-1
<http://www.filmarchiv.at>

Genuß am Wegesrand

Kärntner Bergführer verraten ihre kulinarischen Tipps entlang des neuen Alpe-Adria-Trails.



Foto: Gerdl - Kärnten Werbung

Hoch über dem Millstätter See – am Alpe-Adria-Trail – liegt die Alexanderhütte, die von Bergführern gerne empfohlen wird.

Seit Sommer 2012 lockt der neue Alpe-Adria-Trail, drei Länder per Wanderschuh zu entdecken. Er führt grenzüberschreitend über 690 Kilometer und 38 Etappen von Kärnten nach Slowenien bis an die italienische Adria. Da Bewegung an der frischen Luft bekanntlich Hunger macht, finden sich entlang des Weges zahlreiche Ekehrmöglichkeiten, um sich bei regionalen Schmankerln zu stärken.

Ob urige Almhütte oder Gourmetrestaurant, Kärntner Bergführer wissen bestens wo man unterwegs, auch über die Landesgrenzen hinweg, gut speisen kann. Mehr Informationen und ein Video zum Wegverlauf des Trails finden sich unter <http://www.alpe-adria-trail.com>

Vom heiligen Blut zur guten Quelle

In der Nationalpark-Region Hohe Tauern Kärnten befindet sich der Startpunkt des Alpe-Adria Trails sowie das Zuhause von

Bergführer Toni Sauper. Weitwanderern legt er einen Stopp an der Briccius Sennerei auf der Sattelalm ans Herz, um die Wurzeln des Ortes Heiligenblut zu entdecken und den köstlichen eigenen Käse zu probieren. Der Legende nach verunglückte hier 914 der Volksheilige Briccius auf seinem Rückweg von Konstantinopel. Er hatte ein Fläschchen mit dem heiligen Blut Jesus Christus dabei. Einheimische begruben ihn im Tal, wo jetzt die Kirche von Heiligenblut steht. „Wer es gediegener mag, dem empfehle ich einen Besuch in der Guten Quelle am Ende der Groppensteinschlucht. Der romantische Gutshof wurde neu restauriert und bietet feine Gerichte mit regionalen Produkten die Null Kilometer hinter sich haben, um auf dem Teller zu landen.“

Almwellness in Höhenluft

Im weiteren Verlauf führt der Alpe-Adria-Trail in die Gegend des Millstätter

Sees, dem Gebiet von Bergführer Peter Auer. Er weiß wo man hier das Loch im Bauch schnell stopfen kann. In der Alexanderhütte gibt es zur Jaus'n einen spektakulären Seeblick gratis. Auers Wanderer wissen es besonders zu schätzen, wenn ihnen Zeit für einen Abstecher in die Zirbenholzsaua und das Badstüberl bleibt. Wo findet man sonst so viel Entspannung auf einer Hütte in 1800 Höhenmetern? Wer lieber im Tal speist, dem empfiehlt der Bergführer einen Besuch in Seeboden. Hier verwöhnt Küchenchef Robert Schreiner in seinem mit zwei Hauben von Gault Millau dekorierten Restaurant des Landhotels Moerisch.

Speisekarten auf vier Hufen

Vom Millstätter See aus führen die nächsten Etappen durch den Nationalpark Nockberge, über die Gerlitz Alpe auf 1911 Höhenmetern und weiter bis in die Region Villach zur Burgruine Finkenstein. „Keines-

ÖJ-Reisetip

falls sollte man die Neugarten Almseehütte auf der Gerlitz auslassen“, weiß der Villacher Bergführer Dietmar Schuss. „Besonders die Kleinen sind begeistert, wenn sie auf dem Weg zur Hütte den weltweit einzigartigen lebenden Speisekarten begegnen.“

Jede Kuh der Herde macht Werbung für eines der vielen Schmankerln des Hüttenwirts Johann Maier. Unkomplizierte Einfachheit und natürlichen Genuß finden die Wanderer im Tschebull am Faaker See. Senior-Wirt Hans Tschemernjak bedient sich der besten Produkte seiner Region um geschmackvolle Gerichte auf den Tisch zu zaubern.

Über den Kärntner Tellerrand

Nach der Region Villach verlässt der Alpe-Adria-Trail österreichischen Boden und verläuft über Slowenien nach Italien. „Schon kulinarisch lohnt sich die Grenzüberschreitung“, sind sich die Bergführer einig. „Besonders den Wein sollte man bei unseren Nachbarn probieren.“ Ihre Empfehlung führt zum Gutshof Belica im slowenischen Dobrovo, der neben einem guten Tropfen auch regionale Köstlichkeiten im angeschlossenen Hofladen offeriert. Das Weingut Angoris im italienischen Friaul ist eine gute Adresse für feine Speisen und Degustationen im traditionellen Ambiente. Nur wenig später endet der Alpe-Adria-Trail im Hafenstädtchen Muggia und belohnt Wanderer mit mediterranen Köstlichkeiten und dem Blick auf die Triestiner Bucht.

Apropos Wandern...

Wem die 690 Kilometer zu viel sind, findet in der wunderbaren Landschaft des südlichsten Bundeslandes größte Auswahl an Wanderwegen unterschiedlichster Anforderungen: So gibt es, zum Beispiel, rund um den Wörthersee, den größten See Kärntens, viel Interessantes zu entdecken. Am 65 Kilometer langen Wörthersee-Höhen-Rundwanderweg kann jeder das richtige Marschtempo und die ideale Route für sich finden. Der Weg führt stellenweise hoch hinaus zu sehenswerten Aussichtspunkten auf den See und auf die schroffen Felswände der Karawanken, vorbei an verträumten Teichen und einladenden Buschenschenken.

Wer den ganzen Weg nicht auf einmal gehen will, hat die Möglichkeit kleinere Etappen zu gehen und sich gemütlich mit der Wörthersee-Schiffahrt an den Ausgangspunkt zurückbringenzulassen.

Bad Kleinkirchheim, mitten in den sanft geschwungenen Nockbergen gelegen, bietet Wanderern ebenfalls eine Besonderheit. Auf



Foto: Kärnten Werbung

Der höchste Berg Österreichs, der Großglockner, ist auch für Nicht-Wanderer ein beliebtes Ausflugsziel. Im Bild: die Wallfahrtskirche »St. Vinzenz« von Heiligenblut.



Foto: Gerdl - Kärnten Werbung

»Gaudi« in einer der unzähligen Kärntner Hütten – hier läßt sich's gut rasten!

den Speik-Spaziergängen findet man neben einer faszinierenden Landschaft auch ein ungewöhnliches Dufterlebnis. Speik ist eine zarte, filigrane Blüte die nur in den Nockbergen in Österreichs Süden vorkommt. Verwandt mit dem Baldrian, entströmt den Wurzeln ein beruhigender und ausgleichender Duft, der die Sinne beruhigt.

Der Großglockner ist der höchste Berg Österreichs und schon seit ewigen Zeiten eine imponierende Landmarke in Kärnten. Gigantisch ragt er bis zur Gipfelhöhe von

3798 Metern auf und ist ein majestätisches Wahrzeichen der Alpen und des ganzen Landes. Den Glockner zu erobern ist wohl der Traum eines jeden Alpinisten. Eine wahre Herausforderung, gilt es doch schwierige, hochalpine Strecken und Steige bis zum Gipfelkreuz zu erklimmen. Die Mühen werden durch den traumhaften Blick in die Bergwelt des Nationalparks Hohe Tauern und das Gefühl den größten Berg Österreichs erklommen zu haben belohnt. ■

<http://www.karnten.at>